Donnerstag, 25. April 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 96 - 17. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Häftlinge: In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Zahl der politischen Gefangenen in der „DDR" auf 8500 verdoppelt, teilt die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" mit. (S. 4)

Öffentlicher Dienst: Beamte und Angestellte sollen nicht länger an ihrer Krankheit „verdienen". Entsprechende Änderungen des Beihilferechts, die am 1. Oktober in Kraft treten, wurden von Bundesinnenminister Zimmermann gestern dem Kabinett vorgelegt. (S. 4)

Gipfel: Der Bonner Polizeipräsident hat eine von den Grünen und Teilen der Friedensbewegung angemeldete Demonstration untersagt, die am 4. Mai am Regierungsviertel vorbeiführen sollte.

Weigerung: Im Bonner NS-Prozeß gegen den früheren SS-Hauptsturmführer Modest Graf Korff hat sich der Angeklagte gestern geweigert, zur Sache auszusagen. Verteidiger Reiner Hamm sagte, Korff, der für die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz verantwortlich sein soll, fühle sich nicht schuldig im Sinne der Anklage.

Weißbuch: Das Bundeskabinett hat gestern das Weißbuch zur Lage der Bundeswehr für 1985 gebilligt. Vorrangig wird darin die innere Situation der Streitkräfte behandelt. (S. 12)

Mittelamerika: Mit 248 zu 180 Stimmen lehnte das US-Repräsentantenhaus die Freigabe der von Präsident Reagan beantragten 14 Millionen Dollar zur Unterstützung der „Contras" in Nicaragua ab. Im Senat gewann Reagan die Abstimmung. Im Vermittlungsausschuß soll jetzt nach einem Kompromiß gesucht werden.

Polen: Der Zwangsumtausch für westliche Besucher wird zum 30. April drastisch erhöht. Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland und den meisten anderen westeuropäischen Ländern müssen dann statt bisher 30 mindestens 36 Mark pro Person für jeden Aufenthaltstag eintauschen.

Warnung: Vor falschen Hoffnungen auf Veränderung der politischen Weltlage durch den neuen Generalsekretär der sowjetischen KP, Gorbatschow, warnt CSU-Chef Strauß. Die Richtlinien in der UdSSR blieben die gleichen. Gorbatschow versuche nur, in den Grenzen des Systems dessen Effizienz zu erhöhen.

Atommüll: Die Sowjetunion will mit Österreich einen Vertrag über die Abnahme von Atommüll schließen.

Nahost: Israels Truppen begannen gestern den Abzug aus dem Bekaatal in Ostlibanon. Sie wurden in eine „Sicherheitszone" im Süden des Landes verlegt.

ZITAT DES TAGES



„40 Jahre nach Jalta hat Europa keinen Grund zur Resignation. Weder die innere Ordnung der osteuropäischen Staaten noch die endgültige Spaltung Deutschlands wurden in Jalta wirklich beschlossen"

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz bei einer Diskussion im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn (S. 4) FOTO: HARTUNG

WIRTSCHAFT

Freihandel: Bundeswirtschaftsminister Bangemann erwartet vom Bonner Weltwirtschaftsgipfel am 3. und 4. Mai nicht nur ein Bekenntnis zum freien Welthandel, sondern die Festlegung eines Termins für eine neue Verhandlungsrunde, auf der weitere Maßnahmen für mehr Freizügigkeit beschlossen werden.

Dollar: Die US-Währung legte gestern wieder kräftig zu. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs auf 3,1275 Mark festgestellt.

WELT-Report: Neue Kommunikationstechniken machen es möglich, dem Geschäftsreisenden „den Schreibtisch hinterherzutragen". Das Telefon, zum Beispiel, hat „fliegen" gelernt. Sonderangebote, Gratifikationen oder Bonuspunkte werden von klug kalkulierenden Unternehmen genutzt. Ein farbiger WELT-Report gibt dazu Informationen.

Börse: Von Sonderbewegungen abgesehen, war die Kursentwicklung an den Aktienmärkten uneinheitlich. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 179,4 (179,5). BHF-Rentenindex 101,818 (101,886). Performance Index 101,285 (101,374). Dollarmittelkurs 3,1275 (3,0345) Mark. Goldpreis 322,00 (326,65) Dollar.

KULTUR

Theater: Eine Ohrfeige, die der Bonner Generalmusikdirektor Gustav Kuhn dem Generalintendanten des Musiktheaters, Jean-Claude Riber, gab, wird nach Angaben Ribers Konsequenzen haben. Mit einer Entschuldigung könne ein solcher Vorfall nicht abgetan werden. (S. 23)

Museumsufer: Zuerst nur eine Fiktion, dann eine Improvisation – von heute an ist das Frankfurter Museumsufer Realität. Im Beisein des Bundespräsidenten wird der vorerst letzte große Neubau an der Mainuferstraße Schaumainkai, das Museum für Kunsthandwerk, eröffnet. (S. 23)

SPORT

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund hat mit der wirtschaftlichen Überprüfung der Bundesliga-Klubs begonnen. Kickers Offenbach droht der Konkurs oder ein Lizenzentzug.

Ringen: Bei den Europameisterschaften im klassischen Stil in Leipzig sind nach zwei Runden bereits sechs der acht Starter aus der Bundesrepublik ausgeschieden. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Tierschutz: Sorge bereitet dem Schweizer Chemiekonzern Ciba-Geigy die für Dezember erwartete Volksabstimmung über die Einstellung von Tierversuchen. Eine Annahme der Initiative würde die Verlagerung eines großen Teils der Forschung und der Produktion ins Ausland zur Folge haben.

Fehltritt: Die Fleet-Presse hat sich geirrt. Aus in London veröffentlichten Dokumenten geht hervor, daß der Vater der Prinzessin von Kent lediglich Ehrenmitglied der SS war. (S. 24)

Wetter: Überwiegend bewölkt, kaum Niederschlag. 3 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Der harte Auftritt in Moskau – Leitartikel von Carl Gustaf Ströhm S. 2

Ungarn: Die Jugend tanzt sich in eine nationale Bewegung – Von Carl Gustaf Ströhm S. 3

Landesbericht Hessen: In Wiesbaden bewegt sich nichts – Von Gernot Facius S. 4

Argentiniens Prozeß: Streit um Peróns Befehl – Argumente von Anklage und Verteidigung S. 5

Umwelt-Forschung-Technik: Wenn die Steine laufen, ist es zu spät für den Bergwald S. 10

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Studienplatztauschbörse: 153 Tauschwünsche Medizin, Wintersemester 85/86 S. 22

Fernsehen: Werner Baeckers ARD-Sendung „New York, New York" zum letzten Mal S. 22

Zeitschriftenkritik: „Weimarer Beiträge" – Ernst Bloch redivivus? – Von Andreas Wild S. 23

Feinschmecker-Preis: Kulinarische Meisterleistungen nach mönchisch strengen Regeln S. 24

20 Monate Zivildienst Rechtens. „Wehrpflicht ist Normalität"

Karlsruhe: Längere Dienstzeit „tragendes Indiz" für Gewissensentscheidung

H.-H. HOLZAMER, Karlsruhe

Wer den 15monatigen Wehrdienst verweigern will, muß die 20 Monate zivilen Ersatzdienstes, wie sie heute Vorschrift sind, in Kauf nehmen. „Das Grundgesetz ist nicht dadurch verletzt, daß der Zivildienst um ein Drittel länger dauert als der Grundwehrdienst." Das ist der Kernsatz der Entscheidung des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts im Normenkontrollverfahren gegen das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (KDVNG).

Das höchste deutsche Gericht gelangte in dem von den vier SPD-regierten Bundesländern und von 196 SPD-Bundestagsabgeordneten angestrengten Rechtsstreit zu der Feststellung, daß die am 1. Januar 1984 in Kraft getretene Reform in allen wesentlichen Punkten der Prüfung am Grundgesetz standhält.

Das Gericht argumentierte, der in Friedenszeiten zu leistende Wehrdienst umfasse den Grundwehrdienst von bis zu 15 Monaten Dauer, den Wehrdienst in der Verfügungsbereitschaft und Wehrübungen. Der Wehrdienst in der Verfügungsbereitschaft werde auf die Gesamtdauer der Wehrübungen angerechnet. „Der Wehrdienst kann demnach bei Mannschaften bis zu 24 Monate dauern. Von der damaligen Gesetzeslage ausgehend, hat deshalb der Senat (in einem früheren Urteil) auch festgestellt, daß etwa eine Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate in Betracht kommen könnte." Artikel 12 a Grundgesetz erlaube eine qualitative und zwinge nicht zu einer schematischen, auf die „reine Dauer des Dienstes" fixierten Wertung. Die eine gegenteilige Ansicht vertretenden Verfassungsrichter Böckenförde und Mahrenholz wurden überstimmt. Denn zur Lästigkeit des Wehrdienstes, so der 2. Senat, zählten unter anderem auch Wehrübungen und das Risiko des unbefristeten Wehrdienstes im Verteidigungsfall.

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hatte das neue Recht der Kriegsdienstverweigerung am 24. November 1982 verabschiedet, nachdem die Reform der sozialliberalen Koalition von 1977, bekannt geworden unter dem Begriff „Abmeldung vom Wehrdienst per Postkarte", ein Jahr darauf in Karlsruhe als verfassungswidrig verworfen worden war.

Nun erneut zur Prüfung des Rechts des Wehr- und Zivildienstes aufgerufen, betonten die Richter mit bislang nicht gehörter Deutlichkeit in einem (allerdings nicht einstimmigen) Votum die „verfassungsrechtliche Grundentscheidung der Bundesrepublik Deutschland für eine wirksame militärische Landesverteidigung". Die allgemeine Wehrpflicht „ist Ausdruck des allgemeinen Gleichheitsgedankens. Ihre Erfüllung ist demokratische Normalität." Doch habe der Verfassungsgeber in Artikel 4, Absatz 3 Grundgesetz das Recht, den Wehrdienst mit der Waffe zu verweigern, demjenigen eingeräumt, der sich aus Gewissensgründen dazu außerstande sehe.

Der Gesetzgeber kann nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts „frei darüber bestimmen", in welcher Weise er den Tatbestand dieser Gewissensentscheidung feststellen will. Wer die „Lästigkeit" des Zivildienstes in Kauf nimmt, bei dem dürfe erwartet werden, daß er tatsächlich eine Gewissensentscheidung getroffen habe. „Die bewußte Inkaufnahme des gegenüber dem Grundwehrdienst um fünf Monate verlängerten Zivildienstes soll als tragendes Indiz für das Vorliegen einer Gewissensentscheidung gelten. In erster Linie soll die erschwerte Ausgestaltung des Zivildienstes sicherstellen", daß das Grundrecht „nur von echten Kriegsdienstverweigerern in Anspruch genommen wird. Sie bildet nach dem Willen des Gesetzgebers zwar die eigentliche, nicht aber die einzige Probe auf das Gewissen."

Nach der Neuregelung his zum heutigen Datum wurden vom Bundesamt für Zivildienst 45 500 Anträge bearbeitet. Davon wurden 31 750 Verweigerer anerkannt, geklagt wurde nach den vom Familienministerium vorgelegten Zahlen nur in rund 90 Fällen. Für jeden Zivildienstleistenden sei ein Zivildienstplatz vorhanden.

Vom Gericht beanstandet wurde lediglich, daß Antragsteller im Spannungsfall bis zur Entscheidung über ihr Begehren Wehrdienst leisten sollen. Diese Regelung des KDVNG wurde dahin korrigiert, daß die Einberufung zwar zulässig sei, der Dienst aber waffenlos sein müsse.

DER KOMMENTAR

Das Urteil

HERBERT KREMP

Das Karlsruher Verfassungsgericht hat eine wichtige Entscheidung gefällt: Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann – wie schon einmal entschieden – bis zu 24 Monate zum Ersatzdienst verpflichtet werden. Das Gericht gibt dem Gesetzgeber damit einen Rahmen, der durch die Erhöhung der Zivildienstzeit von 15 auf 20 Monate noch nicht ausgefüllt ist. Die Klage gegen das neue Kriegsdienstverweigerungsgesetz wurde also nicht nur glatt zurückgewiesen. Die SPD sieht sich zudem einem höchstrichterlichen Spruch gegenüber, der in der Verlängerung des Zivildienstes ein „tragendes Indiz für das Vorliegen einer Gewissensentscheidung" erblickt. Das ist der Kern des Urteils.

Das Grundgesetz räumt dem Schutz des freien Gewissens des einzelnen den Vorrang ein. Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das ist ein Grundrecht wie die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Die Schwierigkeit besteht seit jeher darin, daß die ebenfalls im Grundgesetz verankerte Wehrpflicht unter Berufung auf ein persönliches Motiv verweigert werden darf, das weder „nachgewiesen" noch „widerlegt" werden kann. Es muß glaubhaft gemacht und geglaubt werden. Genau darin liegt auch die Möglichkeit der mißbräuchlichen Berufung auf das Gewissen begründet. Angesichts der Erkenntnisnot zog sich der Rechtsstaat zeitweilig am liebsten hinter die Linie „Postkarte genügt" zurück.

Dies führte zwangsläufig zu einer Benachteiligung derjenigen, die den Wehrdienst ableisten. Ihre Pflichtbereitschaft wird als „normal" erachtet. Der Wehrdienst, bestehend aus Grundwehrdienst (gegenwärtig 15 Monate), Verfügungsbereitschaft und Wehrübungen, kann bei Mannschaftsdienstgraden auf maximal zwei Jahre bemessen werden.

Es ist nur gerecht, den Zivildienst zeitlich genauso zu veranschlagen. Den Kriegsdienstverweigerer fünf Monate länger dienen zu lassen als der Grundwehrdienst es vorsieht, korrigiert die natürlichen Mängel des Anhörungsverfahrens. Die höhere Anforderung regt die Selbstprüfung des Gewissens an. Sie erschwert jedenfalls die leichte, bequeme und egoistische Inanspruchnahme einer Instanz, die das Grundgesetz mit der Würde der Person gleichsetzt und als höchsten Rechtswert betrachtet.

Lafontaine sieht wenig Spielraum

Schuldenberg setzt Initiativen enge Grenzen / Opposition zur Zusammenarbeit aufgefordert

HORST STEIN, Saarbrücken

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine sieht in der Sanierung der Landesfinanzen den Schwerpunkt seiner Regierungsarbeit. Denn der Schuldenberg von annähernd acht Milliarden Mark setzt finanziell aufwendigen Initiativen der Landesregierung enge Grenzen. Von seiner Regierung seien deshalb keine „Reform-Wunder" zu erwarten: „Es ist dieser Landesregierung nicht möglich, innerhalb weniger Tage alle Probleme des Saarlandes zu lösen; es ist für noch weniger möglich, jetzt verbindlich zu erklären, welche Schritte sie in den nächsten Jahren zu tun gedenkt", sagte Lafontaine in seiner ersten Regierungserklärung nach der Wahl vom 10. März.

Das Hauptproblem Schuldenberg sei ohne die Hilfe des Bundes und die der stärkeren Bundesländer nicht zu bewältigen. Er forderte die Oppositionsparteien CDU und FDP zur „fairen Zusammenarbeit" auf und schlug ihnen eine Art „Memorandum Saarland in Finanznot" vor mit dem Ziel, eine Besserstellung des Saarlandes im Rahmen des horizontalen Länder-Finanzausgleiches sowie der Bundesergänzungszuweisungen zu erreichen. Auch wenn das Land eine Gesundung seiner Finanzen nicht aus

SEITE 2: Oder ganz anders

eigener Kraft herbeiführen könne, sei es doch geboten, „zu den Grundsätzen einer geordneten Haushaltsführung" zurückzukehren. „Wir können unsere Haushaltswirtschaft nicht unter das Motto stellen: 'Sind die Finanzen erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert'", sagte Lafontaine.

Im Hinblick auf die für das Saarland nach wie vor überlebenswichtige Montanindustrie begnügte sich der Ministerpräsident im wesentlichen mit einer Bekräftigung seiner schon mehrfach getroffenen Feststellung: Daß Arbed-Saarstahl, die für 1985 mittlerweile einen Zusatzbedarf von 202 Millionen Mark angemeldet hat, ohne eine Entschuldung keine Überlebenschancen habe. Auch wenn er in der Übernahme von Gesellschaftsanteilen durch den Staat „kein prinzipiell zu erstrebendes Ziel" sehe, sei die Klärung der Eigentümerfrage doch vordringlich. Im übrigen gehe er davon aus, daß „eine Bestandsgarantie für den Stahlstandort Saar Geschäftsgrundlage der weiteren gemeinsamen Bemühungen des Bundes und des Landes ist."

Die CDU-Landtagsfraktion zeigte sich „enttäuscht" von der Regierungserklärung. Ihr Fraktionsvorsitzender Günther Schwarz betonte, es seien „mehr Fragen offengeblieben, als konkrete Antworten zur Lösung der Probleme des Landes gegeben wurden".

Im Ausland wird weniger Deutsch gelernt

DW. Bonn

Das Interesse an der deutschen Sprache ist mit regionalen Ausnahmen weltweit rückläufig. Zu diesem Ergebnis kommt ein von Bundeskanzler Helmut Kohl angeforderter Bericht des Auswärtigen Amtes. Nach Angaben dieses Berichtes schätzt die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt die Zahl der derzeit die deutsche Sprache an Schulen im Ausland Lernenden nur noch auf 14 bis 15 Millionen junge Menschen. Dazu kämen 1,4 Millionen Studenten an Hochschulen sowie eine „kaum zu erfassende Zahl" von Personen an Institutionen der Erwachsenenbildung.

1979 wurde die Zahl der Deutsch lernenden Schüler dagegen noch auf 16 bis 17 Millionen und die der Studenten auf 1,2 Millionen geschätzt. Die Bundesregierung will nun durch eine gezielt geförderte Sprachpolitik diesem Rückgang des Interesses an der deutschen Sprache entgegenwirken. Förderungsmaßnahmen sollen sich dabei besonders auf Europa, Nord- und Südamerika sowie die pazifischen Industriestaaten konzentrieren.

Die deutsche Sprache im Ausland wird derzeit durch 123 deutsche Auslandsschulen, durch die Lektoren-Vermittlung des Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes sowie durch 135 Kulturinstitute des Goethe-Instituts und des Auswärtigen Amtes gefördert. Im „Vollstatus" als Amts- oder Arbeitssprache wird Deutsch derzeit nur in zwölf internationalen Organisationen verwendet.

Seite 2: Mutig wie zu Börnes Zeiten?

Moskau setzt Stationierung von SS-20 fort

chv. Brüssel

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Richard Burt hat die Moratoriums-Erklärung des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow als „Propagandamanöver" bezeichnet. Die Sowjetunion setze auch nach dem am 7. April verkündeten Raketen-Moratorium den Ausbau ihrer SS-20-Raketenstellungen unvermindert fort. „Dies ist jetzt klar", sagte Burt im Anschluß an eine Sitzung der besonderen Konsultationsgruppe der NATO-Staaten, auf der er die jüngsten amerikanischen Satelliten-Aufklärungsergebnisse vorgelegt hatte.

Nach Angaben Burts befindet sich eine „substantielle Anzahl" neuer sowjetischer Stellungen für die Mittelstreckenrakete SS-20 im Ausbau.

Über den Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen sagte Burt, der Westen sei enttäuscht, daß die Sowjetunion Zuflucht in „Public-Relations-Veranstaltungen" genommen habe, anstatt über Abrüstung zu verhandeln. Der Westen sei im Rahmen eines Genfer Abkommens zu „radikalen Kürzungen" an seinem Raketenpotential bereit. Er hoffe immer noch, daß die Sowjetunion von Propaganda ablasse und Flexibilität bei den Verhandlungen an den Tag lege, sagte Burt.

Das Ergebnis der ersten Runde der Genfer Verhandlungen ist in NATO-Kreisen inzwischen als negativ bewertet worden. Wie in Brüssel erwartet, habe die sowjetische Delegation in der ersten Runde keine nennenswerten Fortschritte bei den Gesprächen in Frage stellte.

Nur kurze Papst-Audienz für Honecker

Änderung der Bistumsgrenzen kein Thema / „DDR"-Flüchtlinge überreichten Bittschrift

DW. Rom

Ein halbstündiger Höflichkeitsbesuch bei Papst Johannes Paul II. im Vatikan war gestern Höhepunkt des Italien-Besuchs des „DDR"-Staats- und Parteichefs Erich Honecker. Honecker wurde im Vatikan mit einem Ehrenspalier der Schweizer Garde empfangen – einem für Privatbesuche von Staatsoberhäuptern üblichen Zeremoniell. Zu der Unterredung in der Privatbibliothek des Papstes wurden keine Dolmetscher hinzugezogen: Das Oberhaupt der katholischen Kirche unterhielt sich mit seinem Gast in deutscher Sprache.

Honecker wurde von Johannes Paul II. als der erste Ostblockführer empfangen, der sowohl das höchste Staats- als auch Parteiamt innehat. Der Papst war zuvor lediglich in Polen 1979 mit Edward Gierek und 1983 mit General Jaruzelski zusammengetroffen. Die sozialistischen Politiker Tito, Ceausescu und Schiwkow waren noch von Papst Paul VI. im Vatikan empfangen worden.

Honecker, der die Begegnung mit dem Papst als eine „Premiere in der Geschichte der DDR" offensichtlich genoß, sprach davon, daß er „tief bewegt" sei über den herzlichen Empfang, der ihm und seinen Begleitern in Italien – dem ersten von ihm besuchten NATO-Land – bereitet worden war. Der SED-Generalsekretär traf sich auch, nachdem er mit Staatspräsident Alessandro Pertini und Ministerpräsident Bettino Craxi gesprochen hatte, mit KPI-Sekretär Alessandro Natta und dem kommunistischen Bürgermeister von Rom, Ugo Vetere. Craxi und Honecker hatten übereinstimmend ein Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan befürwortet. Eine solche Begegnung könne eine wichtige Rolle beim Abbau der Spannungen spielen und eine Wende zur Wiederaufnahme des Entspannungsprozesses bringen.

Themen des Gesprächs mit dem Papst waren der Ost-West-Dialog und Probleme der Entspannung. Beobachter in Rom äußerten die Ansicht, daß die von der „DDR" gewünschte Änderung der Bistumsgrenzen nicht angesprochen wurde. Die katholische Kirche in der „DDR" wird weiterhin verwaltet in den aus der Vorkriegszeit stammenden Kirchengrenzen, die mit den derzeitigen Staatsgrenzen nicht übereinstimmen. Honecker überreichte dem Papst eine Meißner Porzellanfigur aus dem 18. Jahrhundert, eine „Madonna mit Jesuskind, über das Böse triumphierend".

Flüchtlinge aus der „DDR" hatten dem Papst vor der Begegnung mit Honecker ihre Not verdeutlicht: Im Rahmen einer Generalaudienz im Petersdom überreichten sie ihm eine Bittschrift. Sie baten Papst Johannes Paul II., sich bei dem SED-Generalsekretär für Familienzusammenführung zu verwenden.

Pershing II wird umgerüstet

DW. Bonn

Die Stationierung von Pershing II-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland wird erst fortgesetzt, wenn die Flugkörper so umgerüstet worden sind, daß sie den Anforderungen der Sicherheit genügen. Bis dahin werden auch Übungen und Transporte mit den Raketen ausgesetzt.

Diese Konsequenzen aus dem Raketenunglück vom 11. Januar in Heilbronn hat der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle (CSU), gestern in Bonn bekanntgegeben. Der Unfall, bei dem drei US-Soldaten getötet und 16 verletzt worden waren, sei auf ein bislang „nicht bekanntes physikalisches Phänomen" zurückzuführen.

Seite 6: Untersuchungsbericht

Wetter und Mayer wurden Kardinäle

DW. Rom/München

Der 57jährige Erzbischof von München und Freising, Friedrich Wetter, und der 73jährige Propräfekt der vatikanischen Kongregation für den Gottesdienst und für die Sakramente, Erzbischof Augustinus Mayer, gehören zu den insgesamt 28 neuen Kardinälen der Weltkirche, deren Ernennung durch Papst Johannes Paul II. gestern im Vatikan bekanntgegeben wurde.

Damit gehören dem jetzt 152 Mitglieder zählenden Kardinalskollegium sechs deutsche Kardinäle an: außer Wetter und Mayer noch Joseph Höffner (78), Joachim Meisner (51), Hermann Volk (81) und Joseph Ratzinger (58). An einer Papstwahl dürfen 94 Kardinäle teilnehmen.

Seite 5: Mehr Gewicht

USA: 51 Prozent gegen Bitburg-Visite

DW. Washington

Bei einer repräsentativen Umfrage in den USA haben sich 51 Prozent der Befragten gegen einen Besuch von US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg ausgesprochen, wo auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt sind. Für einen solchen Besuch äußerten sich 39 Prozent der Befragten, während der Rest keine Meinung äußerte. Die im Auftrag der Fernsehgesellschaft ABC und der „Washington Post" durchgeführte Umfrage hat ein Fehlerpotential von 3,5 Prozent in beiden Richtungen. Auf die Frage, ob Reagan seinen Besuch in Bitburg jetzt noch absagen sollte, antworteten 52 Prozent mit ja und 44 Prozent mit nein.

Seite 2: Fehlschlüsse
Seite 4: Die Freundschaft mit Amerika

Karmal richtet scharfe Angriffe gegen die USA

Sowjet-Truppen sollen bis zum Sieg in Afghanistan bleiben

DW. Neu-Delhi

Die sowjetischen Truppen sollen nach den Worten des afghanischen Staats- und Parteichefs Babrak Karmal solange in Afghanistan bleiben, bis die vom Westen und China unterstützten Widerstandskämpfer besiegt sind. In einer dreistündigen, von Radio Kabul übertragenen Rede, die in Neu-Delhi abgehört wurde, sagte Karmal vor der kurzfristig einberufenen Nationalversammlung (Loya Jirga), sein Land befinde sich in einem Kampf „auf Leben und Tod".

Die amerikanische Regierung und deren Verbündete würden alles tun, um den ungerechten Krieg fortzusetzen. Deshalb sei es eine Frage von Leben und Tod, „die Banditen zu vernichten" und die Sicherheit für das Land und die Bevölkerung wiederherzustellen. In seine Angriffe bezog Karmal neben den Vereinigten Staaten auch andere Länder ein. Die US-Regierung, so der afghanische Parteichef, habe in Pakistan 125 Trainingslager für Widerstandskämpfer aufgebaut, die unter anderem auch von Ägyptern, Chinesen, Pakistanis und Israelis geführt würden. Ausbildungslager gebe es außerdem in Iran und in der chinesischen Provinz Xinjiang (Sinkiang).

Der Sowjetunion zollte Karmal dagegen großes Lob für deren Wirtschafts- und Militärhilfe. Im Dezember 1979 waren sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert. Nach westlichen Schätzungen unterhält die UdSSR dort zur Zeit etwa 110 000 Besatzungssoldaten.

Die afghanische Regierung hatte Anfang April beschlossen, das Loya Jirga, das traditionelle Stammesparlament Afghanistans, einzuberufen, um sich mehr Rückhalt für ihre Politik in der Bevölkerung zu verschaffen. Zuletzt war die Versammlung in den 70er Jahren zusammengetreten. Sie besteht aus 1797 Mitgliedern, die den Angaben von Radio Kabul zufolge in den vergangenen Wochen gewählt wurden. Der Wahlvorgang wird von Exil-Afghanen in Neu-Delhi jedoch als Farce bezeichnet, weil fast ausschließlich Anhänger Karmals nominiert worden seien.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Forschung und Bürokratie

Von Heinz Heck

Schier könnte man glauben, daß in Bonn eine Kabinettsumbildung stattgefunden hat und der Forschungsminister nicht mehr Riesenhuber, sondern Genscher heißt. Seit vom „Europa der Technologie" die Rede ist – neuerdings sehr häufig –, hört man nur noch von Genscher und nicht vom Technologie-Zuständigen. Einen mächtigen Anstoß hat dieses Thema durch den Brief des französischen Außenministers Dumas an Genscher erfahren.

„Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit unseren großen internationalen Partnern, vor allem mit den Vereinigten Staaten und Japan" soll durch die europäische Aktivitätenbündelung in die Wege geleitet werden, wenn es nach den französischen Vorstellungen geht – so, als wäre die Frage dieser Gleichberechtigung und Durchsetzung in erster Linie eine Frage der Qualität der Forschung und nicht der Politik.

Hat doch das System mit dem beziehungsreichen Namen der Freund-Feind-Erkennung gezeigt, daß es der deutschen Forschung und Entwicklung an Qualität nicht gebricht (der Preis kann sich ebenfalls sehen lassen), daß aber die europäischen Partner hei der Durchsetzung ahgewinkt haben.

Was sollen neue europäische Agenturen – Eureka hin oder her – neben der Legion der schon vorhandenen bringen außer Leerlauf und Aufwand? An Forschungsbürokratie mangelt es nicht, im Gegenteil. Riesenhuber hat nach der Wende das Steuer in der Forschungsförderung behutsam, aber deutlich in Richtung privaten Engagements herumgenommen, allen Widerständen – auch im eigenen Hause – zum Trotz. Dies war ein richtiger Schritt. Denn wenn es in der Vergangenheit ein Defizit gegeben hat, so nicht beim Forschungsaufwand, sondern bei der Umsetzung in marktfähige Produkte.

Die französische Vorliebe für Planification ist bekannt und Tradition. Auch ohne dem westlichen Nachbarn zu unterstellen, es gehe ihm um deutsche Mittel für französische Projekte, ist doch die geringere Effizienz solcher Staatsaktionen so offenkundig (und auch in der Bundesrepublik leidvoll erproht), daß sich Genscher hier etwas mehr Zurückhaltung auferlegen sollte.

Fehlschlüsse

Von Thomas Kielinger

Es ist ein Mißverständnis, wie es nur das gereizte Gefühl und eine historische Teilblindheit erzeugen kann: Daß die Amerikaner – wie die Debatte um den Bitburg-Besuch Präsident Reagans zeige – über Deutschfeindlichkeit noch nicht hinausgewachsen seien. Haben nicht nach 1945 gerade die Amerikaner als erste den besiegten Deutschen eine freundschaftliche Hand entgegengestreckt? War der Marshall-Plan eine ahistorische Geste, weil zur gleichen Zeit Briten und Franzosen noch nach dem Fraternisierungsverbot vorgingen?

Man hüte sich, aus der unordentlichen Dehatte, wie sie freien Gesellschaften – zumal einer mit hunderten Millionen Mitgliedern – eigentümlich sind, Schlußfolgerungen über Völkerbeziehungen zu ziehen. Wie haben wir uns seit 1980 bemüht, unserem amerikanischen Partner klarzumachen, daß die Exzesse des Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik nicht den stabilen Konsens der Freundschaft zu den USA tangierten.

Doch jetzt will ein Teil der Öffentlichkeit bei uns das Kind mit dem Bade ausschütten und anhand der Bithurg-Kontroverse in den USA grandiose Fehlschlußfolgerungen über das Deutschland-Bild der Amerikaner konstruieren. Wenn wir uns auf die Fähigkeit der Amerikaner verlassen haben, zwischen hysterischen Anti-Raketen-Demonstranten und dem deutschen Grundgefühl der Freundschaft gegenüber Amerika unterscheiden zu können, dann darf die Mehrheit in den USA jetzt auch von uns Deutschen erwarten, daß wir ähnliche Unterscheidungen angesichts einer Amerikas Öffentlichkeit schmerzlich berührende Debatte zu machen verstehen.

So tief saßen in den USA die Verletzungen aus dem Bürgerkrieg, daß es bis in die Jahre der Regierung Carter – also mehr als hundert Jahre – gedauert hat, ehe der Südstaaten-General Lee und der Präsident der Konföderation, Jefferson Davis, die Bürgerrechte zurückerkannt bekamen. Das behinderte keineswegs den friedlichen Handel und Wandel zwischen den Nord- und den Südstaaten. Wollen wir Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit unterstellen, sie vermöchten zwischen der aufbrechenden historischen Wunde und der Freundschaft zu den heutigen Deutschen nicht zu unterscheiden?

Oder ganz anders

Von Horst Stein

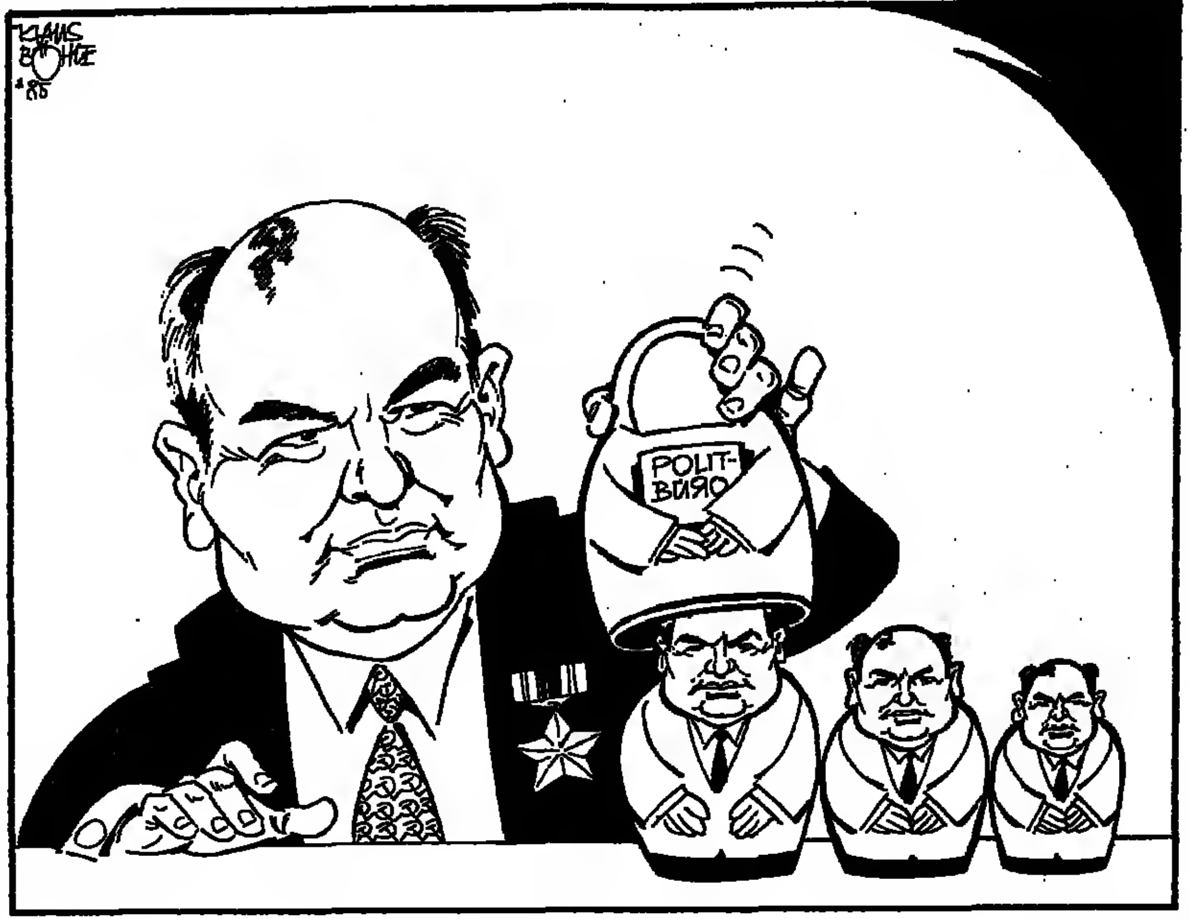
Oskar Lafontaine ist für diesmal seinem Ruf einiges schuldig geblieben, immer und überall den Eisenbeißer zu spielen. Lammfromm, die Hände pastoral vor dem Bauch gefaltet, gefiel er sich bei der Ahgabe seiner Regierungserklärung in der Rolle des Problemorientierten. Aus gutem Grund: Der für das Saarland, das jüngste und ärmste aller Bundesländer, politische Verantwortung trägt, kommt ohne den mittragenden Goodwill der anderen nicht aus.

Nirgendwo sonst noch ist die Bilanz ähnlich düster, nicht einmal in Bremen: bald acht Milliarden DM Schulden drücken das Saarland nieder, das Zweifache des Staatshaushalts. Nahezu jede vierte Mark, die das Land ausgibt, ist geliehen, fast jede siebente geht für die Zinsen drauf. Und dann noch 55 000 Arbeitslose.

Für den großen Wurf und die weit ausholende Geste bleibt da wenig Raum – die Wirklichkeit hat Lafontaine eingeholt. „Wenn Oskar drankommt," so hatten auch SPD-Ministerpräsidenten vor dem März-Sieg prophezeit, „dann muß er eine ganz, ganz realistische Politik machen."

Gestern vor dem Saarhrücker Landtag gah er ihnen weithin Recht, wohl in der gewitzten Überlegung, mit einem Erb- und Wendelast-Manöver am hesten davonzukommen: Seht, was ich angetroffen haben. Wer nämlich auf der Talsohle ist, kann nur noch aufwärtsgehen. Gewiß aber wollte Lafontaine, der ja eine untrügliche Witterung für Stimmungen wenigstens des eigenen Lagers hat, etwas vom Druck ahbauen, unter den ihn die Heilserwartung seiner Bewunderer gestellt hat.

Ihnen, den Chiliasten und Chlorophyllen, suchte er Gutes zu verheißen, aber viel mehr als blasse Absichtserklärungen kam nicht heraus: „Ein noch so sorgfältig vorbedachtes Programm," so zitierte er seinen Vorvorgänger Röder, „kann die zu einem bestimmten Zeitpunkt notwendig werdende politische Tat nicht exakt einplanen oder gar ersetzen. Vieles wird in der politischen Praxis hinter einer programmatischen Vorstellung entweder zurückbleiben oder sie übertreffen oder ganz anders ausfallen, als in dem Programm vorgesehen war."



Neu – das alte Spiel KLAUS BÖHLE

Der harte Auftritt

Von Carl Gustaf Ströhm

Wer vom neuen sowjetischen Parteichef eine neue Ära der außen- wie innenpolitischen „Hoffnungen", ja sogar eine neue Epoche der Weltgeschichte erwartete, kann über deo jüngsten Auftritt Michail Gorbatschows vor dem Moskauer ZK our enttäuscht sein. Er zeigt sicb nicht als Reformer, sondern als Disziplinierer und Modernisierer des überkommenen Systems. Seine Sprache gegenüber deo USA ist hart. Die Ernennung dreier neuer Politbüro-Mitglieder – des KGB-Chefs Tschebrikow, des Parteihürokraten Ligatschow und des Wirtschaftsexperten Ryschkow – scheint die Dreifaltigkeit zu symbolisieren, die das Sowjetreich zusammenhalten soll: Geheimpolizei, Partei und Wirtschaftsapparat.

Betrachtet man den Mechanismus sowjetischer Machtausübung aus der Nähe, wird man sich über das rhetorische Verhalten des sowjetischen Parteichefs ebensowenig wundern wie über die unter seiner Ägide in Fluß gekommene Personalpolitik. Das Sowjetsystem duldet keine radikalen Veränderungen. Überdies ist fraglich, ob Gorbatschow überhaupt jener Reformer und Hoffnungsträger sein will, als den ihn westliche Medien geschildert haben. Ein Mann, der in der sowjetischen Oligarchie den Weg nacb oben findet und stets am rechten Ort zur rechten Zeit die richtigen Protektoren für sich zu gewinnen vermochte – ein solcher Mann ist schwerlich ein Neuerer.

Wer in der festgefügten sowjetischen Hierarchie nach oben kommen will, muß sich vor allem den Vorstellungen des Apparats und seiner Funktionäre anpassen. Die Machtergreifung durch Gorbatschow – wenn sie überhaupt eine war – ist mancherorts als Rebellioo der „Jungen" gegeo die „Alten" und damit als Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit mißverstanden worden. In Wirklichkeit kommen sowohl Gorbatschow als auch seine Neuerwerbungen im Politbüro aus der Mitte des Systems, nicht aus nonkonformistischen Randbereichen. Auch zur Zeit, als die „Alten" regierten – von Breschnew bis zu den kurzen Zwischenspielen unter Andropow und Tschernenko –, spielten diese „Jungen" ihre Rolle als Führungsgehilfen. Es wäre deshalb ein Selbstbetrug, wollte der Westen sich einbilden, mit dem neuen Mann und seinen neuen Gehilfen sei alles einfacher als vorher.

Im Gegenteil – was muß ein frischgebackener sowjetischer Parteichef, der von großen Teilen der „imperialistischen" Öffentlichkeit als Hoffnungsträger (wessen?) gefeiert wird, zunächst einmal tun? Er muß jenen Kräften, die ihn tragen und die ihm schon morgen gefährlich werden können, als erstes beweisen, daß er dem Westeo die Zähne zu zeigen vermag. Und daß er keineswegs die Absicht hat, imperiale Positioneo aufzugeben oder auch nur in Frage zu stellen. In der Weltpolitik muß der vom alten Fuchs Gromyko beratene neue Mann zeigen, daß er sich nichts durch den Westen abhandeln läßt. Gerade wenn er als Ziel eine Einigung mit den Amerikanern anvisiert, muß er auf dem Wege dorthin immer wieder versuchen, das Bündnissystem Washingtons mit Westeuropa zu spalten, Verwirrung in die westlichen Reihen zu tragen (Raketen-Moratorium) und schließlich seinen Gesprächspartner Reagan von der Verwirklichung jener Pläne abzuhalten, die für das Sowjetsystem besonders gefährlich sind (Strategische Verteidigungs-Initiative).

Solange Gorbatscbow seine inoenpolitische Mächt nicht wirklich konsolidiert hat, sind von ihm keine wesentlichen Konzessionen zu erwarten. Sogar die angehlich bereits vorliegende Zusage, man werde in Zukunft nicht mehr wie im Fall Nicholson die Mitglieder amerikanischer Militärmissionen erschießen, wurde zurückgenommen. Nichts soll darauf hindeuten, der neue Mann im Kreml fühle sich den Amerikanern gegenüber unsicher und mache daher Konzessionen, zu denen seine Vorgänger nicht bereit gewesen sind oder wären.



Von Reform und Neuem keine Rede: Gorbatschow FOTO: UPI

Gewiß ist Gorbatschow mit den Problemen der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft ebenso vertraut wie mit dem gleichfalls nicht sehr ermutigenden Stand der Beziehungen zwischen Moskau und seinen Verbündeten oder Satelliten. In letzter Konsequenz müßte Moskau zu grundlegenden Änderungen – vergleichbar etwa mit der großen Reform in China – schreiten, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Genau das aber vermag ein sowjetischer Parteichef, der von starren Apparaten und Mächtegruppierungen abhängig ist, nicht zu leisten. Peter der Große, Lenin und Stalin konnten der Geschichte ihres Landes eine total andere Wendung geben – aber das waren „Selbstherrscher", ein jeder auf seine Weise.

Gorbatschow ist es nicht. Deshalb versucht er mit Hilfskonstruktionen über die Runden zu kommen: mit Appellen an die Disziplin, um sowohl die Arbeitsproduktivität zu steigern als auch den Blockzusammenhang zu festigen. Letzteres wird jetzt bei der Erneuerung des Warschauer Pakts eine große Rolle spielen. Vielleicht könnte Gorbatschow gerade für die Osteuropäer zu einem Mann mit Januskopf werden: einerseits verständiger als seine versteinerten Vorgänger, andererseits um vieles unbequemer und fordernder.

Die schicksalhafte Frage, ob das sowjetische System überhaupt noch reformiert werden kann, ist auch von Gorbatschow nicht beantwortet worden. Der Westen würde einer gefährlichen Selbsttäuschung nachjagen, wollte er der Atmosphäre Gorbatschows mehr Gewicht beimessen als der Wirklichkeit sowjetischer imperialer Macht.

IM GESPRÄCH Klaus Murmann

Getriebe als Aufgabe

Von Jan Brech

In der Wirtschaftspolitik geistert seit geraumer Zeit das Wort vom „Süd-Nord-Gefälle" durch die Diskussion. Nimmt man die künftige Besetzung der Führungspositionen bei den beiden großen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, BDA und BDI, zum Maßstab, ist von Schwäche der norddeutschen Region gegenüber dem Süden wenig zu spüren. Nachdem feststeht, daß dem jetzigen BDI-Präsidenten Hans Joachim Langmann Ende 1986 Tyll Necker, Geschäftsführer der im schleswig-holsteinischen Städtchen Bad Oldesloe angesiedelten Hako-Werke, nachfolgen wird, soll mit Klaus Murmann ein „Nordlicht" nun auch die Nachfolge von Otto Esser beim BDA antreten. Murmann ist Mehrheitsaktionär und Vorstandsvorsitzender der Sauer Getriebe AG in Neumünster.



Herumreden liegt ihm nicht: Designierter BDA-Chef Murmann FOTO: DIE WELT

Die Wahrnehmung von Verbandsfunktionen ist für den 1932 in Dortmund geborenen Westfalen nichts Neues. Murmann ist seit 1975 mit viel wirtschafts- und gesellschaftspolitischem Engagement Vorstandsvorsitzender der Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Unternehmensverbände und Präsidiumsmitglied des BDA. Außerdem fungiert er als Vorstandssprecher der Walter-Raymond-Stiftung, auf deren Symposien er nicht selten mit eigenen Ideen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik aufwartet. Arbeit in diesen Gremien, versichert Murmann, sei für ihn nicht nur Pflicht, sondern mache auch Spaß.

Auf die Karriere-Leiter als Unternehmer ist Murmann mehr per Zufall denn aus Vorsatz gestiegen. Ursprünglich wollte er Diplomat werden. Das Jurastudium absolvierte er in Bonn, an der Harvard Law School und an der Sorbonne. Mit einer Arbeit über die Handelsbeziehungen zwischeo den USA und der Mootanunion promovierte er 1957 in Kiel. In der Stadt an der Förde war er dann bis 1967 jüngster Ratsherr für die CDU.

Gefallen an unternehmerischen Aufgaben fand Murmann in den Betrieben seines Vaters, der nach dem Krieg eine neue Firmengruppe in Schleswig-Holstein aufgebaut hatte. Als der amerikanische Getriebe-Koozern Sundstrand den Aufbau einer eigenen Produktion in Europa auf Lizenzbasis in Erwägung zog, setzte sich Murmann ein neues Ziel. Aus dieser Sache wollte er etwas machen, und mit viel Geschick und Überzeugungsvermögen wurde er Partner der Amerikaner. Das notwendige Aufbaukapital besorgte er sicb bei der Westdeutschen Landesbank und der Robert Bosch GmbH.

Die Sauer Getriebe AG gehört heute zu den führenden europäischen Herstellern voo hydrostatischen Getrieben. Murmann, dessen Familie 75 Prozent des Kapitals hält, ist Arbeitgeber für rund 1300 Mitarbeiter und setzt mit seiner Gruppe gut 200 Millionen DM um.

Die Jahre des Aufbaus haben den Unternehmer Murmann geprägt. Er verfügt über Energie und Durchsetzungsvermögen. Die täglichen Auseinandersetzungen als Manager mit den Interessengegensätzen der Partner im Umfeld von Unternehmen und Gesellschaft führt er fair, aber zielstrebig. Herumreden liegt ihm nicht. Er formuliert kurz und verständlich, „was Sache ist", auch dann, wenn es nicht immer die Zustimmung seiner Kollegen findet.

Über allem jedoch hat Murmann sein offenes, freies Lachen nicht verlernt. Auch läßt er das Engagement nicht so groß werden, daß Zeit für die Familie, für's Lesen oder für den Sport fehlte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Daily Mail

Zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen schreibt die britische Zeitung:

Gorbatschow kündigt an, daß er – nicht Reagan – im Mittelpunkt internationaler Aktivität stehen wird, wenn er in Amerika auftritt. Das einzige, was man mit einem solchen Mann nicht tut, ist, ihn als Mimose zu behandeln. Sein Fell ist so dick, wie seine Füße schnell sind. Es ist darum beruhigend, daß sich die britische Regierung voo der Suche nach besseren Beziehungen zwischen Ost und West nicht davon hat abhalten lassen, fünf sowjetische Spione hinauszuwerfen ... Die beste Möglichkeit für den Westen, mit einem schlauen Taktierer wie Gorbatschow umzugehen, ist, das Bieten zu eröffnen und die Wertsachen zu verschließen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Hier heißt es zur Dornier-Lösung:

Daimler-Benz wird das Sagen haben, und dies ist auf alle Fälle Lösungen vorzuziehen, bei denen beispielsweise das Land Baden-Württemberg größere Anteile als jetzt vorgesehen, erworben hätte. Oder auch Lösungen, bei deneo der Mannesmann-Konzern zum Zuge gekommen wäre: Bei einer Mannesmann-Mehrheit, darüber sind sich die Experten einig, wäre es wegen Überschneidungen in den Forschungsapparaten beider Konzerne auf alle Fälle zu Entlassungen gekommen.

MAINPOST

Das Würzburger Blatt schätzt Honeckers Besuch in Rom ein:

Die Reise nach Rom, wo er mit „großem Bahnhof" empfangen wurde, wird Honecker vermutlich bald auch in anderen NATO-Staaten die Tür öffnen. Und genau das ist es, was der Ostberliner Staatsratsvorsitzende für sich persönlich und für seinen Staat braucht. Schließlich war es schon immer so, daß vorzeigbare „Erfolge" in der Außenpolitik die Probleme im Innern am ehesten überdecken können.

Fuldaer Zeitung

Zu den „DDR"-Schulbüchern meint sie:

Den jungen Menschen im Herrschaftsbereich Ost-Berlins wird heute in den Schulbüchern immer noch wie zu den Zeiten des Kalten Krieges der „Klassenfeind" als das Böse schlechthin dargestellt. Da stellen sich einige Fragen: Glauben die Autoren selbst an das, was sie geschriebeo haben? Und vor allem: Sind sie überzeugt, daß die Mädchen und Jungen, die das lernen sollen, die richtigen – richtig natürlich im kommunistischen Sinn – Schlußfolgerungen ziehen, ja, daß sie die Vorgaben überhaupt annehmen?

Ist diese Sprache noch so mutig wie zu Börnes Zeiten?

Das Kabinett und die Förderung des Deutschen / Von Peter Dittmar

„Weiche Sprache öarf sich mit der deutschen messen? Welche andere ist so reich und mächtig, so mutig und anmutig, so schön und so mild als unsere?" fragte Luöwig Börne vor mehr ais einem Jahrhunöert. Dieses Selbstbewußtsein ist den Deutschen abhanden gekommen. Unö deshalb verliert die deutsche Sprache immer mehr an Bedeutung. Das Kabinett beschloß zwar einen neuen Anlauf – aber man kann nur boffen, daß mehr als das bisherige Kurieren an Symptomen herauskommt.

Deutsch zählt nicht mehr viel im internationalen Verkehr. Das hat politische Gründe. Die beiden verlorenen Weltkriege waren dem Ansehen Deutschlands und damit dem Ansehen des Deutschen und der öeutschen Sprache aöträglich. Aber das ist noch nicht einmal entscheiöend, vielmehr: Die Deutschen selbst schienen sich des Deutschen zu schämen. Sie entwickelten einen Hang zur polyglotten Nation und setzten ihren Stolz öarein, in möglichst vielen fremden Sprachen parlieren zu können.

Das hatte nichts mit dem Humboldtschen Ideal einer umfassenden Bildung zu tun, mit der Einsicht, daß ein fremdes Volk nur der verstehen könne, der seine Sprache zu sprechen vermag. Es glich eher einer Flucht aus einer unsympathischen Identität. Nicht zufällig wurde Adenauer immer wieder bespöttelt, weil er bei internationalen Verhandlungen und Begegnungen stets einen Dolmetscher hinzuzog. Da wurde als ein Mangel interpretiert, was für den Regierungschef oder das Staatsoberhaupt eines jeden anderen Landes jenseits der Grenzen selbstverständlich war: Sich in seiner Sprache zu äußem, selbst wenn er andere Sprachen beherrscht.

Voller Stolz auf Brandt und Helmut Schmidt, die sich ausländischer Idiome zu bedienen wußten, übersah man in Deutschland, daß sich allenthalben ein neuer Sprachnationalismus ausbreitetete. 1980 streikten beispielsweise Studenten in Algier, weil sie keine Vorlesungen mehr in Französisch hören wollten: arabisch sollte die Sprache der Wissenschaft sein. Und die Franzosen, mehr als ein Jahrhundert lang verwöhnt, weil ihre Sprache die Sprache der Diplomatie und der Eliten war, erkannten verbittert, daß diese Zeiten vergingen.

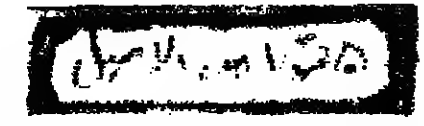
Deshalb wetterte der Schriftsteller Henri Gobard in seiner Schrift „La guerre culturelle": „Der klassische Krieg zielt ins Herz, um zu töten und zu erobern; der Wirtschaftskrieg zielt in den Bauch, um auszubeuten und um sich zu bereichern; der kulturelle Krieg zielt auf den Kopf, um zu lähmen, ohne zu töten, um durch die Zersetzung zu erobern und um sich durch die Verwesung ganzer Kulturen und Völker zu bereichern." Damit waren die Briten und Amerikaner gemeint, denen gern eine gezielte Kampagne für die Verhreitung des Englischen unterstellt wird. Aber das heißt, Ursache und Wirkung zu verwechseln.

Eine Sprache wird uninteressant, wenn es keine Werte mehr gibt, die richtig nur in dieser Sprache zu vermitteln sind. Die klassischen kulturellen Werte, die Literatur und die Philosophie zählen dabei immer weniger. Wer lernt schon noch Französisch, um die Enzyklopädisten oder Moliére im Original zu lesen? Und wer lernt schoo noch Deutsch, damit er Goethe, Heine oder Kant richtig versteht? Selbst die Zahl der Adepten von Karl Marx, die (deshalb lernte Lenin deutsch) ihren Propheten ohne die Krücken einer Übersetzung genießen möchten, ist gering.

Die Frage, wofür man unbedingt Deutsch braucht, löst heute deshalb meist Achselzucken aus. Die Zeiten, wo es für einen Mediziner unumgänglich war, weil ein großer Teil der neuen Erkenntnisse in Deutschland gemacht und in Deutsch publiziert wurden, sind längst vorbei.

Heute schreiben Wissenschaftler möglichst gleich in Englisch. Bei wissenschaftlichen Kongressen, die in Deutschland stattfinden, kann man häufig genug erleben, daß Englisch die Kongreßsprache ist. Die wissenschaftlichen Verlage veröffentlichen einen immer größeren Prozentsatz ihrer Bücher gleich in Englisch. Das erleichtert nicht die Bemühungen des Börsenvereins, mit Buchausstellungen auf die Arbeit deutscher Verlage im Ausland aufmerksam zu machen. Und das fördert auch nicht die Einsicht in anderen Ländern, daß es sich lohne, Deutsch zu lernen. Da nützt es auch wenig, mehr Sprachschulen, Goethe-Institute, germanistische Fakultäten und andere Bildungsinstitutionen im Ausland zu fördern.

Mit dem Eifer der Franzosen, für die die auswärtige Kulturpolitik stets das zweite Bein der Außenpolitik war, weshalb auch fast die Hälfte des Etats diesen Aktivitäten zukam, hat es das Bonner Auswärtige Amt sowieso nie gehalten. Die Kulturpolitik galt eher als ein Anhängsel. Ob an diesen Verhältnissen die Erörtungen des Kabinetts über die Förderung der deutschen Sprache etwas ändern werden, muß sich erst noch herausstellen. Denn auch das hat Börne notiert: „Die Deutschen sind nur einig, wo es etwas zu leiden gibt, wo zu tun, niemals."



Hitler und Stalin – hat der Westen sie nicht durchschaut?

Die Deutschen haben sich nach Hitler zu fragen. Der Verlauf der Geschichte bietet jedoch auch Anlaß zu der Untersuchung, ob die internationale Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands Hitler und seine Taten richtig eingeschätzt und die Ziele der sowjetischen Kriegführung rechtzeitig erkannt hat. Die WELT befragte den Historiker Walter Laqueur. Das Gespräch führte Herbert Kremp.

WELT: Der 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation wird mit größerem Aufwand und mit schärferen Diskussionen begangen als der 30. Jahrestag. Kann der Historiker dafür Gründe erkennen?

Laqueur: Der 40. Jahrestag wird mit größerem Aufwand begangen, da bei dem 50. Jahrestag mit statistischer Wahrscheinlichkeit die meisten derjenigen, die den Zweiten Weltkrieg bewußt miterlebt haben, nicht mehr am Leben sein werden. Schärfere Diskussionen – das trifft auf die meisten Länder nicht zu, etwa auf Japan, Frankreich und Italien.

WELT: Der Jahrestag gibt der internationalen Öffentlichkeit Anlaß, darüber nachzudenken, warum Hitler und seine Taten nicht rechtzeitig und konsequent genug angeprangert wurden. Sie haben ein aufsehenerregendes Buch zur Unterdrückung der Wahrheit über die „Endlösung", den Mord an unzähligen Juden im Westen, geschrieben: „The Terrible Secret" (deutsche Übersetzung: „Was niemand wissen wollte", Ullstein, Berlin, 1981). Warum wurde diese Wahrheit unterdrückt?

Laqueur: Hitler und der Nationalsozialismus waren den meisten Menschen außerhalb Deutschlands unverständlich. So etwas hatte es in der europäischen Geschichte der Neuzeit nicht gegeben. Man bezog sich daher auf historische Vergleiche, die nicht angebracht waren, und verstand nicht das qualitativ Neue im Nationalsozialismus. Die Wahrheit wurde nicht so sehr unterdrückt – obwohl es auch das gab, unbequeme Wahrheiten sind nie beliebt. Man versuchte sie vielmehr zu relativieren, zu verharmlosen. Nach dem Motto: „Ganz so schlimm wird es ja nicht kommen, es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird."

WELT: Hätten die Morde verhindert werden können, wenn alle internationalen Autoritäten, die Staatsmänner, die Gelehrten, der Papst – und auch die jüdischen Organisationen aufgeschrien hätten?

Laqueur: Nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war und nach den deutschen Siegen von 1939–41 war es unmöglich, den Mord von Millionen im Jahr 1942 zu vermeiden. Publizität wäre Hitler sicher peinlich gewesen. Sie hätte ihn aber nicht von den Taten abbringen können. Wenn es ainen Aufschrei der internationalen Öffentlichkeit gegeben hätte, so wäre es immerhin möglich gewesen, in den Jahren 1943/1944 ein paar Hunderttausende zu retten. Man hat es versäumt.

WELT: Wie konnte der Coup des Hitler-Stalin-Paktes gelingen, der es Hitler erst möglich gemacht hat (er wollte den Zwei-Fronten-Krieg ja vermeiden), Polen anzugreifen. Hatte die westliche Diplomatie versagt?

Laqueur: Der Coup konnte gelingen, weil die Sowjetunion traditionell ihre Hauptfeinde in Frankreich und England sah und nicht in Deutschland. Daran änderte sich auch nach 1933 nichts. Die westlichen Alliierten hätten klüger mit Stalin verhandeln sollen. Was er aber wollte, konnten sie ihm letzten Endes nicht geben.

Hitler wollte den Zwei-Fronten-Krieg sicher vermeiden, aber nicht um jeden Preis. Er wäre auch ohne einen Pakt mit Moskau in den Krieg gegangen, denn er wußte, daß die Sowjetunion in einem „inner-imperialistischen Krieg" neutral bleiben wird. Hitler glaubte, daß der Krieg in einer Reihe von Blitzkriegen entschieden werden wird, und er wußte, daß nur Deutschland Blitzkriege führen konnte. Daher war das Trauma des Zwei-Fronten-Krieges bei ihm nicht so stark wie häufig angenommen wird.

WELT: Wurde im Westen eigentlich laut protestiert, als Hitler und die Sowjets die fünfte Teilung Polens vollzogen?

Laqueur: Gewiß gab es Proteste in der westlichen Welt, als Polen im Jahre 1939 verschwand. Es wurden Reden gehalten, Resolutionen wurden verabschiedet und Bücher geschrieben. Aber jeder wußte, daß nur im Falle eines sowjetisch-deutschen Konflikts Polen wieder auferstehen würde.

WELT: Wie konnte es geschehen, daß in den großen Kriegskonferenzen von Jalta und Teheran Präsident Roosevelt seinem sowjetischen Gegenüber, Stalin, mehr vertraute als Churchill?

Laqueur: Roosevelt war ein kluger Mann und ein sehr erfahrener Politiker – aber nur in bezug auf die amerikanische Innenpolitik. Von Außenpolitik verstand er wenig und interessierte sich nicht besonders für sie – wie fast alle amerikanischen Politiker dieser Zeit.

Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg von dem Rest der Welt isoliert und nun (nach Pearl Harbor) mußte es auf einmal wieder Weltpolitik machen. Das ging nicht ohne weiteres. Dazu kamen noch Roosevelts Krankheit und ein grundlegendes Mißverständnis der Churchillschen Politik. Roosevelt glaubte, daß es Churchills Hauptziel war, das britische Imperium zu retten. Wenn das aber wirklich der Fall gewesen wäre, dann wäre England gar nicht in den Krieg gezogen; denn auf dieser Basis hätten sich die Engländer mit Hitler einigen können.

WELT: Roosevelt verwarf Churchills Plan, die Kriegsentscheidung vom Balkan her (1944) zu suchen und auf diese Weise den Sowjets den Weg nach Europa zu verlegen. War dies der wichtigste Grund für die Nachkriegs-Katastrophe, für die Sowjetisierung Ost- und Mitteleuropas?

Laqueur: Ich glaube nicht, daß eine alliierte Landung auf dem Balkan die Nachkriegsentwicklung grundlegend beeinflußt hätte. Eine solche Landung hätte möglicherweise die politische Entwicklung in Bulgarien und Rumänien beeinflußt, nicht jedoch in Polen, der Tschechoslowakei und Deutschland.



Der Historiker und Schriftsteller Walter Laqueur beschäftigt sich in seinen Werken mit zentralen Fragen der Zeitgeschichte. Der Bogen reicht von Forschungen über die Judenverfolgung über den Nahen Osten, den Kommunismus, die Guerrilla-Aktivitäten und den Terrorismus bis zur deutschen Jugendbewegung und zur Kultur der Weimarer Republik. Zuletzt erschien in Großbritannien sein Buch „Germany today" (der Ullstein-Verlag bringt es im Herbst in deutscher Übersetzung heraus). Laqueur, als Sohn eines jüdischen Kaufmanns 1921 in Breslau geboren, emigrierte 1938 nach Palästina. Heute Amerikaner, leitet er seit 1964 das Londoner Institut für Zeitgeschichte, Wiener Library. Seit 1976 lehrt Laqueur an der Georgetown-Universität in Washington. FOTO: DIE WELT

Eher könnte man schon sagen, daß die amerikanischen und englischen Truppen im April und Mai 1945 nicht aus politischer Rücksichtnahme ihren Vormarsch hätten abbremsen sollen. Dann wären die Grenzen wahrscheinlich 100 Kilometer weiter östlich verlaufen. Aber grundlegend hätte auch das nichts geändert. Die Sowjetunion war nun einmal die stärkste militärische Macht in Ost- und Mitteleuropa bei Ausgang des Krieges, und diese Tatsache mußte sich politisch auswirken.

WELT: Hätte die Sowjetisierung Mitteleuropas, hätte die Kette der Ereignisse von der Berliner Blokkade über den Volksaufstand in der Sowjetzone bis zum Ungarn-Aufstand 1956 und dem Bau der Berliner Mauer 1961 vom Westen diplomatisch oder militärisch beeinflußt werden können?

Laqueur: Ich gehöre nicht zu denen, die an verpaßte Gelegenheiten glauben, ich sehe keinerlei Anhaltspunkte dafür. Gewiß, die westliche Politik hätte bei einigen Gelegenheiten fester und paar Mal vielleicht konzilianter sein können, sie hätte mehr politische Initiativen ergreifen sollen. Das wäre propagandistisch-politisch von einiger Wichtigkeit gewesen. Aber die grundlegenden Tatsachen wären nicht geändert worden. Es gab auch damals schon eine „Breschnew-Doktrin", auch wenn man das noch nicht so nannte, nämlich den festen Willen Moskaus, nichts von dem aufzugeben, was als Folge des Zweiten Weltkrieges zum Sowjet-Reich und zu der sowjetischen Einflußzone gekommen war.

E. T. K. – der Koffer, vor dem Terroristen zittern

Es kostet nur 300 Mark, und jeder kann es schnell bedienen lernen: das Mini-Labor, mit dem die Israelis Terroristen entlarven.

Von ROLF TOPHOVEN

Ein Mann geht an einem überfüllten Badestrand in Israel spazieren. Er ist Sympathisant einer palästinensischen Terrorgruppe. Im Bund seiner Badehose steckt ein kleines Päckchen, etwas größer als eine Zigarettenschachtel. Der Mann bückt sich, vergräbt die Schachtel im Sand und verschwindet. Doch sein Tun wird beobachtet.

Die Polizei wird verständigt, was sie aus dem Sand ausbuddelt, ist hochexplosiv – die Schachtel enthält eine Sprengladung. Sofort wird eine Großfahndung eingeleitet, Dutzende Verdächtige festgenommen, unter ihnen auch der arabische Transporteur der brisanten Pappschachtel. Die Sprengstoffspezialisten der Polizei rücken mit einem Köfferchen an, nicht größer als ein Kosmetikkoffer. Mit dem Inhalt dieses Koffers werden die Festgenommenen „gecheckt" – keine zwanzig Minuten später hat man den „Strandläufer" identifiziert.

Die Spezialisten lokalisieren sogar die Stelle, wo der Attentäter die explosive Schachtel in den Gummizug seiner Badehose gesteckt hatte. Winzige Partikelchen der Sprengstoffmasse waren nämlich auf der Haut zurückgeblieben. Und es gelingt den Experten auch sofort, die Art des explosiven Materials zu definieren.

Das Geheimnis hinter diesem blitzschnellen und für den Täter schockierenden Zugriff steht auf dem kleinen Köfferchen, den die Polizei zum Einsatz brachte, in drei weißen Lettern gedruckt: E. T. K. (Explosives Testing Kit) – frei übersetzt: Ausrüstung zum Testen explosiver Stoffe.

E. T. K. gehört seit knapp fünf Jahren zur Standardausrüstung der Sprengstoffspezialisten bei der israelischen Polizei und bei anderen Sicherheitsorganen des Landes. Die Funktion des kleinen Plastikköfferchens entspricht der eines Mini-Labors: Es dient der Entdeckung und Identifikation herkömmlicher Sprengstoffarten wie TNT, Dynamit oder Plastiksprengstoff.

Entlarvt werden mit dem E. T. K. Personen, die mit explosivem Material hantiert haben, Bomben bastelten oder auch nur irgendwie Sprengstoff kurz berührt haben. Auch Gegenstände, die mit explosiven Stoffen in Kontakt kommen, werden mit diesem System entdeckt. Das können Türschlösser an Autos sein, Kofferräume oder selbst Handgriffe eines Diplomatenkoffers, sollte dessen Besitzer zuvor TNT oder Dynamit berührt haben.

Die Testsensitivität des E.-T.-K.-Systems ist extrem hoch. Bei TNT beispielsweise werden selbst noch 100 ng (Nano-Gramm) angezeigt, bei Dynamit bis zu 10 ng. Noch 24 Stunden nach einer Kontaktierung mit Sprengstoff entdeckt das Test-Verfahren die Spuren auf der menschlichen Haut. Und wie funktioniert das E. T. K.?

„Die Handhabung", so Dan Graveh vom „Institut für biologische Forschung", wo das System entwickelt wurde, gegenüber der WELT, „ist kinderleicht. Selbst 12jährige Burschen sind nach knapper Instruktion in der Lage, das Testverfahren durchzuführen." Den Beweis tritt er sogleich an.

Zwei Kinder und vier Erwachsene erhalten in kleinen Plastikdosen drei verschiedene Sorten von Sprengstoff: Dynamit, TNT und Plastiksprengstoff. Zwei Personen aus der Gruppe berühren den „Stoff" mit den Fingern. Der Tester kennt die „Täter" nicht. Aus dem E. T. K.-Koffer nimmt er nun ein rundes Papier, wischt damit über die Fingerkuppen jeder Testperson. Dann entnimmt er zwei Plastiktuben mit den Zahlen 1 und 2 dem E.-T.-K.-Koffer.

In jeder der beiden Tuben befinden sich zwei kleine, gleich große Ampullen mit einem chemischen Reagenz. Mit einer Kneifzange zerbricht Dan Graveh nun die beiden Ampullen in der großen Tube und träufelt anschließend einen Teil des Inhalts auf das Testpapier. In Sekundenschnelle wird durch eine spezielle Verfärbung (rosa, tiefrot) die Person, die mit dem jeweiligen Sprengmaterial Berührung hatte, entdeckt. auch der Sprengstofftyp wird durch spezielle Verfärbung des Teststreifens deutlich gemacht.

Mit dem E.-T.-K.-Koffer überprüfen Israels Sicherheitsorgane Hunderte von Verdächtigen bei Anschlägen in kürzester Zeit, mit für die Täter oft schockierenden Erfolgen. „In Europa ist unser System meines Wissens noch nicht im Einsatz", sagt Dan Graveh, „dabei gibt es derzeit auf diesem Gebiet in der Welt kaum etwas Vergleichbares."

Was die Kosten des „Anti-Bomben-Koffers" angeht, trifft diese Behauptung gewiß zu: Der Anschaffungspreis für die Komplettausrüstung liegt bei knapp 300 Mark. Zugekauft werden muß von Zeit zu Zeit lediglich die Ampulle mit dem chemischen Testreagenz. Sind die Ampullen einmal angebrochen, so hält sich ihr Inhalt bei normalen Temperaturen bis zu einem Jahr.

Zum Abschluß seiner exklusiven Testvorstellung für die WELT verweist Dan Graveh nochmals auf die Schnelligkeit und Effizienz seines E.-T.-K.-Koffers. Er tut dies unter Hinweis auf ein Schreiben des stellvertretenden Chefs der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der israelischen Polizei. Darin wird ein weiterer spektakulärer Fall, den das E.-T.-K.-System löste, geschildert.

Bei einem kürzlichen Bombenalarm mußten 50 Autos auf einem Parkgelände kontrolliert werden. In weniger als 30 Minuten gelang es der Polizei, das Fahrzeug, mit dem das explosive Material transportiert worden war, zu entdecken. Die geheime chemische Substanz aus dem E. T. K. reagierte positiv. Winzige Spuren von Sprengstoff hatten sich an der Innenseite eines Türgriffs gezeigt.

Ungarns Jugend tanzt sich in eine nationale Bewegung

Das „Tanzhaus", ursprünglich in Siebenbürgen beheimatet, feiert bei der ungarischen Jugend stolze Auferstehung. Die Partei sieht der „nationalen Bewegung" wohlwollend zu.

Von CARL G. STRÖHM

Der Budapester Sportpalast bietet an diesem Sonntagmorgen ein ungewohntes Bild: In der Arena und auf der Bühne der riesigen Halle, in der sonst Leichtathletikkämpfe stattfinden oder während des Frühlingsfestivals das berühmte Gyorer Ballett auftritt, wimmelte es von jungen Leuten.

Auf dem Podium spielen einige Musikanten mit altertümlichen Instrumenten zum Tanz auf. Auf der weiten Fläche der Sporthalle wogen Tausende von Menschen im Kreis. Sie halten sich an den Händen und tanzen – nicht etwa zum Beat- und Disco-Sound, sondern zu überlieferten Csardas-Rhythmen.

Das vierte ungarische „Tanzhaustreffen" dauert von neun Uhr morgens bis fast nach Mitternacht – und ohne Pause tanzen Hunderte von Gruppen aus ganz Ungarn und Tausende von Besuchern. Zuschauer gibt es hier nicht: Jeder kann mitmachen und die Tänze lernen. Die Mitglieder der Volkstanzgruppen machen die Schritte vor, dann mischen sie sich unter das Volk und bringen es den Menschen bei. Wer müde ist, setzt sich auf einen der Tribünenplätze. Wer tanzen will, packt sein Mädchen beim Arm und stürzt sich ins Getümmel.

Die „Tanzhäuser" sind in Ungarn seit einigen Jahren zu einer Massenbewegung vor allem unter der jungen Generation geworden. Plötzlich haben die großstädtischen Budapester, aber auch die Menschen in der Provinz, die industrialisierten, emanzipierten, „sozialisierten" Ungarn von heute ihre bäuerliche Herkunft und Tradition entdeckt.

Das „Tanzhaus" stammt aus einem ungarischen Gebiet, das heute nicht mehr zu Ungarn gehört: aus Siebenbürgen und dem Szekler Land in Rumänien. Die dortigen ungarischen Bauern pflegten sich im dörflichen Tanzhaus zu treffen. An langen Winterabenden war dies eine kommunikative und soziale Institution. Siebenbürgen ging verloren – aber das „Tanzhaus" kam in das heutige Ungarn. Es kam vom Dorfe in die Stadt.

In den letzten Jahren hat es sich überall in Ungarn ausgebreitet: Einmal in der Woche kommen die Menschen in Turnhallen oder größeren Räumen zusammen. Was da an Volkstänzen gelehrt und praktiziert wird, hat nichts mit den Operettenweisen oder der Zigeunermusik zu tun, die im Westen oft fälschlich als ungarische Folklore gilt. Die Musik ist oft archaisch – und aus den Dörfern, zum Teil sogar von jenseits der Grenze aus Rumänien, kommen alte, weißhaarige ungarische Bauern und Bäuerinnen, mit schwieligen Händen, um den jungen Leuten in Budapest die alten Melodien und die schon fast vergessenen Tanzschritte wieder beizubringen.

Ein wenig erinnert diese „Tanzhausbewegung" im kommunistischen Ungarn von heute an den seinerzeitigen deutschen Wandervogel: Man will heraus aus dem Grau und der Eintönigkeit der industrialisierten Welt. Man will nichts mehr hören von Ideologie und Marxismus. Aber auch der westliche Disco-Kult – der natürlich auch in Ungarn weit verbreitet ist – befriedigt nicht mehr.

„Das Tanzhaus", so sagt mir eine junge, salopp großstädtisch gekleidete Frau, die zum Pullover eine kleine Schleife mit den rot-weiß-grünen ungarischen Nationalfarben trägt, „ist für uns ein Gemeinschaftserlebnis. Hier gibt jeder jedem die Hand. Wir tanzen nicht für uns allein, sondern in einem großen Kreis mit Hunderten und Tausenden von anderen Menschen, mit unseren Landsleuten."

Besonders populär sind die siebenbürgischen Tänze und Volkstrachten. Viele Volkstanzgruppen aus dem heutigen Ungarn haben sich zur Aufgabe gestellt, die Trachten und Tänze aus dem verlorengegangenen Siebenbürgen zu pflegen.

Neben den Ungarn treten auch die nationalen Minderheiten in ihren Trachten und mit ihren Musikanten auf: Die Südslawen – in Ungarn siedelnde Serben und Kroaten – legen einen feurigen Kolo, den typischen Volkstanz der Jugoslawen, auf die Bretter. Die Donauschwaben erscheinen mit ihrer Blasmusik und stampfen zu den Klängen von Polka und Ländlern. Aber im Mittelpunkt bleibt stets das National-Ungarische.

Es ist faszinierend zu sehen, wie die Zuschauer in Zivil sich um die Trachtengruppen scharen, um jeden einzelnen Schritt abzuschauen – und wie dann die ganze Fläche der Halle sich in ein wogendes Menschenmeer verwandelt.

Am Rande der Sporthalle gibt es einen Bauernmarkt. Da werden dörfliche Keramiken feilgeboten, Trachtenblusen, handgewebte Teppiche. Siebenbürgische Bäuerinnen in ihrer typischen Tracht und Szekler Bauern, trotz der Hitze in Pelzmützen und Lederjacken, verkaufen Volkskunst und Stickereien. Hier ist alles noch „echt" – es gibt keinen Folklore-Kitsch.

Die Bauern und Bäuerinnen kommen meist aus Rumänien. Sie verdienen sich mit dem Verkauf die ungarischen Forint, mit denen sie Lebensmittel oder Güter einkaufen, die es in Rumänien nicht gibt.

Die ungarischen Kommunisten stehen dieser Volkstanz- und Jugendbewegung offiziell positiv gegenüber – weil auf diese Weise viele Jugendliche von der Straße wegkommen und etwa der Alkohol- oder Drogengefahr (die sich auch in Ungarn zunehmend ausbreitet) entzogen werden.

Andererseits muß ein Ideologe natürlich erkennen, daß hier eine Kraft entsteht, welche sich der totalen Kontrolle zu entziehen vermag. „Viele Jahre hindurch hat man uns eingetrichtert, daß nur der Internationalismus etwas gilt und das Nationale allenfalls eine Nebenrolle spielt", sagt ein junger ungarischer Intellektueller. „In der Schule wurde uns beigebracht, daß nur der 4. April – der Tag der Befreiung durch die Sowjetarmee – und der Jahrestag der Oktoberrevolution etwas gelten. Jetzt aber sagt sogar die Partei, daß es falsch war, die nationale Geschichte Ungarns zu vernachlässigen. Heuer wurde zum ersten Mal auch der 15. März – der Jahrestag der nationalen Revolution von 1848 – groß herausgestellt."

In einem System, in welchem das politische Monopol bei der Kommunistischen Partei liegt, ist das „Tanzhaus" eine Art nationaler Bewegung über das Ideologische hinaus. Hier akzentuiert sich die ungarische nationale Idee, die bei den Jungen auf wachsendes Interesse und Neugiarde stößt. Auch das Regime hat erkannt, daß es ohne Nationalstolz und Identifikation mit Volk und Geschichte nicht vorwärtsgehen kann.

Dregger, der Streit um Bitburg und die Freundschaft mit Amerika

THOMAS KIELINGER, Bonn

Während in den USA die Debatte um den Besuch Präsident Reagans auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg weiterwogt und die deutsche Öffentlichkeit auf die Berichte darüber mit Zeichen des Unmuts zu reagieren beginnt, versuchen Politiker auf beiden Seiten des Atlantik, die Auseinandersetzung in ruhige Fahrbahnen zu lenken. Sowohl in Washington wie in Bonn möchte man die Bitburg-Diskussion getrennt von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik sehen.

Vor der CDU/CSU-Fraktion warnte am Dienstagnachmittag der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, angesichts der Debatten in den USA vor der „unheiligen Allianz zwischen den Amerika-Feinden der Linken und der äußersten Rechten in Deutschland und den Deutschlandfeinden in Amerika." Mit dem Kanzler sei er sich einig in dem Wunsche, „das Bündnis einigermaßen heil über den 8. Mai hinwegzubringen." Aus dieser Sorge heraus hatte der Vorsitzende der Unionsfraktionen bereits am vergangenen Wochenende einen Brief an jene 53 US-Senatoren geschrieben, (vgl. WELT vom 23. 4.), die Präsident Reagan in einer gemeinsamen Erklärung aufgefordert hatten, den Besuch in Bitburg abzusagen. Dregger appellierte in seinem Schreiben an die Senatoren unter anderem daran, „im deutschen Volk, das seit 40 Jahren an der Seite des Westens steht, einen Verbündeten (zu) sehen".

Im Büro des von Dregger angeschriebenen US-Senators Howard Metzenbaum – er gehört der demokratischen Partei an – liegt inzwischen eine ausformulierte Antwort auf diesen Brief vor, die jedoch nicht an die Presse verteilt sondern nur auf Anfrage zur Verfügung gestellt worden ist. Metzenbaum selber möchte dies so verstanden wissen, daß er zwar auf den deutschen Parlamentarier antworten aber gleichzeitig jeden Eindruck vermeiden wolle, als begebe er sich in eine persönliche Auseinandersetzung. Daher wird auch nicht direkt auf den Namen des deutschen Briefaddressaten, Dregger, abgehoben.

Der Text der Antwort macht deutlich, daß die amerikanische Debatte keinesfalls gegen den deutschen Soldaten des 2. Weltkrieges gerichtet sei und schon gar nicht die heutigen Deutschen verunglimpfen wolle. Es geht, so heißt es in der Umgebung des Senators, nicht um die deutschen Verbündeten. Vielmehr läßt Metzenbaum in seiner Antwort anklingen, daß allein die Nennung „SS" im Zusammenhang des Bitburg-Besuches in den USA die Erinnerung an „unaussprechliche Verbrechen" wachgerufen habe, darunter auch die Ermordung amerikanischer Kriegsgefangener in den letzten Monaten des Krieges.

Wie viele Amerikaner macht der Senator in seinem Text keine Unterscheidung zwischen der Waffen-SS und den SS-Mannschaften der Todeslager, kommt dann aber auf den eigentlichen Punkt seines Anliegens und der amerikanischen Debatte, indem er schreibt:

„Wenn der Präsident den Menschen in der Bundesrepublik dazu gratulieren möchte, wie erfolgreich sie seit 1945 eine freiheitliche demokratische Gesellschaft aufgebaut haben, dann stehe ich aus vollem Herzen dahinter. Wenn er mit Kanzler Kohl gemeinsam seiner Trauer über die Tragödie der Kriege Ausdruck geben will, bin ich an seiner Seite. Aber wenn die Ehrung auch die SS einschließt, so rebelliert jede Fiber meines Wesens dagegen."

Der Brief verrät, wie wenig Differenzen bei Verantwortlichen diesseits und jenseits des Atlantik in der Grundfrage der Bündnisverständigung und der deutsch-amerikanischen Freundschaft bestehen. „Die Schatten der Historie" so formulierte es im Gespräch ein Beamter des State Department, „und unsere gegenwärtige Welt" haben immer koexistiert. Der 40. Jahrestag scheint sie jetzt wieder in Streit miteinander zu setzen. Doch gibt das nicht die Haltung Amerikas gegenüber der heutigen Bundesrepublik wieder. Hier stehen zwei verschiedene Dinge vor uns."

In seinem Vortrag vor der Fraktion nannte Alfred Dregger die Feier in Bergen-Belsen vom vergangenen Wochenende ein „bewegendes Ereignis". Völkermord und Vertreibung seien „Segmente der Katastrophe, die Europa heimgesucht hat". Noch einmal lobte er Präsident Reagan wegen der „noblen Geste", Bitburg einen Besuch abstatten zu wollen. Die Totenehrung sei „ein Teil der Kultur des Abendlandes". In diesem Zusammenhang verlas der Fraktionsvorsitzende drei Briefe, die ihn aus der Bevölkerung erreicht hatten, als Reaktion auf sein eigenes Schreiben an die US-Senatoren. Ein jüdischer Bürger, der in der Nazi-Ära neun seiner Verwandten verlor:

„Aufrechnung von Opfern und Verbrechen ... reicht nicht, ja, ist völlig ungeeignet. Es reicht auch nicht, die Einheit der Menschheit zu beschwören. Wir müssen von Mensch zu Mensch miteinander ringen, ... nicht um zu sehen, wer Recht oder Unrecht hat – denn wir haben alle Unrecht –, sondern um so sicher zu stellen, daß es noch eine Menschheit gibt ... Wollen wir nicht Ihren toten Bruder und meine tote Familie – Sie als Christ und ich als Jude – dadurch ehren, daß wir in aller Stille einen neuen Anfang machen? Gestehen wir uns doch ein, daß weder Sie noch ich die Vergangenheit bewältigt haben."

Beihilfe für Beamte wird begrenzt

PETER JENTSCH, Bonn

Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes sollen nicht länger an ihrer Krankheit „verdienen" können. Das sieht unter anderem die Änderung des Beihilferechts vor, die Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern dem Kabinett vorlegte. Die neuen Vorschriften gelten für den Bundesbereich und treten am 1. Oktober in Kraft. Sie werden nach den Worten Zimmermanns auch von den Ländern übernommen, die Bundesrecht anwenden (Bayern, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein).

Im Mittelpunkt der Neuordnung steht die Begrenzung der Beihilfen und Leistungen aus einer Krankenversicherung auf 100 Prozent der tatsächlich entstandenen Kosten. Bisher war es möglich, durch eine höhere, als zur Kostendeckung im Einzelfall notwendige Versicherung über die Beihilfe insgesamt mehr als die tatsächlich entstandenen Krankheitskosten erstattet zu bekommen. Die neuen Beihilfesätze betragen künftig 50 Prozent für den Berechtigten, 70 Prozent für den Beihilfeberechtigten mit zwei oder mehr Kindern sowie für Ehegatten und Versorgungsempfänger und schließlich 80 Prozent für jedes Kind. Entsprechend kann sich ein Beamter nur noch zu 50 Prozent privat versichern, mit zwei Kindern zu 30 Prozent.

Gleichzeitig wurde der Kreis der Berechtigten beschränkt. So werden künftig für Ehegatten, deren Einkünfte im Jahr 30 000 Mark übersteigen, keine Beihilfen mehr gewährt.

Zimmermann verwies darauf, daß die Grundlage des Beihilferechts die gesetzliche Fürsorgepflicht der Dienstherren für die Beamten sei. Wegen dieser beamtenrechtlichen Sicherung sind die Beamten von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung befreit. Die Beihilfen sollen im Krankheitsfall die Leistungen der von den Beamten aus ihren Bezügen zu bestreitenden angemessenen Eigenvorsorge ergänzen.

Die Neuordnung sei in enger Abstimmung mit den Ländern erarbeitet worden, betonte Zimmermann. Sie sei notwendig geworden, weil das bisherige Recht zu unübersichtlich und auch zu uneinheitlich geworden sei. Die neuen Vorschriften gelten für alle Aufwendungen im Krankheitsfall, die nach dem 30. September entstehen.

Immer mehr Frauen aus politischen Gründen in Gefängnissen der „DDR"

Unwürdige Haftbedingungen / „Arbeitsgemeinschaft 13. August" appelliert an Vatikan

F. DIEDERICHS, Berlin

Anläßlich des Italien-Besuches des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker hat die in West-Berlin ansässige „Arbeitsgemeinschaft 13. August" in einem Telegramm an Papst Johannes Paul II. appelliert, sich bei seiner Privataudienz mit dem SED-Gast für die Freilassung der rund 8500 politischen Gefangenen in der „DDR" einzusetzen. Die Arbeitsgemeinschaft argumentierte in ihrem Aufruf, die Inhaftierten hätten größtenteils lediglich von ihren Rechten Gebrauch gemacht, die durch die Verfassung der „DDR" und auch durch internationale Vereinbarungen garantiert seien, vor allem dem Recht auf Freizügigkeit und freie Meinungsäußerung.

Nach neuesten Recherchen der Berliner Arbeitsgemeinschaft, die im vergangenen Jahr 341 aus der „DDR"-Haft entlassene Deutsche befragte, ist vor allem der Anteil der Frauen in „DDR"-Haft in den vergangenen zwei Jahren stark gestiegen. Derzeit sollen sich rund 1000 Frauen in den „DDR"-Haftanstalten befinden, vor zwei Jahren waren es rund 500. Die häufigsten Strafdelikte waren Aktivitäten wegen einer gewünschten Aussiedlung, Fluchtversuche sowie Initiativen innerhalb der Friedensbewegung. Nach Erkenntnissen der Arbeitsgemeinschaft verfolgt die „DDR" seit einiger Zeit vor allem die Taktik, potentielle Mitwirkende an öffentlichen Protestaktionen frühzeitig zu erkennen und auszuschalten, sei es durch möglichst schnelle Aussiedlung, durch kurzzeitige Festnahmen und Einschüchterung oder durch Strafverfahren mit Verurteilung und anschließender Aussiedlung.

Das Bemühen der „DDR", sich mißliebiger Bewohner möglichst rasch zu entledigen, sieht die Arbeitsgemeinschaft vor allem in einem Absinken der durchschnittlichen Strafverbüßungszeit, die in den letzten zwei Jahren statistisch gesehen um die Hälfte reduziert worden sei. Für die meisten Verurteilungen bemüht die „DDR" derzeit den Paragraphen 220 („Öffentliche Herabwürdigung"), der mit einem relativ geringen Strafrahmen von acht bis 24 Monaten verbunden ist.

Mehrere in der „DDR" inhaftierte Frauen berichteten gestern in West-Berlin über die Bedingungen in den „DDR"-Vollzugsanstalten, vor allem über das berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck. Scharf kritisiert wurden vor allem die ständig überbelegten Zellen und eine „menschenunwürdige medizinische Betreuung", so mehrere Haftentlassene. Ein Berliner Mediziner, der seit 1964 vor allem ehemalige „DDR"-Häftlinge behandelt, verwies gestern auf den schlechten Gesundheitszustand nahezu aller politischen Häftlinge. „Die meisten leiden auch an nervlichen Störungen, die haftbedingt sind." Nach einem halben Jahr Haft würden sich bei den meisten Gefangenen schwere Schäden einstellen, vor allem verursacht durch mangelnde Bewegung und vitaminarme Ernährung. „Die Zähne brechen weg wie Glas", berichtete eine der inhaftierten Frauen. Die Arbeitsgemeinschaft appellierte jetzt auch an Bundesminister Heinrich Windelen, bei künftigen innerdeutschen Gesprächen auf die Gesundheitsschäden inhaftierter „DDR"-Bewohner hinzuweisen.

Verfassungsschutz besaß Mörder-Foto

dpa, Düsseldorf

Von dem libyischen Terroristen Fatah El Tarhoni, der am Ostersamstag auf dem Bonner Münsterplatz seinen Landsmann Gebril El Denali erschossen hatte, existiert beim Verfassungsschutz in Köln ein Foto, das der Bonner Polizei jedoch nicht zur Verfügung stand. Das Bild war an einen „befreundeten Geheimdienst" zur Identifizierung ausgeliehen worden. Dies erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister, Herbert Schnoor (SPD), in Düsseldorf vor der Presse. Warum die Bonner Polizei keine Reproduktion des Fotos erhalten habe, sei nicht klar. Die Einreise des Mörders war vom Bundesgrenzschutz bereits am 22. Januar an das Bundeskriminalamt gemeldet worden.

Zahl der politischen Häftlinge gestiegen

AP, Berlin

Die Zahl der politischen Gefangenen in der „DDR" hat sich nach Angaben der Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August" in den vergangenen zwei Jahren auf 8500 verdoppelt. Dies erklärte ihr Vorsitzender Rainer Hildebrandt in Berlin. Mehrere an der Pressekonferenz teilnehmende ehemalige Häftlinge prangerten auch die „katastrophalen Haftbedingungen" in den „DDR"-Gefängnissen an. In einem Telegramm an den Vatikan hat die Arbeitsgemeinschaft Johannes Paul II. über die Situation in den „DDR"-Haftanstalten informiert und den Papst aufgefordert, sich bei seinem Gespräch mit Staats- und Parteichef Honecker für die Gefangenen in der „DDR" einsetzen.

Plutonium wurde falsch verbucht

dpa, Hanau

Das Genehmigungsverfahren für die Hanauer Atomfabrik Alkem wird sich möglicherweise verzögern. Die dem Unternehmen für Produktion und Lagerung zugestandene Höchstmenge von 460 Kilogramm Plutonium wurde Anfang März kurzfristig um etwa 12 Kilogramm überschritten. Der bei Alkem für die Buchung des spaltbaren Materials zuständige Mitarbeiter hatte versucht, die Überschreitung der Plutonium-Höchstmenge mit einer Fälschung der Unterlagen zu vertuschen. Das hessische Wirtschaftsministerium als Aufsichtsbehörde für atomtechnische Anlagen will jetzt erst prüfen, ob das Buchungs- und Kontrollsystem bei Alkem fälschungssicher ist.

Von Vertreibung zur Aussöhnung

Diskussion in der SPD-Zentrale / „Isolierte deutsche Lösung nicht mehr diskutierbar"

PETER PHILIPPS, Bonn

40 Jahre danach – dieses zur Zeit allgegenwärtige Stichwort stand auch als Thema über einem „Werkstattgespräch" in der Bonner SPD-Zentrale. Der Untertitel „Vertreibung, Versöhnung, Europäische Friedensordnung" sollte zugleich die politische Richtung vorgeben.

Dabei legte Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gleich zu Beginn ein eindringliches Bekenntnis zur Daseins-Berechtigung der Vertriebenen-Verbände in der Bundesrepublik Deutschland ab: „Über den Verlust der Heimat hinaus kann von niemandem verlangt werden, auch noch die Erinnerung an die alte Heimat und die mit ihr verbundenen Werte aufzugeben. Über die verlorene Heimat trauern – dies würde jedes Volk tun."

„So einfach können wir es uns nicht machen", sagte Glotz, 40 Jahre nach der Vertreibung „einen Schlußstrich unter diesen Abschnitt der Geschichte zu ziehen." Denn „heute über die ehemalige Heimat zu sprechen und ihr Brauchtum zu bewahren, heißt für uns Deutsche deutlich zu machen, daß wir uns mit unserer Geschichte ernsthaft auseinandersetzen".

„Keine isolierte Lösung"

Die Vertriebenen hätten „in bewunderswerter Weise am Aufbau der neuen Heimat mitgewirkt" und schon 1950 „einen unwiderruflichen Gewaltverzicht geleistet". Nur für den „oberflächlichen Beobachter" bedeute im übrigen die Konferenz von Jalta „die Besiegelung der europäischen Spaltung". In Wirklichkeit hätten zwar damals die „Großen Drei mit einem dicken Strich Einflußzonen eingezeichnet", aber „weder die innere Ordnung der osteuropäischen Staaten noch die endgültige Spaltung Deutschlands wurden in Jalta wirklich beschlossen". Für uns müsse Deutschland- und Europa-Politik heute unter dem von Carlo Schmid formulierten Auftrag stehen: „Sich dem Westen in Formen zu verbinden, die der Osten nicht bedrohlich zu finden braucht, und mit dem Osten in ein Verhältnis freien Austauschs einzutreten, das den Westen stärkt, statt ihn zu schwächen."

Der innere Zusammenhang zwischen Deutschland- und Europa-Politik – er stand auch im Zentrum der anschließenden Thesen des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr und des CDU-Europaabgeordneten und Sprechers der Pommerschen Landsmannschaft, Philipp von Bismarck. Bahr stellte dies unter seine Überzeugung: „Ich sehe keinen Weg mehr zur isolierten Lösung der deutschen Frage. Auch die deutsche Frage ist europäisiert." Aber zur „realistischen Einschätzung" der Lage gehöre auch, daß der „nukleare Schirm der beiden Großen für lange Zeit unersetzbar bestehen bleiben wird" und daß „Europa eine militärische Konkurrenz nicht versuchen" könne, „auch gar nicht versuchen sollte".

Für Bahr muß die „Aussöhnung umfassend" sein, dürfe nicht dem „politischen Maßstab unterworfen werden, der zwischen Verbündeten und potentiellen Gegnern unterscheidet". Für ihn bedeute die Nutzung und Fortsetzung der Ostverträge im europäischen Rahmen, „der Wirtschaft über den beiderseitigen unmittelbaren Nutzen hinaus eine friedensstabilisierende Dimension zu geben". Und: „Europa sollte seine Stärke, nämlich die Fähigkeit seiner Intelligenz und seiner Wirtschaftskraft auf der Arbeitshypothese entwickeln, daß es den Dritten Weltkrieg nicht geben wird, und seinen selbständigen Beitrag zur Sicherung des Friedens darin finden, eine wirtschaftliche Verflechtung in gegenseitiger Abhängigkeit zu erreichen, die Entspannung unumkehrbar macht."

„Regelmäßige Übung"

Philipp von Bismarck, der dazu aufforderte, ein solches Zusammensitzen über Parteigrenzen hinaus zu einer „regelmäßigen Übung zu machen", damit man in der Außenpolitik über alles Trennende hinweg wieder zu einer wünschenswerten gemeinsamen Grundlinie kommt, war von den Glotz- und Bahr-Überlegungen über weite Strecken nicht allzuweit entfernt. Er wies noch einmal auf das „völkerrechtliche Verbrechen" der Vertreibung hin, das in der Folge der sowjetischen Expansion auf Kosten Polens in Richtung Westen entstanden sei.

Diese Vergangenheit liege heute noch „der Aussöhnung wie Gestrüpp im Wege". Aber auch er hob auf die „Weltfriedensaufgabe" der im Westen entstehenden „europäischen Union" ab, um gleichzeitig Bahrs Gedanken aufzugreifen, daß dies kein „Interesse" daran bedeute, „eine ebenso große bewaffnete Macht" wie die Großmächte zu werden. Diese „europäische Union", von der wir weniger weit entfernt seien, als viele glaubten, habe auch „die Aufgabe, die europäische Teilung zu überwinden". Eine „isolierte" deutsche Lösung sei „nicht mehr diskutierbar".

Klage gegen Teile des WDR-Gesetzes

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion wird beim Verfassungsgerichtshof in Münster Klage gegen wesentliche Teile des WDR-Gesetzes erheben. Der von Professor Reinhart Ricker aus Frankfurt begründete Antrag wendet sich zum einen gegen den praktisch ungebundenen wirtschaftlich-unternehmerischen Aktionsradius, den der WDR nach dem Gesetz erhält. Insbesondere könne er nunmehr wie jeder andere Rundfunkveranstalter, also wie ein privater Unternehmer, tätig werden. Hinzu komme eine theoretisch durch das Gesetz nur unzureichend beschränkte, praktisch aber unbegrenzte Erlaubnis zur Werbung unter Einschluß von beliebigen Werbeunterbrechungen. Durch diese wirtschaftliche Betätigungsfreiheit aber werde der Rahmen gesprengt, den eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt einhalten müsse.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Wiesbaden bewegt sich nichts

Von GERNOT FACIUS

Signale wechseln von Rot zu Grün und umgekehrt. Aber der Zug bleibt stehen. Auffällige Stagnation kennzeichnet das Verhältnis zwischen SPD und Grünen, denen schon vor dem Kommunalwahltag in Hessen eine Neigung zur Wiederbelebung ihres Wiesbadener Bündnisses nachgesagt wurde. Damals hieß die Formel „Nicht vor dem 10. März", überdies war Holger Börner, amtierender Ministerpräsident und SPD-Landeschef, nicht präsent, wegen Krankheit. Börner reist wieder munter wie eh und je, er machte sogar hessische Politik in China, aber im heimatlichen Wiesbaden bewegt sich nichts; die Aufforderung der Landespartei an die Genossen draußen in den Städten, Gemeinden und Kreisen zur Zusammenarbeit mit den Grünen einmal außen vorgelassen.

Der Stillstand hat einen plausiblen Hintergrund. Und die Strategen um und hinter Börner machen daraus auch kein Hehl: Man wartet jetzt den Wahltag in Nordrhein-Westfalen ab, den 12. Mai. Die hessische SPD, so heißt es, wolle im Vorfeld dieses magischen Datums nichts unternehmen, was die Wahlchancen des Johannes Rau „beschädigen könnte". Im Klartext, die zur Kooperation mit Börner aufgelegten Grünen sollen vorerst an der Leine gehalten werden, bis sich die Lage im Nachbarland geklärt hat. Ministerpräsident Rau, der sich in der Vergangenheit mit seiner Absage an die Grün-Alternativen hatte Schlagzeilen sichern können, soll aus Wiesbaden kein Querschuß treffen.

„Was ist das für ein Verständnis von politischer Verantwortung", klagt Walter Wallmann, CDU-Landesvorsitzender und seit dem Essener Parteitag im März einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU, über den hessischen Immobilismus.

Zur Erinnerung: Börner hatte mehrere Angebote der CDU zur landespolitischen Zusammenarbeit, auch für eine Große Koalition, ausgeschlagen. Über vertrauliche, freilich medien-

Länderbericht Hessen

spektakuläre Gespräche kam man nicht hinaus. Wallmann jetzt zur WELT: „Was ist das für eine Regierung, die sich in einer solchen Frage aus der politischen Verantwortung entläßt und auf ein anderes Bundesland Rücksicht nimmt. Eine solche Regierung, eine solche Partei irrt sich."

Hinter der Rücksichtnahme auf die Entwicklung an Rhein und Ruhr steckt ein tieferer Sinn. Die Hessen wollen sehen, und hier zeigt sich wie selten zuvor eine Interdependenz zwischen zwei sozialdemokratischen Bundesländern, wie es Rau im entscheidenden Moment wirklich mit den Alternativen hält.

Aber sie fragen sich vermutlich noch viel stärker: Was ist (wofür zur Zeit manches spricht), wenn die Grünen am Eingang zum Düsseldorfer Landtag scheitern, die FDP schlecht abschneiden wird und die SPD mit Rau die absolute Mehrheit bekommen sollte? Dann hätte Börner für eine rotgrüne Zusammenarbeit auf Landesebene in Hessen eine Vorreiterrolle gespielt, die eigentlich keine war. Börner hätte schlicht das falsche Pferd gesattelt. Den schwergewichtigen Nordhessen würde in einem solchen Fall auch aus der eigenen Partei heraus der Vorwurf treffen, mit seiner rotgrünen, wilden Ehe nach der Landtagswahlwiederholung 1983 zu leicht Versuchungen des Zeitgeistes gefolgt zu sein.

Von der Drohung mit der „Dachlatte" über die kurzfristige Zusammenarbeit mit den Grünen, von der Wiederanbändelei bis zum möglichen Verzicht auf eine solche Liaison – alles wäre dann in einem atemberaubenden Tempo vor sich gegangen. Börner ist immer für Überraschungen gut. Wer will also ausschließen, daß er nach einem Rau-Sieg sagt: „Die Stimmung ist zur Zeit günstig für uns, wählen wir doch auch in Hessen, zum drittenmal in nicht ganz vier Jahren"?

Die rotgrüne Gefahr wird damit nicht gebannt. Die hessische SPD, vor allem ihre Speerspitze Hessen-Süd, braucht grüne Positionen (der Wahltaktik wegen) erst gar nicht mehr aufzusaugen. Ihr Politikverständnis, der Kampf gegen Kernenergie, Wiederaufbereitung und bewährte Schulformen so wie ihr Verstoß gegen die Bundestreue in der Ausländerpolitik ist schon heute grün ausgelegt.



Mehr Gewicht in der Kurie für Mitteleuropa

Der Papst nennt die Namen von 28 neuen Kardinälen

ALFONS DALMA, Rom

So oft wurde schon die Ernennung von neuen Kardinälen durch Johannes Paul II. vorausgesagt, daß es zum Schluß an diesem Mittwoch eine echte Überraschung wurde, als der Papst in einer Ansprache an die Pilger auf dem Petersplatz für den kommenden 25. Mai die Erhebung von 28 Persönlichkeiten der Kirche in das Kardinalskollegium ankündigte und die Namen der Auserwählten bekanntgab. Der Papst gab den universalen Charakter der Kirche und die Vielfalt ihrer Aufgaben als Kriterien seiner Auswahl an. In ziemlich ausgewogener Weise berücksichtigte er in der Tat alle Kontinente und sonstigen geographischen Bereiche, aber auch die besonderen Funktionen in der Welt und innerhalb der römischen Kurie. Die neuen Purpurträger gehören 19 Nationen aus vier Kontinenten an.

Die Ernennungen sind so gehalten, daß die von Paul VI. festgelegte Zahl von 120 zur Papstwahl berechtigten und also das Alter von 80 Jahren nicht überschreitenden Kardinälen eingehalten bleibt. Ein besonderes Merkmal dieses für die katholische Kirche wichtigen Ereignisses ist die Betonung der Bedeutung Mitteleuropas durch den polnischen Papst.

Erstmals ein Slowake

Neben dem Münchener Erzbischof Friedrich Wetter sind der österreichische Erzbischof und Leiter der vatikanischen Bibliothek, Alfons Stickler, der slowakische Erzbischof und Generalsekretär der Weltsynode der Bischöfe, Jozef Tomko, der emeritierte polnische Leiter der vatikanischen Kommission für die Massenmedien, Andrzej M. Deskur, der Erzbischof von Breslau, Henryk R. Gulbinowicz, und der in Rom lebende „Großerzbischof von Lemberg der Ukraina", Myroslav I. Lubachivsky, ausgezeichnet worden. Die Ernennung des schwerkranken Deskur gilt als ein Zeichen persönlicher Verbundenheit des Papstes mit dem polnischen Würdenträger.

Für die Slowaken gibt es zum ersten Mal einen Kardinal. Österreich erhält zum ersten Mal seit 1933 einen zweiten und einen Kurienkardinal. Die mitteleuropäische Gruppe der Kardinäle zwischen der Nordsee und der Adria wird damit eine der stärksten im Kollegium.

Diese Note wird mit der Nominierung des deutschen Erzbischofs Augustin Mayer, des Propräfekten der Kongregation für Sakramente und für den Gottesdienst, der jetzt neben Joseph Ratzinger der zweite deutsche Kurienkardinal wird, noch einmal unterstrichen.

Den Rücken gestärkt

Der Kardinalshut für die Oberhirten der traditionell damit ausgezeichneten Residenzen München und Freising, Bologna, Florenz, Lyon, Madrid, Boston und New York liegt ganz auf der Linie der Tradition, was man auch von Santiago de Chile und Managua sagen könnte. Der chilenische Erzbischof Juan Francisco Fresno Larrain ist aber darüberhinaus eine Galionsfigur des Kampfes für die Menschenrechte ebenso wie der auch zum Kardinal erhobene Erzbischof von Managua, Obando Bravo, der der sandinistisch-kommunistischen Diktatur in Nicaragua Widerstand leistet. Ihre Ernennung bedeutet eine Stärkung in ihrer jeweiligen Situation. Die Wahl von Adrianus J. Simonis, Erzbischof von Utrecht, kann sowohl als eine Beachtung der festgefügten Überlieferung als auch im Sinne einer Festlegung einer klaren Linie am Vorabend des Papstbesuches in Holland gedeutet werden.

Am Schluß der von Johannes Paul II. verlesenen Liste steht schlicht und einfach, ohne Titel und Würdenbezeichnungen der Name Pietro Pavan. Nach der Kardinalswürde für den französischen Theologen Henry de Lubac wird es zu einer Regel dieses Pontifikats, einen Mann der religiösen Geisteswissenschaft ins Kollegium zu erheben. Der Theologe und Sozialethiker Pavan, ein Italiener, war der eigentliche Verfasser der unvergeßlichen Enzyklika des Papstes Johannes XXIII. „Pacem in terris".

Der Papst nannte auch diesmal nicht öffentlich den Namen des Kardinals, den er 1979 geheim berief, um ihn vor Verfolgung zu schützen. Nach allgemeiner Auffassung handelt es sich um den Bischof der sowjetischen Republik Litauen.

Gorbatschows Gruppe im Politbüro: Fachleute für Ordnung und Disziplin

Jetzt drei KGB-Leute im Spitzengremium der Partei / Deutliche Kritik an Breschnew

Von R.-M. BORNGÄSSER

Der junge Mann der alten Garde, der KP-Chef Michail Gorbatschow, hat mit seinen personellen Entscheidungen im obersten Führungsgremium der KPdSU weitere Voraussetzungen geschaffen, um jene innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformansätze in Angriff zu nehmen, die er seit seinem Amtsantritt vor sechs Wochen täglich verkündet. Seiner Devise: Die Korruption ist tot, es lebe die Disziplin, verdanken die beiden ZK-Sekretäre Igor Ligatschow (64) und Nikolai Rischkow (55) ihren gewaltigen Sprung nach oben. Denn ohne auf dem sonst üblichen Wartepodest der Kandidaturriege gestanden zu haben, zogen sie gleich als Vollmitglieder ins Politbüro. Bisher erinnert man sich nur an den Fall von Andrej Gromyko, der die Kandidatenstufe übersprang und direkt im ZK landete.

Die beiden beförderten Vertrauten Gorbatschows, die zwar als ZK-Sekretäre zum inneren Führungszirkel der Partei gehörten, galten nach außen hin als „Nobodies". Der 64jährige Igor Ligatschow war sein Leben lang Parteifunktionär. Der graduierte Ingenieur begann bereits 1944 seine vollamtliche Funktionslaufbahn. Zwei Jahre – bis 1961 – war er Gebietsparteichef von Nowosibirsk, später von Tomsk. Seit 1963 hatte er als ZK-Sekretär die Schlüsselabteilung für Kaderorganisation inne. Nikolai Rischkow gilt als herausragender Wirtschaftsfachmann für Schwerindustrie und Maschinenbau. In den Jahren 1975 bis 1984 sammelte er Erfahrungen als erster stellvertretender Minister für Schwer- und Transportmaschinenbau und als erster stellvertretender Vorsitzender des staatlichen Planungskomitees. Seit 1982 war Rischkow als Sekretär des ZK für ökonomische Fragen zuständig.

Diese beiden Kandidaten stehen also für die längst formierten Bereiche um eine gezielte Kaderpolitik und für wirtschaftliche Erneuerung. Aber um seine Hausmacht weiter zu festigen, bestimmt Parteichef Gorbatschow auf diesem von ihm erstmals geleiteten regulären ZK-Plenum zum weiteren Vollmitglied auch noch den KGB-Chef Witali Tscherbrikow (61), der seit Ende 1982 den sowjetischen Geheimdienst leitet. Der gelernte Bauingenieur begann einst seine Karriere in der Region Dnjeprepetronsk (Ukraine), wo er 1961 als erster Parteisekretär des Stadtbezirks sich seine Sporen verdiente. Als 1967 Jurij Andropow KGB-Chef wurde, trat Tscherbrikow auf Veranlassung von Staats- und Parteichef Leonid Breschnew in die Dienste des KGB, wo er seit 15 Jahren eine Schlüsselfunktion innehat. Gerade unter seiner Leitung wurden im Zuge der Kampagne gegen Disziplinlosigkeit und Korruption zahlreiche Fälle bekannt, bei denen der KGB persönlich seine Hand im Spiel hatte. In seinen Reden



Sorgt für Druck: KGB-Chef Witali Tscherbrikow FOTO:AP

trat Tscherbrikow immer wieder als Scharfmacher auf, der sich ausdrücklich zu einer Fortsetzung der Disziplinierungskampagne bekannte.

Neben dem Georgier Eduard Schewardnadse, dem politisch schillernden Geidar Aliew aus Aserbeidschan sitzt nun ein dritter KGB-Mann als Vollmitglied im Politbüro. Der Einfluß des Sicherheitsdienstes, der unter der Führung von dem späteren Staats- und Parteichef Andropow sichtlich zunahm, hat sich nach dieser Wahl somit weiter konsolidiert. Das ist nur eine logische Folgerung dieser mit neuem Elan eingeleiteten Disziplinkampagne Gorbatschows. Denn wer aufräumen will, braucht die Dossiers der geheimen Staatspolizei, um den nötigen Druck auszuüben.

Die Wahl von Verteidigungsminister Marschall Sergej Sokolow (73), der sich politisch wenig profiliert hat, und dessen öffentliche Stellungnahmen sich im Rahmen der seinem Amt gemäßen Äußerung nur über Stärkung der Kampfmoral und Disziplin bewegen, ist nur eine leichte Reverenz an das Militär. Das entspricht letztlich nur dem üblichen Proporz, wonach Vertreter der sowjetischen Machtsäulen – Geheimdienst und Militär – parteipolitisch eingebunden werden müssen.

Bei der Berufung von W. Nikolow zum ZK-Sekretär handelt es sich um eine reine Sachentscheidung. Hier wurde ein Fachmann für Landwirtschaft befördert, der sich um Umstrukturierungen im Bereich der Sowchosen und Kolchosen kümmern soll. Denn die Landwirtschaft liegt im argen.

Diese ZK-Sitzung hat gezeigt, daß die Rollenträger des alten Breschnew- und Tschernenko-Clans abgeschminkt wurden, auch wenn sie noch auf der Bühne stehen. In seiner Rede bekräftigte Gorbatschow noch einmal seine Entscheidung und übte Kritik an der Breschnew-Ära. Wörtlich: „Die meisten Schwierigkeiten der Wirtschaft sind dadurch entstanden, daß nicht rechtzeitig Veränderungen im Bereich des Managements herbeigeführt wurden." Gorbatschow kündigte weitere Veränderungen innerhalb der Partei an. Von den Parteimitgliedern verlangte er verstärkte Disziplin, Verantwortung und Selbständigkeit. „Die Partei braucht frische Kräfte", erklärte er, schon zu lange säßen einige auf demselben Posten.

In seiner Rede vor dem Plenum des Zentralkomitees griff er im außenpolitischen Teil die USA scharf an. In einer knappen Sprache forderte er einen „zivilisierten" Umgang zwischen den Staaten. Zu den Genfer Verhandlungen meinte er, er könne nur den Schluß ziehen, daß die USA nicht an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert seien.

Das ist der bekannt scharfe Ton. Noch ist durch diese ZK-Sitzung Gorbatschows Herrschaft keineswegs eindeutig konsolidiert. Doch bis zum 25. Februar 1986, dem 27. Parteitag, hat er noch genug Zeit, die Peitsche weiter zu schwingen.

Argentiniens Prozeß: Streit um Peróns Befehl

Die Argumentationslinien der Anklage und Verteidigung

GÜNTHER BADING, Bonn

Jeden Werktag um 15.00 Uhr Ortszeit eröffnet Kammerpräsident Carlos León Arslanián im Gebäude des argentinischen Bundesgerichts in Buenos Aires die Sitzung des Gerichts, das über die Anklage gegen die neun Mitglieder der drei Militärjuntas befinden muß, die das Land zwischen dem Sturz der Präsidentin Maria Estela Perón im März 1976 und dem Amtsantritt des heutigen Staatschefs Raúl Alfonsín im Dezember 1983 regiert haben. Schon mit den ersten Zeugenaussagen wurde die Linie der Anklage deutlich: Den Generalen und Admirälen, unter ihnen die drei ehemaligen Präsidenten Jorge Videla, Roberto Viola und Leopoldo Galtieri, wird zur Last gelegt, trotz eines noch aus der Amtszeit der demokratisch gewählten Präsidentin Perón vorliegenden Dekrets, Gesetzesverletzungen durch das Militär wie Entführungen, Folterungen und Morde nicht nur geduldet sondern sogar gefördert zu haben.

Einer der ersten Zeugen der Anklage, die rund 2200 Personen vor der Kammer aussagen lassen will, war Italo Argentino Luder, Vizepräsident von Frau Perón. Er war es, der am 6. Oktober 1975, ein halbes Jahr vor dem Staatsstreich des Militärs, jenes Dekret unterzeichnete, mit dem die Streitkräfte den Befehl erhielten, den „Terrorismus zu vernichten". Luder und die ebenfalls angehörten Ex-Minister des damaligen peronistischen Kabinetts schilderten anschaulich die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen Subversion und Guerrilla in jenen Tagen. Gewalt auf der Straße, Unsicherheit für den einzelnen Bürger, Entführungen, Morde seien an der Tagesordnung gewesen. Auch die Verteidigung der angeklagten Offiziere will, soweit schon jetzt bekannt ist, auf eben diesen Punkt abheben.

„Terrorismus vernichten"

In der Interpretation dessen, was die „Fuerzas Armadas", die Streitkräfte, bei der – erfolgreichen – Ausführung dieses Befehls unternahmen, gehen die Ansichten allerdings auseinander. Luder versicherte vor der Kammer, der neben Präsident Arslanián weitere fünf Berufsrichter angehören: „Für die Regierung bedeutete das Wort ‚den Terrorismus vernichten', die Kampfkraft der subversiven Gruppen zu zerschlagen. Es bedeutete aber in keinem Fall die physische Vernichtung der Terroristen und ebensowenig eine Erlaubnis, dabei von den bestehenden Gesetzen abzuweichen." Luder verteidigte den Einsatz der Armee gegen die Guerrilla. Dies sei auch in anderen Ländern Südamerikas üblich gewesen. Im übrigen seien die Polizeikräfte schon wegen mangelnder Ausrüstung und Bewaffnung nicht in der Lage, mit der überhandnehmenden Guerrilla-Tätigkeit fertigzuwerden.

Seither innerer Frieden

In Argentinien gibt es zwar die gutausgerüstete und hervorragend ausgebildete Bundespolizei, die jedoch zahlenmäßig schwach ist. In den Provinzen ist der Stand der Aussbildung und Ausrüstung außerdem teilweise nur miserabel zu nennen. Die wiederum als schlagkräftig geltende Grenzpolizeitruppe hat mit der Grenzsicherung bei einer Nord-Süd-Ausdehnung des Landes von mehr als 4000 Kilometern und Grenzen gegenüber Chile, Bolivien, Paraguay und Uruguay alle Hände voll zu tun, um illegale Einwanderungen aus den wirtschaftlich noch schlechter als Argentinien dastehenden Ländern zu verhindern.

Die Verteidigung – die ebenso wie die Anklage im Gegensatz zu den Militärgerichtsverfahren die Zeugen auch direkt vernehmen darf – hält dagegen, daß die Streitkräfte mit der Ausmerzung der Guerrilla einen Sieg für das argentinische Volk erfochten hätten, das seither – wohl unbestritten – in innerem Frieden lebe. Verletzungen des Strafrechts hätten nicht stattgefunden. Wo Übergriffe einzelner Uniformierter gemeldet worden seien, müsse ein Militärgerichtsverfahren stattfinden.

Der Prozeß wird zwar von Demonstrationen in Buenos Aires begleitet, doch waren die Veranstalter bisher klug genug, ihre Aufmärsche zwar im Zentrum, nicht aber wie ursprünglich geplant direkt auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude abzuhalten. Dies würde das ohnehin unruhig gewordene Offizierskorps weiter aufbringen. In seinen Reihen ist schon jetzt nur noch von einem „politisch motivierten Schauprozeß" die Rede.

Elektrostatische Entladung führte zu dem Brandunfall der Pershing-Rakete

US-Kommission legt umfangreichen Untersuchungs-Bericht vor / Deutscher Oberstleutnant als Beobachter

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesregierung und Bundestag sind von Verteidigungsminister Wörner und US-Heeresminister James Abramson vom Inhalt des Untersuchungsberichts über den Unfall mit einer Pershing-2-Rakete am 11. Januar in einer Kaserne bei Heilbronn unterrichtet worden. Beim Montieren der Rakete war unplanmäßig die erste Antriebstufe in Brand geraten. Durch das Feuer waren drei amerikanische Soldaten getötet worden, neun weitere wurden verletzt.

Der Bericht kommt zu folgendem Ergebnis: Aufgrund intensiver Untersuchungen einer Kommission unter Leitung von Colonel Thomas H. Denney vom US-Army Safety Center in Fort Rucker, Alabama, der auch der deutsche Oberstleutnant Jürgen Kremer von der Luftwaffe angehörte, wurde als Ursache für die Entzündung des Raketenmotors eine Entladung statischer Elektrizität innerhalb des Festtreibstoffs festgestellt.

Dieser Funke allein hätte jedoch noch nicht zur Entflammung führen können. Als weiteres kam die niedrige Temperatur hinzu, die an jenem sehr kalten 11. Januar herrschte. Die Untersuchungen ergaben, daß die Empfindlichkeit des Treibstoffs gegenüber elektrostatischer Aufladung und damit seine Empfindlichkeit, durch einen elektrischen Funken entzündet zu werden, mit abnehmender Temperatur des Treibstoffs zunimmt. „Dieses Phänomen", heißt es in dem Bericht der Kommission, „war der wissenschaftlichen Fachwelt, die sich mit Treibstoffentwicklung und -erprobung befaßt, bisher nicht bekannt." Es wurde erst während der Untersuchungen zur Aufklärung des Heilbronner Unfalls entdeckt.

Gleichzeitig wurde dabei auch festgestellt, daß ein relativ langsamer elektrostatischer Entladungsvorgang (viel langsamer im übrigen als bei den bisher mit der Pershing 2 üblichen Blitztests mit bis zu zwei Millionen Volt) mit auch viel geringeren Ladungsstärken bei niedrigen Temperaturen die Entzündung auslösen kann.

Bevor der Untersuchungsausschuß zu dem Schluß kam, daß eine elektrostatische Entladung die Ursache für den Brandunfall war, hat er jede mögliche andere Unfallursache überprüft. Dazu nahm er alle verfügbaren Unterlagen, Daten, die Aussagen von 60 Zeugen, die Analysen geborgener Trümmer und weitere Tests zu Hilfe. Systematisch wurden so alle Möglichkeiten ausgeschieden wie Fehler der Bedienungsmannschaft, falsche Verfahren, Sabotage, das Versagen mechanischer Teile, elektrischer Kurzschluß, Fehler im Festtreibstoff und das Versagen anderer Motorbauteile. Es blieb, wie es im Bericht heißt, „als einzig plausible Erklärung für den Brandunfall elektrostatische Entladung".

Elektrostatische Entladung ist ein physikalischer Vorgang. Vorher muß eine elektrostatische Aufladung geschehen. Sie ist möglich beim reibenden Kontakt zwischen zwei elektrisch leitenden Flächen oder auch, wenn diese Flächen voneinander getrennt werden. Jeder kennt solche Entladungen, wenn er bei trockener Luft am Türgriff einen kleinen Zündfunken spürt. Auch die Blitze beim Gewitter haben dasselbe physikalische Phänomen als Ursache.

Umfangreiche Versuche ergaben, daß eine derartige elektrostatische Aufladung auch beim Hantieren mit Teilen der Pershing 2-Rakete entstehen kann. Sie baut sich im Motorgehäuse auf, wenn die Antriebsstufe der Rakete mit dem Kran von den Gummipolstern der Stützauflage des Transportbehältern gehoben wird.

„Ein außerordentlich seltener Vorgang"

Die Ladungsdichte erhöht sich bei abnehmender Temperatur und Luftfeuchtigkeit, so daß dadurch auch die Möglichkeit für einen Zündfunken größer wird. Vor diesem Unfall sind dem Untersuchungsbericht zufolge Pershing 2-Motorstufen „buchstäblich hunderte von Malen ohne Zwischenfälle bewegt, angehoben und montiert" worden.

Auch in der Kasernenanlage bei Heilbronn selbst hatten zum Teil diesselben Soldaten, die die dann in Brand geratene Stufe montierten, vorher unter denselben Witterungsbedingungen mit anderen Motorstufen ohne jedes Vorkommnis hantiert. Deshalb kommt der Bericht zu dem Schluß, „daß eine Entzündung durch elektrostatische Aufladung ein außerordentlich seltener Vorgang ist".

Durch technische Änderungen, die weiter unten beschrieben werden, soll dieses Phänomen an den Raketen künftig ausgeschlossen werden.

Sehr ausführlich schildert der Bericht den Hergang der Arbeiten im US-„Camp Red Leg" bei Heilbronn, die schließlich zum Unfall führten. Die Antriebsstufe, die dort am 11. Januar in Brand geriet, war im Sommer 1984 bei der Firma Hercules Inc. in Magna (Utah) gefertigt, am 29. Oktober 1984 durch die Regierung abgenommen und am selben Tag nach Pueblo Army Depot Activity in Pueblo (Colorado) gebracht worden. Dort wurden weitere Teile an der Stufe angebracht. Als „Motorstufe P/S 12037" wurde sie in einen stählernen Transport- und Lagerbehälter verpackt und Anfang Dezember nach Deutschland gebracht. Am 19. Dezember 1984 traf der Behälter im „Camp Red Leg" ein und wurde in einem Lagerbereich im Freien bis zum 9. Januar 1985 bei Nachttemperaturen bis minus 17,8 Grad Celsius gelagert.

Am 9. Januar wurde „P/S 12037" in einen Montagebereich im Camp gebracht. Ein Flugkörper Pershing 2 wird aus fünf Teilen zusammengesetzt. Die erste Motorstufe ist der größte und schwerste von allen Teilen (Länge 3,68 Meter, Durchmesser 1,02 Meter, Gewicht 4,148 Tonnen). Bei einem typischen Montagevorgang werden die in ihren Behältern befindlichen Antriebsstufen nebeneinander auf den Boden unmmittelbar neben der Startlafette abgesetzt, die Deckel der Behälter werden abgenommen, Hebegeschirre werden an den Stufen befestigt.

Dann werden die Stufen nacheinander aus ihren Behältern gehoben und auf der Startlafette abgesetzt, wo sie zusammengefügt und elektrisch angeschlossen werden. Das Anheben wird mit einem auf einer MAN-Zugmaschine montierten hydraulischen 10-Tonnen-Kran besorgt. Gleichzeitig dient die Maschine für das Ziehen der Lafette auf Straße und Gelände.

Am 11. Januar 1985 kurz vor 14 Uhr machten sich Soldaten der C-Battery vom 3. Battaillon der 84. Field Artillery Brigade daran, die Motorstufe P/S 12037 zur Montage eines Flugkörpers aus ihrem Behälter zu heben. Dieser stand senkrecht zur Längsachse der Zugmaschine. Die Soldaten wandten dabei die vorgeschriebenen Verfahren an. Nukleare Gefechtsköpfe waren nicht in der Nähe, sagt der Bericht. Beim ersten Hebeversuch blieb die Motorstufe im Behälter hängen, weil sie nicht genau waagerecht angehoben wurde. Das hintere Ende der Stufe wurde ungefähr zwölf Zentimeter von den Gummiauflagen gehoben, das vordere blieb hängen. Dann wurde die Stellung des Kranbaums geändert und ein zweiter Versuch unternommen.

Zahlreiche technische Verbesserungen geplant

Dabei hing die Motorstufe kurz fest, kam frei, so daß das vordere Ende ungefähr 17 Zentimeter in die Höhe schwang. Der Motor bewegte sich dabei auch einige Zentimeter nach hinten. Dabei schlug das hintere Ende gegen eine im Behälter befindliche Stahlverstrebung. In diesem Augenblick entzündete sich die Stufe und brannte ab. Später wurde der richtige Zünder der Stufe in „nicht aktiviertem Zustand" geborgen, so daß „keine normale Zündung" die Ursache war. Beim Abbrennen explodierte die Motorstufe nicht, sondern sie riß auseinander. Dabei entwickelte sie keinen Schub.

Aufgrund der bei diesem Unfall gemachten Erfahrungen ist das Pershing 2-System modifiziert worden. Die Antriebsstufen erhalten einen elektrisch ableitenden Anstrich. An ihnen werden Erdungsanschlüsse angebracht, damit während der Montage und Demontage eine zuverlässige Erdung garantiert ist.

Auch die Behälter erhalten an der vorderen und hinteren Auflage für die Motoren einen elektrisch leitenden Belag. Zusätzlich wird die hintere Querstrebe gepolstert, damit ein unabsichtlicher Aufprall des Motors beim Anheben den Treibstoff nicht rüttelt. Weitere Erdungskabel sind zwischen Behälter und Antriebsstufe vorgesehen. Auch die Startlafetten erhalten an den Auflageflächen der Stufen elektrisch leitende Beläge sowie der Kran eine weitere Erdung. Schließlich werden auch die Hebegeschirre verändert, damit es leichter wird, die Motoren waagerecht aus den Behältern entfernen zu können.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zeichen der Versöhnung

„Streit um Bitburg – Druck auf Reagan"; WELT vom 18. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Bericht wird ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß im Verlauf des Krieges Einberufungen von Wehrpflichtigen auch zur Waffen-SS stattgefunden haben. Aber selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, sondern sich die Waffen-SS bis zum Kriegsende aus Freiwilligen zusammengesetzt hätte, muß die Öffentlichkeit – und zwar sowohl die deutsche als auch die amerikanische – endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß die Waffen-SS ein integrierter Bestandteil der Deutschen Wehrmacht gewesen ist, die nicht mit der allgemeinen SS in einen Topf geworfen werden sollte. Wäre sie nicht als solcher anerkannt worden, wäre es ja wohl nicht möglich gewesen, daß Offiziere der Waffen-SS in der Bundeswehr Dienst tun oder getan haben.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es daher auch völlig abwegig, von Bitburg als einem „Nazi-Friedhof" zu sprechen, da es sich bei den Toten in Bitburg generell um deutsche Soldaten handelt, die getreu ihrem Fahneneid für ihr Vaterland gefallen sind.

Mit freundlichen Grüßen
A. von Kalm
Bonn 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine gute Absicht wird in ihr Gegenteil verkehrt: Es wird deutlich, daß die vielbeschworene „Freundschaft" zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland offenbar nur von einigen Politikern und natürlich auch von zahllosen einfachen Bürgern beider Länder getragen wird, aber eben keineswegs von allen: sonst wäre diese widerliche Debatte um den Besuch des amerikanischen Präsidenten am 8. Mai gar nicht erst entstanden: Er wollte ein Zeichen der Versöhnung setzen analog des gemeinsamen Besuchs Präsident Mitterands und Bundeskanzler Kohls in Verdun im vergangenen Herbst.

Muß hier wirklich erst jenen Senatoren, die gegen den Besuch auf dem Soldatenfriedhof Bitburg sind, vorgehalten werden, daß auch die Amerikaner Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg und auch noch danach begangen haben: Systematische Jagd auf Zivilisten von Jagdbombern (Lightnings, Mustangs etc.) aus, Ausradierung großflächiger Wohnbezirke in offenen Städten, Würzburg, Freiburg, Ulm usw. Und danach: Wie viele deutsche Kriegsgefangene mußten auf deutschem Boden in US-Kriegsgefangenenlagern verdursten und verhungern, weil ihnen vorsätzlich Verpflegung und Trinkwasser vorenthalten wurden? – So geschehen zum Beispiel in Bad Aibling und Bad Kreuznach im Frühjahr 1945!

Selbstverständlich bin ich für Versöhnung zwischen unseren Völkern, aber bitte nicht durch Geschichtsklitterung, also bewußt falsche Darstellung begangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Oder geht es etwa nicht auch zu Lasten der amerikanischen Politiker von 1943–46, daß Polen unter die Diktatur Stalins geriet, daß deutsche Gebiete jenseits von Oder und Neiße möglicherweise für immer verlorengegangen sind? – Zeichen der Versöhnung setzen töglich ungezählte einfache amerikanische Soldatinnen und Soldaten, die, um unsere Freiheit zu schützen, monate- ja z. T. jahrelang fern ihrer Lieben in unserem Land ihren schweren Dienst ausüben. – Sollten wir nicht alle den 8. Mai dieses Jahres zu einem stillen Gedenken benützen an die ungezählten unschuldig ermordeten Menschen in den vergangenen Kriegen, hier und überall auf der Erde! – Willkommen dazu, Herr Präsident Reagan, aber wirklich nur, wenn alle Ihre Landsleute es auch wollen!

Mit freundlichen Grüßen
F.-K. Freiherr von Linden,
Waldsee/Pfalz

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist ein würdeloses Theater, das um den Besuch des US-Präsidenten Reagan derzeit hüben wie drüben über die Bühne läuft. Der Entschluß des Präsidenten, gerade aus dem Anlaß des 8. Mai im Geiste der Versöhnung einen deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen, kann ich als Deutscher nur begrüßen. Um so befremdender mußte es wirken, daß amerikanische, jüdische und Veteranenorganisationen Sturm dagegen liefen und anstelle dessen den Besuch eines KZ forderten.

Das ganze Trommelfeuer wäre wie ein Schrei in der Wüste verhallt, wenn nicht sofort hier in unserem Lande diejenigen Elemente sich hinzugesellt hätten, denen es ein geradezu masochistisches Lustgefühl zu bereiten scheint, das unter der drückenden Last der Kriegsfolgen sowieso krumm gewordene deutsche Rückgrat noch tiefer herunterzutrampeln.

Dabei ist der Grund für Reagans ursprünglichen Plan so einfach und einleuchtend wie auch christlich, menschlich und staatsmännisch: Er wollte die Aussöhnung mit dem ehemaligen Kriegsgegner zum Ausdruck bringen, so wie das auch der französische Staatspräsident, der Sozialist Mitterand getan hatte. Er suchte das, was verbindet. Sicher, man sollte der Opfer der Schreckensherrschaft gedenken. Dies hat man bisher bei jeder Gelegenheit getan, es ist fast ein Ritual geworden.

Wenn die oben erwähnten Organisationen damit doch nicht zufriedenzustellen sind, wie sich das schon abzeichnet, dann ist dies eine bittere Lehre: Anstatt Versöhnung Unversöhnlichkeit, der Kriegszustand im Geiste sollte gegen die verstorbenen deutschen Soldaten womöglich für immer aufrecht erhalten bleiben – Soldaten der Waffen-SS seien ja auch dabei! – und damit sollte auch das ganze deutsche Volk mit seinen ehemaligen Unterdrückern, mit den Verantwortlichen für die Opfer der KZ auf die gleiche Stufe gesetzt werden. Wenn schon auf westlicher Seite solche Zeichen der Unversöhnlichkeit sichtbar werden, kann man sich vorstellen, was aus dem Anlaß des 8. Mai von östlicher Seite auf uns zukommt.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Faith,
Altensteig 1

Wort des Tages

„Verzeihen ist die Antwort auf den Kindertraum vom Wunder, wodurch das Zerschlagene heil wird und das Schmutzige rein. In einem solchen Sinn bedürfen wir der Verzeihung und müssen sie geben. Im Erleben Gottes steht nichts zwischen ihm und uns, es wird uns verziehen."

Dag Hammarskjöld, schwed. Diplomat und UNO-Generalsekretär (1905–1961)

Katyn

„Sowjets waren die Täter von Katyn"; WELT vom 16. April

Nicht erst seit 1971 ist bewiesen, daß die Sowjets die 15 000 polnischen Offiziere in Katyn and an anderen, noch unbekannten Orten ermordet haben. Bereits 1949 erschien die berühmte erste Dokumentation des kürzlich verstorbenen, großen polnischen Schriftstellers Józef Mackiewicz „Katyn – ungesühntes Verbrechen". Mackiewicz war nämlich bei den Ausgrabungen der internationalen Kommission in Katyn als Beobachter zugegen. Er stellte eigene Recherchen an und hat die Beweise und Fotos in seinem Buch veröffentlicht. Diese Fotos sind wohl auch der Hauptgrund dafür, daß die Sowjetunion so allergisch auf das Wort Katyn reagiert. Denn in Katyn sind zum ersten und bisher einzigen Male Massengräber der Sowjetherrschaft von Westeuropäern mit eigenen Augen gesehen und fotografiert worden. Da das Buch von Mackiewicz seit vielen Jahren nicht mehr im Buchhandel zu erhalten ist und auch auf mysteriöse Weise aus allen Bibliotheken verschwand, ist es ein besonderes Verdienst des Possev-Verlages in Frankfurt/Main, kürzlich eine Neuauflage besorgt zu haben (18 Mark). Sie enthält einen aufschlußreichen Rückblick des Autors vom Januar 1983 auf seine vielfältigen Bemühungen bei den westlichen Alliierten, den Verbleib der übrigen, in Katyn nicht gefundenen polnischen Offiziere aufzuklären. Wenn jetzt die Sowjetunion, wie schon bei den Nürnberger Prozessen, versucht, mit dem neuen Katyn-Mahnmal in Warschau die Katyn-Lüge aufzufrischen, sei der Hinweis auf das Buch von Mackiewicz erlaubt – auch als Lektüre zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Dr. R. Gnauck,
Wiesbaden

Personalien

GEBURTSTAG

Der Geschäftsführer der Evangelischen Jugendkammern Rheinland und Westfalen, Diakon **Günther Prengel**, feierte seinen 65. Geburtstag. Aus diesem Anlaß gab das Amt für Jugendarbeit der Rheinischen Landeskirche für Prengel in Düsseldorf einen kleinen Empfang. Landesjugendpfarrer **Klaus Kohl** teilte mit, der derzeitige Geschäftsführer des Amtes für Jugendarbeit, Diakon **Wolfgang Wende** aus Düsseldorf, werde die Aufgabe von Prengel übernehmen, wenn dieser Ende dieses Jahres in den Ruhestand tritt. Die Position des Geschäftsführers des Amtes für Jugendarbeit wird dann neu besetzt. Prengel, in Oederan in Sachsen geboren, ist seit dem 1. Januar 1967 Geschäftsführer der Jugendkammern, deren Hauptaufgabe die Vertretung der jugendpolitischen Belange gegenüber staatlichen Behörden und die Koordination der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Nordrhein-Westfalen ist. Insgesamt ist er in der Jugendarbeit seit 53 Jahren. Im Zweiten Weltkrieg war Prengel U-Boot-Fahrer. In den Landeskirchen Rheinland und Westfalen hat er mit zwölf Landesjugendpfarrern zusammengearbeitet.

AUSZEICHNUNGEN

Der von **Günter Grass** gestiftete und mit 15 000 Mark dotierte „Alfred-Döblin-Preis" wird 1985 dem Autor **Stefan Schütz** für sein Roman-Manuskript „Medusa" verliehen. „Medusa" war eines von 210 Manuskripten, die nach der Ausschreibung zum Döblin-Preis eingereicht wurden. In der Begründung der Jury (**Hans Bender**, **F. C. Delius** und **Roland H. Wiegenstein**) heißt es, das Manuskript sei „ein kühner, einmaliger Entwurf", der sich „der Gegenwart stellt". Stefan Schütz, 1944 in Memel geboren, war in Mitteldeutschland als Schauspieler und Regisseur tätig. Seit 1971 lebt er in der Bundesrepublik Deutschland. In seinen Theaterstücken, in denen er häufig auf historische Stoffe zurückgreift („Laokoon", „Kohlhaas"), thematisiert Schütz immer wieder das Problem des Individuums und seiner Zwänge. Die Preisverleihung findet am 30. April in der Berliner Akademie der Künste statt.

*

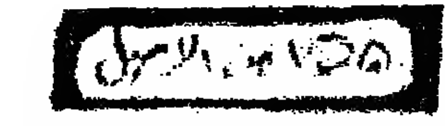
Heute wird in München zum vierten Mal der Siggi-Sommer-Literaturpreis vergeben. Er wird vom R. S. Schulz Verlag gestiftet, ist mit 10 000 Mark dotiert und mit der Überreichung einer Sommer-Statuette von Bildhauer **Franz Mikorey** verbunden. Der Preis geht an **Herbert Rosendorfer**, von dem zuletzt der Roman „Briefe in die chinesische Vergangenheit" und das „Königlich-bayerische Sportbrevier" erschienen ist. In diesem Herbst werden zwei neue Bücher von ihm erscheinen: ein Erzählungsband „Mit satirischen Geschichten" unter dem Titel „Die Frau seines Lebens" und eine Früherzählung „Herkulesbad", die im alten Österreich spielt.

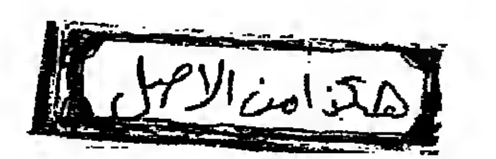
BUCHVORSTELLUNG

Der bayerische Kultusminister Professor **Hans Maier** stellte im Münchner Künstlerhaus am Lehnbachplatz den neuesten Band der Reihe „Die Deutschen und ihre Nation" aus dem Siedler-Verlag, Berlin, vor. Der Verfasser des zweiten Bandes dieser Folge mit dem Titel „Zwischen Habsburg und Preußen / Deutschland 1815–1866" ist **Heinrich Lutz**, Professor für Geschichte und Neuzeit und Vorstand des Instituts für Geschichte an der Universität Wien. Seine Beziehungen zu Bayern sind mannigfach: Der Schüler des großen Münchner Historikers **Franz Schnabel** ist aus Wolfrathshausen im Isartal gebürtig, hat seine ersten Lehrjahre als junger Historiker an der Augsburger Stadtbibliothek verbracht und ist nun als Nachfolger seines Lehrers Präsident der historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften geworden. Professor Maier stellte in den Mittelpunkt seiner anregenden Einführungsrede die Tatsache, daß nach langer Pause fast gleichzeitig zwei Darstellungen der deutschen Geschichte zwischen 1815 und 1866 erschienen sind: das Werk des protestantischen rheinischen Historikers **Thomas Nipperdey** mit dem Untertitel „Bürgerwelt und starker Staat" und der vorliegende Band des katholischen Bayern Heinrich Lutz.

VERNISSAGE

Aus Lautsprechern klopfte und hämmerte es: Durch das Tongemälde eines großen Kunstateliers im Hintergrund bekam die Bonner Ausstellung der Bildhauerklasse von Professor **Otto Herbert Hajek** der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe eine aktuelle Lebendigkeit. Ministerpräsident **Lothar Späth** ließ es sich nicht nehmen, im Kreise von 900 Gästen die Ausstellung in seiner Landesvertretung selbst zu eröffnen. Mit dem heute international arbeitenden Hajek – in Adelaide (Australien) schuf er eine sogenannte ganze „Stadtmitte" als Kunstlandschaft – bekam die Akademie ihren besonderen Ruf. Er eröffne diese Ausstellung seines Freundes Hajek besonders gern, so Späth, „weil heute viele die Sorge haben, in dem modernen technologischen Baden-Württemberg verzehrt der Ministerpräsident zum Frühstück schon kleine Computer". – „Wo es heute so viel Anpassung gibt, ist unbequeme Kunst übrigens das Wichtigste, was wir brauchen", so der Ministerpräsident. Er selbst ist häufig Gast im Atelier von Hajek. Professor Hajek gehört zu den Ausgestaltern des NATO-Saales im Bundeskanzleramt, in dem sich die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels treffen. Für den Gipfel lieh Hajek zwei weitere moderne Bildwerke aus.





Die große Völkerkatastrophe hält die Welt noch gefangen

Neue und ältere Dokumentationen zum Zweiten Weltkrieg

„Geschichte, insbesondere Kriegsgeschichte, wird leicht zum Schuldregister. Doch das bringt wenig Gewinn und Lehren schon gar nicht. Geschichte muß Bericht darüber sein, was geschehen ist und wie es geschah. Das gilt besonders für den Zweiten Weltkrieg. Er ist durch die ideologische Überfrachtung als Weltanschauungskrieg so etwas wie eine unendliche Geschichte geworden: Viele Beurteilungen und Zusammenhänge wandeln sich ständig im Strom des Zeitgeistes."

So schreibt der bekannteste Militärschriftsteller Paul Carell im Geleitwort zu einem eben erschienenen Bildband über den Zweiten Weltkrieg. Zum 40. Mal jährt sich in diesen Tagen das dramatische Finale der großen Völkerkatastrophe, die das politische Gesicht der Welt verändert hat. Seither sind Dutzende neuer Staaten entstanden, die großen, weltumspannenden Kolonialreiche Englands und Frankreichs sind verschwunden. Europa hat seine alte Machtstellung eingebüßt. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika wurden von regionalen Größen zu Weltmächten. Deutschland und der Kontinent sind gespalten und den Machtblöcken der Supermächte eingefügt.

Das alles kann vielleicht erklären, warum die Welt sich auch noch lange vierzig Jahre „danach" auf das Drama zwischen 1939 und 1945 rückbesinnt, intensiver als je zuvor. Das Echo auf die sechsmal neunzigminütige Serie „Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg", die das Deutsche Fernsehen dem Thema widmet, sind ein Beleg für das Interesse, das wir besonders heute an den sechs Schicksalsjahren unserer Geschichte nehmen.

Auch für das Bücherjahr 1985 ist der Krieg ein beherrschendes Thema. Neben Novitäten wurden viele ältere Titel wiederaufgelegt oder in preiswerteren Sonderausgaben herausgebracht – kein leichtes Unterfangen für die Verlage. Denn schon bis zu diesem 40. Jubiläumsjahr waren international rund 200 000 Bücher und „beachtenswerte" Zeitschriftenaufsätze über den Zweiten Weltkrieg erschienen, ein Fünftel davon in deutscher Sprache. Dieser Krieg ist schon lange die am umfangreichsten dokumentierte Epoche der Weltgeschichte.

Janusz Piekalkiewicz:
Der Zweite Weltkrieg
Vorwort von Sebastian Haffner. Econ Verlag, Düsseldorf. 1120 S., 2000 Abb., 98 Mark.

Christian Zentner:
Der Zweite Weltkrieg
Geleitwort von Paul Carell. Delphin Verlag, München. 800 S., 1500 Abb., 600 in Farbe, 98 Mark.

Zu den „Klassikern", die jetzt ein weiteres Mal aufgelegt wurden, gehören die beiden erfolgreichsten Bücher über den Rußlandkrieg von Paul Carell: „Unternehmen Barbarossa" und „Verbrannte Erde" (Ullstein Verlag, Berlin, je 24,80 Mark). Die deutsche Gesamtauflage dieser Meisterleistungen erzählter Zeitgeschichte beträgt bis jetzt mehr als 900 000 Exemplare. Dazu kommt noch der Bildband „Unternehmen Barbarossa im Bild, fotografiert von Soldaten" (ebenfalls Ullstein, 36 Mark).

Da 40 Jahre Kriegsende auch soviel heißt wie 40 Jahre Vertreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten, hat der Münchner Herbig-Verlag Günter Bödekkers Buch „Die Flüchtlinge" mit einem Sonderpreis (25 Mark) nochmals gedruckt. In der WELT-Rezension hieß es vor sechs Jahren: „So umfassend, gründlich und menschlich wurde dieses Geschehen bisher noch nicht erzählt."

Wer eine eher wissenschaftlich angelegte Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkriegs in die Hand nehmen möchte, ist immer noch am besten mit dem Standardwerk des Tübinger Historikers Hellmuth Günther Dahms, „Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs" (Herbig, 58 Mark) am zuverlässigsten bedient. Das Buch erschien erstmals 1968 und wurde jetzt vollständig überarbeitet und auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht. Ein weiterer Vorzug: Hier wird Geschichte ohne ideologische Untertöne und völlig ohne Ressentiments dargestellt, „wie sie denn gewesen".

Unter den Neuerscheinungen ragen zwei, im Wortsinn besonders gewichtige, Bild-Text-Bände, beide im Großformat, auffallend hervor. Die Titel sind gleichlautend: „Der Zweite Weltkrieg". Viereinhalb Kilogramm wiegt die Dokumentation des seit Jahrzehnten auf Bilder und Weltkrieg spezialisierten Autors Janusz Piekalkiewicz. Bald 20 Bücher stammen aus seiner Feder: „Spione, Agenten, Soldaten" (war auch als Fernsehserie erfolgreich), „Monte Cassino", „Die Schlacht um Moskau", „Stalingrad" und die Themenbände „Luftkrieg", „Seekrieg" und „Krieg der Panzer" wiesen ihn als gründlichen und objektiven Chronisten des Weltkriegsgeschehens aus.

Das gleiche Urteil gilt auch für das *jetzt vorgelegte Nachschlagewerk*, das Tag für Tag die taktischen und strategischen Entwicklungen auf allen Kriegsschauplätzen sowie die bedeutendsten politischen und diplomatischen Ereignisse aus der Sicht aller beteiligten Nationen verfolgt. Auch die Vorgeschichte des Krieges wird hier erfaßt. Der Exil-Pole Piekalkiewicz läßt sie bemerkenswerterweise mit dem Versailler Friedensdiktat der Siegermächte des Ersten Weltkriegs beginnen.

Das Buch ist mit seinen 2000 teilweise bisher unveröffentlichten Fotos und anderen Abbildungen von hohem dokumentarischem Wert. Wer ein als *Chronik* angelegtes Nachschlagewerk will, ist mit diesem Buch, zu dem Sebastian Haffner ein Vorwort geschrieben hat, gut beraten.



Das Ende des Krieges in Flensburg: Speer, Dönitz und Jodl vor einem englischen Wachposten FOTO: DIE WELT

Ein Manko ist allerdings die mehrfach in sich gebrochene Gliederung. Um nachzuschlagen muß man nicht nur nach den Jahreszahlen blättern, sondern dann auch noch nach Waffengattungen (Land, Luft, See). Den Fachmann wird dieses Verfahren sicherlich kaum stören; der Normal-Leser jedoch, für den das Werk ja eigentlich gedacht ist, hat oft Schwierigkeiten, Ursachen und Folgen der Ereignisse einander zuzuordnen, ihren Gesamtablauf richtig zu verstehen. Dramatische Ereignisse bleiben nur kalendarisch, Schicksal wird Bestandteil der Chronik.

Genau das Gegenteil ist beim „Zweiten Weltkrieg" des Delphin-Verlag der Fall. Der Band ist fast genau so umfangreich, bietet etwas weniger Bilder, dafür aber die meisten in Farbe. Es handelt sich ebenfalls um dreieinhalb Kilogramm Buch mit einer allerdings praktischerweise nur nach dem zeitlichen Ablauf geordneten Chronik. Es ist vor allem ein bewegendes Lesebuch, ein spannendes und aufwühlendes *Magazin*, ein rasanter Dokumentarbericht.

Hier werden nicht nur Fakten gereicht, sondern dazu das Leben und Erleben. *Das Sterben der Soldaten* und der Zivilbevölkerung in den vom Krieg heimgesuchten Ländern wird erschütternde Gegenwart und gleichzeitig sauber und unverbogen dargestellte Geschichte. Was in den 68 Monaten des Krieges geschah zwischen Wolga und Atlantikküste, zwischen Murmansk und El Alamein und auf allen Meeren der Erde – in diesem Buch ist es nachzuvollziehen.

In zehnjähriger Arbeit hat das von *Christian Zentner* geleitete Redaktionsteam das umfassende Werk vorbereitet. Die Erlebnisberichte und zeitgeschichtlichen Reportagen und die sorgfältig ausgewählten Bilder werden von einer bestechend übersichtlichen, vierfarbigen kartographischen Ausstattung, von präzisen Zeichnungen, zeitgenössischen Dokumenten und Plakaten, Flugblättern, Karikaturen und Schaubildern ergänzt. Über 300 Kurzbiographien wichtiger deutscher und ausländi*scher Politiker und Militärs sowie ein* detailgenauer Index machen den Band außerdem zu einem Nachschlagewerk von hohem Benutzungswert.

Ein Geleitwort schrieb Altmeister Paul Carell: „Alles, was man heute, 40 Jahre danach, als wahr wissen kann, findet der Zeitgenosse in dieser ungewöhnlichen Dokumentation."

GÜNTHER DESCHNER

Der Kampfkommandant suchte das Weite

Das Kriegsende zwischen Lippe und Ruhr

„Nicht wahr, Herr Bürgermeister, wir werden unserem Führer die Stadt erhalten?" Mit diesen Worten reichte der Standortkommandant von Lippstadt dem Bürgermeister Friedrich Fuhrmann die Hände. Der Name des Kommandanten, eines Fallschirmjäger-Oberstleutnants, hat sich nicht mehr feststellen lassen. Es war einen Tag vor Gründonnerstag in der Karwoche des Jahres 1945. Am 27. März 1945 hatte Paderborn einen schweren Luftangriff erlitten. Ersichtlich befanden sich Verbände der 9. US-Armee im Vormarsch auf die uralte Bischofsstadt.

Aus diesem Anlaß hatte der offenbar nur vorübergehend eingesetzte Kommandant etliche Flieger- und Flakoffiziere vom Lippstadter Fliegerhorst, dessen Rollfeld amerikanische Bomber bereits am 10. März 1945 umgepflügt hatten, und von der ursprünglich in der Stadt liegenden Flakersatzabteilung in die Flakkaserne gebeten, um über eine eventuelle Verteidigung der Stadt zu beraten. Hinzu gezogen waren nur der Bürgermeister und der Chefarzt des Reservelazaretts, Oberfeldarzt Dr. Schlaaff, nicht jedoch irgendwelche Funktionäre der NSDAP.

Bürgermeister Fuhrmann wandte sich energisch gegen jede Verteidigung. Der rätselvolle Stadtkommandant, der am Karsamstagvormittag zuletzt in der Kaserne gesehen wurde, zog sich mit der oben zitierten, etwas zynisch klingenden Formulierung aus der Affäre. Wie alle übrigen Offiziere hat er sich dann wohl nach Osten abgesetzt.

Zuständig für die Verteidigung des Gesamtraumes sollte an sich die aus Ersatz- und Ausbildungseinheiten neugebildete 476. Infanterie-Division sein. Für Lippstadt war auch ein sogenannter „Kampfkommandant" vorgesehen, dem 180 Mann Wehrmacht und 200 Volkssturmleute zur Verfügung stehen sollten. Doch der „Kampfkommandant" Major Finke trat überhaupt nicht in Erscheinung.

Willi Mues:
Der Große Kessel
Eine Dokumentation über das Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen Lippe und Ruhr, Sieg und Lenne. Selbstverlag des Verfassers (Freigrafenstr. 9, 4782 Erwitte), 716 S., 60 Mark.

Und so sah die Gesamtlage aus: Nach dem Ausbruch aus dem Remagener Brückenkopf im Süden und dem Brückenkopf bei Wesel im Norden legten sich die 1. und die 9. US-Armee wie Schlangen allmählich um die hier eingesetzte deutsche Heeres*gruppe B des Feldmarschalls Model*. Der Gegner hatte geplant, daß sich die Spitzen beider Armeen im Raum Paderborn vereinigen sollten, um die Einkesselung der Heeresgruppe zu vollenden. Um dieser Gefahr zu entgehen, hatte Generalfeldmarschall *Model für den 30./31. März 1945*, Karfreitag und Karsamstag, unter Zusammenfassung der meisten noch vorhandenen Panzerkräfte einen Gegenstoß aus dem Raum Winterberg nach Osten befohlen. Nach Anfangserfolgen blieb der Angriff liegen.

Unterdes beobachtete Generalmajor Collins vom VII. US-Korps der 1. Armee mit Sorge den dauernden Abstrom deutscher Einheiten aus dem werdenden Kessel nach Osten und das nach seiner Meinung zu langsame Vorgehen der 9. US-Armee (Generalleutnant Simpson) im Norden. Handelte man rasch, konnte man die „Ruhr-Falle" schon im Raum Lippstadt dicht machen. Auf eigene Faust, ohne sich um seinen Oberbefehlshaber General Hodges zu kümmern, bewog er per Telefon den ihm persönlich gut bekannten General Simpson, ein „Kampfkommando" nach Südosten abzuzweigen, das sich in Lippstadt mit einem von ihm nach Nordwesten vorgetriebenen „Kampfkommando" unter Major Kane vereinigen sollte; Datum dafür sollte der Ostersonntag am 1. April 1945 sein.

Solche Kampfgruppen bestanden aus zwei bis drei Panzer-Kompanien mit leichten und schweren Sherman- oder Pershing-Panzern, Panzerspähwagen und motorisierter Infanterie. Äußerst schnell und leicht beweglich stießen sie im Anmarschraum nur noch auf sporadischen deutschen Widerstand. Die verängstigte Bevölkerung in Dörfern und Städten war nur noch bemüht, ihre Heimat vor Kampfhandlungen zu bewahren.

Durch Lippstadt zogen noch immer deutsche Truppenteile zu Fuß oder pferdebespannt, selten motorisiert, Scharen versprengter Soldaten, Kolonnen von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern, die nach Osten verlegt werden sollten, als die Kirchenglocken den Ostersonntag einläuteten. Für die ganze Stadt wurde Panzer-Alarm gegeben. Als der Kreisleiter der NSDAP feststellte, daß sowohl von Cappel her im Nordwesten wie über Geseke im Südosten amerikanische Panzer anrollten, fragte er beim Gauleiter Westfalen auf dem Harkortberg bei Hagen an, was er tun sollte. Der Gauleiter Hoffmann schob ihm den Schwarzen Peter zu: Das müsse der Kreisleiter selbst entscheiden, ihm fehle der Überblick. Der Kreisleiter zog den Volkssturm aus seinen Bereitstellungen zurück und schickte ihn nach Hause. Dann verschwindet er aus der Chronik. Nur die Sprengung der Lippe-Brücken wurde noch versucht.

Etwa gegen 10 Uhr fielen die ersten Panzer vom „Kampfkommando B" der 2. US-Panzer-Division in Lippstadt ein, Kommandant des Spitzenpanzers war ein gebürtiger Lippstadter, Sergeant Werner Ostheimer, der unter dem Regime, dessen Ende nun heraufzog, Deutschland hatte verlassen müssen. Widerstand gab es nirgends. Auf dem Marktplatz begrüßte eine Gruppe *französischer* Kriegsgefangener jubelnd ihre Befreier. Die reichen Vorratslager der verlassenen Flakkaserne wurden von Deutschen wie von befreiten Zwangsarbeitern geplündert. Am Nachmittag etwa gegen 16 Uhr trafen auf freiem Feld zwischen der Bökenförder- und Westernkötter-Straße die Spitzen der 2. US-Panzer-Division (9. Armee) und der 3. US-Panzer-Division (1. Armee) zusammen. Der Ring um die Heeresgruppe B schloß sich. Am gleichen Ostersonntag besetzten andere *Kampfkommandos* der 9. Armee das zum Teil noch immer brennende Paderborn.



Sein letzter Angriff schlug fehl: Generalfeldmarschall Model FOTO: CAMERA PRESS

Die Schilderung der Ereignisse an diesem schicksalsträchtigen Tag verdanken wir einem umfangreichen, großformatigen Werk des Laien-Historikers Willi Mues, das in jahrelanger Arbeit entstanden ist. Fachverleger haben heute nicht immer Wagemut, zumal wenn es sich wie hier um ein Werk handelt, das sowohl der Heimatgeschichte Westfalens wie auch der Kriegsgeschichte dient. Der Verfasser, Jahrgang 1935, stammt aus Erwitte bei Lippstadt. Er fühlt sich Westfalen ebenso verpflichtet wie der Aufgabe, den Soldaten auf beiden Seiten gerecht zu werden. Damit hat er ein Buch geschrieben, das weit über den Alltag, weit auch über das beflissene Gerede zum 40. Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht hinausreicht.

WALTER GÖRLITZ

Wo heute vertriebene Polen leben

Christian Graf Krockows Erfahrungen in Pommern

Der Autor, 1927 in Ostpommern geboren und dort aufgewachsen, läßt den Leser an zwei Reisen teilnehmen. Die Darstellung und Deutung der ersten Reise stützt sich vor allem auf Beobachtungen und Erlebnisse, die sich dem Heranwachsenden unauslöschbar eingeprägt haben. Sie führt durch ein stilles, verschwiegenes Land, von dem – anders als von Ostpreußen, Schlesien, der Mark oder Mecklenburg – bisher wenig erzählt worden ist. Das abwechslungsreiche Gesicht dieses Landes – im Norden in seiner ganzen Länge (519 Kilometer) von der Ostsee bespült – wird dem Leser vorgestellt: Laubwälder mit prächtigen Buchenbeständen, Heide- und Moorgebiete, Flüsse, die zur Ostsee streben, dunkle Kiefernwälder, die sanfte Dünung, das flache Küstenland, der baltische Landrücken, die pommersche Seenplatte.

Die erste Reise führt in die Vergangenheit; der ständige Kreislauf von Aussaat und Ernte bestimmt Härte und Dauer des Arbeitsalltages, das Mähen des Korns, das Hinaufstaken auf die Erntewagen und unters Scheunendach, das Pflanzen der Rüben und Wrucken, die Knochenarbeit während der Kartoffelernte.

Auf die geschichtliche Entwicklung, die zur Bauernbefreiung führte, geht der Verfasser ausführlicher ein. Nach der Niederlage der preußischen Armee bei Jena und Auerstedt wird auch Pommern vom Kriege erfaßt. Gneisenau und Nettelbeck verteidigen Kolberg. Die politische Entscheidung fällt jedoch in Ostpreußen. Durch den Frieden von Tilsit verliert Preußen die Hälfte seines Staatsgebietes. Da schlägt die Stunde der Männer, die durch Veränderungen eine grundlegende Erneuerung und ein Wiederaufrichten des Staats erreichen wollen. Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Humboldt setzen Reformen durch, darunter die Bauernbefreiung. Ab 1810 soll die Gutsuntertänigkeit aufhören. Die letzten Rückstände der Vorrechte des Gutsherrn werden praktisch jedoch erst in der Weimarer Republik beseitigt.

Christian Graf von Krockow:
Die Reise nach Pommern
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 280 S., 32 Mark.

Die zweite Reise führt 1984 in die pommersche Gegenwart. Aus Stettin, Swinemünde und Ostpommern ist Pomorze geworden, ein Gebiet, das inzwischen zum großen Teil von Menschen besiedelt ist, die Stalin aus Ostpolen vertrieben hat. Überall sind noch Zerstörungen und Verwüstungen des letzten Krieges sichtbar. Der Autor fordert, daß ein Schlußstrich gezogen werden muß unter jegliches Auf- und Abrechnen. Er bekennt sich zur vollständigen Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen, daß dieses hohe Ziel von beiden Völkern allein erreicht werden kann. Christian Graf von Krokkkow weiß zu berichten, daß es in Pomorze keine Stadt gibt ohne ein Ehrenmal für die Befreier, für die Helden der Roten Armee – „unsere Pflichtdenkmäler", wie die Polen sagen. Mit Blick auf den östlichen Nachbarn wird auch dadurch deutlich, daß man noch weiter östlich von *den Polen* Ergebenheit und Wohlverhalten erwartet.

BERNHARD KLEMZ

Pommersche Idylle: Abends an der Ostseeküste FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Fuß gefaßt in der Demokratie

Französisches Lob für Westdeutschland

Unter den unzähligen Analytikern des In- und Auslandes, die seit 1949 die Bundesrepublik in allen Phasen ihrer Entwicklung unter die Lupe nahmen, darf Alfred Grosser eine Sonderstellung beanspruchen. Minutiöser hat noch kein Ausländer das Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben als dieser politische Wissenschaftler, der in besonderem Maß die Fähigkeit besitzt, in seinem engagierten Urteil Distanz und Nähe zu verbinden.

Seiner „Deutschland-Bilanz" fügt er jetzt eine Zustandsbeschreibung der Bundesrepublik an, die bis in die jüngste Vergangenheit reicht. Es ist einer der Vorzüge Grossers, immer in engem Kontakt mit der Aktualität zu bleiben. Was daran am meisten interessiert, ist die Zuversicht, mit der dieser wohlwollende, aber die Wachsamkeit nie vernachlässigende Beobachter den Weg beschreibt, den Bonn *in nahezu vier Jahrzehnten von dem* international geächteten Deutschland bis zur funktionierenden Demokratie von heute zurücklegte.

Grossers „Deutschland im Westen" liest sich wie ein Zeugnis für die Bun-

desrepublik, die ihre Aufahmeprüfung in die freie Welt mit „befriedigend" bestanden hat. „Ihre Zukunft", so sein abschließendes Urteil, „wird der anderer westlicher Länder *immer* ähnlicher." An der weitverbreiteten These, die entscheidende Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen sei das Werk de Gaulles gewesen, hat Grosser verschiedenes auszusetzen. Er weist nach, daß es zu dieser Annäherung schon in den letzten Jahren der IV. Republik kam.

Der Autor gelangt zu der bemerkenswerten Erkenntnis, daß die Integration der Bundesrepublik in den Westen weiter fortgeschritten ist, als auf den ersten Blick sichtbar wird – nicht etwa weil sich der deutsche Durchschnittsbürger seiner ideologischen Bindungen an die westlichen Demokratien voll bewußt wäre, sondern weil sein tägliches Verhalten sich der Verhaltensweise der Bevölkerung anderer westlicher Länder weitgehend angenähert habe.

Den Verdiensten, die sich der Autor um die Überwindung der traditionellen Mißverständnisse zwischen Deutschen und Franzosen schon in der Vergangenheit erworben hatte, fügt er in dieser Untersuchung neue Argumente hinzu. Nach seiner Überzeugung ist die Tendenz zum antiwestlichen Neutralismus in Deutschland marginaler, als man in Frankreich glaubt „oder wahrhaben will". Grosser widerspricht dem französischen Klischeedenken, das Problem der deutschen Wiedervereinigung ausschließlih aus der nichtwestlichen Mentalität des „Landes der Mitte" zu erklären. Er führt diese Fehleinschätzung darauf zurück, daß Frankreich es gewöhnt ist, die Nation als höchsten Wert zu betrachten und daher den Deutschen unterstellt, sie könnten gar nicht anders als immerfort an die Wiedervereinigung zu denken.

Ganz ohne Zweifel hat die Bundesrepublik während der letzten zehn Jahre, „was die Festigkeit ihres demokratischen Systems betrifft, die Erwartungen übertroffen". Grosser erblickt in dieser „stetigen und geradlinigen Entwicklung" den Beweis, daß für sie nie ein wirkliches Risiko bestand, von Kräften überschwemmt

> Alfred Grosser:
> **Das Deutschland im Westen**
> *Bilanz nach 40 Jahren, Hanser Verlag, München.* 380 S., 39,80 Mark.

zu werden, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung feindlich gesonnen sind. Grossers ständige und aufmerksame Kontaktnähe zu den Krisenerscheinungen der deutschen Entwicklung seit Mitte der siebziger Jahre, die er durchaus nicht verschweigt, erlaubt es nicht, seinen Optimismus als Schönfärberei abzutun. Er sei den vielen als Nerven-Tonikum empfohlen, die durch die Häme der Medien-Flagellanten hinsichtlich des Schicksals der Bundesrepublik unsicher geworden sind. Die deutsch-französische Verantwortungs-Gemeinschaft, für die der Autor eintritt, umschließt auch eine Verantwortung, die jedes der beiden Länder für die Entwicklung des anderen Landes habe.

Mitterrand stärkte mit der Rede, die er im Januar 1983 vor dem Bundestag hielt, die Position des christdemokratischen Bundeskanzlers gegen die *SPD-Opposition. Die* Bindungen, die heute zwischen Deutschland und Frankreich bestehen, seien unahhängig von jeder parteipolitischen Couleur. Der Symbolismus von Verdun, wo der Sozialist und der Christdemokrat Hand in Hand vor den Toten des ersten Krieges standen, habe bestätigt, daß die deutsch-französische Verständigung dauerhafter ist als die politische Richtung, die in beiden Ländern gerade an der Macht ist.

HEINZ BARTH



Im Stil der späten Kolonialzeit: Das Gerichtsgebäude in Belize City

Unterm Schatten Kubas

Ein erster Erfahrungsbericht aus Belize

Belize, Kuriosum aus kolonialer Epoche, als Piraten sich auf zahllosen Inseln und in den Landnischen am Rande der Karibik ihre Depots und Räubernester einrichteten, ist klein wie das deutsche Bundesland Hessen; aufs ganze gesehen, *hat der Mini-Staat* etwa hundertfünfzigtausend Einwohner. Jedoch verliert sein historischer Meereszugang, Belize City auf einem sumpfigen Uferstück im Schutze pittoresker Korallenriffe seit der Unabhängigkeit dieses mittelamerikanischen Benjamins 1981 eine Verwaltungsfunktion nach der anderen an ein neues, künstliches Hauptstädtchen namens Belmopan.

Manfred Rauschert giht in seinem Buch dem Gelegenheitsbesucher früherer Jahre Gewißheit, daß sich im *äußeren Erscheinungsbild* kaum etwas geändert hat seit der Einholung des britischen Fahnentuchs vor dem bescheiden-hölzernen Regierungsgebäude. Zwischen alter Markthalle und alter Drehhrücke über das Haulover-Flüßchen gibt es augenfällige Neuerungen in ehemalig Britisch Honduras kaum. Die anderen, politischen, drohen gleich nebenan: Guatemaltekischer Appetit auf den gesamten Landzipfel aus Urwald und Buschland etwa, konterkariert von der mexikanischen Drohung, sich gegebenenfalls des Nordzipfels der einstigen britischen *Kolonie* mit Waffengewalt zu versichern.

Belize heute, ein respektabler Exporteur tropischer Harthölzer, gibt sich betont multirassial. Freilich haben hier – wie fast üherall in der Karibik – Kreolen das Sagen: Mischlinge verschiedener Schattierung aus Schwarz und Weiß. Wenig ahseits leben noch reine Indios sowie eine kräftige Gruppe Garifuna, Nachkömmlinge einstiger Negersklaven, die auf Kariben-Indianer stießen, und übers ganze Land verteilt Minderheiten europäischer Farmer, reicher chinesischer *Händler, armer Flüchtlinge* aus El Salvador.

Bedrängnisse von außen kündigen sich zunehmend von der Meeresseite an: Kuba, ideologisch expansiv und hochgerüstet, sucht stets neue Brükkenköpfe auf dem amerikanischen Festland; Kuba in all seiner Bedrohlichkeit für einen ungefestigten Staatenneuling ist Belizes unmittelbarer östlicher Nachbar. Mit historischem oder archäologischem Anschauungsmaterial, den meisten Schulbüchern gar, die Belize selbst nicht drucken kann und deshalb wohlfeil von der Insel Fidel Castros, aus dem Verlag „Cubola productions" bezieht, wird Weltsicht aus der Perspektive eines revolutionären Marxismus ungehindert importiert und ungefiltert verhreitet. Zwar mögen Belizener der stramm regierenden, deutlich linksorientierten „Peoples United Party" deftige *Indoktrinationsversuche aus* dem Osten mit Hinweis auf die politische Mündigkeit der eigenen Bevölkerung herunterspielen, zwar mögen im Umfeld des langjährigen, zweifellos tüchtigen Premierministers

> Manfred Rauschert:
> **Abenteuer Belize**
> Keil Verlag, Bonn, 320 S., zahlr. Fotos, 36 Mark.

George Price auch Codewörter von „Liberalität" oder „Flexibilität" fallen – die Politik Belizes wird zunehmend *zu einem* Balanceakt *auf* dünnem Seil.

Einerseits verweist man in Ministe*rialbüros gern darauf, daß ein Kontin*gent kostenloser Studienplätze an der Universität von Havana für Bewerber aus Belize noch in keinem Jahr voll ausgeschöpft wurde, doch ist andererseits unbestreitbar, daß Ahsolventen aus den Kaderschmieden von Havana *in einem* Land von begrenzten Dimensionen wie Belize allzu schnell in führende Positionen vorstoßen, schon den inneren Regierungskreis erreicht haben und bei einer Wachablösung unversehens an der Staatsspitze säßen. Doch man glaubt, wenn es eimal ganz schlimm kommen sollte, daß die *Amerikaner das aufstrebende* Ländchen sicher nicht dem Kommunismus preisgeben und rechtzeitig einschreiten würden.

HANS NERTH

„Die Gewöhnung an das Böse"

Renate Lesnik über ihre Arbeit beim Moskauer Rundfunk

Auf einem Empfang der ARD zur Einführung von Ulrich Wickert als neuen Büro-Chef für Paris vor einiger Zeit war sie zum ersten Mal einem größeren Kreis internationaler Kollegen aufgefallen: Renate Lesnik, Russin, Flüchtling von 1981, seitdem als Assistentin von Wladimir Maximow in Paris lebend. Eine schmale junge Frau, fast gebrechlich, das semmelblonde Haar nach russischer Art in einem Zopf um den Kopf gelegt, noch stark den harten slawischen Akzent im Französischen und sichtbar tastend vorgehend in der neuen Umwelt.

Jetzt legt Renate Lesnik ihr erstes Buch vor, einen Bericht über ihr Leben, besser: einen autobiographischen Roman von einer jungen Russin unserer Tage, die mit dem System bricht und in den Westen entkommt. „Hier spricht Moskau" heißt das Buch, denn die Autorin war, ehe sie die Koffer packte, Angestellte des Moskauer Rundfunks.

Also wird man sich zunächst auf eine Abrechnung mit der Desinformation einstellen können, der systematischen Verbiegung und Auswahl von Nachrichten im Interesse der sowjetischen Weltmacht. Das aber ist ein bekanntes Feld, das fast täglich von den westlichen Medien beackert wird. „Nur wenigen Menschen ist es vergönnt gewesen, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, den täglichen Betrieh dort zu beobachten oder gar den Gesetzen nachzuspüren, die die totalitäre Propaganda befolgt", schreibt Wladimir Maximow zur Einführung.

Nach Maximow hat die Autorin „die Gewöhnung an das Böse" wie niemand vor ihr analysiert, das langsame Gezwungenwerden, das Gift der Lüge nach allen Regeln der Kunst zu verbreiten, dem ganz normale und durchaus nicht dumme Menschen unterliegen. Renate Lesnik hat sich aus dieser Verstrickung lösen können; sie ist dem Bösen entronnen, um nun unerbittlich dagegen auszusagen. Ihr Bericht enthüllt keine Sensationen, aber durch die Schilderung des sowjetischen Alltags mit seinen banalen Schikanen, seiner ständigen anonymen Überwachung, seinem psychischen Druck, seinem „big brother" hinter jeder Bürotür, seiner Jagd nach Nahrung, seiner entnervenden Mühle aus Arbeit, Verkehr und schlafloser Ruhezeit wirkt er viel bedrückender, viel realistischer als jeder Polit-Reißer über die Sowjetunion. Hier wird der GULag an der Moskwa beschworen mit seinen Funktionären, seinen Kadermenschen, seinen Milizen, seinen kleinlichen Verdächtigungen, seinem Antisemitismus, seiner permanenten

> Renate Lesnik:
> **Hier spricht Moskau**
> Thule Verlag, Köln. 239 S., 26 Mark.

Angst um die Existenz und die Freiheit.

Die Autorin hätte auch eine ganz andere Entwicklung nehmen können. Sie stammt aus einem Haus in Kischinew, das nicht unbedingt feindlich zum herrschenden Regime eingestellt war. Man könnte sie als Mitläuferin einstufen, und sie hatte großen Ehrgeiz, nach vorn zu kommen. Sie hat die Universität besucht, Diplome in Fremdsprachen erworben, war Dolmetscherin in Moskauer Zentralbehörden, bevor sie schließlich beim Rundfunk landete. Aber da hatte sie das System in seiner Unmenschlichkeit schon durchschaut.

Von nun an beobachtete sie nur noch kühl die Vorgänge um sich herum, wie Tausende anderer junger Menschen in der Sowjetunion dies *zunehmend* tun; sie registrierte, um Zeugnis abgeben zu können. Bei der ersten besten Gelegenheit – es war nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan – *sprang* sie vom Zug. Zwei Jahre später liegt ihr Zeugnis vor.

Noch einmal Maximow: „Hier werden die Grundregeln des herrschenden Systems beschrieben, und diese Beschreibung erschließt den Weg zu seiner Erkenntnis und damit Ausschaltung." A. GRAF KAGENECK

Der Ostblock im Visier

Was ist der „Ostblock", wie ist er entstanden, welche Kraft hält ihn zusammen? Gibt es in ihm Tendenzen zur Selbständigkeit? Diese Fragen beschäftigen die westliche Welt seit vielen Jahrzehnten. Die Antworten darauf fallen unterschiedlich aus. Sie werden teils von der sowjetischen Propaganda, teils auch von westlichen Illusionen geschärft. Die Untersuchung von Jens Hacker, dem namhaften Experten für Ost-Recht, *zeichnet sich durch Nüchternheit,* realistische Analyse und durch eine Fülle von Material aus: **„Der Ostblock"** (Nomos Verlag, Baden-Baden. 1047 S., 298 Mark, Studienausgabe 49 Mark).

Hacker datiert die Entstehung des *heutigen „Ostblocks"* weit *zu*rück: bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs, als Stalin mit Hitler seinen Pakt abschloß. Damals be*gann die expansionistische Phase* der sowjetischen Politik mit der Annektion der baltischen Staaten, Ostpolens und des rumänischen Bessarabien. Bereits in den frühen Phasen des deutsch-sowjetischen Krieges hatte Stalin seine Pläne, was mit Polen zu geschehen habe. In Hackers Buch, das trotz der scheinbar trockenen Materie für jeden politisch Interessierten als spannende Lektüre empfohlen werden kann, zeigt sich, wie allein Stalin und das sowjetische Imperium in den Kriegsjahren ein politisches Ziel vor Augen hatten: nämlich die Unterwerfung und die ideologisch*politische Beherrschung des osteu*ropäischen Raums.

Der Verfasser verfällt nicht dem bei westlichen *Politikern und* Wissenschaftlern gelegentlich verbreiteten Irrtum, den heutigen Ostblock für ein normales und natürliches *Bündnis potentiell gleichberechtig*ter Partner zu halten. „Dem mit massiver Hilfe der Roten Armee geschaffenen Ostblock, dem Bündnis *ungleicher* Partner, mangelt es nach wie vor an Kohärenz und Homogenität," schreibt Hacker. „Nicht die kommunistische Ideologie, die – auch wenn das sich scharfsinnig dünkende westliche Sowjetologen nicht immer rechtzeitig wahrnehmen wollten –, sondern allein die stets präsente Drohung der Füh*rungsmacht UdSSR mit einer ein*seitigen oder kollektiven Intervention halten den Sowjetblock zusammen."

Hacker hat kein optimistisches Buch geschrieben. Die Bedrohung, welcher der Westen und die Bun*desrepublik durch die* Sowjetmacht ausgesetzt ist, wird jedem deutlich, der zu lesen versteht. Dennoch schließt seine Untersuchung mit einer gewissen Zuversicht – freilich in weiten geschichtlichen Perspektiven. Die Sowjetunion habe sich in Europa als „Hegemon" etabliert. Hegemonien aber sind im Grunde eine überholte Form politischer Herrschaft. Niemand wisse, wann diese Hegemonie durch eine „adäquatere Form" zwischenstaatlicher Zusammenarbeit abgelöst werde.

CARL GUSTAF STRÖHM



Spaziergang durch Probleme

Ein Abgeordneter spricht im Buch mit seinem jungen Sohn

Peter Petersen liebt das ehrliche Wort – in Böblingen, seinem Wahlkreis (57 Prozent), wo er regelmäßig Kommentare für die Regionalzeitungen schreibt, im Bundestag, im Verteidigungsausschuß, in der Politik allgemein, aber offenbar auch in der Erziehung. Seine Briefe an Claus, den 19jährigen Sohn, der sich Fragen zur Zukunft seines Landes und seines Lebens stellt, legen freimütig ein handgearbeitetes, geordnetes Interieur frei, sie zeigen einen Schreiber, dessen Gedanken und Empfindungen leider nicht Gefahr laufen, eines Tages in Serie hergestellt zu werden. Der Autor ringt um seine Überzeugungen. Er will aber nicht so sehr die Diskussion, sondern vor allem den Sohn gewinnen.

Dieser Eindruck durchzieht die 225 Seiten des Zwiegesprächs. Ob Petersen über seine Beobachtungen in Rhodesien, in Südafrika, in Jamaika und Nicaragua erzählt oder ob er „über unser schwieriges Vaterland" und seine Geschichte redet, der Christdemokrat bleibt bei aller Hingabe seiner Ideen immer aufnahmebereit für die Einwände des Gesprächspartners. Sein Pragmatismus und sein Sachverstand machen aus der zum Teil komplizierten Materie einen Gesprächsstoff für jedermann.

Der Titel („Sind wir noch zu retten?") deutet auf die Grundsätzlichkeit, auf den Tiefgang des persönlichen Dialogs hin. Petersen nimmt diese Frage ernst. Natürlich sind wir zu retten. Und nicht nur für die Ewigkeit. Petersen: „Wenn wir stark sind und einig in der freien Welt, wenn wir keinen Zweifel daran lassen und entschlossen sind uns zu verteidigen, wenn wir wissen, wofür wir sind, dann wird die Welt, die Ihr einmal erbt, frei sein. Sie wird nicht ohne Konflikte sein. Das ist da, wo sündige Menschen auf engem Raum zusammenleben, nicht möglich. Es wird auch immer wieder zu Kriegen kommen, doch der tragische Irrweg des Kommunismus und die damit verbundene Gefahr für die Freiheit in der Welt werden dann der Vergangenheit angehören."

Das Buch mag streckenweise einfach sein, wird Experten nicht zufriedenstellen. Für solche ist es auch nicht geschrieben. Petersens Stärke sind der gesunde Menschenverstand und, wenn es um Ehrlichkeit geht, seine kompromißlose Haltung. Zum Beispiel beim Thema Theologie: „Theologie ist eine spannende Geschichte, Claus. Als ich nur wenig älter war als Du jetzt, in den ersten Jahren nach dem Krieg, haben meine Freunde und ich tage- und nächtelang theologische Probleme gewälzt, weil das die Probleme unseres Lebens waren, von Kierkegaard, Bonhoeffer, Karl Barth und Tillich bis Thielicke angeregt und aufgeregt. Wenn man über den Menschen in der Welt nachdenkt, wenn man das Zusammenleben der Menschen in dieser Welt zu organisieren versucht – und nichts anderes ist Politik –, wenn man fragt, woher wir kommen und wohin wir gehen, dann kommt man an der Theologie nicht vorbei . . ."

Peter Petersen:
Sind wir noch zu retten?
Burg Verlag, Sachsenhausen. 225 S., 24,80 Mark

Der langjährige Abgeordnete informiert über viele Aspekte der Politik und der internationalen Beziehungen. Er tut dies eher beiläufig, so en passant mit Erzählungen aus dem Alltag, von Begegnungen mit Menschen anderer Länder und Kulturen. Ihn interessiert die große Strategie als Instrument im Dienst am Menschen. Das macht die Lektüre abwechslungsreich und auf jeder Seite nachvollziehbar. Auch hier ein Beispiel: „Wer über Freiheit redet, der muß über Amerika reden – denn das können wir drehen und wenden, wie wir wollen, Claus, ohne Amerika wären wir heute nicht frei, und ohne Amerika würden wir nicht frei bleiben. Ich weiß, daß es als fortschrittlich gilt in manchen Kreisen, gegen Amerika zu sein – dabei ist es für einen Deutschen oder Europäer nicht fortschrittlich, sondern schlicht schwachsinnig."

Das Buch gleicht einem Streifzug durch die Welt, einem Spaziergang durch den Wald heutiger Fragen. Man sieht die Bäume – und am Schluß auch die Lichtung. Der leicht verdauliche Stoff, die direkte, unkomplizierte Sprache, das spürbare gesunde Engagement und die Vorliebe für das Richtfest, weniger für die Grundsteinlegung, machen Petersens Briefwechsel mit seinem Sohn zu einem anregenden Leitfaden gesprächsbereiter Generationen.

JÜRGEN LIMINSKI

Sind die Sowjets Glücksritter?

„Sieg ohne Krieg" – Eine Analyse von Hans Graf Huyn

Für Hans Graf Huyn, CSU-MdB aus dem bayerischen Rosenheim, hat der Dritte Weltkrieg bereits begonnen. Es ist nicht der große Krieg, den alle fürchten, mit dem atomaren Schlagabtausch zwischen Ost und West. Es ist auch nicht der Krieg in Marschstiefeln. Es ist der, wie Huyn ihn nennt, „Kampf auf Samtpfoten", der Angriff durch Unterwanderung, Zersetzung, Spionage und Propaganda. Es ist der Krieg durch Stellvertreter und Terroristen – ein weltweiter Bürgerkrieg, der 1917 mit Lenins Oktober-Umsturz in Rußland begann.

Die meisten außenpolitischen Erfolge Moskaus – darin ist Huyn zuzustimmen – beruhen darauf, daß der Westen die sowjetische Herausforderung nie wirklich angenommen hat. Stalins Griff nach Osteuropa, Chruschtschows Berlin-Offensive, Breschnews Okkupation der Tschechoslowakei, Castros Panthersprung nach Afrika und Ho Chi Minhs Marsch auf Saigon – nur selten und dann oft halbherzig raffte sich der Westen zur Gegenwehr gegen die kommunistische Machtexpansion auf.

Im Vertrauen auf die Überlegenheit seiner Wirtschaftsordnung und die Abschreckungskraft seiner Waffen ließ man es zu, daß die Kommunisten überall dort einrückten, wo der Westen eine Position kampflos räumte. Ein Land nach dem anderen fiel so der Sogwirkung des Ost-West-Gefälles anheim; die tragischen Konsequenzen für die betroffenen Völker findet man in Huyns Buch reichlich dokumentiert.

Nicht die Überlegenheit der kommunistischen Ideologie, sondern der Wille einer zumeist an westlichen Universitäten ausgebildeten kleinen linksradikalen Minderheit, sich auch mit terroristischen Mitteln in den Alleinbesitz der Macht zu setzen, war in vielen Fällen ausschlaggebend dafür, daß sich die Inselwelt des Archipel GULag, die Welt der Konzentrationslager, nach 1945 wie eine ansteckende Seuche ausbreiten konnte.

Hans Graf Huyn:
Sieg ohne Krieg
Moskaus Griff nach der Weltherrschaft. Universitas Verlag, München. 407 S., 38 Mark.

Gleichwohl besteht, wie Huyn richtig hervorhebt, kein Anlaß, die sowjetischen Führer zu dämonisieren. Auch im Kreml wird nur mit Wasser gekocht. Der Autor entgeht freilich nicht immer der Gefahr, die Planmäßigkeit und Folgerichtigkeit des kommunistischen Handelns zu überschätzen. Die Sowjets folgen weniger einem weltrevolutionären Plan als vielmehr den sich bietenden günstigen Gelegenheiten. Sie verhalten sich vielfach wie Glücksspieler am Kartentisch, nutzen wechselnde Konjunkturen (Stalins Ebbe- und Flutperioden der Weltrevolution), spekulieren auf leichte Gewinne und müssen immer höhere Einsätze riskieren, um vielleicht doch noch den Haupttreffer zu landen. Eine solche Politik ist auf die Dauer ohne Perspektive und ohne Chance. Sie reagiert, wo sie agieren müßte. Sie macht sich abhängig von fremden Interessen und Oberflächenströmungen.

Die kommunistischen Niederlagen in vielen Weltteilen sind die Folge solch opportunistischen Handelns. Finnland, Griechenland und Österreich konnten sich Stalins Würgegriff entwinden und ihre Freiheit bewahren. Jugoslawien, Rumänien und China scherten aus Moskaus Lager aus und suchten einen unabhängigen Entwicklungsweg. In Ägypten, Chile und Portugal mußten die Sowjets zurückstecken. Aus dem Kap der Guten Hoffnung wurde entgegen Huyns Befürchtungen kein „Kap der Roten Hoffnung".

Auch in Frankreich und Italien gelangten die Kommunisten nicht auf den Flügeln der Volksfront an die Macht. Mitterrand erwies sich als der klügere Taktiker und drückte die kommunistische Umarmung der von ihm geführten Linksunion unter die 12-Prozent-Marke.

Die Bilanz von Moskaus Griff nach der Weltherrschaft sieht nicht ganz so trostlos aus, wie sie in Huyns Buch ausfällt. Angst vor dem Kommunismus ist ein schlechter Ratgeber. Die freie Welt hat eine Chance zu überleben. Sie muß sich nur der kommunistischen Herausforderung endlich stellen.

BOTHO KIRSCH

Klub der harmonischen Fäuste

Egbert Kieser über den chinesischen Boxeraufstand

Wer die chinesische Politik von heute besser verstehen will, kann viel lernen aus Kiesers Buch. Es beschäftigt sich mit dem sogenannten Boxeraufstand in China um das Jahr 1900 und zeichnet ein erschütterndes Bild von der Demütigung eines großen Volkes. Nach Jahrtausenden der Abgeschlossenheit brachte das neunzehnte Jahrhundert den Chinesen eine völlig neue Erfahrung: Daß die Welt voll mächtiger Staaten war, die sich anschickten, China auszuschlachten wie ein hilfloses Beutetier. Die Briten sicherten sich den Süden Chinas als Einflußgebiet, mit dem Yangzi-Fluß als Transportweg, die Russen und die Japaner griffen nach der erz- und kohlereichen Mandschurei; Deutsche, Franzosen und Amerikaner schalteten sich ein.

Zugleich breitete sich im Volk vor allem im Nordosten, in der Provinz Schantung, Verbitterung über zunehmende Arbeitslosigkeit aus. Die Fremden lieferten Waren aller Art, Schuhe, Knöpfe, Textilien, Drahtwaren, Nägel, Haushaltswaren, Waffen, Munition, Kekse, Lampenöl. Die Chinesen blieben auf ihren Produkten sitzen. Der Eisenbahnbau und die Dampfschiffahrt auf den Flüssen nahm unzähligen Kulis die Arbeitsmöglichkeit.

In Nordostchina bildete sich zum Ende des 19. Jahrhunderts die I Ho Tschuan (Gesellschaft der harmonischen Fäuste); später I Ho Tuan (Gesellschaft für Rechtschaffenheit und Harmonie). Die Missionare nannten sie „Boxer" nach ihrer rituellen Gymnastik, die dem Schattenboxen ähnlich ist. Sie glaubten sich unverwundbar für westliche Kugeln. Wenn Boxer fielen, ließen sich die anderen einreden, ihre toten Kameraden seien keine echten Boxer gewesen oder hätten Regeln verletzt. Als die Boxer losschlugen durch erste Morde an westlichen Missionaren, befahl die Kaiserinwitwe Tsu Hsi den Gouverneuren, sie nicht zu unterdrücken, sondern „zwischen guten und schlechten Elementen zu unterscheiden".

Im Mai 1900 forderten die westlichen Diplomaten in Peking Soldaten aus ihren Heimatländern zu ihrem Schutz an. Ein internationaler Truppenverband von 2117 Mann trat den Marsch nach Peking über Tientsin an und wurde zurückgeschlagen; der deutsche Gesandte Freiherr von Ketteler wurde auf dem Weg zum chinesischen Außenministerium von einem chinesischen Offizier erschossen.

Egbert Kieser:
Als China erwachte
Der Boxeraufstand. Bechtle Verlag, München. 332 S., 34 Mark

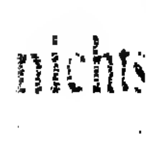
Warum die Chinesen in der 55 Tage dauernden Belagerung das Diplomatenviertel nicht überrannten, wurde nie geklärt; Kieser begründet einleuchtend die Vermutung, daß der kaiserliche Oberbefehlshaber im Norden, Dschung Lu, Armee und Boxer vor jedem wirksamen Angriff zurückhielt, um nicht durch ein Blutbad den fremden Mächten den Vorwand zur vollständigen Zerschlagung Chinas zu geben.

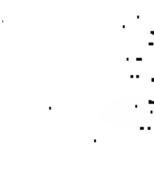
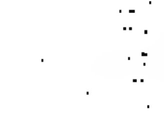
Dennoch kam es schlimm genug für die Chinesen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. betrieb die Errichtung eines ausländischen Militärregimes in China unter Feldmarschall Graf Alfred von Waldersee. Außerdem hielt Kaiser Wilhelm eine Rede an die deutschen Expeditionstruppen, die den Deutschen später den Beinamen „Hunnen" eingetragen hat. Damals allerdings wurde sie in den großen englischen Zeitungen und von der französischen Regierung gelobt, nur der russische Außenminister Graf Lambsdorff fand sie etwas zu kriegerisch. Die Deutschen freilich machten nur die bescheidene Beute Kiautschou. Die Russen holten den großen Gewinn Mandschurei.

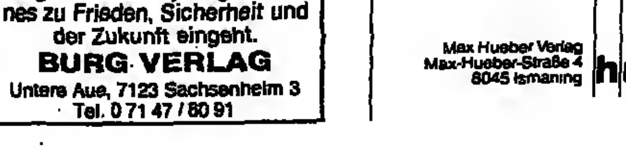
Fünf Jahre später verloren sie die Mandschurei – nicht an China, sondern an Japan. Im gedemütigten China begann Tsu Hsi nun doch mit Reformen, aber das Kaiserhaus war diskreditiert. Die Kaiserinwitwe starb 1908, und nun gründete Dr. Sun Yat Sen die Republik China. Sie vermochte jedoch zunächst nicht, den Zerfall des Reiches aufzuhalten, und später wurde zwar die Einheit (von Taiwan abgesehen) hergestellt, die Republik aber zwischen den Japanern und den Kommunisten Mao Zedongs zerrieben.

Beherrschend blieb die Erfahrung mit den fremden Eroberern. Nicht die von den Kommunisten verkündete internationale Solidarität aller Sozialisten, sondern die chinesische Entschlossenheit, nie wieder dominiert zu werden, bestimmt heute die chinesische Außenpolitik.

ENNO v. LOEWENSTERN



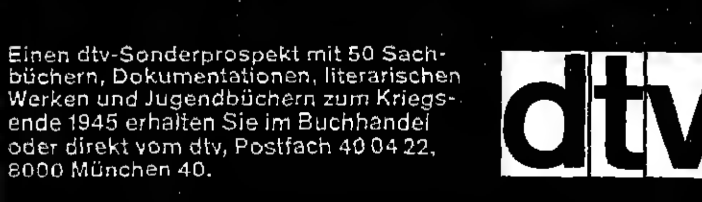
















Die Fremdenverkehrsmanager sind nie um starke Worte verlegen, wenn es darum geht, die Berge zu vermarkten. Gewaltige Worte finden sich auch in einer jetzt vorgelegten Untersuchung des Deutschen Alpenvereins. Auswirkungen der Schadstoffbelastungen auf das Hochgebirgsökosystem verleiten zu geradezu apokalyptisch anmutenden Hochrechnungen. Die unübersehbaren Folgen des Massentourismus werden indes nicht berücksichtigt.

Wenn erst die Steine zu laufen beginnen, ist es zu spät für den Bergwald der Alpen

Von PETER SCMALZ

Man stelle sich vor: Über den Verkehrswarnfunk wird die Sperrung der *Inntalautobahn* bei Kufstein bekanntgegeben, nachdem alpines Locker gestein über die Fahrbahnen gerutscht ist; Lawinen aus den Bergmassiven von Wetterstein, Wank und Kramer donnern von drei Seiten auf Garmisch-Partenkirchen herunter; schmucke alpenländische Wohnhäuser um *Schlier- und Tegernsee sind von Muren* bedroht und müssen geräumt werden; Wildbäche bedrohen Ortsteile von Oberammergau.

Eine Horrorvision, die der Deutsche Alpenverein (DAV) aber schon in zehn bis fünfzehn Jahren als Realität fürchtet, falls der Bergwald in unverminderter Geschwindigkeit stirbt und seine Schutzfunktion im deutschen Alpenraum weiter abnimmt.

„Ohne einschneidende Maßnahmen zum Schutz der bislang noch intakten Wälder entwickeln die Schäden und Waldverluste in den empfindlichen Bergwäldern eine selbstzerstörerische Eigendynamik", steht in einer vom Alpenverein dieser Tage vorgelegten Studie unter dem Titel „Der Bergwald stirbt", die zu dem erschreckenden Ergebnis kommt: „Die Hälfte aller Ortschaften des bayerischen Alpenraumes ist bedroht, *circa 370 km von Ortsverbindungsstraßen* werden bei fortschreitendem Waldverlust durch Steinschlag, Lawinen und Überschwemmungen unpassierbar."

Die Studie nimmt als „realistische Entwicklung" an, daß die Schadstoffbelastung bis zum Ende des Jahrhunderts hoch bleibt oder sich gar noch *verstärkt und auch nach 20 Jahren* nur unwesentlich geringer wird. Auch die Belastung der sensiblen Gebirgswälder durch Schalenwild und Weidevieh nimmt kaum ab.

Die Konsequenzen eines weitgehenden Waldverlustes in den Alpen seien aber, so die DAV-Studie, der Mehrzahl der Betroffenen und Verantwortlichen selbst im Alpenraum nicht bewußt. Sie zu erkennen ist aber erst möglich, wenn positive Funktionen eines dichten Baumbewuchses bekannt sind.

So nimmt das Kronendach besonders der Nadelbäume, die in den Alpen die häufigste Baumart sind, den Niederschlag auf und läßt ihn nur gebremst auf den Boden fallen, die Wurzeln pumpen einen Teil des Wassers wieder in die Kronen, wo es zum größten Teil verdunstet, die durchwurzelten Böden lassen zudem den Niederschlag in tiefere Bodenschichten einsickern. Wälder bewähren sich außerdem als vorzüglicher *Lawinenschutz*.

Fehlt diese ökologisch wichtige Stabilisierung, kann das Oberflächenwasser erheblich schneller abfließen und erhöht damit die Erosionsgefahr. Der ohnehin dünne Humus wird abgeschwemmt, es kommt zu Hangrutschungen und einem Massenabtrag in labilen Gesteinszonen. „Die *Steine beginnen zu laufen*", formuliert der Allgäuer Biologe Karl Partsch. Rutschen die Hänge aber großflächig ab, können dadurch ganze Bach- und Flußtäler abgeriegelt werden, Regen und Schmelzwasser stauen sich auf und können bei entsprechend hohem Wasserstand zu Flutkatastrophen führen.

Doch auch ohne derart gravierende Vorkommnisse hätten die „laufenden Steine" verheerende Folgen: Speicherseen, *Flußstauwerke und andere* Einrichtungen zum Hochwasserrückhalt würden sich rasch mit Geschiebe auffüllen und ihre Wirkung weitgehend verlieren, bei Hochwasser könnten die Flutwellen weitgehend ungebremst ins Voralpenland vordringen.

In der DAV-Studie heißt es dazu: „Für viele Ortschaften auch außerhalb *des Alpenraumes hätte dies* unübersehbare Folgen, da zahlreiche Siedlungserweiterungen während der letzten 30 Jahre in den Hochwassereinflußbereich der betreffenden Flüsse hineingebaut wurden."

Aufsehen ist dem Schreckenszenario des Alpenvereins gewiß, dabei besteht jedoch die Gefahr, daß erhebliche *Schwächen dieser Studie* unbeachtet bleiben. So ist kein Wort darin zu finden über die Bedrängnis, in die der Bergwald durch den noch immer zunehmenden Massentourismus geraten ist. Die Angaben über die Zahl der Lifte und Gondeln im Alpenraum schwanken, sie liegen zwischen *13 000 und 20 000, allein in Tirol liegen* 1500 von 6900 Hektar Skipisten im Waldgebiet.

Von Pistenpräparierfahrzeugen und *Skifahrern traktierte Abfahrten* können aber als Wiese im Sommer bis zu zehnmal weniger Wasser speichern als der Wald, die Erosion wird beschleunigt, der Berg beginnt die langsame Wanderung gen Tal. Der deutsche Alpenraum ist zudem viermal stärker erschlossen als der österreichische und der französische.

Wenn die Studie des Alpenvereins darüber großzügig hinweggeht und als Folgen des sterbenden Bergwaldes auf den Tourismus nur die Bedrohung der Lifte und Berggasthöfe durch Lawinen und Murabgänge beklagt, dann mag das durchaus damit zusammenhängen, daß der Alpenverein Eigner nicht weniger dieser Berghäuser ist und daß immerhin 77 Prozent seiner 451 616 Mitglieder Skifahrer sind.

Auch die in der Studie geäußerte Absicht, über Mitglieder und Öffentlichkeit „die Politiker zu längst fälligen Lösungen" zu bewegen, hinkt hinter den Ereignissen nach. Die bayerische SPD brachte das Thema schon vor geraumer Zeit vor den Bundestag und sprach von einer „Alpen-Apokalypse", einen umfangreichen Antrag der bayerischen CSU-Landtagsfraktion zum „Schutz des Bergwaldes" *hat der Münchner* Landtag schon vor einem Jahr beschlossen.

Darin wird bekräftigt, der Schutz dieses Waldes müsse „grundsätzlich Vorrang vor allen anderen Nutzungsansprüchen" haben. Geradezu revolutionär wirkt die Forderung, „Rodungen im Bergwald für neue Freizeiteinrichtungen (z.B. für Wintersport) oder Infrastrukturmaßnahmen grundsätzlich nicht mehr zuzulassen".

Droht das Ende der Alpenidylle? FOTO: WALTER STORTO

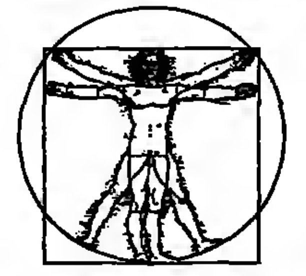
NOTIZEN

Nachwuchsförderung

Bonn (dpa) – Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) richtet ein „Postdoktoranden-Stipendium" ein. Damit sollen promovierte Wissenschaftler gefördert werden, die sich als besonders befähigt ausgewiesen haben. Den Geförderten soll ermöglicht werden, für eine begrenzte Zeit in der Grundlagenforschung mitzuarbeiten und sich dadurch für eine Tätigkeit auch außerhalb der Hochschule weiterzuqualifizieren. 1985 werden 150 Stipendien bereitgestellt. Anträge können bis zum 30.6.85 an die DFG gerichtet werden.

Mehr Rheuma-Forschung

Bonn (rid) – Die Rheumafor*schung soll vor allem in den* Bereichen Früherkennung, Diagnose und Therapie vorangetrieben werden. Dazu will die Bundesregierung 15,7 Millionen Mark bereitstellen.



Die Fördervorhaben Früherkennung und Diagnostik sollen bis 1986 mit etwa 5 Millionen Mark unterstützt werden, für Therapiestudien sind 3,7 Millionen Mark eingeplant. Weitere 7 Millionen dienen der Erprobung von „Kooperationsmodellen", mit denen die Behandlung am Wohnort verbessert werden soll.

Meßwarte für Autoabgase

Ludwigsburg (AP) – Die erste mobile Meßstation für Autoabgase hat in Ludwigsburg ihre Arbeit aufgenommen. Nach den erstenr Einsätzen des 2,8 Millionen Mark teuren Gerätes haben sich die Erwartungen in die schadstoffreduzierende Wirkung der nachträglich eingebauter Katalysatoren bestätigt, wie jetzt das baden-württembergische Finanzministerium mitteilte. Die Stickoxide werden bis zu 70 Prozent, Kohlenwasserstoff und Kohlenmonoxid um jeweils etwa 50 Prozent aus dem Abgas entfernt.

Bald Autofunk für alle?

Mobiles Telefonnetz erweitert die Zahl der Teilnehmer

Von DIETER THIERBACH

Das Autotelefon, jahrelang wegen seines stattlichen Preises, trotz völlig unzureichender Benutzerfreundlichkeit, von einem Hauch der Exklusivität umgeben, steht vor einem Umbruch: Die derzeitige Anschlußkapazität beim „öbL" (im Amtsdeutsch: öffentlich bewegter Landfunkdienst) soll um den Faktor zehn erhöht werden. Ein Schritt weiter auf dem Weg zur drahtlosen *Massenkommunikation. Das* bestehende Netz, bei dem sich die Teilnehmerzahl auf rund 25 000 beschränkt, platzt aus allen Nähten.

Der entscheidende Vorteil des neuen Netzes ist die beträchtliche Erweiterung der Teilnehmerkapazität. Die Post rechnet bis Ende 1989 mit 100 000 neuen Teilnehmern. Werden noch heute zugeteilte Rufnummern der Autotelefonanschlüsse oft zu Schwarzmarktpreisen auf dem überregionalen Anzeigenmarkt „secondhand" öffentlich angeboten, sind diese Zeiten bald ein für alle Mal vorbei.

Die Zahl der zur Verfügung stehenden Funkfrequenzen im Bereich von 450 MHz ist *zwar* begrenzt; bei steigender Teilnehmerzahl können jedoch die sog. Funkzellen verkleinert, also mehr Funkfeststationen aufgestellt werden. Eine Erweiterung auf mehr als 200 000 Teilnehmer ist möglich. Dem künftigen, sogenannten C-Netz soll später ein D-Netz im 900 MHz-Bereich folgen.

Von der technischen Konzeption her will sich das deutsche Autotelefonnetz zum modernsten der Welt mausern. Das C-Netz löst die Probleme seiner Vorgänger (A-und B-Netz). Das Zauberwort heißt *komplette Digitalisierung*. Durch permanenten Datenaustauch wird jeder Teilnehmer, der sein Gerät auf Bereitschaft gestellt hat, automatisch innerhalb des Bundesgebietes gefunden.

Bisher kommt es oft einem Glücksspiel gleich, die Verbindung zu einem Fahrzeug mit Autotelefon an Bord herzustellen. Man muß wissen, welchen Funkbereich der jeweilige Wagen gerade durchkreuzt, um über die bekannte Gebietsvorwahl eine Verbindung herzustellen.

Über eine gleichbleibende, feste Funkkennzahl, die Vorwahl 0161, ist man nun im C-Netz allerorten und jederzeit erreichbar. 175 festinstallierte Funkstationen sorgen dafür, daß während der Fahrt der Wechsel von einer zur anderen Station nicht mehr durch störende Aussetzer unterbrochen wird.

Zum Schutz gegen ungewolltes Mithören der Gespräche ist eine Ver*schleierung der Sprache* vorgesehen. Der Gaudi zahlreicher Möchtegern-Funkamateure, mit importierten Spezialempfängern Gespräche klar und deutlich mitzuhören, ist damit ein Riegel vorgeschoben.

Das digital gesteuerte Mobilfunksystem soll im Herbst dieses Jahres seinen *Probebetrieb* aufnehmen, die Fläche des Bundesgebietes zu ca. 70 Prozent versorgen, um ab Mai nächsten Jahres flächendeckend im uneingeschränkten, öffentlichen Betrieb zu arbeiten.

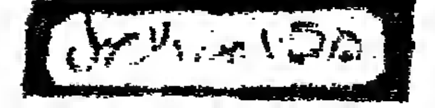
Die Preise für die kompakten Geräte des künftigen C-Netzes liegen zwischen 2000 und 3000 DM deutlich niedriger als die Kosten für die klobigen Kästen der bisherigen Generation. Für diese verlangen Hersteller *und Händler* ab 13 000 DM *aufwärts*.



Neues Mobiltelefon mit bequemer Einhandbedienung FOTO: SIEMENS

Die monatliche Grundgebühr senkt die Post mit Beginn des offiziellen C-Netz-Betriebes von 270 DM auf 120 DM. Für die Abnahmegebühr bei der Einrichtung sind 100 DM zu berappen. Während des Probebetriebes in der Zeit vom 1.9.85. bis zum 30.4.86. wird die monatliche Grundgebühr gänzlich erlassen.

23 Pfennig werden im Tagtarif zwischen 8 und 18 Uhr für je 8 Sekunden Sprechdauer in Rechnung gestellt, beim Billigtarif zwischen 18 und 8 Uhr, an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen erhöht sich die Sprechdauer auf 20 Sekunden. *Die* Telefonate sind entfernungsunabhängig: Ortsgespräche schlagen gleich teuer zu Buche wie z.B. Telefonate zwischen Kiel und München.





KAISERSLAUTERN

Kirchenrat Sopp nahm noch einmal verbale Rache

M. HÄGELE, **Kaiserslautern**

Stärker hätte Udo Sopp nicht abtreten können. Bevor der Kirchenrat sein Amt als „Chef der roten Teufel" erneut an Jürgen Friedrich (41) übergab, hielt er bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Fußball-Bundesligakluhs 1. FC Kaiserslautern noch eine Rede. Sopp las der ehrenwehrten Gesellschaft von Kaiserslautern die Leviten. So beeindruckend, daß die Mitglieder prompt den Verwaltungsrat, das höchste Gremium des Vereins, in die Wüste schickten. Daß dabei mit Oberbürgermeister Theo Vondano und dessen Vorgänger Hans Jung zwei der mächtigsten Männer der Stadt gedemütigt wurden, war Sopp recht und der Versammlung gleichgültig. Sie wollte Köpfe rollen sehen, möglichst promioente.

Sopp spielte Märtyrer („Ich bin hier der Buhmann") und Volkstribun („Darf man sich aus der Verantwortung stehlen, für die man ein Mandat bekommen hat?") zugleich. Zehn DIN-A-4-Seiten war die verbale Rache des entmachteten Präsidenten lang. Mit einer rhetorischen Glanzleistung stellte Sopp seine Gegner an den Pranger. Er stellte our Fragen, er nannte kaum Tatsachen oder Namen – aber die Versammlung mußte den Eindruck gewinnen, daß dieser Mann das Opfer einer einzigartigen Verschwörung seiner Präsidiumsmitglieder und des Verwaltungsrats geworden war.

Nur der Oberbürgermeister der Stadt hätte Sopp bremsen können. Doch Theo Vondano unterlief ein Fehler, der einem gewieften Politiker eigentlich nicht passieren darf. „Wenn Sie mich abwählen, dann wird meine Kraft und Hilfe in Zukunft dem Verein nicht mehr zur Verfügung stehen." Mit diesem Satz war Vondanos Abwahl entschieden. Der Versuch der Erpressung klang zu plump, als daß ihn nicht der letzte im Saal begriffen hätte.

Gegen Mitternacht wollte das Stadtoberhaupt das alles nicht mehr so gesagt haben. Sein Herz schlage weiterhin für den Verein, erklärte er. Doch die Wut rauchte weiter. Vondano: „So viel Charakter muß man haben, daß man eine Versammlung nicht so aufputscht. Immerhin ist Sopp ja Pfarrer."

Was er dem scheidenden Präsidenten vorwerfe? „Für ein Wirtschaftsunternehmen wie den 1. FC Kaiserslautern hat Sopp eine völlig falsche Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Er soll sich selbst mal an die Brust klopfen, ob er nicht derjenige war, der für die Führungskrise verantwortlich ist." Und überhaupt, so Vondano, stimmten Sopps Vorwürfe nicht. Punkt für Punkt könne er die widerlegen.

Geschlagen, total fertig verließen jene Leute den Saal, die in den letzten 14 Tagen die Macht im Verein übernommen hatten. Für Friedrich und sein neues Präsidium mit Norbert Thines, Dohn und dem Geldexperten Dieter Jurkschat war alles eine zwiespältige Geschichte. „Die Geister, die Sopp gerufen hat, wird der Verein lange nicht los", orakelte der Oberbürgermeister in der ersten Morgenstunde. Friedrich stehen in der Tat harte Zeiten bevor. Nach diesem Selbstreinigungsprozeß muß er erst einmal einen Trainer finden, mit dem sich das Publikum in Kaiserslautern wieder identifizieren kann und der zu seinem Stil paßt. Mit Jürgen Sundermann, Slobodan Cendic und Klaus Toppmöller hat er bereits Gespräche geführt. Das sagt freilich im jetzigeo Stadium noch nicht viel.

FUSSBALL / DFB prüft wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Klubs

Kickers Offenbachs Gratwanderung: Abstieg, Konkurs oder Lizenzentzug

dpa, **Frankfurt**

Die Gratwanderung der 38 Profivereine vor dem Gutachterausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ist in die eotscheidende Phase getreten. Seit dem 1. März prüft das unabhängige dreiköpfige Gremium in Frankfurt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Vereine der beiden Bundesligen und die der Aufstiegskandidaten. In den nächsten Tagen werden die Kluhs und der DFB-Liga-Ausschuß, der über die Lizenz in erster Instanz entscheidet, die Gutachterempfehlungen erhalten.

„Der generelle Trend ist haushaltsbewußter geworden, doch bei massiven saisonalen Einbrüchen zum Beispiel im Bereich der Zuschauerkalkulation kann ich nicht ausschließen, daß es einem Kluh das Genick bricht", sagt DFB-Ligasekretär Wilfried Straub, der zusammen mit den Wirtschaftsfachleuten Edgar Roth und Karl-Heinz Deckert die Liquidität und Unterlageo prüfte, die vorrangig dem Lizenzierungsverfahren zugrunde gelegt werden.

Nach einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur hat die Zahl der gefährdeteo Vereine im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Notverkäufe, drastisch gekürzte Etats auf der Basis verringerter Zuschauerkalkulationen und leistungsbezogene Verträge mit den Spielern sind das probate Mittel, um die Existenzfähigkeit nachzuweisen. Bisher traf den Bonner SC (1979), FC St. Pauli (1979) und 1860 München (1982) der Bannstrahl des DFB – stark gefährdet vom Lizenzentzug oder gar Konkurs und Auflösung des Vereins scheint in diesem Jahr vor allem Zweitligaklub Kickers Offenbach.

Zwei Schritte fehlen in Offenbach noch his zum Abgrund: Der Gutachterausschuß des DFB hat bis zum 30. April die Auflagen gemacht, verbessertes Zahlenmaterial zu liefern, sonst droht Lizenzentzug. Zwei Pluspunkte werden zum Saisooende noch abgezogen, da der Verein zum wiederholten Male gegen die Auflagen verstoßen hat. 1981 waren es 10 000 Mark Strafe, 1982/83 schon 80 000 Mark wegen Neuverschuldung voo über 1,3 Millionen Mark.

Um die angehlich vom DFB kurzfristig verlangten mehr als 500 000 Mark his zum 30. April aufzubringen, ist Präsident Klein mit der Hausbank und der Stadt in ständigem Kontakt. Die Mittel sind erschöpft, seit dem vierten Bundesliga-Abstieg 1983/84 ging es stetig bergab. Verfehlte Personal- und Finanzpolitik und die scbwachen Leistungeo haben den Zuschauerschnitt inzwischen auf 4200 gedrückt. Mit Hilfe der Hausbank umschiffte Kickers Offenhach seit fast acht Jahren jede finanzielle Klippe und rettete 1977 den Kluh vor dem Lizenzentzug. Ob die Bank auch in dieser Saison mitspielt, ist fraglich.

Und wenn es nicht gelingt, den sportlichen Abstieg zu vermeiden, ist der Sturz ins Bodenlose nicht mehr aufzuhalten. In der Oberliga Hessen jedenfalls läßt sich der Verein nicht sanieren. Nach einer Statistik des Hessischen Fußball-Verbandes sank die Zuschauerzahl um fast zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Amateure spielen im Schnitt vor weniger als 600 Zuschauern. Die Auflösung des 1901 gegründeteo Klubs wäre die letzte Konsequenz für den Verein, der mit seinen Talenten oder Stars (Kremers- und Traser-Zwillinge, Hartwig, Bein, Völler) wie kaum ein anderer die gesamte Bundesliga versorgt hat. Uod bei Neugründung droht dem deutschen Pokalsieger von 1970 in der C-Kreisklasse ein oeuer Anfang unter neuem Namen.

Kritisch in der Bundesliga ist vor allem die Lage bei Fortuna Düsseldorf. Vor Jahresfrist noch schuldenfrei, sollen die geschätzten Verbindlichkeiten (2,8 Millioоen Mark) his Saisonende um rund eine Million Mark reduziert werden. Eine weitere Million soll der bereits beschlossene Verkauf von Nationalspieler Rudi Bommer nach Uerdingen bringen.

EISHOCKEY / Auch gegen die USA verloren

Erich Kühnhackl – die tiefe Krise des Kapitäns

M. STOESSINGER, **Prag**

Sein Gesicbt wirkt ausdruckslos, die Augeo liegen tief in deo Höhlen, über seine Lippen, zwei dünnen Strichen gleich, kommt kaum kein Wort. Erich Kühnhackl, der Kapitän der deutschen Eisbockey-Nationalmannschaft, hat sicb zurückgezogen, horcht nach innen. Aucb gegen die USA gab es in Prag eine 3:4-Niederlage. Das Team von Xaver Unsinn fiel auf den letzten Platz zurück, noch hinter die „DDR", deren Trainer Joachim Ziesche auf der Tribüne erkannte: „Uns hraucht nicbt bange zu sein."

Und Kapitän Ericb Kühnhackl, jahrelange Aushängeschild deutscher Eishockey-Tugenden, ist am Abend seiner langen und eindrucksvollen Karriere auf der Suche nach sich selbst. Vielleicht auch auf der Suche nach der Vergangenheit.

Aber diesmal ist es anders, vielleicbt auch our intensiver. „Er ist nicht mehr der Kühnhackl von früher", sagt Bundestrainer Xaver Unsinn. Und dann stellt Unsinn die Frage, die viele beschäftigt: „Ja soll icb ihn denn aus der Mannschaft nehmen?" Der Bundestrainer erschrickt fast über die eigenen Worte, und so fügt er schnell hinzu: „Ich habe mit ihm die WM geplant und ziehe sie mit ihm auch durch. Niemand hat soviel für das deutsche Eishockey getan, wie gerade der Erich."

In Prag schließt sich der Kreis, und das letzte Kapitel einer großeo Karriere trägt fast tragische Züge. In Prag gelang dem mittlerweile 34 Jahre alten Torjäger 1978 der internationale Durchbruch. Er wurde Torschützenkönig, seine unvergleichliche Art, mit dem linken Arm den Gegner fernzuhalten und rechts die Scheibe zu führen, avancierte zum Markenzeichen. Deutsches Eishockey – das war und ist Kühnhackl.

Angebote aus der nordamerikanischen Profiliga lehnte der Zwei-Meter-Mann ab. Er blieb im Lande und lebte gut dabei. Ob in Landshut oder in Köln, wo er jeweils zweimal deutscher Meister war. Erst jetzt, mit 34, hat er beschlossen, noch einmal den Schritt über die Landesgrenze zu wagen. Für zwei Jahre geht Kühnhackl in die Schweiz nach Olten.

Und gerade deshalb hatte er sich für seine elfte und letzte Weltmeisterschaft soviel vorgenommen. Aber ausgerechnet jetzt stellte sicb das Schicksal gegen den Mann. Das Sommertraining, die wichtigste Phase, fiel nach seiner komplizierten Knieoperation aus. Und im Vorbereitungscamp warf ihn vor drei Wochen eine Schulterverletzung zurück.

Mehr als die physischen Probleme aber hemmt den 206maligen Nationalspieler das fehlende Erfolgserlebnis. Symptomatiscb jene Szene beim unglücklichen 3:4 am späten Dienstag abend gegen die USA, als er nach schöner Einzelleistung den Puck nur gegen deo Querholm des Tores setzte. Möglicherweise hätte eine gelungene Szeoe die Wende für seine Mannschaft gebracht. Und auch eine Wende für Kühnhackl selbst. Vielleicht hätte das eine Tor deo Damm gebrochen. Strafbankkönig ist er auch noch, 16 Minuten fehlte er der Mannschaft hisher in Prag.

128 Länderspieltore hat Erich Kühnhackl erziehlt, weit über sechshundert in den beinahe tausend Meisterschaftsspielen seit 1968, als er mit seinen Eltern aus Citice/CSSR nach Deutschland kam. Aber jener befreiende Treffer, der erste bei dieser WM, wollte nicht fallen.

Mit dem väterlich gesonnenen Xaver Unsinn verhindet Kühnhackl eine Schicksalsgemeinschaft. Sie haben 1976 in Innshruck die Bronzemedaille gewonnen, im gleichen Jahr den Klassenerhalt geschafft. 1981 hat Unsinn bei seinem erneuten Amtsantritt Kühnhackl in die Nationalmannschaft zurückgeholt, ihn 1983 nacb der WM in Deutschland mit den Worten, „Erich, Ich braucbe dich noch", zum Weitermachen überredet.

Jetzt braucbt Kühnhackl den Trainer. Unsinn hat die Sturmreihen dreimal umgestellt, um die richtigen Mitspieler zu finden. Genutzt hat es hislang nur wenig. Und Unsinn hat nach den vielen Niederlagen nicht die Zeit, einzig und allein das Seelenleben seines Kapitäns zu durchforsten: „Ich hin kein Einzelpsychiater, sondern Coach der geamten Mannschaft." So muß Erich Kühnhackl die letzten Tage seiner Länderspielkarriere mit sich alleine klar kommen. Und daß mit dem WM-Ende in Prag auch die größte internationale deutsche Karriere endet, dürfte als beschlossen gelten. Unsinn: „Ich lasse mir den Erich nicht abschlachten und nehme ihn nicht aus dem Turnier. Was danach ist, wird man sehen. Dann wird er schon die richtige Entscheidung treffen."

Der 5. Spieltag

„DDR" – Finnland 4:4 (1:1, 1:1, 2:2)
CSSR – Kanada 4:4 (2:2, 1:1, 1:1)
Deutschland – USA 3:4 (1:2, 2:1, 0:1)
UdSSR – Schweden (6:2 (1:1, 2:0, 3:1)

DIE TABELLE

1.UdSSR	5	5	0	0	38:6	10:0
2.USA	5	4	0	1	16:21	8:2
3.Kanada	5	3	1	1	26:11	7:3
4.CSSR	5	3	1	1	22:9	7:3
5.Schweden	5	2	0	3	19:17	4:6
6.Finnland	5	1	1	3	12:19	3:7
7.„DDR"	5	0	1	4	6:36	1:9
8.Deutschland	5	0	0	5	8:28	0:10

Heute: Schwedeo – CSSR (17.00 Uhr). Kanada – UdSSR (20.30 / ab 23.00 Uhr Ausschnitte in der ARD). – **Morgen:** Bundesrepuhlik Deutschland – „DDR" (17.00 / original im ZDF). USA – Finnland (20.30).

BUNDESLIGA

Bremen heute Tabellenführer?

sid, **Köln**

„Wenn wir in Köln gewinnen, werden wir auch Meister", wiederholte Dieter Burdenski, Torhüter von Werder Bremen, vor dem Bundesliga-Nachholspiel seines Kluhs heute abend beim 1. FC Köln. Schon bei einem Unentschieden wären die Bremer Tabellenführer – erstmals seit dem Meisterjahr 1965.

Trotz ihrer langen Verletztenliste wollen die Kölner heftigen Widerstand leisten. „Wir müssen gewinnen, um den UEFA-Pokal-Platz sicherzustellen", sagt Nationaltorhüter Toni Schumacher. Trainer Hannes Löhr muß neben Karl-Heinz Geils, der sich eine tiefe Rißwunde zuzog, auch auf Uwe Bein verzichten, der nach einem Bänderriß für den Rest der Saison ausfällt. Der Einsatz der verletzten oder kranken Andreas Gielchen und Vincent Mennie ist fraglich. Jimmy Hartwig und Gerd Strack fehlen weiterhin aus disziplinarischen Gründen.

Heute spielen (20.00 Uhr)

Düsseldorf – K'lautern	(1:3)
M'gladbach – Dortmund	(3:2)
Mannheim – Braunschweig	(1:0)
Köln – Bremen	(2:6)
Karlsruhe – Uerdingen	(1:3)

BRAUNSCHWEIG

Kremer zeigt doch wieder Interesse

dpa/sid, **Braunschweig**

Überraschende Wende bei Eintracht Braunschweig, bei Borussia Dortmund die Qual der Wahl – zwei Fußball-Bundesliga-Kluhs sind weiterhin auf Trainersuche.

In Braunschweig ist wieder Willibert Kremer als Nachfolger für Aleksandar Ristic im Gespräch. Der bei Fortuna Düsseldorf beurlaubte Kremer wird heute beim Nachholspiel-Spiel Waldhof Mannheim – Braunschweig mit der Eintracht-Führung sprechen. „Ich habe Interesse, wenn die Mannschaft bis auf wenige Ausnahmen zusammenbleibt", bestätigte der Trainer gestern. Er hatte am 2. April einen Vertrag ahgelehnt, weil ihm die Zukunft des Braunschweiger Teams zu ungewiß erschien.

In Dortmund soll morgen über den Trainer-Nachfolger von Erich Ribbeck entschieden werden. Als Favorit wird Pal Csernai gehandelt, der zur Zeit beim portugiesischen Klub Benfica Lissabon arbeitet. Doch Dortmunds Präsident Reinhard Rauball kann nach eigenen Worten wählen: „Insgesamt 15 Bewerbungen sind bei uns eingegangen – darunter von sieben interessanten Trainern."

RINGEN

Scherer: Chance auf Platz drei

dpa/sid, **Leipzig**

Die Aufholjagd kam zu spät. In der dritten Runde der Ringer-Europameisterschaften im griechisch-römischen Stil in Leipzig gelang dem Wiesentaler Bernd Scherer im Papiergewichts-Kampf gegen Kryzstof Mudrecki zwar noch ein 6:6, doch wurde der Pole wegen einer anfangs erzielten Dreierwertung zum Sieger erklärt. Schlägt Scherer in der nächsten Runde den Ungarn Csaba Vadesz, kann er noch um Rang drei kämpfen. Das Finale erreicht er nur durch einen Schultersieg.

Nach drei Kampfrunden ist von der achtköpfigen Mannschaft des Deutschen Ringer-Bundes neben Scherer nur noch der Schwalbacher Bert Gabriel im Rennen. Der Federgewichtler verlor gegen den Ungarn Arpad Sipos und kämpft vermutlich um den fünften Platz.

Klaus Müller (Elgershausen) und Fritz Gerdsmeier (Aschaffenburg) sind im Leicht- und Schwergewicht erwartungsgemäß ebenso ausgeschieden wie am Dienstag Markus Scherer (Schifferstadt), Raimund Feser, Hans-Hermann Strauß (beide Aalen) und Uwe Sachs (Freiburg).

STAND ● PUNKT / *Deutsche Ringer leiden an Gleichgültigkeit und Eigenliebe*

Eine Denkpause ist dringend notwendig. Die Ringer der Bundesrepublik Deutschland haben nach dem Rücktritt von Olympiasieger Pasquale Passarelli und dem internationalen Verzicht des zehnmaligen deutschen Meisters Karl-Heinz Helbing auf Qualitätsturnieren, wie die der Europameisterschaft im griechisch-römischen Stil in Leipzig, nichts mehr zu suchen. Nach dem ersten Tag der Titelkämpfe waren vier der acht Teilnehmer bereits ausgeschieden, nach der dritten Runde schoo sechs, vier Siegen standen 13 Niederlagen gegenüber.

Man kann ein Jahr nach den Olympischen Spielen eine Europameisterschaft im anderen Teil Deutschlands schwerlich mit nur einem Ringer beschicken. Doch allein Bernd Scherer, der zweitälteste der drei Scherer-Brüder, hat es verdient, in Leipzig dabei zu sein. Für den 22 Jahre alten Olympiazweiten Markus Scherer könnte Leipzig schon das Ende der internationalen Karriere bedeuten: Für die 52-kg-Klasse zu klein, für die 48-kg-Klasse zu schwer. Wer gegen einen Norweger 3:8 verliert, ist am Ende.

Bundestrainer Ostermann über die Situationen: „Ich habe nur fünf Ringer mitnehmen wollen. Leipzig zeigt, wo wir stehen." Und Ostermann beim Wort genommen, heißt dies, hinter Norwegen zu stehen. Mannschaftsarzt Erich Spannbauer: „Die Kameraden sind wirklich nicht besser, warum sollen wir drum herum reden?" Nicht besser also als die Norweger. Die Stiftung Deutsche Sporthilfe könnte, wäre sie kritisch gefordert, his auf Bernd Scherer und den tapfer kämpfenden Klaus Müller alle Ostermann-Touristen aus ihrer Förderungsliste streichen.

Als die acht Freistilringer ankamen und in der Halle das Ausmaß der sportlichen Katastrophe ihrer Kollegen im klassischen Stil erfuhren, stahlen sie sich mit einem Schulterzucken aus der Diskussion. Uod das ist es, woran die Ringer der Bundesrepublik kranken, an Fatalismus, an Gleichgültigkeit und an Eigenliebe. Die Weltmeister im Verein, in dem sie Könige sind, erweisen sich draußen bestenfalls als Kreismeister. Weltniveau? Nein danke, Fallobst. K.A.S.

NACHRICHTEN

Hartinger gewählt

Mexico City (dpa) – Andreas Hartinger, Präsident des Deutschen Schützenbundes, ist in Mexico City in das höchste Gremium des internationalen Schützenverbandes, das Exekutivkomitee, gewählt worden.

Aus für Grasshoppers

Zürich (sid) – Der Schweizer Fußball-Meister Grasshoppers Zürich ist im Viertelfinale des Schweizer Pokals ausgeschieden. Das vom deutschen Trainer Timo Konietzka betreute Team unterlag Lausanne Sports mit 4:5 nach Elfmeterschießen.

Sudes Kritik

Gießen (sid) – Der Gießener Burkhard Sude hat sein Amt des Kapitäns der deutschen Volleyball-Nationalmannschaft niedergelegt. Er könne keineo Fortschritt im National-Team erkennen und sei nicht von allem überzeugt, was Herren-Bundestrainer Jasukiewicz mache, meinte der Rekord-Nationalspieler, der von seinem Gastspiel in der italienischen Profi-Liga nach Gießen zurückgekehrt ist.

Becker weiter

Atlanta (dpa) – Der Leimener Tennis-Profi Boris Becker hat mit seinem amerikanischen Doppel-Partner David Pate die zweite Runde des mit 375 000 Dollar dotierten Turniers von Atlanta erreicht. Beide setzten sich mit 6:3, 7:6 gegen Alexander/Warwick (USA/Australien) durch.

Großverdiener Lewis

Los Angeles (dpa) – Der Amerikaner Carl Lewis, vierfacher Olympiasieger von Los Angeles, war 1984 mit insgesamt 783 000 Dollar Einnahmen an Startgeldern, Prämien und Gagen der bestverdienende Leichathlet der Welt. Dies geht aus der Einkommensrangliste des US-Magazins „Runner's World" hervor. Bestbezahlte Athletin war Lewis' Landsmännin Mary Dekker mit insgesamt 355 000 Dollar.

Schüler-Auswahl 1:0

Andernach (sid) – Die Schüler-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes gewann in Andernach ihr erstes Spiel gegen Italien mit 1:0. Vor 10 000 Zuschauern erzielte Andreas Nickel vom VfB Stuttgart den einzigen Treffer.

ZAHLEN

FUSSBALL

2. Liga, 31. Spieltag: Homburg – Köln 3:0, Kassel – Duisburg 2:0, Ulm – Saarbrücken 0:0, Solingen – Stuttgart 1:1, Darmstadt – Freiburg 0:0, Wattenscheid – Offenbach 1:1, Aachen – Blau-Weiß Berlin 1:3, Hannover – Bürstadt 3:0, Oberhausen – St. Pauli 1:0, Hertha BSC – Nürnberg ausgefallen.

DIE TABELLE

1.Kassel	31	19	6	6	65:39	44:18
2.Hannover	31	15	11	5	62:47	41:21
3.Saarbrücken	29	17	5	7	57:32	39:19
4.Nürnberg	28	16	4	8	47:35	36:20
5.Aachen	31	13	10	8	51:40	36:26
6.Wattenscheid	31	13	7	11	52:53	33:29
7.Hertha BSC	29	10	10	9	43:43	30:28
8.Solingen	30	13	4	13	49:59	30:30
9.BW Berlin	31	11	8	12	54:48	30:32
10.Darmstadt	30	10	9	11	41:45	29:31
11.Duisburg	31	10	9	12	48:49	29:33
12.Freiburg	31	9	10	12	33:39	28:34
13.Köln	31	11	6	14	42:55	28:34
14.Oberhausen	30	10	7	13	52:55	27:33
15.Homburg	31	11	5	15	45:47	27:35
16.Stuttgart	31	10	7	14	39:43	27:35
17.Offenbach	31	9	9	13	36:46	27:35
18.St. Pauli	31	9	7	15	43:53	25:37
19.Bürstadt	31	11	2	18	42:49	24:38
20.Ulm	31	5	10	16	37:81	20:42

Englische Meisterschaft, Nachholspiele: Ipswich – Leicester 2:0, Sheffield – Queens Park 3:1.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, Nachholspiel: Düsseldorf – Bergkamen 21:21.

Windelen erteilt Neutralisierung klare Absage

WERNER KAHL, Bonn

Die Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit des Teils der deutschen Nation, der vor dem Zugriff der Sowjets bewahrt wurde, ist heute als Priorität in der Deutschlandpolitik nicht weniger angemessen als zu Zeiten Konrad Adenauers. Das betonte der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), anläßlich des bevorstehenden 30. Jahrestages des Inkrafttretens des Deutschlandvertrages vom 5. Mai 1955, der der Bundesrepublik Deutschland die Souveränität gab.

„Die Einheit ohne Freiheit hätten wir längst haben können", sagte Windelen. Der Vorrang der Freiheit und Selbstbestimmung bedeute jedoch keinen Verzicht auf die deutsche Einheit, sondern sei ihre Voraussetzung, erklärte der Minister auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Deutschen Sektion der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung und der Schlesischen Jugend in Bonn. Eine Wiederherstellung der staatlichen Einheit und eine Überwindung der Teilung sei nur im europäischen Rahmen möglich.

Windelen wandte sich gegen die Auffassung, ein „deutscher Sonderweg", der mit der Notwendigkeit einer „deutschen Selbstbehauptung" begründet werde, sei möglich. Ein neutrales Deutschland wäre für die Sowjetunion eine „unwiderstehliche machtpolitische Verlockung", sagte der Minister. „Unsere Westorientierung war eine Entscheidung für die Werte der westlichen Staatengemeinschaft, also für Demokratie, personale Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung".

Die Teilung Europas zwischen „Demokratie und Totalitarismus" und damit die Teilung Deutschlands könne jedoch nicht durch einen „machtpolitischen Kraftakt überwunden werden, sondern nur dadurch, daß die Idee der Freiheit sich gegen die Realität der Unfreiheit durchsetzt". Die Bundesregierung werde nicht müde werden, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Windelen fügte hinzu: „Damit machen wir zugleich die Völker Osteuropas, aber *nicht* deren Regierungen, zu unseren Verbündeten."

Die USA reagieren härter auf Moskaus Aggressivität

Entschuldigung für die Erschießung von Nicholson gefordert

FRITZ WIRTH, Washington

Die Kontroverse zwischen Moskau und Washington über die Erschießung des amerikanischen Offiziers Arthur Nicholson durch einen sowjetischen Soldaten in der „DDR" hat sich in den letzten Tagen zugespitzt. „Die fortgesetzte Weigerung der Sowjets, diese Angelegenheit in einer verantwortungsvollen Weise zu behandeln, kann ungünstige Auswirkungen auf die künftigen Beziehungen beider Länder haben", warnte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses.

Speakes weigerte sich, die Frage zu beantworten, ob die von ihm geschilderte Abkühlung im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis auch das bisher für wahrscheinlich gehaltene Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow im Herbst während der UN-Vollversammlung gefährden könnte.

Der Präsident habe sich dieser Frage noch nicht gewidmet, da er offiziell über die Reisepläne Gorbatschows noch nicht unterrichtet worden sei, erklärte Speakes in einem Ton, der deutlich das Befremden des Weißen Hauses *erkennen* ließ, daß Gorbatschow seinen beabsichtigten Besuch der USA über die „Prawda" hatte ankündigen lassen.

Insgesamt hat man in der Reagan-Administration in den vergangenen Tagen einen deutlich aggressiveren Ton des Kreml in verschiedenen politischen Bereichen registriert. Dazu gehört auch die scharfe Kritik Gorbatschows an dem Verhalten der amerikanischen Delegation bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, der er vorwarf, sich nicht an die zuvor abgestimmten Vereinbarungen, besonders hinsichtlich der Diskussion über die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI), gehalten zu haben.

„Zum Kennenlernen"

Kenneth Adelman, der Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde, wies die Anschuldigungen als Versuch der Sowjets zurück, diese Schlacht „in den Straßen und nicht in den Verhandlungsräumen in Genf zu gewinnen".

„Im Weißen Haus beharrt man darauf, daß der Präsident nach wie vor an einer Begegnung mit Gorba*tschow interessiert sei. Man geht je*doch auf amerikanischer Seite davon aus, *daß es sich dabei eher um ein* Treffen „zum Kennenlernen" und nicht um einen „Gipfel" handeln wird, bei dem handfeste politische Resultate zu erwarten seien.

Ungeachtet dieser amerikanischen Gesprächsbereitschaft ist innerhalb der Administration deutlicher Verdruß und Zorn über das sowjetische Verhalten in der Nicholson-Affäre spürbar. Man hatte geglaubt, nach einem Treffen der beiden Oberkommandierenden, General Otis und General Saizew, in Potsdam von sowjetischer *Seite die Zusage erhalten zu* haben, daß die Sowjets künftig gegenüber amerikanischem Militärpersonal weder Schußwaffen noch andere Formen der Gewalt anwenden würden.

„Tatsachen verdreht"

Die sowjetische Botschaft in Washington stellte die amerikanische Darstellung dieser Übereinkunft jedoch plötzlich in Frage und ließ wissen, daß man sich weiterhin „alle legitimen Schritte" gegen amerikanische „Eindringlinge" vorbehalte.

Das Weiße Haus nannte diese Erklärung eine „Verdrehung der Tatsachen", die man nicht akzeptieren könne. Verteidigungsminister Weinberger sprach sogar unverhohlen von einer Lüge. „Ihr General hat unserem General bei ihrem Treffen in Potsdam eine Zusicherung gegeben, die Sie plötzlich nicht mehr wahrhaben wollen", sagte Weinberger.

Weinberger hatte seit dem Beginn dieser Affäre eine härtere Reaktion gegenüber den Sowjets gefordert, als sie vom State Department gewählt wurde, und sieht sich darin nun bestätigt. *Das Weiße Haus* hat sich in den letzten Tagen deutlich dem härteren Kurs Weinbergers angenähert und zum ersten Mal, ebenso wie es Weinberger schon vor 14 Tagen getan hatte, gefordert, daß die Sowjets sich öffentlich für die Erschießung Major Nicholsons entschuldigen und außerdem an die Witwe Nicholsons eine Kompensation zahlen.

Die sowjetische Botschaft in Washington beschränkte sich gestern darauf, den Vorfall als „bedauerlich" zu bezeichnen, wies jedoch irgendwelche finanziellen Verpflichtungen an die Hinterbliebenen kategorisch zurück.

Bundeswehr: „Erziehung durch Vorbild"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das Weißbuch über die Bundeswehr und ihre künftige Entwicklung, das im Juni veröffentlicht werden soll, ist vom Bundeskabinett gestern gebilligt worden. Es wird einen umfassenden Einblick in die Probleme der Streitkräfte und die von der Bundesregierung angestrebten Verbesserungen geben. Ein Schwerpunkt dabei soll die Ausbildung und Erziehung der Soldaten sein. Deutlicher als in früheren Weißbüchern wird verlangt, daß die Soldaten in der Lage sein müssen, ihre Waffen und Ausrüstung „unter den Bedingungen des Einsatzes" zu beherrschen.

Das Weißbuch spricht von den „besonderen Bedingungen soldatischer Existenz" und von den Anforderungen an soldatisches Wissen und Können zur Erfüllung des „militärischen Auftrages im Frieden und im Krieg". Pflichterfüllung verlange Selbstüberwindung, Disziplin und Gehorsam – im Gefecht bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens", heißt es in der vom Kabinett verabschiedeten Fassung des Weißbuchs. Für die Erziehung der Soldaten betont es die besondere Rolle der Vorgesetzten: „Erziehung durch Vorbild, insbesondere durch Vorleben und das Ertragen gleicher Belastungen, ist glaubwürdig, wirkt unmittelbar und überzeugt mehr als Worte."

Darüber hinaus wird Offizieren und Unteroffizieren auferlegt, durch ihr Auftreten und Handeln „Geist, Leistungsfähigkeit und Erscheinungsbild der Truppe" zu bestimmen. Sie seien dazu zu erziehen, gesetzte Maßstäbe einzuhalten, in der Ausbildung die „gebotene Härte" anzuwenden, Gerechtigkeit und Verständnis sowie Einfühlungsvermögen in die persönliche Lage der einzelnen Soldaten walten zu lassen. Große Bedeutung mißt das Weißbuch für die Erreichung einer kampfkräftigen Truppe dem erzieherischen Einfluß des „positiven Erlebens der Gemeinschaft" bei. „Kameradschaftliche Zusammenhalt prägt die Atmosphäre in der Truppe, erleichtert die gefühlsmäßige Einbindung der einzelnen Soldaten und liefert entscheidende Motive für Standhaftigkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl auch unter extremen Belastungen." Das Weißbuch soll im Juni gleichzeitig auch in Englisch und Französisch erscheinen.

Wunsch Bonns: Betriebe sollten bei SDI abwarten

Kontrakte vor Rahmenregelung gefährdeten Technologie-Transfer

Co./HH./kie. Bonn

In der Bundesregierung und in der französischen Regierung ist man besorgt darüber, daß einzelne Firmen Kontrakte über eine Beteiligung an der amerikanischen SDI-Forschung abschließen könnten, ohne daß die Regierungen zuvor einen politischen Rahmen dafür vereinbart haben. Auf diese Weise könnte die in Bonn und Paris erhobene Forderung nach einem vollen Technologie-Transfer gegenstandslos werden.

Gegen solche Kontrakte könnte weder die französische Regierung noch die Bundesregierung – die beide eine gemeinsame europäische Position als Basis für eine Beteiligung an dem SDI-Weltraumforschungsprogramm anstreben – viel unternehmen. Deshalb bleiben nach Bonner Ansicht zur Sicherung eines politischen Rahmens für die SDI-Beteiligung nur zwei Möglichkeiten:

1. Auf die Firmen einzuwirken und sie zur Zurückhaltung bis zu einer politischen Regelung aufzufordern;
2. An die US-Regierung zu appellieren, vor einer Vereinbarung über einen politischen Rahmen nicht an einzelne deutsche Betriebe *heranzutreten*.

Die Haltung der deutschen Industrie zur Frage einer möglichen Kooperation am amerikanischen SDI-Projekt läßt sich auf diesen Grundnenner bringen: Abwartend, aber nicht abgeneigt.

Noch keine Angebote

Allerdings liegen, wie Umfragen der WELT bei den Firmen Zeiss, Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Dornier, Siemens und AEG ergaben, bisher noch keine konkreten Angebote seitens der Amerikaner auf dem Tisch. Bei Dornier weist man auf eine Erklärung des Fachausschusses Raumfahrt beim „Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie" (BDLI) von voriger Woche hin, in der es heißt:

„Der Fachausschuß Raumfahrt glaubt, daß deutsche Firmen zu dem Forschungsvorhaben SDI wesentliche Beiträge leisten können, die sowohl dem Forschungsziel als auch der allgemeinen technologischen Entwicklung dienen werden." In der Erklärung wird gefolgert, „daß diese Leistungen die von deutscher Seite erhobene Forderung nach partnerschaftlichem Technologie-Transfer unterstützen und rechtfertigen."

Befragt, ob unter „partnerschaftlich" eine kommerziell faire Vertragsbasis oder eine politisch umrahmte und abgesicherte „Zweibahnstraße" des Technolgie-Transfers gemeint sei, äußern die einzelnen Firmen sich unterschiedlich. „Wenn die Konditionen stimmen, würden wir einen Geschäftsauftrag von den Amerikanern natürlich annehmen", verlautet aus den Häusern Zeiss und AEG. Auf politische Rahmenabsprachen müsse man nicht warten.

Nicht von SDI abhängig

AEG ist führend bei der Energieerzeugung, -verteilung und -versorgung, Zeiss stark in der Hochleistungsoptik (Sensoren) und der Röntgenforschung. „Alles, was einen mehr ins Geschäft bringt, kann helfen", heißt es intern bei Zeiss. Doch gilt bei dieser und bei anderen Firmen bisher die Devise: „Unser Produkt- und Forschungsprogramm hängt nicht von SDI-Aufträgen ab."

Bei Dornier und MBB neigt man eher zu der Annahme, daß ein regierungsamtlicher Rahmen besser gegen amerikanische Geschäftspraktiken schütze, die beide Firmen häufig von ihrer unangenehmen Seite erfahren haben. So untersagte der US-Partner, nachdem MBB eine Hochfeinkamera für das Landsat-Programm entwikkkelt hatte, später die kommerzielle Nutzung dieser Kamera. Bei Dornier erinnert man sich ungern an den Fall VFW-614, ein Flugzeug-Geschäft, das die US-Coast Guard, entgegen den Abmachungen, schließlich einfach fallenließ. „Ohne Regierungszusammenwirkung läuft da überhaupt nichts."

„Der deutsche Hunger nach einem Technologieschub aus dem All wird überzogen dargestellt", meint Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts. Zu einer größeren Kooperation mit den USA werde es nur kommen, wenn die Bundesregierung dies wolle und eine europäische Zusammenarbeit stattfinde. Für Beckurts kommen die derzeit öffentlich angestellten Überlegungen „außerordentlich früh". Auch ohne SDI sieht das für Forschung zuständige Vorstandsmitglied keinen Mangel an technischen Herausforderungen in der Bundesrepublik.

Auswärtiger Ausschuß für SDI-Beteiligung

Co. Bonn

Der Auswärtige Bundestagsausschuß hat eine deutsche Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI) als „grundsätzlich wünschenswert" bezeichnet. In einem mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Opposition verabschiedeten Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, wie die wünschenswerte Teilnahme „im Zusammenwirken mit anderen Mitgliedstaaten der Allianz sowohl aus bündnispolitischen wie auch aus wirtschaftlich-technologischen Gründen zu fairen und dem gegenseitigen Nutzen dienenden Bedingungen sichergestellt werden kann".

Zur Weltraumverteidigungsstrategie heißt es, in den Genfer Verhandlungen müsse nachdrücklich geprüft werden, ob ein strategisches Defensivsystem zur Stärkung der Stabilität beitragen könne. An eine mögliche Realisierung eines solchen Systems solle „zur Vermeidung von Instabilitäten" kooperativ herangegangen werden.

Zwei Erklärungen zum Gipfel-Abschluß

Co. Bonn

Der Bonner Weltwirtschaftsgipfel wird am 4. Mai mit der Bekanntgabe einer politischen und einer wirtschaftspolitischen Erklärung durch Bundeskanzler Helmut Kohl zu Ende gehen. Die politische Erklärung wird sich nach Angaben von Regierungssprecher Boenisch auch mit dem 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges befassen. Dabei soll der Gedanke der Versöhnung und der gemeinsamen Bewältigung der Zukunft im Vordergrund stehen. Die ökonomische Erklärung wird sich in getrennten Aussagen mit den positiven und negativen Punkten der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, in Japan und Europa beschäftigen. Im Rahmen dieser Erklärung sollen auch die Probleme der Entwicklungsländer, speziell Afrikas, und der Umweltschutz zur Sprache kommen.

Zur Sünde verlockt

J. G. – Hat ein Produkt in seinen Herstellungskosten mehr als die Hälfte Personalaufwand, dann ist es für „Beschäftigungspolitiker" allemal besonders attraktiv. Wie manche Regierung da auf Europas „Gemeinsamen Markt" zur Subventionssünde verlockt wird, des beklagte nun ein großer deutscher Sanitärkeramik-Produzent (Keramag in Ratingen) mit zwei drastischen Beispielen.

Da wechselte ein Orangensafthersteller auf Sizilien mit öffentlichen Investitionsgeldern in die Produktion von WC- und Waschbecken, obwohl Italiens Kapazität bei diesen Produkten schon doppelt so groß wie der Landesbebedarf ist und auch in Europa dieser Markt schrumpft. Da füllt Belgiens Regierung einem haushohe Verluste produzierenden Landeskind Jahr um Jahr unverdrossen die Kasse, weil man im ohnehin strukturschwachen Wallonien diese eintausend Arbeitspllätze retten will.

Das sind nur zwei der längst allzuvielen Beispiele, wie das EG-Subventionsverbot mißachtet und der faire Leistungswettbewerb zum Nachteil tüchtiger Unternehmer wie Arbeitnehmer untergraben wird. Beispiele allerdings auch dafür, daß die Benachteiligten oft allzulange die öffentliche Bloßstellung der Sünder scheuen. Vor solchem Anflug von Resignation ist eindringlich zu warnen. Wer schweigt, über den wird bei Bedarf am ehesten hinweggetrampelt. Und fehlt der öffentliche Pranger, ist die Verlockung zur Subventionssünde nur um so größer.

Bekleidung

Py. – Daß der Export für die deutsche Bekleidungsindustrie eine lebenswichtige Stütze für deren Überleben ist, ist inzwischen bekannt. Gegenüber dem ausländischen Wettbewerb hat sie sich, was Qualität, Liefertreue und zunehmend auch Mode angeht, nicht nur wacker geschlagen, die Damen- und Herrenoberbekleidung und die Maschenindustrie haben sich weltweit durchgesetzt. Doch im Export kann man nicht stark genug sein, und es gilt, die Bundesförderung auf Messen, bescheiden genug, möglichst erfolgversprechend einzusetzen. Diesem Zweck gilt der neu gegründete „Exportausschuß für deutsche Mode". So weit, so gut. Doch daß zwei weitere neue Organisationen für die Durchführung aller geplanten Maßnahmen nötig sind, und zwei weitere bestehende die Schirmherrschaft über alles haben, erscheint ebenso halbherzig wie umständlich. Entsprechend lustlos waren die Statements zu diesem Thema. Frust bereitet die Maschenindustrie, deren Mitglieder nicht gemeinsam als Verband mitziehen wollten, denn kosten darf es ja nichts. Kein verheißungsvoller Start also. Na, denn fördert mal schön …

WELTHANDEL / Bangemann: Protektionismus, wenn möglich, eindämmen

Auf dem Gipfel in Bonn soll kein Maßnahmenpaket geschnürt werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Eine Terminierung der nächsten Liberalisierungsrunde für den Welthandel im kommenden Jahr erwartet Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vom Weltwirtschaftsgipfel in Bonn am 3. und 4. Mai. Er stützt seinen Optimismus darauf, daß die Bereitschaft dazu auch unter den Entwicklungsländern gewachsen sei. Eine Verpflichtung der Bundesregierung zu expansiven staatlichen Maßnahmen wie auf dem letzten Bonner Gipfel 1978 werde es nicht geben.

„Der Bonner Gipfel soll das Vertrauen in unsere Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft verstärken", erklärte Bangemann. Er solle Einsichten fördern, vernünftige Strategien bekräftigen und neue Gedanken entwickeln helfen. „Der Gipfel wird kein Maßnahmen-Paket schnüren, aber längerfristige Orientierungen zu geben versuchen."

Die parlamentarische Opposition werde in der heutigen Bundestagsdebatte zum Gipfel „klare und verbindliche Vereinbarungen" verlangen. Sie möchte die Gipfel-Meßlatte möglichst hoch hängen. Die Regierung werde sich darauf nicht einlassen.

Für Bangemann stehen zwei Themen im Zentrum der Gipfel-Diskussion: 1. die Sicherung und Verstärkung des Wirtschaftswachstums ohne Inflation durch schrittweisen Abbau von wachstumshemmenden Faktoren und durch Förderung der wirtschaftlichen Dynamik; 2. die Stärkung des Welthandelssystems durch Vermeidung weiterer protektionistischer Maßnahmen, durch neue Liberalisierungsschritte und Einleitung einer Verhandlungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt. Die westlichen Industriestaaten, und nicht nur die Gipfel-Teilnehmer USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik, befänden sich gegenwärtig in einer wesentlich besseren Ausgangslage als seit langem. Die Inflation sei auf den niedrigsten Stand seit 1972 gesunken. Die durchschnittliche Wachstumsrate der OECD-Länder habe 1984 bei nahezu fünf Prozent gelegen. Allerdings bestehe das Problem der hohen Arbeitslosigkeit vor allem in Europa fort.

Von den USA werde erwartet, daß sie sich zum Abbau des Haushaltsdefizits bekennen werden. Daran knüpfe sich die Erwartung sinkender Zinsen und einer Normalisierung des Dollar-Kursniveaus. Japan müsse sein weiteres Wachstum mit einer entschlossenen Marktöffnungspolitik verbinden. Erfreulicherweise wachse in Europa die Bereitschaft zur positiven Anpassung an Veränderungen, zum Abbau von Starrheit am Arbeitsmarkt und in einzelnen Wirtschaftsbereichen. Das jüngst beschlossene Beschäftigungsförderungsgesetz sei eine solche Maßnahme, weitere müßten folgen, zum Beispiel bei der Unternehmensbesteuerung.

Über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik bestünden zwischen den Gipfel-Staaten weitgehend Übereinstimmung. Gedrängt werden dürften vor allem die Japaner, auf der Importseite mehr zu tun.

„Der Welthandel ist 1984 zwar wieder kräftig gestiegen; dennoch ist er heute mehr denn je vom Protektionismus bedroht", betonte Bangemann. Die EG konnte sich im März zu einer Zustimmung für eine neue Gatt-Runde durchringen, die jedoch an eine Reihe von „Erwartungen", die keine Vorbedingungen sind, geknüpft ist. Dazu zähle, daß die internationalen Währungsfragen in den zuständigen Gremien weiter behandelt werden. Der OECD-Ministerrat habe Mitte April einen politischen Konsens für eine neue Gatt-Runde „so bald wie möglich" erzielen können. Bangemann geht davon aus, daß der Gipfel sich auf einen konkreten Termin verständigen könne.

Wichtiger als diese Fixierung sei, daß ein Vorbereitungstreffen von hohen Beamten noch für den Sommer 1985 vereinbart wurde. Im Gatt müßten jetzt die Industrieländer auf einen möglichst breiten Konsens mit den Entwicklungsländern hinwirken. „Wer den Handel mit Gütern und Dienstleistungen liberalisiert, fördert das Wirtschaftswachstum und schafft neue Arbeitsplätze", erklärte Bangemann.

HANNOVER–MESSE

Rekordergebnisse zum Abschluß

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die gestern nach achttägiger Dauer zu Ende gegangene Hannover-Messe hat die in jeder Hinsicht optimistischen Erwartungen noch übertroffen. Übereinstimmend bezeichneten Sprecher der Messe-AG und der ausstellenden Wirtschaft auf der abschließenden Pressekonferenz die Atmosphäre als durchweg positiv. Alle Fachmessen seien geprägt gewesen von der wachsenden Investitionsbereitschaft. Die größte Industriemesse der Welt habe sich erneut als ein Marketing-Instrument erwiesen, von dem auf die „wirtschaftliche Gesamtwetterlage" starke Impulse ausgingen.

Das Interesse der über 850 000 Besucher aus 120 Ländern – auch dies ein Rekord – konzentrierte sich vornehmlich auf Produkte mit hohem technischen Niveau. Zu Abschlüssen in bislang nicht gekannter Größenordnung kam es nicht nur in den Cebit-Hallen, sondern auch im Maschinenbau, in den Bereichen der Elektrotechnik und Elektronik, im Anlagenbau und in der Kunststoffverarbeitung. Das eigentliche Geschäft indes dürfte in den kommenden Wochen und Monaten einsetzen.

Die während der Messe verstärkt geführte Diskussion über das neue Konzept der Hannover-Messe ist nach Ansicht der Verantwortlichen vor allem Ausdruck firmenspezifischer Probleme, die es in der nächsten Zeit auszuräumen gilt. Über die Zuordnung einzelner Produktgruppen zur künftigen Cebit-Messe und zur Industriemesse werde noch zu sprechen sein.

KONJUNKTUR

Ifo: Industrie wird skeptischer

DANKWARD SEITZ, München

Skeptischer als noch im Vormonat beurteilte die deutsche Industrie im März die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden sechs Monaten. Möglicherweise hat dazu beigetragen, wie es im jüngsten Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung heißt, daß die Exportchancen nicht mehr ganz so günstig wie zuvor eingeschätzt wurden. Wenn auch die aktuelle Geschäftslage als befriedigend bezeichnet wurde, schwächte sich zudem die Nachfrage doch etwas ab. Die Produktionstätigkeit verharrte auf Vorjahresniveau und dürfte auch in nächster Zeit stagnieren.

Insbesondere bei den Investitionsgüter-Herstellern sind die Erwartungen nicht mehr so optimistisch wie bisher. Sie rechnen kaum damit, so das Ifo, daß die Auslandsnachfrage in den nächsten Monaten sich im derzeitigen Tempo fortsetzen wird. Und dies, obwohl die Auftragsreserven angesichts erneut rascher konjunktureller Fortschritte im März abermals günstiger bewertet wurden.

Deutlich veschlechtert hat sich hingegen das Geschäftsklima im Großhandel, nachdem der Vorjahresumsatz erneut nicht erreicht werden konnte. Entsprechend skeptisch ist man hier für die kommende Zeit gestimmt. Ebenso berichtete der Einzelhandel von einer anhaltend ungünstigen Geschäftslage nach der kräftigen Verschlechterung im Februar. Dabei erzielten allerdings die Warenhäuser und der Versandhandel wesentlich höhere Umsätze als zur Vorjahreszeit.

Mehr als Kunst

Von DANKWARD SEITZ

Design, in der Mode- und Autobrancbe das A und O, wird in weiten Kreisen der Industrie und vor allem im Mittelstand vielfach noch immer als teure und lästige Verschönerungsaufgabe am fertigen Produkt verstanden. So selbstverständlich technische Leistung auf hohem Standard heute geworden ist, sieht man in zahlreichen Unternehmen den einzigen Sinn des Industrie-Designs noch darin, Produkte funktional zu gestalten, aber nicht in einer konsequent durchzuführenden unternehmerischen Aufgabe.

Obwohl längst zu einem wichtigen Faktor in unserer Wettbewerbswirtschaft geworden, wird die gute Formgebung als Kunst bewertet, die möglichst nichts kosten darf. Dabei ist Design ein spezifisches Merkmal der industriellen Zukunftsvorsorge und ebenso eine Investition in den Markt von morgen wie der Kauf einer Maschine. Denn gutes Design schafft ansprechende, zeitgemäße und richtungweisende Produkte. Innerhalb einer Produktpalette trägt es zum Erscheinungsbild des Unternehmens bei, macht Leistung und Qualität sicbtbar und stärkt das Vertrauen in eine Marke. Natürlich kann man Design besser und schlechter machen.

Freilich mit solchen Thesen mögen sich viele, an nüchterne Zahlen und Technik gewöhnte Manager nicht gern auseinandersetzen. Design hat sich selbst in Großunternehmen den Werbefachleuten unterzuordnen. Anfallende Kosten werden aus dem Werbeetat als Quantité négligeable finanziert. Ein Anteil von fünf Prozent stellt schon eine außergewöhnliche Größenordnung dar. Entsprechend schlecht werden von den Arbeitsämtern die Berufschancen für Designer in der Industrie bewertet.

Dabei wird die Wettbewerbswirtschaft, wie ohne Werbung, zunehmend auch nicht mehr ohne Design bestehen können. Die Elektronik bringt es mit sich, daß es kaum noch Inhalte gibt, die Ausdruck verleihen. Weitgehend muß Luft verpackt werden. Nur aus ergonomischen Gründen erfordern Geräte noch eine bestimmte Höhe und Breite. Für Gestaltung und Form gibt es keine Vorgaben mehr. Der Designer muß mit seinen Mitteln den funktionellen Inhalt klar machen. Er wird zum Mittler zwischen Technik und Verbraucher.

Und je ähnlicher die Inhalte eines Produkts werden – wie in der Mode, der Autoindustrie und der Unterhaltungselektronik –, um so wichtiger wird die wirtschaftliche Notwendigkeit eines ansprechenden Designs. Das Produkt ist dann ausschließlich nur noch über das Design zu verkaufen. Wer den Zeitgeschmack dann nicht trifft, hat es schwer. Da mögen sich die Leute in der Fabrik noch so mühen, es droht der Verlust von Arbeitsplätzen. Die Wirtschaft muß eben nicht nur produzieren, sondern auch verkaufen.

Design setzt in einer Wettbewerbswirtschaft die freie Entscheidung der Käufer voraus. Die haben aber nicht immer Lust, nach möglichst rationalen Maßstäben zu handeln. Im Kauf einer Ware soll nicht nur ein Zwecknutzen, sondern auch irgendein Zusatznutzen erreicht werden. Das Gefühl spricht mit. Der Wunsch nach Schönheit bestimmt nun einmal eine Kaufentscheidung. Das Design suggeriert dabei nicht, es motiviert, hilft beim Auswählen.

Die Konkurrenz geht nicht mehr ausschließlich von den Preisen aus. Der Qualitätswettbewerb dominiert. Aber Qualität ist in den Augen des gesättigten Verbrauchers keine absolute Größe mehr. Er achtet zunehmend auf das Design. Er soll die Wünsche, Träume und Sehnsüchte, die Wertvorstellungen und Ideale unserer Zeit, kurzum: Lebensgefühl zum Ausdruck bringen, ihm Gestalt verleihen und einen Beitrag zur Überwindung der Anonymität leisten.

Design wird zu einem immer festeren Bestandteil von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt nicht nur für Konsum-, sondern auch für Investitionsgüter. Neue Technologien haben uns eine Umwelt geschaffen, in der es wichtig ist, diese materiellen Wunder menschengerecht zu gestalten. Mit Produkten, die den ästhetischen Vorstellungen der Menschen entgegenkommen. Je mehr Hoch-Technologie, desto größter wird das Bedürfnis des einzelnen nach persönlicher, menschlicher und gestalteter Umwelt. Auch die Akzeptanz neuer Techniken würde wesentlich erleichtert und beschleunigt. Die Wirtschaft sollte, ja sie darf nicht länger dem Neuen mißtrauisch gegenüberstehen und muß ihre Hemmschwelle endlich überwinden.

AUF EIN WORT



„Auch noch so hochverdiente Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitiker sind keine geborenen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder von staatlichen oder staatlich kontrollierten Unternehmen."

Angelika Pohlenz, Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD), Bonn FOTO: DIE WELT

BDI: Probleme liegen „innen"

dpa/VWD, Köln

Der derzeitige Exportboom der deutschen Wirtschaft ist nicht nur wechselkursbedingt, sondern wäre ohne die Qualität und den technischen Standard deutscher Erzeugnisse nicht denkbar. Diese Auffassung vertritt der Bundesverband der deutschen Industrie in seinem Konjunkturbericht. Die wirklichen Probleme lägen derzeit „innen", denn die Konjunktur bewege sich „auf einem Pfad, auf dem mit teureren Importen seit dem 1. April höhere Arbeitskosten zusammentreffen". Der Spielraum für Erträge, Eigenfinanzierung und inneres Wachstum der Unternehmen werde enger.

EUROPA–USA

Delors gegen frühes Datum für neue Handelsrunde

H.-A. SIEBERT, Washington

Bei seiner Antrittsvisite im Weißen Haus hat der neue Präsident der EG, der Franzose Jacques Delors, an Präsident Reagan appelliert, auf dem Wirtschaftsgipfel in Bonn auf die Festlegung eines Datums für den Beginn der von den USA und Japan geforderten neuen Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zu verzichten. Ohne die Entwicklungsländer und eine von allen Teilnehmern gebilligte Tagesordnung würden die Gespräche rasch zusammenbrechen, betonte er.

Wie Delors weiter ausführte, sei eine Gatt-Runde, die den Welthandel von weiteren Fesseln befreie, generell zu begrüßen. Vorher müßte jedocb über die Stabilisierung der Wechselkurse diskutiert werden, ohne die der Güteraustausch auch in Zukunft stark verzerrt werde. Delors machte sich damit den Standpunkt der Pariser Regierung zu eigen, wonach über die Ausweitung der Gatt-Regeln und die westliche Währungsordnung parallel verhandelt werden muß. Der EG-Präsident, der auch mit US-Außenminister Sbultz zusammentraf, warnte die Administration vor amerikanischen Importsteuern, die eine Gatt-Runde sofort torpedieren würden.

Im Nationalen Presseklub in Washington erläuterte Delors seine monetären Reformvorstellungen dahingehend, daß auch er die Rückkehr zu festen Wechselkursen oder Zielzonen ablehnt. Erforderlich sei jedoch ein besseres Management, wie beispielsweise durch Interventionen an den Devisenmärkten, Liquiditätssteuerung und Überwachung durcb den Währungsfonds.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Neuer Budgetentwurf steht – Agrarpreise noch umstritten

dpa, Luxemburg

Nach 16stündigen Beratungen hat sich der EG-Ministerrat gestern morgen auf einen neuen Entwurf für den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr geeinigt. Der Budgetentwurf, der nun dem Europaparlament zugeleitet werden muß, sieht ein Gesamtvolumen von 28,18 Mrd. Ecu (63,13 Mrd. DM) vor. Dabei bleibt ein Defizit von 1,98 Mrd. Ecu ungedeckt, das durch Zahlungen aus den nationalen Kassen der zehn EG-Länder ausgeglichen werden muß. Für die Bundesrepublik beträgt diese Zusatzzahlung umgerechnet 2,55 Mrd. DM.

Die Lücke in dem neuen Budgetentwurf ist gegenüber der im Vorschlag der EG-Kommission – der im letzten Dezember abgelehnt worden war – erheblich geschrumpft. Damit wurde vor allem einer Forderung Großbritanniens entsprochen, wonach das Defizit höchstens 2 Mrd. Ecu betragen durfte.

Es gilt aber als sicher, daß die Gemeinschaft tatsächlich in diesem Jahr mehr als die jetzt beschlossene Summe von 28,18 Mrd. Ecu ausgeben wird. Im Budgetentwurf sind die noch ungewissen Auswirkungen der laufenden Agrarpreiserhöhungen nicht enthalten, die möglicherweise zu einem erheblichen Mehrbedarf führen werden.

Wann die Höhe dieses Postens genauer angegeben werden kann, ist noch unklar. Denn auch die dritte Agrarpreisrunde scheiterte am Dienstag abend, nachdem keine Einigung über die neuen EG-Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86 erzielt wurde. Bonn stimmte gegen den italienischen Kompromiß, weil er Einkommenseinbußen in dem für die Deutschen wichtigen Getreidesektor bedeutete.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kartellamt untersagt

Berlin (VWD) – Das Bundeskartellamt will die mehrheitliche Beteiligung von drei Rewe-Gesellschaften an der Kölner Cornelius Stüssgen AG untersagen. Eine entsprechende Abmahnung, zu der ihnen rechtliches Gehör gewährt wird, ist den Unternehmen inzwischen zugestellt worden. Dies bestätigte der Sprecher des Bundeskartellamts, Hubertus Schön, am Mittwoch auf Anfrage.

Ladenschluß geändert

Berlin (AP) – Trotz eindringlicher Warnung von Gewerkschaftsseite hat der Senat den Berliner Einzelhändlern per Verordnung die Möglichkeit geboten, an neun Freitagen im Jahr 1985 ihre Läden bis 21 Uhr geöffnet zu halten. Der Handel soll auf diese Weise zur Förderung des Berlin-Tourismus vor allem während der Zeit der Bundesgartenschau, der Funkausstellung und zahlreicher anderer großer Veranstaltungen zwischen Mai und September beitragen, erklärte Wirtschaftssenator Elmar Pieroth. Das gültige Ladenschlußgesetz biete die Möglichkeit, an bis zu zwölf Tagen längere Geschäftszeiten zu wählen. Eine Änderung des Ladenschlußgesetzes sei nicht erforderlich.

Exportförderung

Washington (Sbt.) – Auch in den USA braucht sich die Ausfuhrförderung nicht zu verstecken. Die wichtigste Institution ist die staatliche Export-Import Bank (Eximbank) mit Sitz in Washington, die nach einer Aufstellung des Handelsministeriums über ein Kapital von 1 Mrd. Dollar verfügt. Im Finanzjahr 1983 pumpte sie 14,7 Mrd. Dollar von der Treasury und am Kapitalmarkt, während ihre Reserven 1,8 Mrd. Dollar ausmachten. Im Geschäftsjahr 1984 erreichten die Direktkredite 1,4, die Kreditgarantien und Versicherungen 7,2 Mrd. Dollar. Für kleine und mittlere Unternehmen stellte die Eximbank 7,2 Mrd. Dollar bereit.

DM-Anleihe für Portugal

Frankfurt (VWD) – Zu 99½ Prozent legt die Republik Portugal über ein internationales Bankenkonsortium eine siebenjährige Anleihe über 150 Mill. DM auf. Nach Angaben der federführenden Commerzbank wird die Anleihe am 15. Mai 1992 fällig.

Entwurf verabschiedet

Bonn (HH) – Das Bundeskabinett hat gestern den von Justizminister Engelhard vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Gebrauchsmustergesetzes verabschiedet. Damit soll das Gebrauchsmusterrecht näher an das Patentgesetz angeglichen werden. Dieses war erst kürzlich dem neuen europäischen Patentrecht angepaßt worden. Das Gebrauchsmuster gewährt für „kleine Erfindungen" ein gewerbliches Schutzrecht (zwischen Patent- und Geschmacksmuster). Das Gebrauchsmuster gewährt Schutz von Erfindungen für Arbeitsgeräte und Gebrauchsgegenstände, die eine neue Gestaltung, Anordnung oder Vorrichtung aufweisen.

Pensionen gesichert

Bonn (dpa/VWD) – Der Pensions-Sicherungs-Verein hat als gesetzlicher Träger der Insolvenzversicherung (Konkurse und Vergleiche) der betrieblichen Altersversorgung in den zehn Jahren von 1975 bis 1984 für 250 000 Versorgungsberechtigte aus Firmenpleiten die Betriebspensionen gesichert. Das Schadensvolumen betrug 3,15 Mrd. DM, das aus Mitgliederbeiträgen von 3,05 Mrd. DM und Kapitalerträgen von 254,5 Mill. DM finanziert wurde. Die Überschüsse betrugen gleichzeitig 156,2 Mill. DM. Nach dem extremen Schadensjahr 1982 (AEG-Vergleich) ergab sich 1984 eine weitere Abnahme von Aufwand und Beiträgen.

US-Stundenlöhne

Washington (Sht.) – In den USA sind die Stundenlöhne nach Angaben des Arbeitsministeriums in Washington zwischen März 1984 und 1985 nominal um 3,2 Prozent gestiegen und real, also preisbereinigt, um 0,7 Prozent gesunken. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug 297,70 Dollar, verglicben mit 288,40 Dollar im Vorjahrsmonat. Ohne Nebenleistungen zahlten die US-Firmen im März einen durchschnittlichen Stundenlohn von 8,53 Dollar. Mit 12,20 Dollar war er im Baugewerbe am höchsten.

FORSCHUNG

Großwetterlage verbessert

HEINZ HECK, Bonn

Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschulen in der Forschung bringt beiden Partnern neue wissenschaftliche Erkenntnisse und wirtschaftliche Vorteile und stärkt die Position der deutschen Technik im internationalen Wettbewerb. Das erklärte Professor Karl Heinz Beckurts, für Forschung und Technik zuständiges Vorstandsmitglied der Siemens AG, vor Journalisten in Bonn.

Sein Unternehmen will in den nächsten Jahren rund 100 Millionen Mark für verstärkte Hochschul-Kooperationen in der Hochtechnologieforschung aufbringen. Beckurts registriert dabei eine Änderung der „Großwetterlage". Die Bereitschaft der deutschen Hochschulen zur Zusammenarbeit mit der Industrie habe in den letzten Jahren „deutlich zugenommen". Vor zehn Jahren sei dies „nicht möglich gewesen".

Als Gründe für diese positivere Haltung sieht Beckurts unter anderem, daß heute die Bedeutung der Industrie für die Zukunft von Studenten und Hochschulen klarer gesehen werde – euch mit Blick euf die sich verschärfende internationale Konkurrenzsituation. Außerdem böten technische Berufe im Vergleich zu anderen (etwa Medizin) weit bessere berufliche Chancen als früher.

Siemens liegt mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 3,8 Milliarden im vergangenen und 4,5 Milliarden Mark im laufenden Geschäftsjahr in der Bundesrepublik und europaweit an der Spitze. Rund 30 000 Mitarbeiter sind in der Forschung und Entwicklung tätig. 1985 sollen 3200 Ingenieure und Naturwissenschaftler eingestellt werden, davon allein 2100 Elektrotechniker und über 500 Informatiker. Das entspricht knapp einem Drittel des gesamten Universitäts- und Fachhochschuljahrgangs in diesen beiden Fachrichtungen.

Zu den Schwerpunkten der Siemens-Forschung und -entwicklung gehören Energie- und medizinische Technik. Über 50 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsmittel entfallen auf vier strategisch wichtige Wachstumsgebiete der elektronischen Technik und ihrer Anwendungen: im einzelnen Kommunikations- und Nachrichtentechnik (ISDN wird von der Bundespost ab 1986 eingeführt), Büro- und Automatisierungstechnik sowie Mikroelektronik.

JUGOSLAWIEN / Verhandlungen mit den Gläubigerbanken zögern Ratifizierung des Beistandsabkommens hinaus

Die Regierung will alle IWF-Richtlinien befolgen

E. ANTONAROS, Athen

Jugoslawiens Bundesregierung ist fest entschlossen, sämtliche Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Sanierung der jugoslawischen Wirtschaft zu befolgen. Aber die Ratifizierung des bereits ausgehandelten einjährigen IWF-Beistandsabkommens in Höhe von 300 Millionen US-Dollar, die am 29. April erfolgen soll, könnte hinausgezögert werden, weil Belgrads Verhandlungen mit den kommerziellen Bankinstituten in New York über die Umschuldung der jugoslawischen Auslandsschulden für die Jahre 1985 bis 1988 in Schwierigkeiten geraten sind.

Da es sich bei den nun entstandenen Komplikationen fast ausschließlich um Nebensächlichkeiten handelt, gehen westliche Experten davon aus, daß Belgrad aus taktischen Gründen diese Verzögerung in Kauf nimmt, um durch längere Verhandlungen von den fallenden Dollarzinssätzen zu profitieren.

Andererseits kann es nicht im Interesse der Jugoslawen liegen, Zeit zu verlieren: Denn unmittelbar nach der Einigung mit den Banken sollen auch die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Regierungen in Höhe von rund einer Million Dollar für die Zeit bis Mitte Mai 1986 umgeschuldet werden. Die Schulden Belgrads bei den Banken für die Vierjahresperiode betragen 3,5 Milliarden Dollar. Ursprünglich hatte Jugoslawien darauf bestanden, daß eine Gesamtregelung für diese vier Jahre vereinbart werden solle, während das Bankenkonsortium ein Arrangement auf Jahresbasis wünschte, um dadurch die Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft beobachten zu können. Schließlich einigte man sich auf zwei Tranchen von je zwei Jahren.

Jugoslawiens Auslandsschulden betragen zur Zeit etwas mehr als 19 Milliarden Dollar. Davon wären knapp 3,5 Milliarden 1985 fällig. Anders als der ebenfalls hochverschuldete kommunistische Nachbar Rumänien, der sich mit dem IWF überworfen hat und einen schnellstmöglichen Abbau seiner Schulden ohne innenpolitische Rücksichten anstrebt, gehen die Jugoslawen erheblich vorsichtiger vor: Nach Angaben von Regierungschefin Milka Planinc sollen die Auslandsschulden bis 1990 auf 16 Milliarden Dollar reduziert werden.

Mit dieser längerfristigen Planung konfrontierte Belgrads Kabinett auch die IWF-Experten. Doch entgegen ihren ursprünglichen Absichten, hart zu bleiben und keine Absichtserklärungen abzugeben, erklärte sich die Regierung in einem umfangreichen Memorandum mit fast allen Auflagen des Währungsfonds einverstanden. Unter anderem haben sich die Jugoslawen bereit erklärt, ihre Austerity-Politik aufrechtzuerhalten. Unter anderem wollen sie die Landeswährung so oft wie nötig abwerten und die Zinssätze dem Inflationsniveau anpassen. Ende März betrug die Teuerungsrate, auf Jahresbasis hochgerechnet, 67 Prozent (1984: 52,4 Prozent). Ebenfalls wollen sie eine Steigerung der Kreditmenge um nur 30 Prozent zulassen.

Andererseits haben die Jugoslawen sich eine Reduzierung der Steuersätze ausbedungen. Davon sollen vor allem die einfachen Lohn- und Gehaltsempfänger profitieren, die in den Jahren seit 1980 aufgrund der ständigen Geldentwertung einen Kaufkraftverlust von mehr als 35 Prozent erlitten haben. Durch die Steuersenkungen will Belgrad verhindern, daß soziale Unzufriedenheit entsteht, die sich auch politisch im Vielvölkerstaat auswirken könnte.

Daß die Einigung mit dem Währungsfonds ohne nennenswerten Widerstand vom Bundesparlament abgesegnet wurde, zeigt nach Ansicht von westlichen Beobachtern in Belgrad, daß sich Jugoslawiens Führung der Tatsache voll bewußt zu sein scheint, daß sie ohne die Mitwirkung der internationalen Organisationen eine dauerhafte Sanierung nicht zustande bringen kann. (SAD)

STIFTERVERBAND / Wissenschaft wird gefördert

Programm für Professuren

HANS BAUMANN, Essen

Nach dem Zugang einer weiteren Stiftung im Frühjahr 1985 verwaltet der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, der sich eine „Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft" nennt, jetzt 100 Stiftungen mit einem Vermögen von insgesamt 335 Mill. DM. Aus den Zuwendungen seiner rund 5000 Mitglieder stellte der Verband 1984, wie Präsident Klaus Liesen erklärte, 59,6 (64,6) Mill. DM zur Verfügung. Gefördert wurden Wissenschaft und Forschung sowie der wissenschaftliche Nachwuchs.

Nach Liesen haben die vom Stifterverband verwalteten Stiftungen, von denen die meisten mit einem mittleren, unter einer Million DM liegenden Vermögen ausgestattet sind, für wissenschaftliche Vorhaben rund 170 Mill. DM zur Verfügung gestellt, davon allein 50 Mill. DM in den beiden letzten Jahren.

Unter den Schwerpunktprogrammen sowohl des Stifterverbandes als auch der von ihm verwalteten Stiftungen hob Liesen die Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses hervor. Neben der notwendigen Breitenförderung dürfe die Spitzenförderung nicht vergessen werden. Die Herausforderung und Förderung künftiger Leistungsträger sei eine der wichtigsten Aufgaben im Interesse der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Eine neue Förderinitiative will der Verband in Kürze mit einem Modellprogramm zur Errichtung von Stiftungs-Professuren einleiten. Beschlüsse dazu werden am 2. Mai gefaßt. Dieses Programm soll dazu beitragen, die Berufschancen für hervorragende Nachwuchswissenschaftler zu verbessern und forschungsintensive Fächer zu fördern.

Für dieses Programm mit einer Laufzeit von acht Jahren will der Stifterverband insgesamt 10 Mill. DM bereitstellen, die der Finanzierung von fünf Stiftungsprofessuren in naturwissenschaftlichen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Grundlagenfächern dienen. Mit diesem Programm hofft der Verband, weitere private Initiativen auszulösen.

Der Förderrahmen ist weit gefächert von „zukunftsorientierten Technologien" bis hin zu „Geldtheorie und Geldpolitik" sowie Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Schumag will an die Börse

J. G. Düsseldorf

In seinem 155. Geschäftsjahr will das Aachener Maschinenbau-Familienunternehmen Schumag, im vergangenen März von einer GmbH in eine AG mit 10 Mill. DM Aktienkapital umgewandelt, nun Publikumsaktionäre aufnehmen. Wie die Commerzbank AG, Frankfurt, ankündigte, sollen unter ihrer Führung voraussichtlich im Juni dieses Jahres „über 40 Prozent" der Aktien mit voller Gewinnberechtigung für 1985 und zu einem noch unbekannten Preis „einem breiten Publikum zur Zeichnung angeboten" werden; die Börsennotiz sei im geregelten Freiverkehr an den Plätzen Düsseldorf und Frankfurt vorgesehen.

Die Commerzbank präsentiert den Börsenneuling mit vorerst kargen Angaben: Für 1984 werden rund 78 Mill. DM Umsatz und 3,4 Mill. DM Jahresüberschuß, nebst Auslandstöchtern 89 Mill. DM Umsatz und 5,1 Mill. DM Gewinn ausgewiesen. Der hohe Auftragsbestand lasse bei dieser im Spezialmaschinenbau und in der Produktion von Präzisionsteilen tätigen Firma für 1985 mehr als 100 Mill. DM Gruppenumsatz erwarten.

Auch Bayer zahlt 9 Mark Dividende

J. G. Düsseldorf

Im Gleichklang mit BASF und Hoechst schlägt auch die Bayer AG, Leverkusen, für 1984 eine Dividendenaufstockung auf 9 (7) DM vor (Hauptversammlung am 19. Juni). Den AG-Rücklagen werden 200 (150) Mill. DM zugeführt. Bei der unerwartet stark verlustreichen Halbtochter Schelde Chemie Brunsbüttel GmbH (150 Mill. DM Stammkapital) übernimmt Bayer nun auch die beim Schweizer Chemiekonzern Ciba-Geigy AG liegende Kapitalhälfte und wandelt die Firma in eine Betriebsabteilung der Anorganica-Sparte des Konzerns um.

Die (Steinwolle-)Dämmstoff-Produktion der Bayer-Tochter Rheinhold & Mahla GmbH, Düsseldorf (1983er Umsatz 73 Mill. DM mit 348 Leuten) wird aufgegeben, teils durch Verkauf des Werkes Hiltrup an die dänische Rockwool-Gruppe, mit dem Rest durch Schließung und Ersatz-Arbeitsplatzangebote in den für die Betroffenen nahen Bayer-Werken Leverkusen und Dormagen. Die Dämmtechnik-Aktivitäten der wesentlich größeren Bayer-Tochter Rheinhold & Mahla GmbH, München, werden fortgeführt.

US-KONJUNKTUR / Preisschere öffnet sich langsam

Teuerung durch Importe

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA verschlechtert sich nun auch das Inflationsbild, nachdem die wirtschaftliche Wachstumsrate im ersten Quartal bereits auf 1,3 Prozent gesunken ist, verglichen mit real 6,8 Prozent im Gesamtjahr 1984. Wie das Arbeitsministerium in Washington mitteilte, erhöhten sich die Verbraucherpreise im März um 0,5 Prozent, was einer Jahresrate von 5,8 Prozent entspricht. Das Tempo hat sich deutlich beschleunigt. Im ersten Quartal nahm der Index um 4,1, seit Jahresfrist um 3,7 Prozent zu.

Zur Verschlechterung beigetragen hat hauptsächlich eine Explosion der Benzinpreise, die im März um 3,8 Prozent nach oben schossen. Aber daraus läßt sich kaum Honig saugen, auch wenn es sich um einen einmaligen Ausrutscher handeln sollte. Denn was den USA ins Haus steht, sind nach dem Dollarrutsch höhere Importpreise. Bisher waren es vor allem die billigen Einfuhren, die den Index in Schach gehalten haben. Die verstärkte Teuerung kündigte sich schon letzte Woche an, als das US-Handelsministerium zusammen mit dem Bruttosozialprodukt eine Zunahme des Preisdeflators von 2,8 auf 5,3 Prozent im Vergleich der beiden letzten Quartale meldete.

In dieser Situation wird der Geldkurs der US-Notenbank schwieriger. Offen ist jetzt wieder, ob die „Fed" den Diskontsatz (acht Prozent) senkt, wie an der Wall Street spekuliert wird. Zeitweise verbilligte sich Tagesgeld schon auf 7,17 Prozent. Dreimonatige Treasury Bills wurden für 7,62 Prozent verkauft. Vermutlich rangiert aber noch das Preis- hinter dem Konjunkturrisiko, zumal da nach neuen Prognosen im ersten Quartal die Unternehmensgewinne nach Steuern um 0,8 Prozent gesunken sein sollen.

WASSERWIRTSCHAFT / Schutz der Bevölkerung wichtig

Gegen Mittel für die Bauern

HANS BAUMANN, Essen

Für die Landwirtschaft kann es *nach Ansicht des Präsidenten der* Vereinigung Deutscher Gewässerschutz (VDG), Benno Weimann, keine Ausnahmeregelung beim Vollzug eines besseren Gewässerschutzes geben. Der Bundestag muß sich nach Weimann bei der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes von dem durch das Bundesverfassungsgericht gestützten Grundsatz leiten lassen, daß der Grundwasserschutz unter allen Nutzungsarten Vorrang habe. Priorität genieße danach die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser.

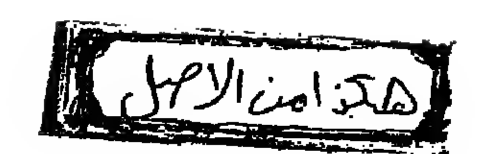
Aus der gesetzlichen Verpflichtung zur grundwasserschützenden Bodenbewirtschaftung könne nun der Deutsche Bauernverband ernsthaft nicht die Forderung nach einer Entschädigung ableiten. Weimann: „Zugeständnisse beim Gewässerschutz sind nicht möglich, ebensowenig Subventionen der Agrarwirtschaft über den Wasserpreis."

Vor dem Beirat der Gelsenwasser AG vertrat auch Prof. Jürgen Salzwedel, Vorsitzender des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, den Standpunkt Weimanns. Bei einer Entschädigung für Nutzungsbeschränkungen würde das Verursacherprinzip doppelt durchbrochen. Salzwedel, der auch Leiter des Instituts für das Wasserrecht an der Universität Bonn ist, wörtlich: „Grotesk, Entschädigungen zu zahlen an jenen, der sich über ökologische Belastbarkeitsgrenzen hinwegsetzt. Zahlen müßte dann ausgerechnet der Wasserverbraucher, zu dessen Gunsten das Bundesverfassungsgericht entschiedenen Grundwasserschutz gerechtfertigt hat."

Weimann sieht darüber hinaus den Gleichheitsgrundsatz verletzt, wenn es bei Tatbeständen von Verschmutzungen eine Zwei-Klassen-Theorie gäbe: „Der eine wird gemäß dem Verursacherprinzip herangezogen; der andere erhält einen Bonus vom Gesetzgeber für die Bereitschaft, sich gesetzeskonform zu verhalten."

Vom Deutschen Bundestag erwartet Weimann eine Stärkung des Verursacherprinzips durch Umkehr der Beweislast, denn das Wasserrecht habe sich bei seiner Umsetzung im Alltag als unpraktikabel erwiesen. Weimanns Forderung: „Wer nach allem begründeten Anschein eine Grundwasserverunreinigung herbeiführt, haftet als Verursacher; es sei denn, er führt den Entlastungsbeweis."





HAMBURGER SPARKASSE / Kreditgeschäft lebhaft

Ergebnis auf hohem Niveau

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburger Sparkasse, Deutschlands größtes Sparinstitut, deren jährliches Wachstum etwa der Bilanzsumme einer Sparkasse mittlerer Größe entspricht, hat 1984 das hohe Ertragsniveau des Vorjahres nahezu gehalten. Der absolute Zinsüberschuß ist aufgrund des ausgeweiteten Geschäfts noch einmal gestiegen, obwohl sich die Zinsspanne von 3,79 auf 3,64 Prozent verringert hat. Die rückläufige Marge, so erklärt Vorstandssprecher Peter Mählmann, sei durch Zinssenkungen sowie das Auslaufen hochverzinslicher Aktivpositioenn bedingt gewesen.

Das Betriebsergebnis, das 1983 bei einem Wachstum von 20 Prozent Rekordhöhen erreicht hatte, lag im Berichtsjahr nach Angaben von Mählmann um 2 Prozent niedriger. Der Jahresüberschuß von 76 Mill. DM wird voll der Sicherheitsrücklage zugeführt, so daß die Eigenmittel der Sparkasse 4,8 Prozent der Bilanzsumme ausmachen.

Das erfreuliche Wachstum des Instituts setze sich in diesem Jahr fort, erklärte Mählmann. Trotz noch weiter zurückgehender Zinsmarge sei auch die Ertragsentwicklung zufriedenstellend. Im Aktivgeschäft bilden nach Angaben von Mählmann die Baufinanzierungen unverändert das Schwergewicht. Der zwischenzeitliche Zinsanstieg auf den Kapitalmärkten habe offenbar aufgestaute Kreditnachfrage ausgelöst. Bei der Hamburger Sparkasse stiegen die Zusagen im ersten Quartal um 70 Prozent auf 374 Mill. DM. Der Darlehensbestand war bereits im Berichtsjahr um 11,7 Prozent auf 7,3 Mrd. DM gestiegen. Das Kundenkreditgeschäft bezeichnet Mählmann ebenfalls als lebhaft.

Auf der Passivseite steht dem Rückgang der Spareinlagen um 123 Mill. DM ein Anstieg der Eigenemissionen um 155 Mill. DM gegenüber, so daß die bilanzwirksame Ersparnisbildung 32 Mill. DM erreichte. Der Rückgang der Giroeinlagen (300 Mill. DM) und der Termingelder (100 Mill. DM) entspricht der üblichen Entwicklung zum Jahresbeginn. Alles in allem ist Mählmann zuversichtlich, daß die Hamburger Sparkasse auch 1985 ein gutes Geschäftsjahr hinter sich bringen werde.

Hamburger Sparkasse	1984	±%
Kundeneinlagen (Mill. DM)	18 318	+ 5,6
Spareinlagen	9 681	- 1,1
Bankengelder	2 136	+ 13,6
Kreditvolumen	17 514	+ 5,7
Bilanzsumme	22 255	+ 6,6
Geschäftsvolumen	22 592	+ 6,6
Zinsüberschuß	773	+ 1,6
Jahresüberschuß	76	+ 2,7
Bilanzgewinn	46	+ 4,5
Eigenmittel	1 022	+ 8,0

MOET-HENNESSY / Nichts von Stagnation zu spüren

Lust am Luxus ungebrochen

DANKWARD SEITZ, München

Auch nach drei Jahren hat die deutsche Sekt- und Spirituosenindustrie noch nicht den Absatzrückgang aufholen können, der durch die 1982 erfolgte Erhöhung der Sekt- und Branntweinsteuer verursacht worden war. Völlig anders verlief dagegen die Vermarktung von Prestigeprodukten dieses Sektors.

So verkaufte die französische Moët-Hennessy-Gruppe in der Bundesrepublik mit knapp 1,4 Mill. Champagnerflaschen der Marke „Moët & Chandon" etwa 15 Prozent mehr. Dies entspricht einem Anteil von rund 19 Prozent am gesamten deutschen Champagnerimport. Weiter auf Erfolgskurs blieb man nach Angaben von Henri François-Poncet, Generalbevollmächtigter der Gruppe für Deutschland, auch mit dem in Wiesbaden hergestellten Sekt „M. Chandon", von dem 1,3 Mill. Flaschen (plus 26 Prozent) abgesetzt wurden.

Gut lief ebenfalls der Spirituosen-Bereich der Chandon Handelsgesellschaft, München. Beim Cognac „Hennessy" stieg der Absatz um 10 Prozent auf 1,15 Mill. Flaschen, und auch die übrigen Spirituosenmarken kamen auf ein Plus von annähernd 7 Prozent. Die deutsche Chandon-Handelsgesellschaft erzielte per saldo mit 78 Mill. DM ein Umsatzwachstum von 14 Prozent.

Stärker noch legte die Parfums Christian Dior GmbH, Köln, mit einem Umsatzplus von 11,7 Prozent auf 24,5 Mill. DM zu. Mit Zuwachsraten von 7,3 Prozent (Damenkosmetik) bis 14,1 Prozent (Herrenkosmetik) schnitt man deutlich besser ab als die Branche (plus 4,8 Prozent). Beliefert werden in der Bundesrepublik rund 900 Depotkunden.

Insgesamt trug das Deutschland-Geschäft nach Angaben von Alain Chevalier, Präsident von Moët-Hennessy S. A. in Paris, nur rund 5 Prozent zum Umsatz der gesamten Gruppe von 8,84 Mrd. F (plus 28 Prozent) oder 2,28 Mrd. DM bei. Daran waren Champagner und Wein mit 3,07 (2,52) Mrd. F und Spirituosen mit 2,15 (1,46) Mrd. F beteiligt. Auf Parfums und Kosmetik entfielen 1,5 (1,3) Mrd. F. Bei einem Betriebsergebnis (vor Steuern) von 1,1 (0,8) Mrd. F weist die Gesellschaft für 1984 einen konsolidierten Nettogewinn von 547 (414) Mill. F aus. Die Aktionäre der Holding partizipieren daran mit einer Dividende von 23 (20) F.

Abgesetzt wurden von Moët-Hennessy im vergangenen Jahr 27,5 Mill. Flaschen Champagner und Wein (plus 18,7 Prozent). In den Export gingen davon 16,3 Mill. Flaschen. Das Haus Hennessy verkaufte 24,5 Mill. Flaschen Cognac (plus 9,3 Prozent) bei einer Exportquote von 20,6 (19,5) Prozent. Gemessen am gesamten französischen Cognac-Absatz entspricht dies einem Anteil von 19,2 (18) Prozent. Die größten Erfolge verbuchte die Marke dabei in den USA und in Irland.

Zufrieden äußerte sicb Chevalier auch über den bisherigen Verlauf des Jahres 1985. Bis Ende März erzielte die Gruppe seinen Angaben zufolge ein Umsatzplus von 24 Prozent, während die deutscbe Tochter sogar um 32 Prozent das entsprechende Vorjahresergebnis übertraf.

ZENTGENO / „Nicht mehr pauschal Kartelle"

Freude über Sondergutachten

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir freuen uns, daß die Monopolkommission genossenschaftliche Unternehmen nicht mehr pauschal als Kartelle beurteilt." Hans-Jürgen Klußmann, Vorstandsvorsitzender des Zentralverbandes der genossenschaftlichen Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen (Zentgeno), begrüßte gestern in Bonn diese eindeutige Aussage der Kommission in ihrem Sondergutachten zur Konzentration im Lebensmittelhandel, „denn die Genossenschaften tragen entscheidend dazu bei, selbständige Händler zu erhalten".

Der Zentralverband empfindet darum ein gewisses Unbehagen darüber, daß die kartellrechtliche Beurteilung der genossenschaftlichen Kooperation im Zusammenhang mit der vom Bundeskartellamt verfügten Untersagung der Zusammenarbeit der Einkaufskontore Selex und Tania erneut in die Diskussion geraten ist. Er hoffe, daß die Unterschiede zwischen genossenschaftlichen Unternehmen und Einkaufskontoren hinsicbtlicb Struktur- und Arbeitsweise im Verlauf des Verfahrens berücksichtigt werden, sagte Klußmann weiter, „nachdem auch das Bundeskartellamt nachdrücklich die wettbewerbspolitisch positive Einschätzung der genossenschaftlichen Kooperation berausgestellt hat".

Daß die Monopolkommission Mitglieder der Genossenschaften als selbständig operierende Händler betrachtet, nimmt Klußmann „mit Genugtuung" zur Kenntnis. Dies vor allem deshalb, weil das Bundeskartellamt vor einiger Zeit die Großen unter ihnen, wie Edeka und Rewe, jeweils als „wettbewerbliche Einheit" beschrieben hatte.

Kritisch beurteilt der Zentgeno-Vorstandsvorsitzende hingegen die Empfehlungen der Monopolkommission, die sie aus ihrer Bewertung der Lage im Lebensmitteleinzelhandel abgeleitet hat. Dem negativen Urteil über die Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft zur Eindämmung des Verdrängungswettbewerbs in dieser Branche müsse widersprochen werden, sagte Klußmann.

Gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich, etwa ein Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis, halten die Genossenschaften für wenig wünschenswert. „Wir sollten diesen Sommer abwarten, um herauszufinden, ob die Selbsthilfe greift", empfiehlt der Vorsitzende, der sich „im Notfall" höchstens dazu bereit fände, die Werbung mit Untereinstandspreisen zu verbieten, nicht aber das Niedrigpreisangebot schlechthin.

Die in etlichen Sparten des Einzelhandels und Handwerks tätigen genossenschaftlichen 443 Zentgeno-Mitglieder erreichten 1984 ein nominales Umsatzplus von 2,4 Prozent auf 40,7 Mrd. DM. Dazu haben die verschiedenen Bereiche allerdings in sehr unterschiedlicher Weise beigetragen: Während die Einkaufsgenossenschaften für Bürobedarf dank der Entwicklung der Mikroelektronik Zuwachsraten von 15 bis 20 Prozent registrierten, waren es bei Nahrungs- und Genußmitteln nur magere 0,1 Prozent. Für dieses Jahr seien die Aussichten ähnlich gemischt.

SCHIESS

Aufträge sind aus der Talsohle

J. G. Düsseldorf

Fast doppelt so stark wie beim Durchschnitt der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie haben sich bei der Schiess AG, Düsseldorf, 1984 die Auftragsbuchungen mit 56prozentiger Zunahme auf 203 Mill. DM vom Hungerniveau des Vorjahres erholt. Der kräftigste Schub kam aus dem Inland, doch brachte auch die Investitionsbelebung in westlichen Industrieländern noch eine Zunahme der Exportaufträge um 48 Prozent auf 124 Mill. DM.

Weiteres Wachstum der Nachfrage nach Werkzeugmaschinen daheim wie auf den Auslandsmärkten erwartet der Vorstand in 1985. Positiv wirke da vor allem auch, daß durch Produktinnovation (mehr „Informationstechnik") die Maschinenproduktivität „wesentlich" gesteigert wurde.

Diesseits so schöner Aussicht wird Schiess den Eigentümern von 18 Mill. DM Aktienkapital (28 Prozent Allianz Versicherungs-AG als einziger Großaktionär) auch für 1984 einen Verlustabschluß (1983 mit 5,4 Mill. DM aus Rücklagen getilgtem Verlust) vorlegen.

Im Einklang mit früheren Prognosen begründet das der Vorstand in seinem neuen Zwischenbericht mit dem Doppeldruck aus der bis in 1984 hinein wirkenden Konjunkturschwäche und zunächst kostspieliger Strukturanpassung. Mit nur noch 1322 (1828) Beschäftigten wurde 1984 ein Gruppenumsatz von 209 (270) Mill. DM und 74 (79) Prozent Exportanteil erreicht.

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE / Künftig mit einer Stimme

Gemeinsame Exportförderung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Bekleidungsindustrie will ihre Exportaktivitäten konzentrieren. Die drei Verbände der Damen- und der Herrenoberbekleidungs-Industrie sowie der deutschen Maschenindustrie haben einen branchenübergreifenden „Exportausschuß für deutsche Mode" gegründet. Der Ausschuß, der unter Schirmherrschaft des „Deutschen Modeinstituts" und des „Deutschen Instituts für Herrenmode" steht, soll künftig die Exportbemühungen verstärken und in Fragen der Exportförderung des Bundes auf internationalen Messen die Mittel längerfristig und möglichst wirkungsvoll einsetzen.

Die jeweils untereinander abgestimmten Fördermaßnahmen im Ausland werden von zwei zusätzlich geschaffenen Organisationen, dem „Exportverband Bekleidungsindustrie e. V." (für DOB und Haka) sowie von einem zu gründenden „Exportinstitut für deutsche Mode e. V." (für Gesamtmasche) abgewickelt.

Wie der Vorsitzende des DOB-Verbandes, Hermann Irringer, anläßlich der 146. Igedo in Düsseldorf, erklärte, ist mit einem gemeinsam erzielten Exportumsatz von 7 Mrd. DM und dem damit bezeugten Image der deutschen modeschaffenden Industrie im Ausland eine gute Ausgangsbasis für Koordination und Konzentration aller drei Verbände vorhanden. Nacb den schon traditionellen Absatzländern der EG und der Efta sollen jetzt auch die Märkte in Nordamerika, in den Golfstaaten und in Fernost, vor allem Japan, erschlossen werden.

1984 standen für Messeförderung im Bundeshaushalt 24 Mill. DM zur Verfügung, von denen 1,5 Mill. DM in den textilen Bereich flossen. 1985 werden Gemeinschaftsmessen für die DOB in USA, Japan, Spanien und England, für die Haka in England, Japan und Frankreicb veranstaltet.

NORDDEUTSCHE AFFINERIE / „Negative Faktoren"

Unveränderte Dividende

JAN BRECH, Hamburg

Ungerührt von der heftigen Diskussion über Umweltbelastungen, die im Stadtstaat Hamburg sogar in der Forderung gipfelten, den Betrieb der größten europäischen Kupferbütte stillzulegen, präsentiert die Norddeutsche Affinerie AG, Hamburg, ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1983/84 (30. September) in gewohnt liebloser Form: Mindestangaben zum Geschäftsverlauf und zur Bilanz, die zum besseren Verständnis von Tätigkeit und Wertscböpfung des Unternehmens nicbts beitragen.

Das Berichtsjahr, so heißt es lapidar, sei von negativen Faktoren belastet gewesen. Durch geringe Produktion von Rohkupfer und das Fehlen von Sekundärvorstoffen habe sich die Auslastung der Kapazität der Kupferelektrolyse verschlecbtert. Höhere Produktion und Absatz meldet die Norddeutsche Affinerie dagegen für Walzdraht und Stranggußformate sowie für Nebenmetalle und Metallpulver.

Aucb das Geschäft mit Pflanzenscbutz- und Scbädlingsbekämpfungsmitteln sei positiv verlaufen. Zum Ergebnis schreibt die Verwaltung, daß es eine unveränderte Dividende von elf Prozent auf 105 Mill. DM Kapital erlaube. Großaktionäre sind mit jeweils 40 Prozent die Degussa AG und die Metallgesellschaft AG. Bei einem um 6,5 Prozent gesunkenen Umsatz weist das Unternehmen einen auf die Ausschüttung zugeschnittenen Überschuß von 14,6 Mill. DM aus; das entspricbt einem Plus von 7,4 Prozent.

Den Anstieg der EEV-Steuern um 47 Prozent begründet die Affinerie mit einem „gebesserten steuerpflichtigen Gewinn", in dem Beträge steckten, die handelsrechtlich Aufwand seien. Keine näheren Angaben werden zu den vorgenommenen Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von fast 21 Mill. DM gemacht. Rund 9 Mill. DM betreffen, so wird mitgeteilt, eine Inlandsbeteiligung, gut 11 Mill. DM eine im Ausland. Hier ist man auf die Vermutung angewiesen, daß es um die Transvaal Alloys in Südafrika handelt, die Vanadium produziert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Sechs Mark von BBC

Mannheim (Wb.) – Die Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim, will ihrer Hauptversammlung am 12. Juni eine unveränderte Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie auf 156 Mill. DM Grundkapital vorschlagen. Die Aktionäre sollen außerdem über ein neues genehmigtes Kapital von 14 Mill. DM beschließen. Als Nachfolger für die ausscbeidenden Aufsicbtsratsmitglieder Franz Luterbacher, Robert Ehret, Thomas Gasser und Wolfgang Röller werden Fritz Leutwiler, Kurt Morgen, Ulrich Weiß und Franz Josef Weisweiler vorgeschlagen.

Klage gegen Opel-Vorstand

Frankfurt (AP) – Die IG Metall will die Adam Opel AG, Rüsselsheim, und ihren Vorstand verklagen. Ziel ist es nach Angaben der Gewerkschaft, die geplante Ausgliederung der Opel-Datenverarbeitung mit rund 600 Mitarbeitern an die Firma Elektronik Data-Systems (EDS) zu verhindern.

Dividenden gehalten

München (sz.) – Jeweils unveränderte Dividenden von 8 DM je 50-DM-Aktie werden die Neue Baumwollspinnerei und Weberei Hof AG (Grundkapital: 16,5 Mill. DM) und die Vogtländische Baumwollspinnerei AG (11,5 Mill. DM) für 1984 ausscbütten. Diese beiden Unternehmen, die die Textilgruppe Hof bilden, haben 1984 ein Umsatzplus von 15,7 Prozent auf 715 Mill. DM erzielen können. Die Auftragslage und Umsatzentwicklung sei zufriedenstellend .

Aga Gas dehnt sich aus

Hamburg (JB.) – Die Aga Gas GmbH, Hamburg, Hersteller technischer Gase, hat zu Beginn dieses Jahres von der Arbed Saarstahl die Neunkirchner Sauerstoff GmbH erworben. Die Übernahme des Unternehmens, das rund 3 Mill. DM umsetzt, wird als „Teil des strategischen Konzepts für weiteres Wachstum" bezeichnet. Zur Entwicklung der Aga Gas selbst heißt es, daß 1984 der konsolidierte Umsatz um 7,3 Prozent auf 157 Mill. DM gestiegen sei. Für dieses Jahr wird ein Wachstum von 10 Prozent erwartet.

Übernahme perfekt

Tübingen (dpa/VWD) – Die Übernahme des schwäbischen Waschgeräteberstellers Zanker GmbH, Tübingen, durch den schwedischen Elektrokonzern AB Electrolux, Stockholm, ist jetzt formell vollzogen worden. Ende 1984 beschäftigte Zanker noch 600 Mitarbeiter. Nach Abschluß der Anpassungsmaßnahmen wird Electrolux das Zanker-Kapital um 15 Mill. DM auf 25 Mill. DM erhöhen.

NAMEN

Wilhelm Lenz ist mit Wirkung vom 1. Juli zum Vorstandsmitglied der Clouth Gummiwerke AG, Köln, bestellt worden. Er ist Nachfolger von **Werner Eule,** der nacb 33jähriger Tätigkeit in den Ruhestand tritt.

C. J. van der Klugt (60), Vizepräsident und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des niederländischen Philips-Konzerns, wird Präsident der Gesellschaft. Er ist Nachfolger von Dr. **Wisse Dekker** (60), der als Nachfolger des bisherigen Aufsicbtsratsvorsitzenden **H. A. C. van Riemsdijk** (74) in das Aufsichtsratsgremium des Unternehmens überwechselt.

Dr. **Max Weiss,** Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesbank Girozentrale, München, vollendete am 24. April sein 60. Lebensjahr.

Hans Mende, Inhaber des Zeitschriften-Großvertriebes Hans Mende jr., Karlsruhe, wird beute 80 Jahre alt. Er war 27 Jahre aktiv im Vorstand des Deutschen Pressegrosso und ist seit 1979 Ehrenmitglied des Verbandes.

RUHRKOHLE / In diesem Jahr fallen noch wichtige Entscheidungen: Kohleölanlage und neuer Hüttenvertrag

Harte Kontroverse mit dem Saar-Konkurrenten

ERWIN SCHNEIDER, Bottrop

Erstens ist Wahlkampfzeit im Stammland, und zweitens stehen für die Ruhrkohle in diesen Monaten einige Entscheidungen – Bau einer Kohleölanlage, Verlängerung des Hüttenvertrags mit der Stahlindustrie, Vorlage eines Brüsseler Kohlepapiers – an. Grund genug also, Bonner Journalisten zu einer Promotions-Tour ins Revier zu bitten. Ruhrkohle AG (RAG), Essen, und der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen stellten die Kohleölanlage der RAG in Bottrop und die modernste RAG-Zeche, das Bergwerk Haard in Oer-Erkenscbwick, vor.

Und die Ruhrkohle ging in die verbale Offensive gegen den Wettbewerber von der Saar, der sich ebenfalls mit der Kohleverflüssigung befaßt. „Wir werden uns auf keinen Fall an einer Anlage der Saarbergwerke beteiligen", erklärte dazu der neue, seit dem 1. April amtierende RAG-Vorstandsvorsitzende Heinz Horn.

Denn die Technik der Konkurrenz, das von der Saar als billiger bezeichnete Pyrosol-Konzept, ist noch nicht praktisch erprobt und wurde von Rudolf Specks, Vorsitzender der Gescbäftsführung der Bottroper RAG-Tochter Ruhrkohle Oel und Gas GmbH, als „Papiertiger" bezeichnet. Es sei unzulässig, ein „theoretisches Verfahren mit einem praktischen zu vergleichen. Icb bin es leid, ständig mit einer angeblich besseren Anlage anderswo in der Bundesrepublik konfrontiert zu werden." Der Schritt vom Labor über den Großversuch zur Folgeanlage benötige rund 20 Jahre.

Seit einem Jahr liege dem Bundeswirtschaftsministerium eine Standortbewertung für eine Folgeanlage in Bottrop vor, die neben der Großversuchsanlage mit einem jährlichen Durchsatz von ungefähr einer Million Tonnen Steinkohle errichtet werden soll. Der Wirtschaftsminister, der unter dem Druck der leeren Kassen nur ein Steinkohlenhydrierungsprojekt fördern will, hätte bei seinem Besuch erklärt, es gebe keine Standortproblem, sagte Specks.

Im dritten Quartal werden die konkreten Vorschläge für die Folgeanlage an das Bundesforschungsministerium geliefert, so Specks mit „Stolz auf den erreichten Erfolg". Die Bottroper Technik sei weltweit führend und hätte einen Entwicklungs-Vorsprung von fünf bis sechs Jahren. Die Flüssigproduktausbeute dieser „neuen deutschen Technologie" sei mit 55 Prozent höher als die der japanischen, amerikanischen oder südafrikanischen Projekte. Der Partner Veba Oel AG, Gelsenkirchen, könne zudem das Kohleöl marktfähig verarbeiten und werde dem Forschungsministerium den Vorschlag für eine Kombianlage vorlegen.

Aber Subventionen müßten sein, so Specks. Und sie würden, da die Bundesregierung weiterhin zur Kohle als nationale Primärenergie stehe, auch von Bonn nicht bezweifelt. Im übrigen hätte man sich bisher als äußerst kostenbewußt gezeigt. So sei der Kostenansatz von 208 Mill. DM für die Großversuchsanlage, die seit 1981 mit einem täglichen Steinkohleeinsatz von 200 Tonnen in Betrieb ist und im letzten Jahr 6600 Stunden im Vollastbetrieb arbeitete, nur um zwei Mill. DM überschritten worden. Die Investitionskosten für die neue Anlage bezifferte Specks auf 1,2 bis 1,5 Mrd. DM.

Wirtschaftlich ist die Hydrierung aber immer noch nicht, und deshalb könnten die Risiken der Folgeanlage nur dann getragen werden, wenn „sie zwischen öffentlicher Hand und den Unternehmen angemessen aufgeteilt werden". 2,20 DM würde heute der Liter „Kohle-Benzin" kosten, erklärte Specks. Die Kosten für Rohstoff, Betrieb, Kapital und Weiterverarbeitung lägen beim Mineralöl bei 0,59 DM, bei der Kohlehydrierung jedoch bei 1,19 DM. Nur mit staatlichem Zuschuß von 80 Pfennig je Liter sei das Kohle-Benzin konkurrenzfähig.

Einig seien sich die Partner in Sachen Hüttenvertrag, der 1988 ausläuft, erklärte RAG-Chef Horn. „Es ist nur noch der Feinputz anzubringen." Die neuen Konditionen sollen noch in diesem Jahr ausgehandelt sein. Ein „abenteuerliches Papier" nannte er die Pläne der EG-Kommission, wonach die Kohleförderung in der EG drastiscb beschnitten, die Kohle-Subventionen drastisch eingeschränkt werden sollen und mehr Importkohle einzuführen ist.

Dabei gebt der Personalabbau, aber auch die Reduzierung der Kapazitäten bei der Ruhrkohle weiter. Nachdem seit den 50er Jahren die Mitarbeiterzahl von über 470 000 auf 115 000 im letzten Jahr beruntergefahren worden war, muß, bedingt durch die Strukturkrise beim traditionellen Hauptabnehmer Stahlindustrie, noch einmal angepaßt werden, so daß die RAG Ende des Jahrzehnts unter 100 000 Mitarbeiter zählt. Und die Förderkapazität wird dann unter 50 Millionen Tonnen jährlich (in besten Förderjahren über 100 Mill.) liegen, die Zahl der Zechen bei etwa 20 (nach 52 im Jahre 1970).

FINANZANZEIGEN



EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1973
– WKN 464 411/20 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 17. April 1985 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 5 – WKN 464 415 –
Serie 8 – WKN 464 418 –

mit den Stücknummern
30 001 – 37 500
52 501 – 60 000 zu je DM 1.000,–
81 001 – 82 500
85 501 – 87 000 zu ja DM 5.000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 14.422.000,– ausgelost. Weitere nom. DM 877.000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Juli 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Juli 1986 uff. zum Nennbetrag bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Creditanstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Bankhaus Hermann Lampe
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
J.H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus H. Aufhäuser
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. Juni 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen. Die per 1. Juli 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur Rückzahlung ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im April 1985 EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

VEREINS-UND WESTBANK

Aktiengesellschaft

Wertpapier-Kenn-Nr. 811 700

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Bank vom 24. April 1985 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von DM 10,– je DM 50,– Aktien-Nennbetrag auszuschütten.

Die Dividende wird gegen Vorlage des Gewinnanteilscheins Nr. 14 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer ab 25. April 1985 bei der

VEREINS-UND WESTBANK
und ihren Geschäftsstellen
oder einer der nachstehend aufgeführten Banken ausgezahlt:

Baden-Württembergische Bank AG,
Bank für Handel und Industrie AG,
Bankhaus Neelmeyer AG,
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG,
Bayerische Vereinsbank AG,
Berliner Bank AG,
Berliner Commerzbank AG,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank,
Commerzbank AG,
Deutsche Bank AG,
Deutsche Bank Berlin AG,
Deutsche Länderbank AG,
Conrad Hinrich Donner,
Dresdner Bank AG,
Effectenbank – Warburg AG,
Handelsbank in Lübeck AG,
Metallbank GmbH,
B. Metzler seel. Sohn & Co.,
J. H. Stein,
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.,
Westfalenbank AG.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben in Höhe von 9/16 der Dividende verbunden. Dieses Steuerguthaben sowie die Kapitalertragsteuer werden vom Finanzamt auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet bzw. erstattet.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei den inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine von ihrem Wohnsitzfinanzamt ausgestellte „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben von der Depotbank vergütet.

Hamburg, im April 1985

Der Vorstand

Bandow · Luckey · Meincke
v. Pannwitz · Wascheck · Kirchfeld · v. Trotha



CASSELLA AG

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am Montag, dem 3. Juni 1985, 10.00 Uhr, im Kasino-Gebäude unserer Gesellschaft in 6000 Frankfurt am Main, Alt-Fechenheim 38, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein. Näheres über die Tagesordnung, die Teilnahme an der Hauptversammlung, die Ausübung des Stimmrechts und die Hinterlegung der Aktien bitten wir der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 78 vom 25. April 1985 sowie den Unterlagen, die den Aktionären über die Depotbanken zugesandt werden, zu entnehmen.

Frankfurt am Main, den 25. April 1985

Der Vorstand

Cassella Aktiengesellschaft · Frankfurt am Main



Ortwin Buchbender/ Rainhard Hauschild

Geheimsender gegen Frankreich

Das Täuschungsmanöver »Operation Radio Humanité« 1940

1985. 260 S. 16 x 24 cm. Mit 18 s/w und 7 Farbbildern auf Tafeln sowie 5 Karten, Dokumentwiedergaben und Graphiken im Text. 2 doppelseitige Zeichnungen auf den Vorsätzen. Efalinleinen, DM 39,80

GERD NIEPOLD
Mittlere Ostfront 44

Gerd Niepold

Mittlere Ostfront – Juni 1944

Darstellung – Beurteilung – Lehren
Nach deutschen und sowjetischen Quellen

1985. 276 S., 16 x 24 cm. Mit 18 Karten im Text und 2 Karten auf den Vorsätzen. Efalinleinen, DM 39,80

E. S. Mittler & Sohn · Postfach 2352 · 49 Herford

N. V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN AANDEELEN PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN

Eindhoven/Niederlande

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 23. April 1985 ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1984 auf hfl 2,00 in bar je Stammaktie von hfl 10,– festgesetzt worden. Da von dieser Dividende bereits hfl 0,60 je Stammaktie ab 3. Januar 1985 als Interimsdividende gezahlt worden sind, beträgt die **Schlußdividende** für das Geschäftsjahr 1984 hfl 1,40.

Die obengenannte Schlußdividende ist abzüglich 25% Dividendensteuer ab 6. Mai 1985 gegen Einlieferung der Dividendenscheine Nr. 139 zahlbar.

Die Auszahlung geschieht in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bei folgenden Banken:

Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Saarbrücken,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt a. M., Berlin,
Commerzbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München,
Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Frankfurt a. M.,
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln, Frankfurt a. M.,
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg, Frankfurt a. M.

Die Auszahlung erfolgt in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tages-Geldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Gutschrift in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% wird auf Grund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D" vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird. Formulare „92 D" sind bei den obengenannten Banken erhältlich.

Für die Anrechnung von drei Fünfteln der niederländischen Dividendensteuer auf die deutschen Steuern vom Einkommen gilt der Art. 13 in Verbindung mit Art. 20 Abs. II des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens (vgl. BGBl. 1960 II S. 1781).

Eindhoven, den 25. April 1985

Der Verwaltungsrat

Bilanz zum 31. Dezember 1984

AKTIVA	in Mio hfl	PASSIVA	in Mio hfl
Anlagevermögen Finanzanlagen	2 132	Eigenkapital	2 132
Umlaufvermögen Forderungen	429	Kurzfristige Verbindlichkeiten	429
Summe	2 561	Summe	2 561

Gewinn- und Verlustrechnung für 1984

	in Mio hfl
Reingewinn	426

Da der Wert der Aktien der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken durch das Eigenkapital der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken und durch das Eigenkapital des United States Philips Trust, in welchem die Aktionäre der obengenannten Gesellschaften Begünstigte sind, bedingt wird, ist es für die Aktionäre wichtig, einen Einblick in den Gesamtwert ihrer Interessen zu bekommen. Mit Genehmigung der Organe des Trusts werden daher jährlich eine konsolidierte Vermögens- und Kapitalübersicht und eine konsolidierte Ergebnisübersicht der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken mit ihren Beteiligungen sowie des Trusts veröffentlicht. Von den im Geschäftsbericht 1984 enthaltenen konsolidierten Übersichten werden nachstehend die Gewinn- und Verlustrechnung der Philips-Gruppe für 1984 sowie die Bilanz der Philips-Gruppe zum 31. Dezember 1984 abgedruckt. Der Geschäftsbericht 1984 ist bei den in Deutschland als Zahlstellen für die Stammaktien der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken tätigen Banken erhältlich.

Bilanz der Philips-Gruppe zum 31. Dezember 1984

	in Mio hfl	in Mio hfl
AKTIVA		
Anlagevermögen		
Immaterielle Anlagewerte	–	
Sachanlagen	18 676	
Beteiligungen	2 163	
Sonstige Finanzanlagen	1 732	
		22 571
Umlaufvermögen		
Vorräte	15 547	
Forderungen	14 825	
Wertpapiere	222	
Flüssige Mittel	1 370	
		31 964
Summe		54 535
PASSIVA		
Gruppenkapital		
Eigenkapital	16 964	
Anteile in Fremdbesitz	2 682	
		19 646
Langfr. Rückstellungen		5 409
Kurzfr. Rückstellungen		2 101
Langfr. Verbindlichkeiten		9 699
Kurzfr. Verbindlichkeiten		17 680
Summe		54 535

Gewinn- und Verlustrechnung der Philips-Gruppe für 1984

	in Mio hfl
Nettoumsatzerlöse	53 804
Herstellungskosten des Umsatzes	–39 854
Bruttoergebnis vom Umsatz	13 950
Vertriebskosten	–10 004
Allgemeine Verwaltungskosten	–791
Sonstige betriebliche Erträge	318
Betriebsergebnis	3 473
Finanzierungsberichtigung	647
Finanzielle Aufwendungen u. Erträge	–2 141
Gewinn vor Steuern	1 979
Steuern vom Gewinn	–733
Gewinn nach Steuern	1 246
Anteil am Nettoergebnis nichtkonsolidierter Beteiligungsgesellschaften	49
Gruppengewinn	1 295
Anteile Dritter am Gewinn	–182
Reingewinn	1 113

PHILIPS

Neue US-Corporations zu verkaufen

4 bis 6 Wochen oder sofortige Übernahme.
Telefon:
Frankfurt: 0 69 / 25 55 66
München: 0 89 / 39 11 55
Berlin: 0 30 / 8 02 90 78

Team übernimmt für Sie Musterschau

Lager u. Auslieferung, techn. Kundendienst kann übernommen werden. Neue beheizte Stahlhalle, 230 m², ebenerdig, mit allen Anschlüssen sowie Büropersonal steht zur Verfügung.
Kontaktaufnahme unter:
Telefon 0 21 95 / 29 12

GROSSBRITANNIEN

Im Ruhestand leb. Direktor in leitender Position einer weltweit bekannten Londoner Privatbank mit den wirtschaftl. Gegebenheiten d. Landes bestens vertraut, perfekte Deutschkenntnisse in Wort u. Schrift, mit besten Referenzen bei führenden Anwälten u. Steuerberatern, unterstützt Sie bei: der Beschaffung von Information, Kontaktanbahnungen u. Domizilvertretungen usw.

Anfragen: John Acheson Esq, Blackthorn Cottage, Highfield Road, WEST BYFLEET, Surrey, KT14 6QX, England

Expansionsorientierte Generalvertretung für

Modeschuhe

(dt. und holländ. Raum), sucht regional arbeitende freie Handelsvertreter bei großzügigster Verdienstmöglichkeit. Fach- und Branchenkenntnisse von Vorteil.
Fa. Isar-Handelskontor
Tel. 0 89 / 8 12 86 48
Mo. bis Fr. 14 bis 18 Uhr

Dynamisches Ing.-Büro für Elektrotechnik mit langjähriger Erfahrung in Planung von Industrie, Verwaltung und Wohnungsbauten, übernimmt die Vertretung von Elektroartikeln für den Großraum Düsseldorf.
Angeb. u. X 1460 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kleine Exportfirma

zu übernehmen gesucht, mögl. nordd. Raum.
Angebote unter Y 1505 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Qualitätsdrucke aus Niederbayern

Drucken Sie nicht länger rum!

Fragen Sie an, was bei uns Ihre Drucksachen kosten (mittlere und große Auflagen) Sie werden staunen!
I + B Druckservice
Postfach 206, 8340 Pfarrkirchen
Tel. 0 85 61 / 60 07 - 8

Zur Verstärkung des Verkaufs suche ich für eine größere Unternehmensgruppe

Vertriebsgruppen

aus dem Anlagesektor. Das Angebot geht über solide Bauträgermodelle bis zur Finanz- und Vermögensberatung, unterstützt durch erstklassige EDV-Programme. Kundentermine und interessante Provisionen. Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf.
W. Barg, Grafenberger Allee 99
4000 Düsseldorf 1

SOUTH AFRICA. Vielseitiger Kfm., 44 J., geht 8/85 nach SA und ist dort gern für Sie tätig. Ang. u. W 1459 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Freier Handelsvertreter

übernimmt noch Vertretungen technischer Produkte im PLZ-Geb. 27/28/29.
Angebote erbeten unter X 1504 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Eine wirksame Absicherung gegen US-Dollar-Währungsrisiken: Börsennotierte Währungsoptionen

In den USA werden Kauf- und Verkaufsoptionen auf die wichtigsten Weltwährungen gehandelt.

Damit können im Ausland engagierte Unternehmen, aber auch private Anleger z. B. ihr DM/Dollar Risiko absichern, ohne dabei völlig auf eventuelle Wechselkursgewinne verzichten zu müssen.

Währungsoptionen bieten darüber hinaus noch viele andere Verwendungsmöglichkeiten.

Ein Merrill Lynch Berater kann Ihnen helfen, diese Optionen für Ihre individuellen Zwecke richtig einzusetzen. Verschaffen Sie sich einen ersten Überblick über dieses wichtige Währungs-Instrument mit unserer deutschsprachigen Broschüre.

Merrill Lynch
Mehr als nur eine Investmentbank auf dem US-Kapitalmarkt.

Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:

4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Tel. 0211/45810
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Tel. 069/71530
2000 Hamburg 1 · Paulstraße 3 · Tel. 040/321491
8000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Tel. 089/230360
7000 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Tel. 0711/22200

Erbitte Informationen über Währungsoptionen
Name
Straße
Ort
Telefon
W/A2

Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!

IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH Tel. 02 28
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1 2 69 04 51

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★

FORDERUNGSANKAUF

(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Neu, neu! Makler und Sachverständiger für Orientteppiche vermittelt Teppiche aus aller Welt von namhaften Importeuren gegen eine Vermittlerprovision von 10%. Anfragen bitte unter Roland Rudolf, Mittlere Berger Heide 9, 5600 Wuppertal, Tel. 02 02 / 7 28 12.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marie Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 - 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

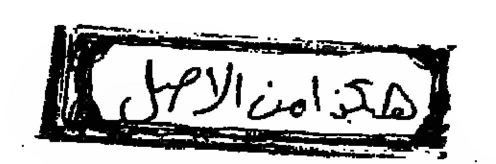
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Türkei – Kassen – Postbearbeitungsmaschinen – Großforschungseinrichtungen – Kabelmetal Electro – 3M – Thyssen Henschel



Am Schlußtag der Hannover-Messe hagelte es noch einmal Superlative. Die größte Industriemesse der Welt, die in dieser Zusammensetzung nicht mehr stattfinden wird, erwies sich als der erwartete internationale Technologie-Gipfel. Aber auch der geschäftliche Erfolg läßt keine Wünsche offen. Sprecher aller in Hannover vertretenen Branchen überschlugen sich förmlich bei der Beurteilung der erzielten Ergebnisse und der daraus resultierenden weiteren Entwicklung. In besonderem Maße gilt das für die Büro- und Informationstechnik, die von Zuwachsraten von 20 bis 30 Prozent ausgeht. Die Elektroindustrie beobachtet verstärkt einen Trend zu höheren Investitionen im Inland; der mögliche Exportrückgang dürfte dadurch kompensiert werden. Voll im Konjunkturwind befindet sich nach wie vor die Meß- und Automatisierungstechnik; auch der Maschinenbau hat längst Anschluß an frühere gute Jahre gefunden. Mit zwei neuen Fachmessen, „Industrie-Automation" und „Neue Werkstoffe" will die Hannover-Messe 1986 ihre Stellung in diesen Bereichen stärken. (dos.)

Trend zu Systemlösungen

Vor allem im Bereich der Bürokommunikation läßt sich ein immer stärkerer Trend hin zu Systemlösungen erkennen. Otto Walter Uhl, bei der 3M Deutschland GmbH zuständig für den Bereich Büro-Informationssysteme, wies auf der Hannover-Messe darauf hin, daß Einzelprodukte kaum noch gefragt sind. Davon betroffen seien alle Bürobereiche. Seit einiger Zeit beobachte 3M die weitergehende Entwicklung weg vom „Insel-System" mit der Schreibmaschine als Zentrum; bevorzugt werde die Vernetzung etwa von Verwaltungsgebäuden.

Auch dabei wird es nach den Worten Uhls nicht bleiben. Bereits heute lasse sich absehen, daß die weitflächigere Vernetzung (etwa der Anschluß einzelner Produktionsbetriebe und der Auslieferung) das nächste Ziel bildet. 3M habe zum Beispiel das Verwaltungsgebäude von BMW in München mit einem solchen Breitbandnetz ausgerüstet.

Wesentlicher Bestandteil dieser Technik sei die Entwicklung eines Modems, das kompatibel auch für den Einbau in andere Systeme ist. Das Interesse im Markt sei beachtlich. Nachdrücklich sprach sich Uhl für das neue Konzept der Messe-AG aus, das die Verselbständigung des Cebit-Bereichs vorsieht. (dos.)

Glasfaser wird forciert

Die mehrheitlich zur französischen Cable de Lyon gehörende Kabelmetal Electro GmbH, Hannover, wird sich nach den guten Erfahrungen auf der Hannover-Messe verstärkt in den Bereichen Video-Konferenz und Bildfernsprechen engagieren. Das Unternehmen ist nach den Worten von Geschäftsführer Erhard Falk als erster privater Teilnehmer in Niedersachsen für den Video-Konferenzdienst an die Breitbandvermittlungsanlage in Hannover angeschlossen worden. Die Technik sei auf beträchtliches Interesse gestoßen. Falk rechnet bis 1987 mit rund 100 Teilnehmern in der Bundesrepublik. Künftig will Kabelmetall Electro auch die benötigten Konferenzstudios anbieten.

Die Kabelverbindungen zwischen den auf der Messe gezeigten Video-Konferenzen bestehen aus Lichtwellenleiterkabeln, die mit Leitungsendgeräten für 140 Megabit pro Sekunde ausgerüstet sind. Das Unternehmen hat bereits 1984 in Berlin eine 18 km lange Glasfaserstrecke mit vier Einmodem-Fasern an die Bundespost übergeben und auch Leitungsendgeräte für 565 Megabit geliefert. Vor diesem Hintergrund will Kabelmetal die Glasfaserproduktion und die dazugehörende Technik weiter ausbauen. Derzeit würden Verhandlungen über den Einstieg in ein Glasfaser-Konsortium geführt. (dos.)

Der umworbene Handel

Rund 40 verschiedene Unternehmen bieten auf der Hannover-Messe Registrierkassen an, angefangen von der kleinen elektronischen Stand-alone-Kasse bis hin zu leistungsfähigen Datenkassen, die als Terminals im Netzverbund von Warenwirtschaftssystemen einzusetzen sind. Fast zwei Drittel der Anbieter sind japanische Unternehmen, aber auch manches Modell der europäischen und der amerikanischen Anbieter sind mit Bauelementen aus dem Fernen Osten bestückt. Echte Chancen auf dem heimischen Markt können sich dabei vor allem die Anbieter ausrechnen, die neben leistungsfähiger Hardware auch spezifische Systemsoftware anzubieten haben.

Nicht zu übersehen ist dabei, daß die fortschreitende Konzentration im Handel die Nachfrage nach Systemen steigen läßt, mit denen den unterschiedlichen Belangen der Filialunternehmen entsprochen werden kann, die in ihrer Organisation sowohl über nachbarschaftsorientierte Supermärkte als auch über großflächige SB-Warenhäuser verfügen.

Auf diesem Markt dürften wie in jüngster Vergangenheit vor allem solche Unternehmen zum Zuge kommen, die neben dem erforderlichen Know-how im EDV-Bereich und der genauen Kenntnis der Marktanforderungen auch eine schlagkräftige Vertriebs- und Kundendienst-Organisation zu bieten haben. Dazu gehören derzeit in erster Linie Computerhersteller wie IBM und Nixdorf sowie die traditionellen Kassenhersteller wie ADS-Anker und NCR.

Chancen dürfen sich jedoch auch die beiden Amerikaner DC/DTS und Sweda ausrechnen. DC/DTS gehört jetzt nach einem nicht befriedigenden mehrjährigen Intermezzo bei Olivetti zum US-Halbleiterhersteller National Semiconductor. Die bisherige Litton-Tochter Sweda, dürfte in Kürze in den Mehrheitsbesitz des britisch-skandinavischen Herstellers Hugin übergehen. Außenseiterchancen unter den Japanern darf man vor allem Omron, Sharp und TEC einräumen, hinter denen große Elektronik-Konzerne stehen.

Das Leistungsniveau der elektronischen Datenkassen ist bei nahezu absoluter Preisstabilität weiter gestiegen. Der über Lautsprecher akustisch verkündete Artikelpreis mag zwar noch als Spielerei angesehen werden, nicht jedoch eine für Duty-free-Shops entwickelte Kasse, die Zahlungen in 14 Währungen registriert und die Bonität von Kreditkarten durch Online-Rückfrage in der Zentrale der Ausgeber überprüft. Die Hannover-Messe demonstriert auch in diesem Bereich, wie weit die technologische Entwicklung bereits fortgeschritten ist.

HEINZ HILDEBRANDT

Alle Ziele erreicht

Über Erwarten positiv ist die Hannover-Messe für die 144 türkischen Aussteller, die in diesem Jahr die „Partnerland"-Beteiligung verkörperten, verlaufen. Nach den Worten des Ausstellungs-Koordinators, Ertugru Önen, sind die Ziele in allen Bereichen erfüllt und übertroffen worden. Vorrangig ging es der Türkei darum, die industrielle Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, das Interesse ausländischer Investoren zu wecken und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu fördern.

Nach einer ersten Umfrage wurden während der achttägigen Messe Aufträge mit einem Gesamtvolumen von über 50 Mill. DM erteilt. Schwerpunktbereiche waren dabei allerdings Produkte, die nur bedingt zum Angebot der Industrieschau gehören, nämlich Keramikerzeugnisse und Glaswaren. Aber auch Installationsmaterial, Rohstoffe und Zuliefererprodukte für die Automobilindustrie seien geordert worden.

Von konkreten Angeboten für Kooperationen oder Joint Ventures berichteten 26 türkische Aussteller. Zahlreiche Kontakte mit Interessenten aus den EG-Ländern, dem Mittleren Osten und Skandinavien ließen auf ein gutes Nach-Messe-Geschäft hoffen. Die Zufriedenheit der beteiligten Firmen schlage sich in der Zusicherung nieder, auch 1986 nach Hannover zu kommen. Fast achtzig Prozent der befragten Aussteller hätten diese Absicht, erklärte Önen, obwohl staatliche Mittel für diesen Zweck dann nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Im kommenden Jahr wird die Partnerland-Idee trotz der neuen Messe-Konzeption fortgesetzt. Mit Bulgarien wird im April 1986 zum erstenmal ein Ostblockland seine Visitenkarte in Hannover abgeben.

DOMINIK SCHMIDT

Innovationsmarkt Technik

Die Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik bilden eine wichtige Brücke zwischen der Hochschulforschung und der industriellen Fertigung. In diesem Jahr sind erstmals alle 13 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGV) auf dem „Innovationsmarkt Forschung und Technologie" vertreten.

Sie präsentieren mit etwa 40 Exponaten wichtige Ergebnisse ihrer Forschungstätigkeit. Das diesjährige Schwerpunktthema „Beschleuniger – eine Herausforderung für Forschung und Industrie" bezeichnete der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Hans Wolfgang Levi, als Beispiel für einen technologischen Bereich, in dem die deutsche Industrie Spitzenleistungen erbringe.

Mit 20 000 Mitarbeitern und einem für das laufende Jahr veranschlagten Forschungspotential von 2,05 Milliarden Mark stellt die AGV das größte geschlossene Forschungspotential in der Bundesrepublik dar. Etwa 60 Prozent der jährlichen Gesamtaufwendungen entfallen nach Angaben von Levi auf die „klassischen" Aufgabengebiete der Grundlagenforschung, die Energieforschung, die Grundlagenforschung mit Großgeräten und die Weltraumforschung.

Rund 25 Prozent seien der Forschung im Dienste staatlicher Vorsorgeleistungen wie zum Beispiel der Umweltforschung und etwa 15 Prozent den neuen Technologien wie der Biotechnologie und der Kommunikationstechnik vorbehalten. „Gerade diesen letzten Bereich sollten wir uns bemühen, noch zu steigern", sagte Levi.

Als groß bezeichnete der Vorsitzende den Anteil der Forschungsergebnisse, die jährlich von der Industrie absorbiert würden. Die Kontakte mit der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen werden nach seinen Worten von Industrieunternehmen aller Größenordnungen gleichmäßig wahrgenommen und erstrecken sich auf die Gesamtheit der technologischen Gebiete.

SABINE SCHUCHART

Transrapid-Trasse komplettiert

Mit der Entscheidung des Bundesforschungsministeriums, die Versuchsstrecke für die Magnetschwebebahn „Transrapid" im Emsland durch den Bau der Südschleife zu komplettieren und so einen geschlossenen Rundkurs zur Verfügung zu stellen, ist das Projekt in seinem Stellenwert weiter gefestigt worden. Hans-Richard Hippenstiel vom Konsortialführer Thyssen Henschel geht davon aus, daß die Trasse (Kosten: 150 Mill. DM) zum Jahreswechsel 1986/87 fertiggestellt sein wird.

Hippenstiel weist darauf hin, daß für den Technik-Teil mit der „TR 07" von Thyssen Henschel eine neue Konzeption entwickelt wird. Die geordnete Betriebsaufnahme sei für August vorgesehen. Mit aussagefähigen Ergebnissen rechnet Hippenstiel in etwa drei Jahren. Hippenstiel glaubt nicht an eine Realisierung der Strekkcke Hannover–Berlin; eine Verbindung vom Ruhrgebiet etwa nach Kassel sei sehr viel praxisnäher. (dos)

Noch großes Potential

Etwa die Hälfte des Portoaufkommens der Deutschen Bundespost wird über Frankiermaschinen erzielt, ein seit Jahren nahezu konstanter Anteil. Bei einem geschätzten Marktpotential von rund 400 000 Geräten zur rationellen Postbearbeitung sind derzeit erst 228 000 eingesetzt, von denen mehr als 100 000 veraltet und abgeschrieben sind. Auf diesen Fakten beruht der Optimismus, mit dem die Hersteller dieser Geräte ihre zukünftigen Marktchancen beurteilen.

Nach ihrer Meinung wird zumindest mittelfristig der private Postverkehr und auch der zwischen Wirtschaft und Privaten in der bisher üblichen Weise abgewickelt werden. Bei der Technologie der Postbearbeitungsmaschinen spielen allerdings elektronische Bauelemente eine immer stärkere Rolle. Die auf dieser Basis arbeitenden Geräte werden in absehbarer Zeit die bisher noch weitgehend eingesetzten mechanischen Geräte ablösen.

Marktführer sind in der Bundesrepublik die beiden zur DeTeWe-Gruppe gehörenden Anbieter Frankotyp GmbH, Berlin, und Postalia GmbH, Offenbach, deren gemeinsamer Marktanteil nach eigenen Angaben bei mehr als 70 Prozent liegt. Ihr Gesamtumsatz überstieg 1984 nach einem Plus von 6 Prozent erstmalig die 100-Millionen-DM-Marke. Erheblich verbesserte sich dabei der Exportumsatz, der bereits 40 Prozent zu den Erlösen beisteuerte.

Der Umsatz auf dem amerikanischen Markt verdoppelte sich sogar. Hier haben sich die deutschen Anbieter inzwischen eine interessante Marktnische sichern können, während sie auf dem japanischen Markt sogar eine führende Position einnehmen.

Von der Einführung neuer kleiner elektronischer Frankiermaschinen, die in Hannover erstmalig vorgestellt wurden, verspricht man sich weitere Impulse, nachdem im ersten Quartal 1985 bereits ein Umsatzplus von 15 Prozent erzielt wurde. Auch die direkten Messeabschlüsse liegen erheblich über den Vorjahreswerten.

HEINZ HILDEBRANDT



Der Dollar verunsicherte

Dornier-Beteiligung ließ Daimler-Kurs steigen

DW. – Die wegen des scharfen Dollaranstiegs erwartete Nachfrage nach exportintensiven Aktien blieb an der Mittwochbörse noch aus. Die als Folge der Dollarbefestigung leicht nachgebenden Rentenkurse schlugen sich bei den Bankaktien teilweise in gesunkenen Notierungen nieder. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Daimler, wo die Übernahme von 65 Prozent des Dornierkapitals für Phantasie sorgte. In Börsenkreisen ist man der Meinung, daß Daimler allmählich als Hochtechnologieunternehmen eingestuft werden muß.

Von den Autowerten zogen auch Porsche deutlich an. Hier scheint der gestiegene Dollar gewirkt zu haben. BMW und VW traten dagegen auf der Stelle. Vermutungen, wonach der Rückgang der Pkw-Neuzulassungen nicht allein auf die Umweltdebatte zurückzuführen sein soll, sondern auch mit sinkenden Konsummöglichkeiten breiter Bevölkerungskreise zu tun hat, scheinen die Zurückhaltung gegenüber diesen Papieren hervorgerufen zu haben. Bei den Banken fiel die anhaltende Nachfrage nach Papieren der Dresdner Bank auf, die jedoch auch auf der bisherigen Kursbasis befriedigt werden konnte. Im Chemiebereich blieben die Dividendenanhebungen bei BASF und Hoechst ohne Auswirkungen auf die Kurserholung. Bei Beiersdorf wurden die Käufe zu Kursen fortgesetzt, die leicht unter denen des Vortages lagen. Hier scheint Auslandsinteresse vorzuliegen. Zu einem neuen Höchstkurs kamen Harpener.

Frankfurt: AEG gaben um 0,80 DM nach, Bayer verminderten sich um 0,20 DM und BMW sanken um 3 DM. BASF konnten sich um 0,20 DM verbessern, Daimler zogen um 15 DM an und Hoechst stiegen um 0,80 DM an.

Düsseldorf: Audi NSU und Dt. Atlanten verminderten sich je um 5 DM und Zanders gaben um 2 DM nach. Ravensberger Spinne zogen um 10 DM an und Scheidemandel befestigten sich um 2 DM.

Hamburg: Um je 3 DM zurückgenommen wurden Beiersdorf sowie Markt- und Kühlhallen. Gewinne erzielten Triton mit plus 3,50 DM und Hapag Lloyd mit plus 2,50 DM. HEW lagen bei minus 0,10 DM kauf verändert.

Berlin: Berliner Elektro wurden um 5,30 DM, Detewe um 5 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM heraufgesetzt. Berthold schwächten sich um 29,50 DM und Dt. Hypobank Berlin um 12,50 DM ab. Herlitz St. lagen um 2 DM und Bekula um 1,30 DM leichter.

München: Aigner verminderten sich um 2 DM, Audi AG büßten 4 DM ein und Deckel AG fielen um 0,80 DM. AKS befestigten sich um 0,50 DM, Heilitt stiegen um 4 DM und NAK Stoffe um 1 DM an.

Stuttgart: Daimler setzten ihre Aufwärtsbewegung um 14,50 DM fort, Mercedes stiegen um 12 DM und Prosche verteuerten sich um 40 DM. Aesculaß stockten um 12,50 DM auf und Kolbenschmidt legten 1,50 DM zu.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex: 179,4 (179,5)
WELT-Umsatzindex: 5010 (5096)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 24. 04. 85
1095 Optionen = 62 180 (65 050) Aktien, davon 253 Verkaufsoptionen = 14 800 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-110/7,4, 7-120/2,75, 10-110/11,4. BASF 7-179,65/28,8, 7-190/19,4, 7-199,65/13, 7-200/12,6, 7-210/7,4, 7-220/3,5, 7-230/1,9, 7-240/1,5, 10-190/28, Bayer 7-190/40, 7-190/30, 7-200/10, 7-220/6, 7-230/4, 7-240/2, 10-200/29,5, Bay. Hypo 1-360/8, 10-370/9,2, Bekula 10-95/5,5, BMW 7-420/2,8, 10-400/10, 10-410/5, Commerzbk. 7-170/9,3, 7-180/4, 7-190/1,6, 10-170/15, Conti 7-120/18,4, 10-130/11, 10-150/3, 10-140/13,5, 10-160/7, Daimler 10-700/41, 10-760/15, Dt. Babcock Vz. 7-170/5, Deutsche Bk. 7-480/13,5, 7-490/9, 7-500/3,1, 10-510/11, Dresdner Bk. 7-186,5/27, 7-196,5/16,6, 7-200/16,1, 7-210/10,2, 7-220/6,5, 7-230/3,1, 10-196,5/23,5, Hoechst 7-200/10,5, 7-230/4,2, 10-210/20, Hoesch 7-110/5, 7-120/2,5, 10-110/7,6, Karstadt 10-220/11,3, Kaufhof 7-230/10, 10-250/8,5, Klöckner 7-75/3, 7-80/1,9, 7-85/1, 10-75/5, Lufthansa St. 7-200/5, Mercedes 7-549,5/49, Mannesmann 7-160/11, 7-170/5,5, 7-180/1, 10-160/12, RWE St. 7-160/3,5, 10-160/6,7, 10-160/10,4, 10-170/3,8, RWE Vz. 10-160/6, Schering 10-480/15, Kali + Salz 10-270/10, Siemens 7-580/8,5, 7-590/4,2, 10-540/49, Thyssen 7-100/6,5, 7-110/2,1, 10-95/14, Veba 7-200/7,6, 10-180/13,5, 10-190/3,9, 10-200/2,4, 10-190/11,6, VW 7-200/16, 7-210/8,1, 7-220/5, 7-240/1,7, 10-210/10, Alcan 7-80/3,05, 10-80/6,4, 10-85/3, 10-90/2,0, 10-80/6,9, 10-90/4, Chrysler 7-120/3,3, Eli 7-60/3, General Motors 10-240/12,4, 10-250/8, IBM 7-400/20,7, 7-410/20, 7-420/12, 7-430/9, 10-460/10, Norsk Hydro 7-35/5,5, 7-40/1,5, 10-40/4, Philips 10-55/5, Sony 10-60/2, Sperry 10-170/5, Xerox 7-150/3,4. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-110/2, 10-110/2,7, 10-120/9,7. BASF 7-200/2, 10-200/3,2, 10-210/10, 10-200/3,1, 10-210/10,6, Bayer 7-210/2,5, 10-210/4,7, 10-200/3, BMW 7-370/8,2, 10-340/2,1, Commerzbk. 7-170/1,5, 10-170/2,5, 10-170/4,6, Conti 10-140/5,2, 10-130/3,2, 10-140/6,9, Daimler 7-660/10, 7-670/17,8, 10-630/8,1, 10-650/9, 10-660/12, Deutsche Bk. 7-440/1,5, 7-460/4,4, 10-420/1,5, 10-450/6, Dresdner Bk. 10-190/2,1, 10-200/4, 10-210/9,4, 10-200/4,5, Harpener 10-310/2,5, 10-310/4,1, Hoechst 7-210/2, 10-210/4, Hoesch 7-110/3, 10-100/2,4, 10-110/5, Klöckner 7-75/4,5, 10-70/2,4, Lufthansa St. 10-190/8,4, Mercedes 10-570/11,4, Mannesmann 7-160/1,4, 10-160/2,15, RWE St. 10-100/3,6, Schering 7-460/9, Kali + Salz 7-240/3,9, Siemens 7-520/3, 10-480/1,5, 10-520/8,8, 10-490/4, 10-500/5,4, 10-510/7,4, Thyssen 7-100/1,95, 10-95/1,2, 10-100/2,5, Veba 10-180/2, 10-180/3, VW 7-200/3, 10-200/4,2, Chrysler 7-100/1,5, 7-110/4, 10-100/2, IBM 7-380/11,2, 10-380/7, 10-380/10, Litton 7-220/11, 10-200/5, Norsk Hydro 7-40/1,6, Sony 7-55/3,8, Sperry 10-150/8, Unilever 10-300/6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 4. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅛– 8½	5⅝–5⅞	5 –5¼
3 Monate	8½– 8⅝	5¾–6	5¼–5½
6 Monate	8⅞– 9⅛	5⅞–6⅛	5½–5¾
12 Monate	9⅝– 9¾	6⅛–6⅜	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1410,00	1789,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1230,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	701,10
1 £ Sovereign alt	230,00	285,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,25	283,88
20 belgische Franken	178,25	231,71
10 Rubel Tscherwonez	241,25	302,39
2 südafrikanische Rand	225,50	278,73
Krüger Rand, neu	1018,75	1207,23
Maple Leaf	1018,75	1201,28
Platin Noble Man	887,50	1051,85

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	234,00	295,26
20 schweiz. Franken „Vreneli"	174,25	227,15
20 franz. Franken „Napoléon"	177,50	230,86
100 österr. Kronen (Neuprägung)	940,50	1136,01
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,25	236,27
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,50	128,25
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,75	533,24
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 4. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankaufs-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York¹)	3,1235	3,1315	3,0762	3,04	3,14
London¹)	3,849	3,863	3,800	3,79	3,94
Dublin¹)	3,124	3,138	3,079	3,05	3,20
Montreal²)	2,2940	2,3020	2,2525	2,21	2,31
Amsterd.	88,300	88,520	88,155	87,50	89,50
Zürich	119,900	120,100	120,39	119,00	121,75
Brüssel	4,957	4,977	4,916	4,84	5,04
Paris	32,710	32,870	32,383	32,00	33,75
Kopenh.	27,795	27,915	27,60	27,00	28,75
Oslo	34,645	34,765	34,105	33,75	35,50
Stockh.**)	34,430	34,580	33,805	33,50	35,25
Mailand²) **)	1,559	1,569	1,538	1,53	1,63
Wien	14,208	14,248	14,182	14,12	14,28
Madrid**)	1,788	1,798	1,755	1,75	1,87
Lissabon**)	1,790	1,810	1,663	1,43	2,25
Tokio	1,2455	1,2485	–	1,20	1,26
Helsinki	47,970	48,170	47,175	47,00	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,295	2,349	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0465	2,0675	–	1,91	2,03
Johannesbg.*)	1,5995	1,6185	–	1,57	1,62

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Widerstandsfähigkeit des US-Dollars am Vortag, nachdem unerwartet hohen Orderrückgang für langlebige Wirtschaftsgüter um 2,3 Prozent in den USA, leitete über in einen Kursanstieg an den Übersee-Märkten bis 3,1150. Die Äußerung des FED-Chefs Volcker, daß es wenig Raum für eine Zinssenkung gäbe, hatte dabei maßgeblichen Kurseinfluß. Nach zögerlichem Beginn in Europa innerhalb eines Kursbandes von 3,0880 und 3,1050 brach der Kurs am 24. 4. im weiteren Verlauf bis knapp 3,14 aus. Am frühen Nachmittag pendelten die Notierungen um den amtlichen Mittelkurs von 3,1275. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen mußte die DM überwiegend Kursverluste hinnehmen. Die Ausnahmen bildeten der Schweizer Franken mit 120,00 (Vortag 120,85) und die italienische Lira mit 1,564 (1,565). US-Dollar in: Amsterdam 3,5410; Brüssel 63,11; Paris 9,5600; Mailand 2004,00; Wien 21,9630; Zürich 2,6063; Ir. Pfund/DM 3,131; Pfund/Dollar 1,2329; Pfund/DM 3,856.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 23. April: in D-Mark 2,23601 (Parität 2,241841; in Dollar 0,747330 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 23. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 10,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Um ¼ Prozent befestigte Euro-Dollar-Deports bewirkten am Terminmarkt eine Vergrößerung der Termin-Abschläge für Dollar gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,78/0,68	2,15/2,05	4,65/4,45
Pfund/Dollar	0,48/0,46	1,21/1,17	1,92/1,87
Pfund/DM	3,00/1,60	6,90/5,50	12,2/10,8
FF/DM	22/6	47/31	85/65

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 4.: Tagesgeld 5,70–5,80 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 4.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 4.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00)–6,50 (7,00)–7,00 (7,50)–7,25 (8,00)–7,50 (8,25)–8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00)–5,73 (5,97)–6,12 (6,45)–6,38 (6,80)–6,55 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,88, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,80, Rendite 7,10.



FINANZANZEIGEN

De Beers

Kurzfassung des Berichts von Julian Ogilvie Thompson für das Geschäftsjahr 1984



Nach 27 Jahren trat Harry Oppenheimer sein Amt als Chairman an Julian Ogilvie Thompson ab, blieb aber Mitglied des Vorstands. Nicholas Oppenheimer wurde zum stellvertretenden Chairman ernannt.

Kurz nach seinem 50jährigen Jubiläum als Direktor legte Harry Oppenheimer Ende 1984 seine Position als Chairman von De Beers nach 27 jähriger Amtszeit nieder. Sir Ernest, sein Vater und Vorgänger, war 31 Jahre lang Mitglied des Vorstands und, abgesehen von 3 Jahren, Chairman. Nur wenige Unternehmen können solch eine bemerkenswerte Leistung von Vater und Sohn aufweisen.

Unter der Leitung von Harry Oppenheimer erlebte De Beers einen gewaltigen Aufschwung, und dank einer Diversifizierung in andere Unternehmensbereiche konnte die schwerste Krise der letzten 50 Jahre – wie Mr. Oppenheimer es ausdrückte – finanziell unbeschadet durchgestanden werden.

Rekordumsätze bei Schmuckdiamanten

Trotz der Rekordumsätze des Einzelhandels bei Diamantschmuck blieb die Lage auf dem Markt für Rohdiamanten auch 1984 recht schwierig. Mit US $1.613 Mio lagen die Umsätze in der für das Diamantgeschäft maßgeblichen Währung nur um ein Prozent über den Vorjahresergebnissen.

Das erste Halbjahr 1984 verlief – mit einer Umsatzsteigerung von 7% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres – recht ermutigend. Da sich die Situation in den Schleifzentren in der zweiten Jahreshälfte jedoch verschlechterte, fielen auch die Umsätze der CSO rapide. Dafür gibt es drei Hauptgründe: Erstens führte der anhaltende Aufwärtstrend des amerikanischen Dollars zu einer effektiven Preissteigerung in anderen Teilen der Welt. Zweitens verhielten sich die Banken angesichts ihrer im Diamantgeschäft erlittenen Verluste bei der Kreditvergabe sehr zurückhaltend und verstärkten somit den finanziellen Druck auf einige Schmuckhersteller und -händler. Drittens gab es auf dem Antwerpener Markt ein überhöhtes Angebot an importierten geschliffenen Steinen, das durch den kritischen Zeitpunkt und das Preisniveau negative Folgen für alle Schleifzentren hatte.

Die CSO setzt ihre Stabilisierungspolitik fort

Die CSO setzte daher ihre Stabilisierungspolitik fort und hielt größere und hochwertigere Rohdiamanten zurück. Die Lagerbestände der Unternehmensgruppe stiegen dennoch effektiv nur geringfügig um R 191 Mio an.

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Marktverhältnisse halte ich die im letzten Jahr erzielten Geschäftsergebnisse für zufriedenstellend. Die zurechenbaren Gewinne, ohne Berücksichtigung zurückbehaltener und außerordentlicher Erträge verbundener Unternehmen, stiegen um 8% auf R332,5 Mio, oder 92,4 Cents pro Aktie. Bei Einbeziehung unseres Anteils an den zurückbehaltenen Gewinnen bei Beteiligungen erhöhten sich die Erträge um 28% auf R677,7 Mio oder 188,4 Cents pro Aktie. Unser Anteil an den außerordentlichen Erträgen verbundener Unternehmen betrug R56,2 Mio zu R5,7 Mio im Vorjahr. Auf die Stammaktien entfiel, wie 1983, eine Dividendenausschüttung von insgesamt R 143,9 Mio oder 40 Cents pro Aktie.

Das Nettoumlaufvermögen stieg um R 185 Mio auf R282 Mio und die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten um R465 Mio, was einer scheinbaren Nettoerhöhung von R280 Mio entspricht. Diese Summe liegt jedoch unter der vorjährigen Kreditaufnahme, die – wäre der Saldovortrag bei Umlaufvermögen und Verbindlichkeiten nach dem Rand/Dollar-Kurs Ende 1984 errechnet worden – einen Anstieg um R349 Mio bedeutet hätte. Der der Unternehmensgruppe eingeräumte Kreditspielraum wurde nicht voll ausgenutzt.

Investitionen außerhalb der Banken läßt auf eine derzeitige knappe Lagerhaltung in den Schleifzentren schließen. Auch Schmuckhersteller und Juweliere haben ihre Lagerbestände erheblich reduziert. Wenn der weltweite Wirtschaftsaufschwung einsetzen wird, sind die Weichen für einen erneuten

Aufwind auf dem Markt für Rohdiamanten-Rekordumsätze beim Einzelhandel

Diamantindustrie stiegen um R409 Mio auf R3.687 Mio (1.024 Cents pro Aktie) und führten zu Erträgen in Höhe von R 183 Mio, verglichen mit R 162 Mio im Vorjahr.

Der wirtschaftliche Aufschwung in den USA brachte dem Schmuckeinzelhandel 1984 ein Umsatzplus von nicht weniger als 19%. Außerhalb der Vereinigten Staaten stiegen die Umsätze in nationaler Währung jedoch im Durchschnitt geringfügig an. Insgesamt haben die Verbraucher aber mehr Diamantschmuck erworben als je zuvor und die Einzelhandelsumsätze weltweit – auf Dollar-Basis – um ca. 6% steigen lassen. Demzufolge lag der Absatz gefaßter Steine wiederum erheblich über dem Umsatz der an die Schleifzentren verkauften Rohdiamanten – eine Folge der CSO-Politik, das Angebot optimal auf die Nachfrage abzustimmen und so die Lagerbestände in der Pipeline zum Endverbraucher entsprechend zu reduzieren.

Das hohe Ansteigen unserer Diamantvorräte von US $936 Mio im Jahre 1980 auf US $1.950 Mio 1984 ist die Quintessenz unserer Marketingstrategie, die Lagerbestände in der Branche abzubauen. Wir schätzen, daß in diesen fünf Jahren, die Lagerbestände in den Schleifzentren um fast US $5 Mrd, d.h. um das Fünffache des Anstiegs unserer Diamantvorräte, zurückgegangen sind. Die geringe Kreditvergabe bei den

Aufwärtstrend bei Rohdiamanten gestellt.

1985 behielt die CSO während der ersten drei Sichten ihre Politik der selektierten Zuteilung bei. Während dieser Sichten konnte ein sehr erfreuliches Interesse an einem breiteren Diamant-Angebot und ein verstärkter Absatz größerer Steine festgestellt werden.

Der Gesamtumsatz wurde jedoch negativ beeinflußt durch den Entschluß indischer Händler, im Februar wegen finanzieller Auseinandersetzungen mit den Behörden in Bombay, keine Rohdiamanten nach Indien zu importieren. Es bleibt abzuwarten, ob die der CSO dadurch entstandene Umsatzeinbuße im Laufe des Jahres wieder wettgemacht werden kann.

Ein Ovalschliff feinster Qualität

Auch auf industriellem Sektor war 1984 wiederum ein gutes Jahr. Die Umsätze an natürlichen Diamantkörnungen zeigten einen erfreulichen Anstieg, während Industriediamanten für Bohrkronen weiterhin von der Rezession im Bergbau betroffen waren. Bei synthetischen Diamantkörnungen und polykristallinen Diamantprodukten, die 1983 in den USA die US $100 Millionen-Marke überschritten hatten, konnten im letzten Jahr Umsatzsteigerungen von 15% erzielt werden. Dank neu entwickelter Technologien in unserem Diamantforschungslaboratorium stieg die Rentabilität in den Diamantherstellungsstätten der Gruppe weiter an. Das Marktpotential für synthetische und natürliche Diamantkörnungen und Diamanten für Bohrkronen liegt – nach unserer Schätzung – in den nichtkommunistischen Ländern zur Zeit bei ungefähr 150 Mio Carat jährlich.

Die steigende Nachfrage nach Industriediamanten in allen Branchen, mit Ausnahme großer Steine für Bohranwendungen, ist besonders ermutigend im Hinblick auf das Potential an natürlichen Industriediamanten der Argyle-Mine in Australien, die zum Jahresende ihre volle Kapazität erreichen wird. Wir entwickeln zur Zeit Marketingpläne zum Absatz der Argyle-Produktion und haben unsere Forschung nach neuen Verwendungsmöglichkeiten für natürliche Diamantkörnungen intensiviert.

Eine einheitliche Lohnstruktur

Vor ungefähr sechs Jahren wurde eine einheitliche Lohn- und Gehaltspolitik in allen von der Unternehmensgruppe betriebenen Minen in Südafrika und Südwestafrika/Namibia eingeführt und seither beibehalten. Den Arbeitern und Angestellten auf allen Hierarchieebenen angebotenen und von ihnen auch genutzten vielseitigen Trainings- und Fortbildungsmöglichkeiten haben zu weiteren Fortschritten beim Einsatz und der Förderung der Mitarbeiter nach ihrer individuellen Leistungsfähigkeit geführt. Wir begrüßen die Aufnahme un- und angelernter Arbeiter der Namaqualand Division in die "National Union of Mineworkers" (Bergarbeitergewerkschaft), die durch unsere Verhandlungen mit der Gewerkschaft zustandegekommen ist. Wir sind damit unserer Zielsetzung, den Mitarbeitern ein verantwortungsvolles Mitspracherecht in den Verhandlungen um Lohn und Arbeitsbedingungen einzuräumen, einen weiteren Schritt nähergekommen.

Urban Foundation

Den Chairman's Fund, der sich intensiv um eine bessere und vielschichtigere technische Ausbildung der Arbeitskräfte bemüht, haben wir weiterhin mit Spenden unterstützt. Das gleiche gilt für die Urban Foundation, die im letzten Jahr einige der beachtlichen Erfolge in der sozio-ökonomischen Entwicklung Südafrikas ermöglicht hat. Wir sind davon überzeugt, daß die Unternehmensgruppe durch die Förderung dieser und anderer Institutionen einen wesentlichen Beitrag zu einer ausgewogeneren und gerechteren Gesellschaftsordnung in Südafrika leistet. Während der letzten Hauptversammlung mußte Mr. Oppenheimer die Aktionäre vom tragischen Tod Dr. Louis Murrays bei einem Flugunglück im April 1984 verständigen. Dr. Murray war seit 1975 Vorstandsmitglied und fast 20 Jahre lang für unsere weltweite Pionierarbeit verantwortlich. Unter seiner Leitung wurden die bedeutenden Diamantfunde in Botswana gemacht. Im November wurde Mr. Alex Barbour, einer der Direktoren der Diamond Trading Company, an seiner Stelle in den Vorstand berufen.

Der vollständige Bericht ist im Jahresbericht der Firma für das Geschäftsjahr 1984 enthalten und wurde am 24. April 1985 an eingetragene Aktionäre gesandt.

De Beers Consolidated Mines Limited
(Incorporated in the Republic of South Africa)
Hauptsitz
36 Stockdale Street, Kimberley, South Africa.
Londoner Büro
40 Holborn Viaduct, London EC1P 1AJ.

De Beers
Der Name, der für Diamanten steht

Renditen zogen leicht an

Der deutliche Anstieg des Dollar hat den Rentenmarkt verunsichert. Allerdings nicht in dem Ausmaß, wie vorbörslich vermutet worden war. Schließlich blieben in den öffentlichen Emissionen Abschläge von bescheidenen 0,20 Prozentpunkten übrig. Gleichwohl geht man davon aus, daß die Restbestände der jüngsten Bundesanleihe plazierbar bleiben werden. In die Konditionen der neuen Bayernanleihe muß der Markt allerdings erst hineinwachsen. Es besteht jedoch Hoffnung, daß die neue Dollarhausse nur kurze Zeit anhalten wird.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex.

Getreide und Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Rechtsschutz versichert

KHS. – Der eher abwertende Terminus „Armenrecht" war vom Gesetzgeber zum 1. Januar 1981 gegen die „Prozeßkostenhilfe" ausgewechselt worden. An der Diskriminierung sogenannter sozialschwacher Bürger, die wissen wollen, was ihr gutes Recht vor Gerichten wert ist, änderte sich damit nur wenig.

Nach wie vor müssen sie vor Gericht – der Prozeßgegner hört mit – ihre persönlichen Vermögensverhältnisse offenbaren. Und das – nach dem Gesetz gewiß unabhängige – Gericht entscheidet dann, ob ihm das Prozeßbegehren des Bedürftigen nicht etwa doch „nur mutwillig" und deshalb ablehnungsreif erscheint.

Aber auch nach dieser Hürde kann der Bedürftige nicht ohne weiteres mit Chancengleichheit rechnen. Bei Streitwerten über 5600 Mark zahlt nämlich der Staat dem prozeßbevollmächtigten Rechtsanwalt weniger, als in der Gebührenordnung vorgeseheo ist. Da mag es unter Umständen schwierig sein, einen hochqualifizierten Anwalt eigener Wahl zu gewinnen.

Im Zuge der den Bundeshaushalt wie die Länderhaushalte erfassenden Sparmaßnahmen geriet die Prozeßkostenhilfe ins Gerede. Es soli Mißbräuche gegeben haben, und eine verschärfte Überprüfung der Anträge ab 1986 sei vonnöten.

Über Zunahme und Mißhraucb der Prozeßkostenhilfe klagen kann eigentlich nur, wer die soziale Wirklichkeit (Arbeitslosigkeit bei absinkenden Realeinkommen) nicht versteht. Nur knapp drei Prozent aller Gerichtsverfahren werden derzeit mit Prozeßkostenhilfe geführt. Der Kostenauftrieh durch den bürokratischen Kontrollaufwand läßt sich nicht beziffern. Ohne eine Rechtsschutzversicherung, die übrigens auch für weniger Begüterte erschwinglich ist, bleibt die vom Grundgesetz für alle Bundesbürger vorgeschriebene Chancengleichheit auf der Strecke.

ARBEITSGERICHTSVERFAHREN / Langwieriger Rechtsstreit kostet Vermögen – Schutz vor Prozeßrisiken

Mit der Versicherung über drei Instanzen

Folgt man einer Studie des Hamburger Max-Planck-Instituts, so können nur 1,7 Prozent aller gekündigten Arbeitnehmer damit rechnen, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Mehr als die Hälfte aller Kündigungsschutzklagen endet bereits in erster Instanz, die meisten mit einem Vergleich, einer „Abfindung" des Arbeitnehmers.

Wer in dieser Lage auf seinem Recht besteht, hraucht einen langen Atem. Das – möglicherweise über drei Instanzen laufende – Arbeitsgerichtsverfahren dauert Jahre und kostet, falls man verliert, sehr viel Geld. Man sollte wenigstens vorher eine gute Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben. Sie übernimmt das volle Prozeßrisiko und trägt gegebenenfalls die Kosten des Verfahrens.

Bei einem Arbeitsgerichtsprozeß werden grundsätzlich drei Bruttomonatsgehälter als Streitwert des Verfahrens festgelegt. So beläuft sich beispielsweise bei der Kündigungsschutzklage eines Angestellten, dessen Monatsgehalt 2.500 Mark beträgt, der Streitwert auf 7.500 Mark. Für Arbeitsgerichtsverfahren gilt darüberhinaus der Grundsatz, daß im Urteilsverfahren des ersten Rechtszuges kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozeßbevollmächtigten oder Beistandes besteht (Paragraph 12a, Arbeitsgerichtsgesetz).

Das heißt, im erstinstanzlichen Verfahren trägt jeder seine Kosten. Sie bestehen im vorliegenden Falle aus einer auf 358 Mark festgesetzten Anwaltsgebühr plus 14 Prozent Mehrwertsteuer, die normalerweise dreimal (als Prozeßgebühr, Verhandlungsgebühr und als Beweisgebühr) erhoben wird. Sie kann ausnahmsweise aber auch viermal entstehen, wenn nämlich nach der Beweisaufnahme ein Vergleich geschlossen wird. Hinzu kommen eine Gerichtsgebühr von 225 Mark, die in der ersten Instanz nur einmal anfällt, ferner, je nach Verlauf, Kosten für Zeugen und Sachverständigengutachten in nicht bezifferbarer Höhe.

Angenommen, es ergeht ein erstinstanzliches Urteil: Das Arbeitsgericht erklärt die Kündigung für rechtsunwirksam. Hiergegen erhebt der Arbeitgeber Widerspruch beim Landesarbeitsgericht (LAG). In zweitinstanzlichen Verfahren beträgt die nach dem Streitwert (7 500 Mark) bezifferte Anwaltsgebühr 465 Mark plus 14 Prozent Mehrwertsteuer. Sie kann erfahrunsgemäß sechsmal anfallen. An Gerichskosten entstehen zweimal 188 Mark. Hinzu kommen gegebenenfalls auch hier die Kosten für Zeugen und Sachverständigengutachten in nicht bezifferbarer Höhe.

Bestätigt das LAG den Widerspruch des Arbeitgebers, so muß der Arbeitnehmer als unterlegene Partei die Kosten des Rechtsstreits, auch die der Gegenseite, tragen.

Gegen das Endurteil eines Landesarbeitsgerichts kann nach Paragraph 72 Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) eine Revision an das Bundesarbeitsgericht in Kassel nur dann erfolgen, wenn sie im LAG-Urteil oder laut Beschluß des Bundesarbeitsgerichts zugelassen worden ist. Kommt es zur Revision vor dem Bundesarbeitsgericht, so ist im vorliegenden Fall davon auszugehen, daß hier eine Anwaltsgebühr ebenfalls 465 Mark beträgt und die zweimal anfallenden Gerichtsgebühren auf jeweils 251 Mark festgesetzt werden.

Unterliegt der Arbeitsnehmer, so hat er auch dem Prozeßgegner die Rechtsanwaltsgebühren der zweiten und dritten Instanz, die normalerweise sechsmal anfallen, sowie die Anwaltsgebühren der ersten Instanz zu erstatten. Sämtliche Prozeßkosten würden von der Rechtsschutzversicherung bis zu einer Höhe von 100.000 Mark übernommen. Die Jahresprämie beträgt weniger als 300 Mark.

KARL-HEINZ STEFAN

NACHRICHTEN

PKV lehnt Schutzwall für Kassenärzte ab

Düsseldorf (Py.) – Die Beschränkung der Zulassung junger Ärzte zum Kassenarzt in der Bundesrepublik Deutschland als Patentrezept gegen den Anstieg der Ärztezahlen hat der Verband der Privaten Krankenversicherer (PKV-Verband) abgelehnt. Es sei nicbt akzeptabel, die Zulassung voo einer dreijährigen ärztlichen Tätigkeit oder von besonderen Anforderungen an die Qualifikation abhängig zu machen. Der Kassenarzt könne nicht als eigener Beruf dem Privatarzt gegenübergestellt werden.

Sofortrabatt erhöht

Düsseldorf (Py.) – Die Transatlantiscbe Lebensversicherungs-AG, Hamburg, hat rückwirkend zum 1. Januar die effektiven Beiträge für Risikolebensversicherungen weiter gesenkt. Der für zwei Jahre im voraus erklärte Sofortrabatt wird von 40 auf 52 Prozent erhöht. Damit dürfte die Transatlantische Lebensversicherungs-AG (TransLeben) zu den preiswertesten Risikoversicherern der Bundesrepublik Deutschland gehören.

Risikobonus erböbt

Düsseldorf (Py.) – Mit Wirkung vom 1. April hat die Alte Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft AG, Oberursel, ihren Risikobonus auf 100 Prozent erhöht. Damit zahlt die Gesellschaft bei Neuahschluß einer Risiko-Lebensversicherung im Versicherungsfall die doppelte tariflich vereinbarte Versicherungssumme aus. Ist eine Unfallversicherung mit eingeschlossen, erhöht sich der Versicherungsschutz um 50 Prozent der tariflichen Versicherungssumme.

Satelliten-Schicksal

New York (WR.) – Die Kapazitäten im Satelliten-Versicherungsmarkt werden gegenwärtig auf 150 bis 175 Millionen Dollar geschätzt, rund 100 Millionen Dollar weniger als 1983. Verluste von drei Satelliten im Wert von rund 300 Millionen Dollar standen 1984 Prämieneinnahmen von 50 his 100 Millionen Mark gegenüber.

TARIFÄNDERUNGEN / Höhere Prämien möglich

Neue Kalkulations-Basis

In verschiedenen Leistungsbereichen der Rechtsschutzversicherung sind Neuerungen in Kraft getreten. Ein neuer Tarif, der bis Herbst 1986 berechnet ist, bringt zum Teil höhere Prämien.

Im reinen Familienrechtsschutz ist die Prämie künftig unterschiedlicb für Selhständige und Nichtselbständige. Der Schadenbedarf für Selbständige hat sich bedeutend höher erwiesen als kalkuliert. Hans-Adolf Klatt, Vorstandsmitglied der Arag Rechtsschutzversicherung AG, Düsseldorf, und Vorsitzender des Fachausschusses Rechtsschutz im HUK-Verband, begründet es mit den unterschiedlichen Vermögensverhältnissen, die zu höheren Ansprüchen als bei Nichtselbständigen führten.

Die Prämien für die Grunddekckung in der Firmenrechtsschutz-Versicherung richtet sich jetzt nach der Lohnsumme; für die Prämienkalkulation werden jährlich 25 000 Mark als statistischer Wert zugrundegelegt. Nur in Kombination wird auch die Mitarbeiterzahl für die Prämienermittlung herangezogen.

Für den Mietrechtsschutz vermieteter Wohnungen ist jetzt die Jahresbruttomiete (früher Stückzahl der vermieteten Wohnungen) maßgebend. Dies hat sich als sinnvoll wegen der möglichen Streitwertbreite (Alt- und Neubauwohnungen mit unterschiedlicher Mietzins-Struktur- und -höhe) ergeben. Hier dient eine Jahresdurchschnittsmiete von 7200 Mark als Grundlage.

Der Firmen-Vertragsrechtsschutz sowie der Handelsvertreter-Vertragsrechtsschutz werden jetzt nicht mehr von den Versicherungen angeboten. Die bestehenden Verträge werden entweder his zum Auslaufen saniert oder sie können im Schadenfall beiderseitig gekündigt werden.

HARALD POSNY

WETTBEWERB / Symposium „Verbraucherschutz als Ordnungsfaktor" – Kaum Einwand gegen Kooperation

Ausländer haben die gleichen Marktchancen

Die Deutschen wollen keine englische Kolonie sein, in der ihnen das britische Versicherungskonzept diktiert würde, soll Präsident August Angerer vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) einmal im Blick auf britische Beschwerden über die angeblich mangelnde Chancengleichheit für Ausländer am Versicherungsmarkt der Bundesrepublik Deutschland geäußert haben. So etwa berichtete jedenfalls Franz Jürgen Säcker vom Kieler Universitätsinstitut für Wirtschafts- und Steuerrecht, als er das von ihm geleitete Symposium über wettbewerbspolitische Fragen der Versicherungswirtschaft im Gemeinsamen Markt – Veranstalter war das Heidelberger Forum-Institut für Management – eröffnete.

Immerhin attestierte ihm der aus London angereiste Tom Muir, Leiter der Insurance Division beim hritischen Handels- und Industrieministerium, daß am deutschen Versicherungsmarkt – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – nicht gerade „die restriktivsten Regelungen" praktiziert würden. „In einigen anderen" europäischen Staaten – Muir verschwieg die Namen – würde es zwischen Anmeldung bei der Aufsichtsbehörde und Eröffnung des Geschäftsbetriebes erheblich länger dauern als in der Bundesrepublik Deutschland, wo, nach seinem Eindruck, die Bearbeitung von Anträgen durch das BAV „zügig und problemlos erfolgt".

Dazu meinte Eckhard Freiherr von Uckermann vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft, daß die hierzulande geltende Niederlassungspflicht den Wettbewerb nicht nennenswert beeinträchtige und daß im übrigen „auch in Großbritannien Zulassungspflicht besteht".

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff betonte die Prinzipien der Wettbewerbswirtschaft. Auch auf dem Markt der Versicherer müßten Leistungen mit Gewinnen belohnt werden, wobei „Verhraucherschutz ein wesentlicher Ordnungsfaktor" sei. Wenn aber, beispielsweise in der Risiko-Versicherung, veraltete Sterbetafeln zu überhöhten Prämien führten, so sei es an der Zeit, die Versicherungswirtschaft von solchen Praktiken „zu entrümpeln". Primäres Ziel der Staatsaufsicht sei nicht etwa die „unbedingte Unternehmenssicherung", sondern so viel Wettbewerh wie nur möglich.

Prinzipiell habe er, so Siegfried Klaue, Vorsitzender der 8. Beschlußabteilung des Bundeskartellamts, gegen die Kooperation von Versicherungsunternehmen – beispielsweise im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitung – nichts einzuwenden. Aber mit wachsender Kooperation rücke die Frage nach dem selbständigen Einzelbeitrag zur Marktleistung insgesamt in den Vordergrund, so daß sich im weiteren Verlauf durchaus die Frage nach der marktwirtschaftlichen Rechtfertigung des einzelnen Versicherungsunternehmens stellen könne.

Ähnliches gelte für bestimmte Tätigkeiten von Verbänden. Dazu gehöre die Sammlung von Daten, die den Mitgliedsunternehmen zur Kalkulation von Risiken zur Verfügung stehen, was zweifellos der Wettbewerbsfähigkeit von kleineren Unternehmungen zugute komme. Wenn es sich allerdings herausstellen sollte, daß ein Unternehmen zum Wettbewerb nicht fähig sei, so müsse es sich auch die Frage nach seiner marktwirtschaftlichen Legitimation gefallen lassen.

KARL-HEINZ STEFAN

Abschied von einer Gewohnheit: Werner Baeckers Sendung „New York, New York“ zum letzten Mal

Doch mit Greta Garbo kam kein Termin zustande

Die 71. Folge von „New York, New York“ heute abend wird auch die letzte sein: Werner Baecker verläßt die Stadt, in der er mehr als ein Vierteljahrhundert gelebt und gearbeitet hat. In dieser Zeit hat er das deutsche Fernsehpublikum mit Informationen, Unterhaltung und dann und wann auch Klatsch und Tratsch aus der europäischsten aller amerikanischen Metropolen versorgt.

„Der Wunsch, zurückzugehen, kommt voo mir“, sagt Werner Baekker in einem Gespräch mit der WELT. „Ich möcbte mich endlich auch einmal in Europa umschauen. Die Alte Welt ist für mich weitgehend unbekannt geblieben, denn als ich 1960 nach Amerika ging, hatten die Deutschen das Reisen noch nicht entdeckt. Ich war z. B. noch nie in Rom, Athen oder Madrid.“

Außerdem, so Baecker, sei es allmählich Zeit, den New Yorker Platz für einen jüngeren Kollegen zu räumen, der auch die Teens und Twens mehr an den Bildschirm zu fesseln versteht. „Offen gesagt, ich kann mit dem Popidol Prince nicht viel anfangen. Mir ist da Beverly Sills, die Primadonna der New York City Opera, als Gesprächspartnerin lieber.“ Beide sind heute abend zu sehen.

Der Journalist zieht sich allerdings nicht aufs Altenteil zurück. Er steckt voller Pläne. Ein Geburtstagsfilm für Inge Meysel zum 75. steht als erstes auf seinem Terminkalender; Anfang Mai folgt er einer Einladung zum Freitagabend-Plausch „Heut' abend“ mit Seicht-Talker Fuchsberger. Schließlich plant er eine Serie, die in der zweiten Jahreshälfte beginnen soll und den Arbeitstitel „Kino, Kino“ trägt. Der Doppeltitel ist natürlich nicht ohne Hintergedanken gewählt: er erinnert ein bißchen an „New York, New York“.

Rückblickend auf seine New Yorker Zeit: an was erinnert er sich am liebsten? Da wird Werner Baecker, dem es sonst nicht an Selbstbewußtsein mangelt, auf einmal ganz bescheiden. „Wir sind ja immer nur so gut wie unsere Partner, mit denen wir sprechen. Und ich habe in 25 Jahren eigentlich nur zweimal das Gefühl gehabt, daß das, was ich gemacht habe, wirklich gelungen war: ein Interview mit Fritzi Massary im Jahr 1965, und ein Gespräch mit Grete Mosheim.“ Das Interview mit der großen Dame des Theaters lief am 14. Februar dieses Jahres über den Bildschirm.

Gibt es eine prominente Person, die er trotz intensiver Bemühungen nicht vor seine Kamera bekommen hat? „Ich könnte Ihnen eine ganze Liste von Personen und Dingen zeigen, über die ich gerne etwas gemacht hätte. Aber am meisten bedaure ich, daß ich Greta Garbo nicht interviewen konnte. Im Stillen habe ich bis zur letzten Sendung gehofft, daß es klappen könnte.“

New York, New York – ARD, 21.45 Uhr

1960 ging Baecker als Fernsehkorrespondent des NDR nach New York – mit der Auflage, sich um die „unterhaltenden Nachrichten“ aus Amerika zu kümmern. „Damals hat man wohl schoo gemerkt, daß Amerika nicht nur aus Washington besteht.“

„Sehen Sie“, frotzelt er über seine Kollegen aus der Politik, „wenn sich einer vors Weiße Haus stellt und erzählt, was der Präsident gemacht hat, so halte ich das nicht unbedingt für eine großartige journalistische Leistung. Es ist doch viel schwieriger,“ sagt er in aller Bescheidenheit, „durchs Land zu fahren und dann Dinge aufzuspüren, die dem Zuschauer ein Gefühl für die Menschen hier geben, ein Gefühl fürs Land. Denn Amerika ist wirklich kein nur politisches Land. Hier gibt es Nachrichtensendungen, in denen der Präsident nicht mal erwähnt wird. Wenn ich dagegen in Deutschland zu Besuch bin und fernsehe, dann vergeht keine Tagesschau, in der nicht irgendetwas aus Bonn verlautet wird.“

In New York will Baecker alle Zelte abbrechen. Sein künftiges Domizil ist München. Ob ihm der Abschied schwerfallen wird, kann er jetzt noch nicht sagen, denn sein vollgepfropfter Terminkalender hat ihm bislang keine Zeit gelassen, darüber nachzudenken. „Auf jeden Fall werden einige Jahre vergehen, bis in Europa für mich der Alltag einsetzt.“

Ein Nachfolger für die Sendung „New York, New York“, die dann übrigens so nicht mehr heißen wird („Den Titel hat man mir geschenkt!“) ist nicht in Sicht. Mit einer Fortsetzung, so vermutet Baecker, werde man wohl auch noch eine Weile warten. Dennoch dürfte es der Betreffende nicht leicht haben.

Dies hört Werner Baecker, man merkt's ihm an, nicht ungern.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Familiendrama im Reihenhaus

Wenn Eva-Ingeborg Scholz als putzwütige Hausfrau mit gesenktem Blick und runden Schultern unablässig ihren Pflichten nachgeht, so ist das allein als Körpersprache ein bewunderungswürdiges Stück Schauspielkunst. Aber ist das getreuliche Abbild einer Kleinbürgerexistenz, das Marco Serafini in seinem Fernsehfilm **Eine andere Frau** (ZDF) liefert, nicht eher Schablooe, genauso wie die Tatsache, daß Bruno Dallansky als Ehemann sich eine amüsantere Gefährtin sucht? Die nächste Generation, demonstriert an der reschen Tochter, vermeidet den Fehler, indem sie heiter bleibt und ihren Willen durchsetzt. Bei den Alten geht es recht schief, wenn sie auseinanderziehen und das schwer erworbene Eigenheim aufgeben, aber das liegt daran, daß der Mann seine neue Freundin auf der Heimkehr voo einer Silvesterfeier totfährt – keine sehr zwingende Fortentwicklung.

Frühere Autoren haben sich beim Aufbau eines bürgerlichen Trauerspiels etwas mehr Mühe gegeben. Hier kann man nur anerkennen, wie trefflich das Leben in dem Häuschen im Stadtrandgebiet mit allen seinen Versatzstücken nachgebildet worden ist. Aber davon abgesehen: Ob voo einer solchen naturalistischen Wiedergabe unserer glaubenslosen und infolgedessen mitleidlosen Welt eine mahnende Wirkung ausgeht, wie sie der Autor wohl im Sinn gehabt hat, darf bezweifelt werden.

HELLMUT JAESRICH

Die Welt als Herausforderung

In der Reihe **Kulturwelt** (ARD) versuchte David Wheatley, ein Porträt René Magrittes zu zeichnen, gleichermaßen Exponent und Außenseiter des Surrealismus, und die Irrationalität seines rätselvollen Werkes zu veranschaulichen. Es wurde ein Film mit richtigen Schauspielern und vielen technischen Tricks, der als Ich-Erzählung, durchweg mit Originaltexten, das Leben und Schaffen des Malers eindrucksvoll widergab. Doch dadurch erschien das Biographische mitunter arg dramatisiert. Seine Vermischung mit der Kunst, so effektvoll sie vorgetäuscht wurde, blieb problematisch und hätte gewiß nicht des Künstlers Zustimmung gefunden.

Eher verwirrend als hilfreich wirkte der Film auch in seinem Eifer, Magrittes Gemälde zu verlebendigen. Menschen und Gegenstände schwebten, flogen, schwammen, lösten sich auf, verwandelten sich, begleitet voo Donner und Blitz, von Schreien und undefinierbarem Geräusch. Das alles war ja filmiscb ganz flott gemacht und unterhaltsam, aber „dies ist nicht Magritte“, um eine berühmte Zeile des Malers zu variieren. Denn seine Bilder sind absolut statisch; alles Leben ist in ihnen erstarrt.

Der Film zitierte den Ausspruch Magrittes, sie seien eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes. Es hätte vieles erklärt, wenn auch der Nachsatz gebracht worden wäre, für ihn sei auch die Welt eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes.

EO PLUNIEN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
10.00 heute
10.03 Die Linden von Lautenbach
11.40 Freitags Abend
12.10 Umschau
12.30 Titel, Thesen, Temperamente
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

8.58 Aus dem Bundestag
Regierungserklärung zur Halbzeit der Legislaturperiode
16.00 Tagesschau
16.10 Jazz Fest Berlin 1984
Stephane Grappelli Trio
Mit Stephane Grappelli (Violine), Marc Fosset (Gitarre), N. H. Orsted-Pedersen (Bass)
16.55 Wir Kinder vom Märchenzirkus
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg
Filmserie in sechs Teilen von Joachim Hess und Henric L. Wuermeling
3. Der Krieg im Osten
„Geht es nach Persien?“ (zur Sicherung der Ölversorgung) fragten sich Soldaten, als am 21. Juni 1941 75 Prozent des deutschen Heeres im Krieg gegen Rußland eingesetzt wurden. Auch hierfür hatte Goebbels ein Kriegslied anfertigen lassen. Doch das Blitzkrieg-Konzept drohte zu scheitern.
21.45 New York, New York
Kostenlose Vergnügen in New York / Interviews mit Prince, Beverly Sills und der Malerin Ursula Sternberg
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga / Eishokkey-WM: Schweden CSSR; Kanada – UdSSR
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Immer dieses Fernsehen ...
Familie Bergers Erfahrungen aus zweiter Hand
3. Na, dann gute Nacht: Gewalt in den Medien
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
Unter falschem Verdacht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
19.00 heute
19.30 Bundesgartenschau Berlin 1985
Mal seh'n, was uns blüht
Die Eröffnungsveranstaltung mit Hans Rosenthal
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Was heißt da „natürlich“?
Liebe und Sexualität
Moderation: Michael Albus
21.45 heute-journal
22.10 Mehr Zeit zur Lust
Die heimliche Kulturrevolution im Tourismus
Beobachtungen und Untersuchungen von Herbert Hakl
Den Urlaub wollen viele als Gegensatz zu ihrem Alltag erleben in einer Kontrast-Landschaft, inmitten einer Kontrast-Gesellschaft; sie ziehen dazu Kontrast-Kleidung an und praktizieren Kontrast-Verhalten
23.00 Spieler, Spötter, Musikanten
Kleinkunstabend im Mainzer „unterhaus“
0.15 heute



13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Siehste!
15.30 Musicbox
Sein größter Wunsch
17.00 Simon Templar
S. T. und ein Selbstmord
18.00 Fauna Iberica
Schwarzkittel (2)
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Trapp-Familie in Amerika
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Ruth Leuwerik, Hans Holt, Josef Meinrad u. a.
Regie: Wolfgang Liebeneiner
20.30 Buck Rogers
Science fiction Serie
1. Verschwörung der Planeten
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Edgar-Wallace-Reihe
Der Gorilla von Soho
Deutscher Spielfilm (1968)
Mit Horst Tappert, Uschi Glas, Uwe Friedrich u. a.
Regie: Alfred Vohrer
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Kein schöner Sonntag
von Herbert Reinecker
Regie: Leopold Lindtberg
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Vom Amulett zum Schmuck
Eine kleine Kulturgeschichte des europäischen Schmucks
Von Helga Rostosky
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Vor der Wahl '85
Thema: Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze
Durch die Diskussion führt Rolf Butler
22.15 Der Berg des Schreckens
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit Ida Lupino, Glenn Ford u. a.
Regie: S. Sylvan Simon
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Das Verhalten der Tiere (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Die zarte Falle
Amerikanische Filmkomödie (1955)
Mit Frank Sinatra, Debbie Reynolds, u. a.
Regie: Charles Walters
22.00 Bücherjournal
22.30 NDR-Jazzworkshop
Children of Africa
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
Umsteigen – lohnt sich das?
19.00 Autoreport
19.20 Keine Schonzeit für Blondinen
Ital.-franz. Spielfilm (1957)
20.55 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Die Zitadelle (9)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Alcatraz (2)
20.20 Auf der Spur des Erich von Däniken
3. Göttliche Strategien?
21.10 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.55 Pioniere mit Zuschuß
oder Was ist Technologie-Transfer?
22.40 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.55 Kulturkalender
22.40 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 Jugendzentrum im Saarland

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Begründung eines Urteils
– Fernsehfilm von Wolfgang Menge
20.25 Bachwerke auf Silbermann-Orgeln
20.45 Mein Gott, hast du mich verlassen?
Aus „Situationen des Glaubens“
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Atalante
Französischer Spielfilm (1934)
23.10 Rundschau
23.15 Actualités



Die WELT hilft wieder beim Tausch voo Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünscbte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin

2. klinisches Semester

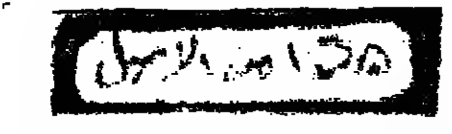
Nr.	von	nach
1	Aachen	Erlangen
2	Aachen	Münster
3	Aachen	Uni München
4	Bonn	Erlangeo
5	Bonn	Freiburg
6	Bonn	Lübeck
7	Bonn	TU München
8	Bonn	Uni München
9	Bonn	Mainz
10	Bonn	Würzburg
11	Bochum	Freiburg
12	Bochum	Heidelberg
13	Bocbum	Uni München
14	Essen	Freiburg
15	Essen	Heidelberg
16	Essen	Ulm
17	Erlangen	Hannover
18	Erlangen	Heidelberg
19	Erlangen	Tübingen
20	Frankfurt	TU München
21	Frankfurt	Uni München
22	Freiburg	Uni München
23	Gießen	Erlangen
24	Gießen	Freiburg
25	Gießen	Tübingen
26	Köln	Freiburg
27	Köln	Heidelberg
28	Köln	TU München
29	Köln	Uni München
30	Köln	Tübingen
31	Marburg	Erlangen
32	Marburg	Uni München
33	Marburg	Würzburg
34	Münster	Hannover
35	Münster	Heidelberg
36	Tübingen	Heidelberg
37	Tübingen	Lübeck
38	Tübingen	Uni Kiel
39	Würzburg	Hannover
40	Würzburg	Uni Kiel
41	Würzburg	Münster

Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	Freiburg
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Köln
5	Aachen	Marburg
6	Aachen	TU München
7	Aachen	Uni München
8	Aachen	Mainz
9	Aachen	Tübingen
10	Aachen	Würzburg
11	Bonn	Hamburg
12	Bonn	Lübeck
13	Bonn	Uni Kiel
14	Bonn	Münster
15	Bonn	Tübingen
16	Bochum	Aachen
17	Bochum	Bonn
18	Bochum	Erlangen
19	Bochum	Köln
20	Bochum	Münster
21	Bochum	Tübingen
22	Bochum	Würzburg
23	FU Berlin	Aachen
24	FU Berlin	Düsseldorf
25	FU Berlin	Erlangen
26	FU Berlin	Freiburg
27	FU Berlin	Heidelberg
28	FU Berlin	Hamburg
29	FU Berlin	Köln
30	FU Berlin	Münster
31	FU Berlin	Uni München
32	FU Berlin	Ulm
33	FU Berlin	Würzburg
34	Düsseldorf	Bonn
35	Düsseldorf	Lübeck
36	Düsseldorf	Uni Kiel
37	Düsseldorf	Münster
38	Essen	FU Berlin
39	Essen	Freiburg
40	Essen	Göttingen
41	Essen	Lübeck
42	Essen	Uni München
43	Essen	Tübingen
44	Essen	Ulm
45	Essen	Würzburg
46	Erlangen	Freiburg
47	Erlangen	Tübingen
48	Erlangen	Würzburg
49	Frankfurt	Freiburg
50	Frankfurt	Heidelberg
51	Frankfurt	Mannheim
52	Frankfurt	Münster
53	Frankfurt	Tübingen
54	Gießen	Frankfurt
55	Gießen	Uni München
56	Gießen	Mainz
57	Hannover	Uni Kiel
58	Heidelberg	Freiburg
59	Heidelberg	Hamburg
60	Heidelberg	TU München
61	Heidelberg	Uni München
62	Heidelberg	Tübingen
63	Heidelberg	Ulm
64	Hamburg	Freiburg
65	Hamburg	Heidelberg
66	Hamburg	Lübeck
67	Hamburg	TU München
68	Hamburg	Uni München
69	Lübeck	Erlangen
70	Lübeck	Freiburg
71	Lübeck	Hamburg
72	Lübeck	TU München
73	Lübeck	Uni München
74	Lübeck	Würzburg
75	Köln	FU Berlin
76	Köln	Freiburg
77	Köln	Heidelberg
78	Köln	Hamburg
79	Köln	Lübeck
80	Köln	Uni Kiel
81	Köln	Tübingen
82	Uni Kiel	Freiburg
83	Uni Kiel	Heidelberg
84	Uni Kiel	Uni München
85	Uni Kiel	Tübingen
86	Uni Kiel	Ulm
67	Marburg	Aachen
88	Marburg	Bonn
89	Marburg	Freiburg
90	Marburg	Hannover
91	Marburg	Köln
92	Marburg	Münster
93	Marburg	Mainz
94	Marburg	Saarbrückeo
95	Münster	Heidelberg
96	Münster	Uni Kiel
97	Münster	Marburg
98	Münster	Uni München
99	Münster	Tübingen
100	Münster	Würzburg
101	Mainz	Freiburg
102	Mainz	Lübeck
103	Mainz	Tübingen
104	Saarbrücken	Bonn
105	Saarbrücken	Lübeck
106	Saarbrücken	Uni München
107	Tübingen	TU München
108	Tübingen	Uni München
109	Ulm	Bonn
110	Ulm	TU München
111	Ulm	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985



Knall im Ausschuß

v. L. – Ach, ich hab' ihm doch nur eine Oper geklappt, und er gab mir dafür einen Schlag ins Gesicht. Die Ohrfeige als Höhe- oder vielmehr Tiefpunkt zwischenmenschlicher Peinlichkeit spielt ihre gelegentliche Hauptrolle quer durch die Überlieferung. Zwar heißt es in der Bergpredigt (Matth. 5, 39): „So dir jemand einen Streich gibt auf deinen rechten Backen, dem biete den anderen auch dar"; tatsächlich aber können Ohrfeigen tödlicher sein als Schwerthiebe.

Das Ende des stolzen Papstes Bonifaz VIII. begann mit der Ohrfeige, die ihm der Abgesandte König Philipps des Schönen verabreichte. Kaiser Maximilian wiederum mußte fünfzehn Gefangene aus der rebellischen Besatzung von Kufstein begnadigen, nachdem ihm gegen den Herzog von Braunschweig, der für sie gebeten hatte, die Hand ausgerutscht war. Und dann war da Gustav Fröhlich, der öffentlich erklären mußte, es sei nicht wahr, daß er den Herrn Reichsminister Dr. Goebbels wegen der Schauspielerin Lida Baarova geohrfeigt habe, und das ganze deutsche Vaterland trällerte: „Ich möcht so gern mal fröhlich sein – hinein, hinein, hinein!"

Soviel man weiß, ist es bisher nur einem, allerdings einem genialen Ge- und Betroffenen geglückt, die Schmach quasi zu löschen: Als Talleyrand am 20. Januar 1827 vom Grafen Maubreuil auf offener Straße einen Backenstreich erhielt, klebte er sich anschließend ein Stück Taffet auf die Stirn und beklagte sich in allen Salons: „Mon dieu, man hat mich wie ein Rind vor den Kopf geschlagen!" Er hatte die Stirn dazu, und *tout Paris* akzeptierte es lächelnd; keiner der vielen Augenzeugen widersprach.

Aber heute? Da streiten der Bonner Generalintendant und sein Generalmusikdirektor darüber, wer den „Fliegenden Holländer" veranstalten darf, und schon knallt es im Kulturausschuß der Stadt Bonn. Verrücktes Künstlervölkchen? Oder eher verrückte Zeiten mit der zu Mode gewordenen Gewalt? Der Generalmusikdirektor hat sich mit seinem Auftritt selbst widerlegt. So ein Rüpelspiel zu inszenieren als Beweis für die Fähigkeit, Dinge des höheren Geschmacks zu veranstalten – mon dieu, wir sind alle wie vor den Kopf geschlagen.

Frankfurts Kulturzeile am Main ist nun komplett – Zur Eröffnung des Museums für Kunsthandwerk

Signale für unbegreifliche Botschaften

Das Frankfurter Museumsufer, zuerst nur eine Fiktion, dann eine Improvisation – von heute an ist es Realität. Wenn im Beisein des Bundespräsidenten der einzige große Neubau an der Mainuferstraße Schaumainkai, das Museum für Kunsthandwerk, eröffnet wird, erhält die neugeborene Frankfurter Kulturmeile – ein Projekt von 230 Millionen Mark – ihre Fasson. Wie eine Perlenschnur reihen sich die Kulturinstitute vom Liebieghaus und vom Städelschen Kunstinstitut über das Bundespost-, das Deutsche Architektur- und das Deutsche Filmmuseum bis zum Völkerkundemuseum entlang der Uferpromenade und das neue Haus, eingefaßt von einem Park mit großen alten Bäumen, schließt sich wie ein Diadem an die Reihe dieser großbürgerlichen Villen mit ihrem reichen Zierrat und ihren Gärten an.

Erst mit diesem Schritt zur Realität kann das kühne stadtpolitische Experiment als gelungen gelten: den chrom- und glasblitzenden Zinnen der Banken und des Handels von „Mainhattan" am südlichen Sachsenhäuser Ufer einen Kulturbezirk zu konfrontieren. Der Griff des Kommerzes nach den attraktiven Grundstücken ist abgewehrt. Frankfurt, das schon mit dem Wiederaufbau seiner Alten Oper und der mittelalterlichen Häuserzeile auf dem Römerberg seinen Anspruch als Stadt der Kultur und fest verwurzelter, volkstümlicher Traditionen neu formuliert hat, gewinnt einen Anziehungspunkt ganz besonderer Art hinzu: einen Bereich der Kontemplation und der Reflexion, der geistigen Anregung und der Erholung. Der Ort dafür ist die unvergleichliche Flußlandschaft in der Verfeinerung der Gartenkultur und einer treu nach Schinkel auf die „Veredlung aller Verhältnisse" gerichteten Vorstadtbaukunst.

Kühnes stadtpolitisches Experiment: Frankfurts neues Museum für Kunsthandwerk am Schaumainkai FOTO: A

Es ist der Einfühlungsgabe und dem Geschick des amerikanischen Architekten Richard Meier zu danken, diese Situation in der Fülle ihrer Bezüge, vor allem aber: mit allen ihr innewohnenden Spannungen durch sein Museum für Kunsthandwerk nicht nur beantwortet, sondern regelrecht instrumentiert zu haben. Nichts von den Eigentümlichkeiten, den Accesssoires, den geheimen Querverbindungen, nichts aber auch von der Dialektik des Ortes geht verloren, vielmehr wird sein Bau zu einem Dreh- und Angelpunkt all dieser Beziehungen, die er eher noch steigert, anstatt sie zu nivellieren. Meier bedient sich der Formensprache der „Moderne", und es gelingt ihm, ein verbreitetes Vorurteil zu widerlegen: Nicht die „Moderne" und ihre Architekturauffassungen sind schuld, wenn Bausünden das Image vieler Städte heute oft stärker prägen als die Zeugen der Kultur und Geschichte, sondern der bornierte, unintelligente Gebrauch dieser Vorstellungen. Wo anderenorts im Namen jenes „Neuen Bauens" Betonklötze von monströser Häßlichkeit entstehen, gestaltet der Amerikaner sein Museum zu einem blendend weißen, filigranen, eleganten Baukörper von fast imaginärer Klassizität.

Dieser Eindruck wird von dem „Modul" geprägt, aus dem Meier seinen Bau entwickelt hat: den Abmessungen der klassizistischen Villa Metzler. Die Graphik der neuen Fassade mit dem Granitsockel und dem schmalen Granitband in Höhe des Traufgesimses der alten Villa, die Maße der hohen vertikalen Fenster, die gläserne Brücke, die das alte mit dem neuen Haus verbindet, das Grundrißschema der Quadranten, aus dem der winkelförmige Baukörper entwickelt ist – das alles wurde in rechnerischer Übertragung aus dem Altbau abgeleitet.

Dennoch ist das Museum ein „echter Meier" und schließt sich in direkter Linie an seine berühmten Villenbauten und das „Atheneum" an, deren Vorbilder in den frühen Villen von Le Corbusier gesucht werden. Das Motiv der schrägen Rampe, die den Besucher hier in einem vierstökkigen Glaskörper außen an den Ausstellungsetagen emporführt, die von Licht durchfluteten, sich überschneidenden, einander durchdringenden weiten Räume, die Kaskaden von Oberlicht, die sich von den Seiten her in die Ausstellungsflächen ergießen, die immer wiederkehrenden Zitate bei der Schiffsarchitektur – das ist die nun schon bis zur Perfektion entwickelte Meiersche Handschrift.

Sie ist berechnet und ausgeklügelt bis in ihre wohlbedachten Brechungen hinein: etwa die Winkelverschiebungen, mit denen irgendwelche realen oder imaginären „Achsen" des Museumsufers aufgenommen und in den Bau transponiert werden, das durch den Bau hindurchführende Wegekreuz, das von einem Obelisken durch die Mitte des Hauses bis zu einem anspruchslosen barocken Sandsteinbrunnen führt, oder das Spiel mit unterschiedlichen Fenstergliederungen. In diesen Experimenten ist der Funktionalismus des neuen Bauens durchbrochen – die Form folgt nicht der Funktion, sondern gesuchten Beziehungen, zu denen am Ende der Architekt allein den Schlüssel besitzt.

Orientierte sich der mittelalterliche Kirchenbau an der Grundform des Kreuzes, am Grundriß des himmlischen Jerusalem, an der Zahlensymbolik, an der Lehre vom Goldenen Schnitt usw., suchten und fanden die Baumeister der Vergangenheit ih Bezugssystem in der Landschaft, de Stadttopographie, oder schließlich i Materialien, Technologien oder Funk tionen, so sind es nun imaginäre Koordinaten, die ihr Rätsel gleichsam in sich verschließen.

Das neue Museum, von dem die Direktorin Annaliese Ohm sagt, sein didaktisches Konzept sei bis ins kleinste mit den Plänen des Architekten abgestimmt, muß diese Konfrontation bestehen. Der Rausch des Spiels mit Licht, mit Raumwirkungen, Perspektiven, reinen, abstrakten Formen setzt die kunstgewerblichen Gegenstände einer extremen Verfremdung aus. Geschaffen für Räume von Intimität, für Szenerien der Idylle und Gemütlichkeit, werden sie hier aus ihrer Funktion gelöst und wie abstrakte Signale für unbegreifliche Botschaften nebeneinandergestellt.

Diese Konfrontation, dieses Programm eines „modernen" Gebäudes ist typisch „postmodern". Es konnte nur in einer Stadt gefunden werden, die gleichzeitig einen der prominentesten Architekten der „Postmoderne" beauftragt hat, ihr ein Haus für die moderne Kunst zu errichten. Darin liegt die elektrisierende, die weiter wirkende Aktualität dieser Konzeption, die Frankfurt zu einem Mekka in der jüngsten kunstpolitischen Diskussion avancieren läßt.

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Textilien des Kaisers Heinrich II. gefunden

dpa, Bamberg

Rund 1000 verschiedene Seidengewebe aus der Zeit des 10. bis 17. Jahrhunderts sind bei der Umbettung von Gebeinen aus der Grablege des Bamberger Domkapitels gefunden worden. Zu den kostbarsten Stücken gehören Textilien, die Kaiser Heinrich II. seiner neugestifteten Diözese Bamberg geschenkt hat. Die Gewebe, die eine große wissenschaftliche Ausbeute versprechen, stammen aus Byzanz, Spanien, dem Vorderen Orient und China. Einzelstücke werden im Bamberger Diözesanmuseum gezeigt.

Polens Schriftsteller in die Kasernen

J. G. G. Warschau

Der „Polnische Literatenverband" und die „Politische Hauptverwaltung" der Armee haben ein Abkommen unterzeichnet, wonach sich die Schriftsteller stärker mit dem „Alltagsleben sowie der militärischen Erziehung" in den Kasernen bekanntmachen sollen. Schriftsteller werden an „Tagen der Militärliteratur" teilnehmen und dem „Kulturbeirat der Politischen Hauptverwaltung" angehören. Der einflußreiche „Verlag des Verteidigungsministeriums" will mehr zivile Literaten in sein Verlagsprogramm aufnehmen, wenn die Schriftsteller bereit sind, die „militärische Kultur" zu fördern.

Schätze vom Berg Athos erstmals ausgestellt

dpa, Saloniki

Die kirchlichen Schätze der seit mehr als 1000 Jahren bestehenden orthodoxen Mönchsgemeinde auf dem Berg Athos werden im Oktober erstmals öffentlich ausgestellt. Die Schau, die Reliquien, seltene Bücher, Handschriften und Miniaturen, kostbare Ikonen und historische Dokumente umfaßt, soll bis zum Mai nächsten Jahres in Saloniki gezeigt werden.

Handschrift aus dem 9. Jahrhundert entdeckt

dpa, Eichstätt

Eine 1100 Jahre alte Handschrift der Ordensregel des Hl. Benedikt von Nursia ist in der Universitätsbibliothek Eichstätt entdeckt worden. Ein italienischer Forscher fand das wertvolle Fragment, das von einem Buchbinder im 15. Jahrhundert zur Verstärkung der Fadenbindung benutzt worden war. Durch Vergleiche mit Handschriften der mittelalterlichen Schreibschulen wurde Oberitalien als Entstehungsort der Nachschrift (aus dem 9. Jahrhundert) festgestellt.

„Das Gespenst" in Österreich verboten

DW/AP, Graz

Während vor dem Kölner Verwaltungsgericht ein Rechtsstreit zwischen dem Regisseur Herbert Achternbusch und Bundesinnenminister Zimmermann noch anhängig ist, wurde in Österreich ein endgültiges Urteil gesprochen: Der umstrittene Film „Das Gespenst" bleibt dort verboten. Das Oberlandesgericht Graz bestätigte in zweiter Instanz die Beschlagnahme des Films. Alle ordentlichen Rechtsmittel sind damit ausgeschöpft. In der Urteilsbegründung hieß es, „die geradezu närrische Darstellung der Eucharistie" stoße bei der überwiegenden Mehrzahl der Christen auf Ablehnung.

Hermlin: 8. Mai verdient Stille des Gedenkens

dpa, Berlin

Der Jahrestag des Kriegsendes verdient nach Ansicht des „DDR"-Schriftstellers Stephan Hermlin „die Stille des Gedenkens an die Toten, die fragten, ob alles getan wurde und getan werde, um die Zukunft der Menschen sicherer zu machen". Auf einem Schriftstellerforum in Ost-Berlin sagte Hermlin, der 8. Mai verdiene freudigen Ernst, „weil die Völker Europas frei wurden von Sklaverei und Tod, und mit diesen Völkern, selbst wenn sie es nicht wußten, auch die Deutschen".

Ilona Bodden †

Die Schriftstellerin Ilona Bodden ist tot. Sie hat am 17. April in ihrer Hamburger Wohnung ihrem Leben ein Ende gesetzt. Ilona Bodden, 1940 in Hildesheim geboren, ist vor allem als Lyrikerin und Kinderbuchautorin bekannt geworden. Viele ihrer Gedichte wurden in dieser Zeitung erstveröffentlicht. „Gedichte gegen die Zeit" nannte sie ihre Verse aus dem Band „Der gläserne Vogel". Ihre Lyrik war in der Tat gegen die Zeit angeschrieben, aber sie lebte auch aus ihr, wenn sie von den Verfügungen über die Natur und ihren Verwerfungen sprach. Ilona Boddens Gedichte, die auch ins Italienische und Ungarische übersetzt wurden, verdüsterten sich immer mehr. So lauten Zeilen aus ihrem letzten Band, „Gehäuse der Zeit" (1984): „Dies ist ein düsterer Ort. / Wir, die Verdammten der Nacht, / träumen. / Es gibt keinen Morgen. / Wir lebten nie." DW.

Arrigos Oper „Il Ritorno di Casanova" in Genf

Mantel ab beim Duell

Man staunt doch immer wieder, was so alles an Opern heute noch komponiert und vor allem auch noch uraufgeführt wird. Brachte die Deutsche Oper am Rhein gerade Alexander Goehrs „Wiedertäufer" heraus (s. WELT v. 22. April), so befleißigte sich das Grand Théâtre de Genève der Uraufführung von Girolamo Arrigos „Il Ritorno di Casanova".

Radio France hat diese Oper in Auftrag gegeben und sich als Koproduzent an der Genfer Aufführung beteiligt. Natürlich wird sie gesendet. Sie wechselt nach den fünf Aufführungen in Genf ans Pariser Théâtre des Champs-Elysées. Private Sponsoren, darunter Graf und Gräfin Pourtalès, haben Arrigos Oper auf den Weg geholfen. Das ist schon eine recht erstaunliche Union von Medien und Mäzenen, die sich da im Dienste einer neuen Oper zusammenfinden.

In Genf sieht man: Auch neue Oper kann ein so luxuriöses Gesellschaftsspiel sein, wie es die Oper immer gewesen ist. Aber auch das wird Arrigos Casanova-Oper nicht viel weiterhelfen. Denn sie klingt auf merkwürdige Weise unernst, nach geschmäcklerischer Routine. Der Komponist mag Zeit und Mühe auf die Partitur verwandt haben, Energie ist nicht hineingeflossen.

Girolamo Arrigo gehört heute zu den bekannteren Figuren des italienisch-französischen Musik-Establishments. Er ist 55 Jahre alt. Er hat noch, für einen Sizilianer erstaunlich, Komposition bei Max Deutsch in Paris studiert. Er hat eine Reihe von angesehenen Preisen nach Hause getragen. Er ist ein begehrter Gastprofessor auch in Amerika. Seine erste Oper, „Orden", kam 1969 beim Festival von Avignon heraus, sein „Addio Garibaldi" in Paris und später an der Mailänder Scala. Seit zehn Jahren leitet er als Intendant das Teatro Massimo von Palermo, und wie es sich für einen sizilianischen Musiker gehört, ist er ein gefragter Bellini-Experte. Und Arrigo inszeniert: Bellini und anderes.

Das ist eine Mischung von Neigungen, aus denen eine recht aparte Form von Oper herauskommen könnte: Bellinis weit geschwungene, von der Singstimme getragene Bögen lassen sich recht gut in die moderne Musik übertragen. Und wo schon Melodie verpönt ist, könnte doch wenigstens die schon bei Bellini so kultivierte Empfindsamkeit erhalten bleiben. Aber Arrigo komponiert vielmehr in einem eher drögen rezitativischen Tonfall, der an jede Silbe eine Note heftet. Das führt dazu, daß die Musik allenfalls illustrativ wirkt, nie jedoch von jener höheren Ebene des Bewußtseins oder des Gefühls kündet, die Oper erst ausmacht. Tatsächlich schließt Arrigos Musik in ihrem Duktus am ehesten bei den Franzosen der klassischen Moderne an, etwa der „Groupe de six", freilich, ohne deren originellen und witzigen Ton zu treffen.

Das Libretto, geschrieben von Giuseppe Di Leva, basiert auf Arthur Schnitzlers Novelle „Casanovas Heimfahrt". Der (italienische) Text geht recht sorgsam mit Schnitzlers Vorlage um, bietet eine Reihe von längeren Selbstgesprächen, in denen die Figuren sich Rechenschaft geben über ihr Tun und Wollen. Aber auch diese programmierten Anlässe zu Arien bleiben vom Komponisten ziemlich ungenutzt.

Es geht, wie bei Schnitzler, um Casanovas fiktiven Entschluß, nach Venedig zurückzukehren, wo man ihn einst verurteilt und in die Bleiverliese von San Marco gesperrt hat. Die Entscheidung ist fällig in dem Moment, wo er sich selbst als alten Mann erkennt. Versuche des Selbstbetrugs mißglücken. Es kann nur noch um karmatisches Handeln gehen.

Die Inszenierung von Jorge Lavelli in einer Ausstattung von Agostino Pace hebt sehr schön ab auf diese übertragenen Bedeutungen des Geschehens. Das geht so weit, daß sich Casanova und sein letzter Rivale, Olivo, nackt duellieren. Scott Reeve ist ein eindrucksvoller, stimmlich etwas fahler Casanova. Hervorragend sind die beiden Frauen um ihn: die Mezzosopranistin Katherine Ciesinski als Amalia und Fiorella Pediconi, ein lyrischer Sopran, als Marcolina. Reynald Giovaninetti leitet die Aufführung auf überlegene Art. Aber das macht die bemühten drei Stunden auch nicht kürzer.

REINHARD BEUTH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Weimarer Beiträge"

Ernst Bloch redivivus?

Die von den „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar" herausgegebenen „Weimarer Beiträge" sind nicht gerade für spektakuläre Analysen zur Situation der Zeit bekannt. Die „Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturtheorie", wie sie sich im Untertitel nennt, erscheint im Ostberliner Aufbau-Verlag und ist so etwas wie das Fachorgan der „DDR"-Germanistik. Entsprechend gering ist ihre Verbreitung in der Bundesrepublik. Über die Bibliotheken einiger Universitätsinstitute und Redaktionen reichte sie bisher kaum hinaus.

Das soeben erschienene Heft 4/85 dürfte jedoch eine größere Abnehmerschaft finden, entpuppt es sich doch als eine Art Gedächtnisnummer für Georg Lukács und Ernst Bloch, die beide in diesem Jahr hundert geworden wären. Das Pikante daran ist, daß beide Denker bisher in der „DDR" entschieden im Schatten, zumindest im Halbschatten, standen. Bloch war sogar regelrecht verfemt, war von höchsten Parteistellen als „Verführer der Jugend", „Antimarxist" und „Idealist" gebrandmarkt worden. Insofern bedeutet seine ganz überwiegend positive Würdigung in den „Weimarer Beiträgen" eine kleine Sensation.

Diese Würdigung ist freilich auf einen einzigen Aufsatz des Heftes beschränkt, während Georg Lukács gleich mehrfach behandelt wird. Eike Middell schreibt über sein Verhältnis zur Philosophie Nietzsches, Günter Fröschner beschäftigt sich mit dem jungen Lukács, Heinz-Jürgen Staszak mit der Rezeption Lukács' in den Ostblock-Ländern.

Verfasser des Eingangs-Artikels, in dem auch Bloch vorkommt, ist Günther K. Lehmann, ein Leipziger Ästhetik-Professor, der zur Zeit von Blochs Verfemung am Literatur-Institut Johannes R. Becher lehrte, gleichzeitig aber regelmäßig Blochs Vorlesungen besuchte und bei einigen im Geruch stand, selber ein „Blochianer" zu sein. Er hatte zeitweise alle Hände voll zu tun, um den Verdacht abzuwehren. Sein jetzt in den „Beiträgen" abgedruckter Essay ist „dem Kunstphilosophen Lukács und seinem Verhältnis zu Ernst Blochs Ästhetik der Hoffnung" gewidmet.

Lehmanns strikte Selbstbeschränkung auf ästhetische Fragen erspart ihm die Auseinandersetzung mit solch heiklen politischen Punkten wie Blochs Stellung zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei, zur „revisionistischen" Praxis-Gruppe in Jugoslawien oder zur Führungsrolle der Sowjetunion im „Sozialistischen Lager". Auch Blochs für marxistische Dogmatiker anstößiger Materie-Begriff bleibt unerörtert. Und schließlich wird der Ästhetiker Bloch deutlich ins zweite Glied hinter Lukács gerückt, der ja für die Partei sehr viel leichter zu verdauen ist als der Leipziger Häretiker von 1957. Insofern hat sich Lehmann gegen eventuelle Kritik gut abgesichert.

Dennoch bergen seine Ausführungen noch so manchen Sprengstoff. Blochs umfangreiches Werk, so heißt es im Resümee, „ist in die deutsche Philosophie- und Kulturgeschichte hineingestellt. Man kann es ignorieren, das hilft den Gegnern des Friedens und des Fortschritts; und man kann *mit* diesem Erbe die Aufgaben von heute und morgen besser lösen. Letzteres ist den Marxisten-Leninisten aufgegeben." Wenn man bedenkt, daß die meisten Parteiphilosophen, die Bloch seinerzeit in Grund und Boden donnerten, noch leben und lehren und daß sie in ihrem theoretischen und praktischen Verhalten inzwischen kein Jota von ihrem damaligen Standpunkt abgewichen sind, kann man sich schwer vorstellen, daß Lehmanns Vorstoß unbeantwortet bleiben wird. Der Mann scheint ganz bewußt einen Stein ins Wasser geworfen zu haben, um den zu erwartenden Wellenschlag der Dogmatiker zu testen.

Vieles, wahrscheinlich das Entscheidende an der Affäre Bloch ist allerdings mittlerweile ganz obsolet geworden. Die Sprengkraft der Blochschen Lehren in den fünfziger und sechziger Jahren resultierte aus der Tatsache, daß seine jungen Schüler aus ihnen die Legitimation für einen Kampf um einen „Sozialismus mit menschlichem Angesicht" ableiteten. Heute glaubt faktisch niemand mehr an einen solchen marxistischen „Sozialismus mit menschlichem Angesicht", zumindest nicht im Osten, wo sich der Marxismus bis zur Kenntlichkeit, nämlich bis zur vollkommenen Nichtigkeit, verändert hat. Aus der Blochschen Philosophie sprühen keine Funken mehr. So kann sie von den Archivwürmern hüben und drüben in aller Ruhe eingesargt und unter der Rubrik „Kulturerbe" verzettelt werden. Die Kämpfe von heute finden unter anderen Fahnen statt.

ANDREAS WILD

München: Meisterzeichnungen aus Kopenhagen

Wahrscheinlich(e) Ideen

Erstmals werden jetzt außerhalb Dänemarks Meisterzeichnungen der Kopenhagener Schule aus dem Besitz der dortigen Königlichen Kupferstichsammlung aus den Jahren zwischen 1765 und 1865 gezeigt: jeweils 20 Blätter von sechs wichtigen Künstlern aus dem Goldenen Zeitalter der dänischen Malerei. Der Ort dieser hochfeinen Austellung, die von der Staatlichen Graphischen Sammlung in München veranstaltet wird, ist der helle Marmorsaal im Untergeschoß der Neuen Pinakothek.

Da werden also weit im Süden der Republik Namen buchstabiert, die hierzulande kaum jemand kannte: Nikolai Abraham Abildgaard (1743 bis 1809) und Jens Juel (1745–1802), der Abildgaard-Schüler Christoffer Wilhelm Eckersberg (1783–1853), der Eckersberg-Schüler Christen Schiellerup Købke (1810–1848), der 1848 als Freiwilliger im Schleswig-Holsteinischen Krieg mit erst 29 Jahren durch einen versehentlich abgegebenen Schuß zu Tode gekommene Johan Thomas Lundbye und der Eckersberg-Schüler Wilhelm Marstrand (1810–1873) – der einzige, der sich auf der Rückkehr von einer Italienreise als junger Mann längere Zeit in Deutschland aufhielt: in München ein Jahr, mit einem Abstecher nach Paris. Für seine Genre-Humoresken ist jedoch kaum Spitzweg verantwortlich zu machen. Da war Marstrand härter, verbissener. Das Berliner Kleinbürger-Milieu Theodor Hosemanns mag ihm näher gelegen haben.



Romantik auf dänisch: „An einem Fenster auf Schloß Charlottenborg" (1852) von C. W. Eckersberg FOTO: KATALOG

Abildgaard ließ sich zum Historienmaler ausbilden. Bei der Umgestaltung des Residenzschlosses Christiansborg erhielt er den größten je in Dänemark einem Künstler erteilten Auftrag: die zehn 1778–1791 im Rittersaal ausgeführten Wandbilder im Format von jeweils 4,70 x 2,00 Meter mit Motiven aus der Geschichte des oldenburgischen Königshauses. Er sollte noch mehr bewältigen, darunter die riesige Decke, doch 1794 wurde Christiansborg durch eine Feuersbrunst zerstört. Nur drei der Wandbilder blieben erhalten – und die Skizzen dazu. Der ganz große Apparat der italienischen Hochrenaissance war noch einmal in Bewegung gesetzt worden – nun starb auch das hinweg, und Abildgaard saß ohne größere Aufträge da.

Er illustrierte, wurde witzig und satirisch – ergiebig also in der gerne lavierten Pinsel- und Federzeichnung. So gut es ging, nahm er seinen Milton, Ossian oder Ovid und die römische Geschichte noch halbwegs beim Wort. In seinen späten Jahren begann er mit perspektivischen Konstruktionen – mit dem, was sein Schüler Eckersberg dann zu seinem Steckenpferd machte.

Bei Abildgaard studierten Friedrich, Runge, Thorvaldsen und Eckersberg, bei diesem wiederum Købke und Marstrand. Die Idee wahrscheinlich zu machen war das Ziel der Eckersberg-Schule. Der an Graff in Dresden und Batoni in Rom als Porträtist geschulte Jens Juel lieferte mit seinen verselbständigten Landschaften eine Stimulation für die jungen Romantiker. Doch erst Købke löste die akkurate Strenge des Klassizistischen auf in Licht- und Stimmungswerte.

Ganz und gar zum Naturlyriker wurde erst Lundbye – in Reduktionen bis auf ein äußerstes, feinstes. Hier waltet Geheimes, unterm Glück ein Bedrohtsein bis zur Verkündung des geahnten Todes. Für Marstrand war das alles nicht mehr glaubwürdig. Der Mensch wird zur Spottfigur – und lächerlich wird auch die Kunst. So endet das „Goldene Zeitalter" in der Anekdote, im Spaß und in der Satire. (Bis 2. Juni, Katalog 30 Mark.)

ALEXANDER ERXLEBEN

Thriller: Michael Winners Film „Spur in den Tod"

Es rumort im Keller

Ihr Name sei Christie Cromwell, sagt das Mädchen, als der Film „Spur in den Tod" beginnt; sie sei siebzehn Jahre alt, und sie glaube, daß ihr Stiefvater Paul Fox vorhabe, ihre Mutter zu ermorden.

Die Verdachtsmomente sind zunächst ein bißchen vage: Paul Fox rumort um Mitternacht im Keller, trifft sich mit Brenda Bohle, ein Stromzählerableser verschmort, an Mutters Auto funktionieren plötzlich weder die Bremsen noch die Lenkung, eine Treppenläuferschiene ist gelöst.

Christie sucht Bundesgenossen (weshalb der amerikanische Originaltitel auch „Scream for help" heißt: „Hilfeschrei"), aber Freundinnen und Freunde, Mutter und Polizei weisen sie ab, halten ihre Ideen für Hirngespinste. Und auch der Zuschauer ist anfänglich geneigt, an das Gute oder wenigstens nicht allzu Böse in Stiefvater Paul zu glauben, sieht er (David Brooks) doch beinahe so aus wie der junge Hansjörg Felmy.

So stellt Christie (Rachael Kelly) eigene Nachforschungen an, verfolgt den Stiefvater, entdeckt ihn in einem Stundenhotel mit Brenda, erlauscht eindeutige Gespräche, sieht sich aber nach wie vor von allen alleingelassen. Nur wir Zuschauer wissen bald: Sie hat recht, höchste Gefahr ist im Anzug.

Die Geschichte ist spannend. Sie wäre noch schöner, wenn wir, so wie Christies Umgebung, länger im ungewissen blieben, wenn die schurkischen Pläne und Zusammenhänge nicht ganz so schnell in allen Einzelheiten durchsichtig würden. So steht an der Stelle der zweifelnden Ungewißheit die ganz reale Bedrohung durch ein hemmungsloses Mördertrio.

Die Fragen, die das mitleidvolle Herz des Publikums beschweren, lauten also lediglich: Wird Christie hinterm Duschvorhang entdeckt? Geht im richtigen Moment das Licht aus? Gelingt es, Brenda in den Keller zu schicken? Macht Lacey Bohle wirklich die Tür zum Badezimmer auf? Wird sie ihm das Messer in den Bauch oder bloß wieder in die rechte Schulter stechen? Wird George die Polizei rechtzeitig holen?

Das Drehbuch stammt von Tom Holland, der „Psycho II" geschrieben hat. Regie führt Michael Winner; von ihm ist „Ein Mann sieht rot"; und ähnlich wie in diesem handfesten Reißer geht es auch in seinem neuen Film zu.

Die „Spur in den Tod" hebt zwar durchaus wie ein Psychothriller an, wendet sich aber bald zur hart-brutalen Action, und Christie wird ebenso rasch von der alptraumgequälten Leidenden zur entschlossen kämpfenden, zielbewußt metzelnden Siegerin.

LUDWIG MERKLE

Japaner teilen sich mit Mercedes Spitzenplätze

ADAC: Reifenschäden immer häufiger Pannenursache

HEINZ HORRMANN, Bonn

Gleich fünfmal an einem Freitagnachmittag rückten ADAC-Helfer aus, um im Bonner Raum Fahrern von 50 000 Mark teuren, repräsentativen Autos bei Pannen zu helfen. Leider keine Einzelfälle. Oft sind es Kleinigkeiten, die bei sonst sorgfältiger und aufwendiger Verarbeitung zum Ärgernis werden.

Wie die neueste ADAC-Pannenstatistik zeigt, blieben beispielsweise Fahrzeuge der Mercedes S-Klasse bereits im ersten Zulassungsjahr mit gerissenen Keilriemen am Straßenrand stehen. Dennoch dominiert der gute Stern aus Stuttgart in der Oberklasse eindeutig, wenn es um Pannenseltenheit geht. Spitzenreiter mit der geringsten Störanfälligkeit ist allerdings der Daimler-Benz Diesel, gefolgt von der 200 – 280 E-Baureihe und den S-Fahrzeugen. Eindeutiges Schlußlicht mit den meisten Problemen wurde die BMW 7er-Klasse.

Mit banalen Kleinigkeiten müssen sich auch Opel-Besitzer herumschlagen. Häufig lösten sich im Motorraum die Kabel-Steckverbindungen. Während sich die japanischen Fahrzeuge bei der Pannensicherheit spürbar verbesserten, blieben in der Mittelklasse mit dem Ford Sierra und den BMW 315 – 323i ausgerechnet zwei deutsche Marken am häufigsten liegen. Die Spitzenposition an Problemlosigkeit hält hier überraschend der Honda Accord vor dem VW Santana und dem Audi 80.

Wenn diese Statistik des Automobilclubs tatsächlich repräsentativ ist, gibt es auch bei den Kleinwagen und in der unteren Mittelklasse für die deutschen Automobilhersteller Grund zur Unzufriedenheit. In der Klasse bis 1000 Kubikzentimetern Hubraum hatte der Nissan Micra die wenigsten Pannen (nur fünf pro 1000 zugelassenen Autos). Erst dann folgen Kopf an Kopf der Opel Corsa, Fords Fiesta und der VW Polo. Die häufigsten Defekte wurden hier beim Renault 5, Peugeot 205 und Fiat Panda verzeichnet.

Franzosen und Italiener kommen auch in der zulassungsstarken unteren Mittelklasse am schlechtesten weg. Mit dem Fiat Ritmo befindet sich das absolut anfälligste aller aufgeführten Autos auf dem letzten Platz. Häufig stehen blieben auch der Renault 9, die stärkere Version des Peugeot 205, und der Renault 11.

Ein Musterbeispiel an Beständigkeit ist der Toyota Tercel. Er erreichte mit nur 3,5 Pannen im Schnitt pro 1000 zugelassenen Autos einen noch besseren Wert als die zuverlässigen Mercedes-Modelle. Auch den zweiten, dritten und vierten Platz in der positiven Rangliste nehmen Japaner ein, der Mazda 323, der Mitsubishi Colt und die Corolla von Toyota. Die deutschen Produkte, VW Golf, Opel Kadett oder Ford Escort liegen im Mittelfeld.

Berücksichtigt wurden in der ADAC-Pannenstatistik nur Modelle, die 1984 mehr als 10 000 Zulassungen erreichten.

Bei den einzelnen Pannenursachen stehen nach wie vor die Motorschäden deutlich an der Spitze der Statistik. Zugenommen haben gegenüber dem Vorjahr die Reifenpannen. Allein die Straßenwacht-Mitarbeiter mußten im letzten Jahr 42 000 Pneus wechseln. Auch die Keilriemendefekte haben wieder zugelegt, während in den letzten Monaten (bis auf Opel) weniger Ärger mit den Kabel-Steckverbindungen registriert wurde.

Defekte an den elektrischen Anlagen und Schäden am Kühlsystem, die in den letzten Jahren die Mängelhitliste anführten, sind allgemein zurückgegangen.

Der Sturm im Wasserglas legt sich

REINER GATERMANN, London

Prinzessin Michael von Kent, geborene Baronesse Marie-Christine von Reibnitz, hat allen Grund erleichtert aufzuatmen. Gleichzeitig müssen die Boulevardblätter der Fleet Street, mit dem „Mirror" an der Spitze, erkennen, daß sie in ihrer Auflagen-Jagd einen Schritt zu weit gegangen sind. Aus jetzt in London veröffentlichten Entnazifizierungspapieren geht hervor, daß Baron Günther von Reibnitz, der Vater der Prinzessin, lediglich Ehrenmitglied der Reiter-SS war, bis er dort 1944 ausgeschlossen wurde. Er wurde nur deswegen nicht völlig entlastet und als „nominelles Parteimitglied" eingestuft, weil er nicht am aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus teilgenommen hatte.

In klatschiger Aufmachung hatte vor gut einer Woche „The Mirror" – das „Daily" ist in diesen Tagen seinem neuen Image zum Opfer gefallen – verkündet, der Vater der Prinzessin sei SS-Mitglied gewesen. Das implizierte – natürlich nur unterschwellig –, Reibnitz könne an Naziverbrechen beteiligt gewesen sein, und seine Tochter hätte besser auf ihre Heirat mit Prinz Michael von Kent, einem Cousin der Königin, verzichtet. Die Erklärung der im Januar '45 geborenen Prinzessin, von der „Vergangenheit" ihres Vaters nichts gewußt zu haben, fand in den Medien wenig Gnade. Selbst BBC scheute sich nicht, ein von der Konkurrenz gesendetes Interview mit der Prinzessin mitzuschneiden und ohne Quellenangabe auszustrahlen.

Nun veröffentlichte der Hof Original und Übersetzung des Entnazifizierungsurteils. Darin stellte das Berufungsgericht für Oberbayern am 14. Mai 1948 fest, daß Baron von Reibnitz nur aus seinem Interesse für die Pferdezucht heraus und wegen seines Amtes als Gaujägermeister für Schlesien Ehrenmitglied der Reiter-SS geworden sei.

Reibnitz, der zwar die SS-Uniform tragen durfte, ohne davon Gebrauch zu machen, hatte kein Recht, Befehle zu erteilen. Schon 1941 habe er erklärt, Deutschland könne vom Nationalsozialismus nur befreit werden, wenn es den Krieg verliere. 1944 wurde er aus dem Verband ausgeschlossen. Der Versetzung in eine Strafkompanie entging er durch Rückkehr in sein Wehrmachtregiment. Das Urteil bestätigt ihm überdies, mehr als üblicherweise für Rassenverfolgte und Zwangsarbeiter getan zu haben.

Die Briten haben sich nach dieser Wende nichts vorzuwerfen. Sie hatten ohnehin äußerst loyal auf die „Enthüllungen" reagiert. Der linksradikale Labour-Abgeordnete Eric Heffer verurteilte öffentlich die Art, wie hier eventuelle Vaterschuld auf die Tochter übertragen werde. Und Premierministerin Thatcher meinte lakonisch: „Wir können uns unsere Eltern ja nicht aussuchen."



Die Tische brauchen sich nicht zu biegen für den „Prix Culinaire" wie hier, doch die Kunst der Präsentation gehört schon dazu. FOTO: MANFRED VOLLMER

Kulinarische Meisterleistungen nach mönchisch strengen Regeln

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Taittingers haben wieder ihren „Prix Culinaire International", ihren Feinschmecker-Preis für 1985, ausgeschrieben. Das geschah im üblichen Rahmen, im Napoleon-Salon des Hotels Lutetia im Saint-Germain-Viertel, unter Kronleuchtern, mannshohen Blumenarrangements und Türmen von Feinschmeckereien aller Art, von denen Kaskaden von Langusten herunterrieselten, um sich auf den Tischen mit Austernplatten zu vermählen. Dazu natürlich Taittinger Brut 1896, „den besten des Hauses".

Längst fundiert die Macht dieser alten Champagner-Dynastie aus Reims nicht mehr auf dem Schaumwein allein. Der ist nur noch für den Ruhm da. Weniger bekannt ist, daß die Taittingers heute eine der größten internationalen Hotelketten der Welt kontrollieren, zu deren edelsten Gliedern das ehrwürdige „Crillon" am Pariser Concorde-Platz und der moderne Hotelturm des „Concorde-Lafayette" an der Porte Maillot gehören.

Und wenig bekannt ist auch, daß drei Generationen von ihnen in der Politik ihren Mann standen, als Bürgermeister von Reims und Paris, als Minister, Senatoren und Abgeordnete. Pierre-Christian Taittinger, Vize-Präsident des französischen Senats, hat soeben einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines privaten Mäzenats in Frankreich vorgelegt, der jedem Franzosen den Erwerb mindestens eines Kunstwerks in seinem Leben durch steuerliche Vorteile ermöglichen soll.

Kunst haben die Taittingers schon immer gefördert. Allen voran die des guten Essens. Das fördert schließlich den Absatz des Schaumweins, der 1984 – ein Rekord – 190 Millionen Flaschen betrug. So schufen die Taittingers, Gründer der Akademie der Gastronomen und der „Kette der großen Köche", im Jahre 1967 zum Andenken an ihren Vater Pierre den „Prix Culinaire Internationale". Damals sprach noch niemand von der „Nouvelle cuisine".

Claude Taittinger, Chef des Champagner-Zweiges der Dynastie, forderte unter anderem als Kriterium für den Preis, „ein Engagement für die Leichtigkeit der französischen Küche und eine gewisse Kreativität in ihren Formen". Und wurde damit – unbewußt – zum Schöpfer der „neuen Küche". Da das Ganze zudem auf den „großen Prinzipien der kulinarischen Kunst" basieren solle, fragt man sich, ob das alles von den Nachfolgern immer so recht verstanden wurde.

Heute, nach der 18. Preisverleihung (der letzte Preisträger war übrigens ein Japaner), ist der Taittinger-Preis unbestritten zum begehrtesten unter den internationalen kulinarischen Wettbewerben avanciert. In seiner Jury sitzen die angesehensten Gastronomen der Welt. 1984 nahmen 215 „Chefs", wie man den ersten Koch eines Restaurants in Frankreich nennt, aus zehn Ländern an dem Wettbewerb teil, darunter zum ersten Mal auch ein Deutscher, der es bis zum Halb-Finale brachte. Die Vorauswahl der Kandidaten findet in zwölf großen Städten, darunter London, Mailand, Brüssel (hier müssen sich die deutschen Bewerber beweisen) und Tokio statt.

Dieses Jahr bringt eine bedeutende Neuerung. Wurde den Finalisten bisher wie beim Kunsteislauf ein „Pflichtgericht" abverlangt (im letzten Jahr ein „Hummerturban"), so ist nun auch eine „Kür", die eigene Kreation, erlaubt.

Die Regeln sind mönchisch streng. Es darf nur verwendet werden, was die Jury an Zutaten auf den Tisch legt. Wer schummelt, fliegt für immer heraus. Bewertet werden nicht nur der Geschmack des Machwerks, sondern auch seine schöpferische Note und die Art der Präsentation. Als Preise winken Reisen in das Paradies der Hamburger, die USA.

Unter den Kronleuchtern des „Lutetia" brachte es ein Belgier auf den Punkt: „Mit dem Kochen ist es wie mit der Musik. Die Noten muß man in Paris lernen, erst dann kann man etwas eigenes komponieren."

Bald weniger Wälle gegen den Autolärm?

dpa, Bonn

Rund 500 Kilometer Lärmschutzwände und 300 Kilometer Erdwälle sind an den Bundesfernstraßen – 8000 Kilometer Autobahn und 33 000 Kilometer Bundesstraßen – bis Ende 1984 errichtet worden. Die Anwohner sollten so von der Lärmbelästigung durch hohes Verkehrsaufkommen befreit werden. Mehr als eine Milliarde Mark sind seit 1978 dafür ausgegeben worden, für 1985 sind 180 Millionen Mark veranschlagt. Wenn die Lärm- und Schadstoffemission der Autos in Zukunft vermindert wird, dann könne auch die weitere Errichtung von Lärmschutzwänden und Erdwällen gestoppt werden, meinen die Planer aus dem Bundesverkehrsministerium. In Ballungsgebieten werde man aber wohl auch dann noch nicht ohne die meist grauen Begrenzungswände auskommen.

Arme Österreicher

AP, Wien

Rund zehn Prozent der Österreicher leben nach Mitteilung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) unterhalb der oder an der Armutsgrenze. 25 Prozent der Alleinverdiener mit zwei Kindern seien Opfer der neuen Armut. Allein in Wien können 18 300 Menschen ihre Gas- und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. 14 000 haben Mietrückstände.

„Mitgiftmorde" in Indien

rtr, Neu-Delhi

Mindestens 556 indische Ehefrauen sind im vergangenen Jahr wegen zu geringer Mitgift von Verwandten ihrer Ehemänner ermordet worden. Die Staatssekretärin im Innenministerium, Ram Dulari Sinha, sagte gestern im Parlament, die Frauen seien getötet worden, obwohl die Regierung die Zahlung von Mitgift verboten und strenge Maßnahmen gegen diese Praktiken verfügt habe.

Grubenunglück

dpa, Nagasaki

Bei einer Explosion in einer 350 Meter unter dem Meeresboden liegenden Kohlengrube sind gestern in der Nähe von Nagasaki elf Bergarbeiter getötet und sechs verletzt worden. Zum Zeitpunkt der Explosion befanden sich rund 460 Bergarbeiter in der Grube.

Marken mit Musik

dpa, Bonn

Die Bundespost gibt ab 7. Mai zwei Sonderbriefmarken im Wert von 60 und 80 Pfennig zum Europäischen Jahr der Musik heraus. Wie das Bundespostministerium gestern mitteilte, tragen sie die Porträts von Johann Sebastian Bach und Georg Friedrich Händel, deren 300. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird.

Kälte kommt zurück

AP, Frankfurt

Eine Kaltfront aus dem Norden hat in weiten Teilen der Bundesrepublik und der „DDR" den Winter zurückkehren lassen. „Für Ende April ist dieser Kälteeinbruch nicht ungewöhnlich", erklärte ein Meteorologe beim deutschen Wetterdienst in Offenbach. Da die Kaltluft weiter vom Nordkap her südwärts über das Bundesgebiet hinwegströme, werde es auch in den nächsten Tagen nicht wärmer. Auch mit Niederschlägen müsse gerechnet werden. „Vielleicht wird der Samstag ein wenig freundlicher, aber am Sonntag wird es naß und kalt", sagt der Meteorologe.

Stier erschlägt Metzger

dpa, München

Ein Metzger ist im Münchner Schlachthof von einem herabfallenden toten Stier erschlagen worden. Der an einem Haken befestigte, etwa 400 Kilo schwere Stier hatte sich vom Förderband gelöst und war drei Meter tief auf den 32jährigen Metzger gefallen. Der Vater von zwei Kindern wurde von dem Tier am Boden zerschmettert.

ZU GUTER LETZT

„Weniger Geld mehr für die Kassenärzte." Sibyllinische Schlagzeile der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

LEUTE HEUTE

Wechselkurs

Auf „lediglich 30 000 bis 50 000 Mark" schätzte ein Gutachter den „Marktwert" des Alt-Mimen **Gert Fröbe**. Der Charakterdarsteller hatte sein Konterfei auf einer Anzeigenseite für Videocassetten entdeckt und flugs 200 000 Mark Schadenersatz gefordert. Das Kölner Landgericht widersprach der niedrigen Marge des Sachverständigen: Fröbe habe seinen „Leistungszenit" noch nicht überschritten und sei „als Werbeträger noch unverbraucht". Sein „Wechselkurs" beläuft sich nunmehr auf 60 000 Mark.

Sparkurs

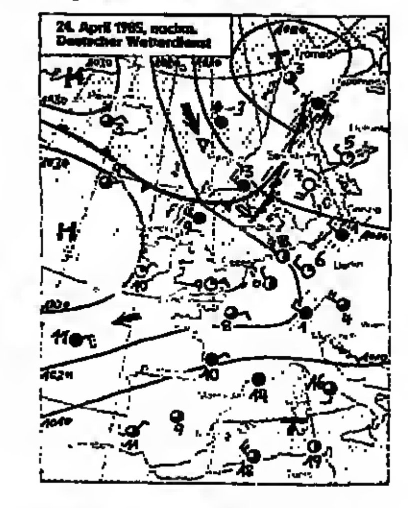
Zehntausend Spielfilme hat er sich im Kino angesehen, Reprisen nicht mitgezählt. Seit jedoch Hollywood den Sparkurs eingeschlagen hat, ist **Bill Kendall** (60) aus Memphis traurig: „Da muß man immer häufiger zu Hause vor der Glotze bleiben." Statt 400 schafft Bill heute nur noch rund 120 Kinofilme im Jahr.

Börsenkurs

Kakao, so war wohlhabenden Franzosen in einer Zeitungsanzeige versprochen worden, bringe an der Börse von Chicago glatt 20 Prozent Gewinn. Da wollte auch Star-Schauspieler **Lino Ventura** mitmischen. Innerhalb von wenigen Wochen aber sanken – gegen alle Versicherungen des Börsenmaklers – die Kurse für den exotischen Rohstoff. Der 65jährige Ventura fühlte sich durch den Kakao gezogen und zog jetzt vor Gericht.

WETTER: Naßkalt

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über Norwegen verlagert sich langsam über Deutschland hinweg südwärts. Damit hält der Zustrom von Kaltluft aus polaren Breiten an.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. ● bedeckt. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
Im südlichen Deutschland anfänglich noch locker bewölkt, sonst überwiegend bedeckt und gebietsweise Niederschläge, oberhalb 400 Meter als Schnee. Tageshöchsttemperaturen zwischen 3 und 7 Grad. Nachts im Norden aufgelockerte Bewölkung und verbreitet Frost bis minus 4 Grad, im Süden bedeckt und Tiefstwerte bei 2 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft mit Schauern, naßkalt.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	6°	Kairo	30°
Bonn	6°	Kopenh.	7°
Dresden	2°	Las Palmas	17°
Essen	8°	London	9°
Frankfurt	6°	Madrid	9°
Hamburg	8°	Mailand	15°
List/Sylt	5°	Mallorca	18°
München	1°	Moskau	16°
Stuttgart	4°	Nizza	16°
Algier	18°	Oslo	7°
Amsterdam	8°	Paris	8°
Athen	19°	Prag	0°
Barcelona	15°	Rom	16°
Brüssel	6°	Stockholm	7°
Budapest	12°	Tel Aviv	27°
Bukarest	16°	Tunis	19°
Helsinki	5°	Wien	4°
Istanbul	16°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.05 Uhr, Untergang: 20.36 Uhr; **Mondaufgang:** 8.28 Uhr, Untergang: 2.29 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Sportlich gesehen ist dieses Lotto ein Unding"

JOCHEN LEIBEL, Paris

Nicht nur ein geradezu enzyklopädisches Sportwissen, sondern zusätzlich auch noch den Segen Fortunas muß derjenige haben, der im „Sport-Lotto", dem neuen französischen Glücksspiel, Millionen machen will.

Am vergangenen Wochenende ist dieses Spiel – eine höchst komplizierte Mischung aus Zahlen-Lotto und Sporttoto – zum ersten Mal ausgetragen worden. Und gestern bereits gab es den ersten Millionengewinn.

Ein Briefträger aus Evreux in der Normandie gewann bei der ersten Ziehung 2 639 165 Franc (rund 880 000 Mark). „Ich spürte, daß ich gewinnen würde. Eigentlich wollte ich mit zehn Freunden spielen, aber diese ließen mich in letzter Minute im Stich. Jetzt ärgern sie sich", berichtete Michel Davelu (64), ein Glas Champagner in der Hand.

„Drei Monate vor meiner Pensionierung kommt mir dieser Gewinn gerade recht. Vielleicht werde ich mit meiner Frau jetzt eine schöne Hochzeitsreise nach Venedig machen. Bei unserer ersten Hochzeitsreise waren wir sehr arm. Wir konnten uns nur eine Wochentour mit dem Fahrrad durch die Normandie erlauben", erzählte der glückliche Gewinner.

Ursprünglich war das neue Lotto-Spiel bei den Franzosen auf wenig Gegenliebe gestoßen. Nur knapp sieben Millionen Mark setzten die Franzosen am ersten Spieltag.

Das ist nur ein Bruchteil dessen, was jeden Sonntag beim Zahlenlotto eingenommen wird. Selbst an einem „schlechten" Ziehungstag nimmt das Zahlenlotto mindestens fünfzig Millionen Mark ein.

Der Grund für die Zurückhaltung der Franzosen ist wahrscheinlich die allzu große Kompliziertheit des neuen Glücksspiels. Für die erste Ziehung mußten die Teilnehmer die ersten sechs Plazierungen des großen Automobilpreises von Portugal voraussagen, dazu das Ergebnis des Fußball-Zweitliga-Treffens Reims–Rennes und die Gesamtzahl der an diesem Sonntag in dieser Liga erzielten Tore. Und schließlich sollten auch noch die fünf Richtigen aus einem „5-aus-20"-Mini-Lotto erraten werden. „Sportlich gesehen ein Unding", kommentierte ein Pariser Journalist.

Das „Sport-Lotto" war mit einem für Frankreich ungewöhnlich hohen Werbe-Etat eingeführt worden. Inoffiziell spricht man von rund acht Millionen Mark allein für die Woche vor dem ersten Spieltag.

Drei staatlich überwachte Glücksspielsysteme gibt es schon: das Zahlen-Lotto „6 aus 49", die dreimal wöchentlich stattfindenden Pferdewetten und schließlich eine staatliche Lotterie. Doch in den Augen der Regierung war die Spielleidenschaft der Gallier damit noch nicht ausgeschöpft. Deshalb dachte man seit Jahren an ein Sport-Toto nach dem Vorbild des deutschen und italienischen Fußball-Totos.

Kleinere Sportarten wie Turnen oder Schwimmen schrien jedoch Zeter und Mordio. Bei einem reinen Fußball-Toto, so wurde gejammert, würde die wahre Ethik des Sports mit Füßen getreten, Profitgier würde sportlichen Opfersinn ersticken.

Deshalb bastelte man in den Pariser Ministerien an einem Kompromiß: nicht nur um Fußball soll es gehen, sondern grundsätzlich um jede nur denkbare Sportart. Das Ergebnis ist ein geradezu unverdauliches Konglomerat.

„Ich steh' da wie der Ochs vorm Berge", schrieb noch vor wenigen Tagen ein Sport-Kolumnist. Doch inzwischen sind die Zeitungen freundlicher geworden. Die für das neue Glücksspiel Verantwortlichen zeigten sich nämlich bei der Vergabe von Anzeigen mehr als großzügig.

Selbst die seriöse Zeitung „Le Monde" veröffentlichte in der vergangenen Woche eine ganze Seite über das „Sport-Lotto" – nach heftigen Diskussionen in der Redaktion. Die staatliche Nachrichtenagentur AFP ihrerseits ließ ihren Abonnenten innerhalb einer Woche 32 verschiedene Artikel zu diesem Thema zukommen.

Umfragen haben ergeben, daß etwa sieben Millionen Franzosen am neuen Lotto interessiert sind. Bei einem Mindesteinsatz von vier Mark könnten also – niedrig gerechnet – rund dreißig Millionen Mark eingenommen werden.

Aber nur weniger als die Hälfte wird als Gewinn ausgeschüttet. Der größere Teil geht an die zahllosen Sport-Verbände, an die eigentliche „Lotto"-Organisation – und natürlich ins Staatssäckel.

Der nächste Spieltag ist für das Wochenende vom 10./12. Mai vorgesehen. (SAD)

